

werden kann. Ein anderer Grund, aus dem ich Sie um Ablehnung der Anträge bitte, ist der, daß unsere Tagesordnung schon zu sehr belastet ist. Nach meiner Meinung haben wir, namentlich auch in Hinsicht auf die zahlreichen Initiativanträge, Mühe und Noth, in der festgesetzten Zeit fertig zu werden. Das bitte ich Sie zu beachten. Was wir über die Krisis zu hören haben, kommt auch noch das nächste Jahr zurecht, so schnell vergeht sie nicht, und dann können wir vielleicht in besserer und vollkommenerer Weise als heute darüber reden.

Die Abstimmung ergibt die Ablehnung der Anträge; der Rest der provisorischen Tagesordnung wird genehmigt. Der Antrag 12 findet nicht die genügende Unterstützung.

Die definitive Tagesordnung lautet also wie folgt:

1. Geschäftsbericht des Vorstandes. a) Agitation, Wahlen, Kassenbericht. Berichterstatter Pfannkuch und Gerisch. b) Presse, Literatur, Kolportagewesen. (Geschlossene Sitzung.) Berichterstatter A. Gerisch. Außerdem soll als besonderer Punkt des Vorstandsberichts — die Reihenfolge ist noch nicht bestimmt — die Hamburger Affordmaver-Angelegenheit behandelt werden.
2. Bericht der Kontroll-Kommission. Berichterstatter H. Meißner.
3. Bericht über die parlamentarische Thätigkeit. Berichterstatter E. Wurm.
4. Zolltarif und Handelsverträge. Berichterstatter A. Weberl.
5. Reiseleiter. Berichterstatter Th. Meißner.
6. Die Wohnungsfrage. Berichterstatter A. Südekum.
7. Anträge zum Programm.
8. Sonstige Anträge.
9. Wahl des Vorstandes und der Kontroll-Kommission.

Schluß 9¼ Uhr.

Erster Verhandlungstag.

Montag, den 23. September. — Vormittags-Sitzung.

9¼ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Singer: Vor Eintritt in die Tagesordnung erfülle ich die freudige Pflicht, die Delegirten auswärtiger Bruderparteien aufs Herzlichste in unseren Reihen zu begrüßen. Wir haben die Freude, unter uns zu sehen den Genossen A. A. Sko aus London als Vertreter der Sozialdemokratischen Federation, den Genossen Braque aus Paris von der parti ouvrier, den Genossen Branting aus Stockholm, den Genossen de Rosbe aus Amsterdam und die Genossen Adler und Bernerstorffer aus Oesterreich, Adler als Vertreter der Gesamtpartei, Bernerstorffer vom Verband der sozialdemokratischen Reichsraths-Abgeordneten entsandt. Ich hoffe, daß die Genossen, die zum Theil schon früheren Kongressen von uns beigewohnt haben, aus unseren diesjährigen Verhandlungen den Eindruck mit hinausnehmen, daß die deutsche Sozialdemokratie nach wie vor entschlossen ist, ihre Solidarität mit dem internationalen Proletariat zu betheiligen. (Bravo!) Oft nennen uns unsere auswärtigen Freunde die Lehrer und Meister. Aber mit berechtigtem Stolz können wir sagen, daß nunmehr auch aus den Schülern Meister geworden sind. Die Sozialdemokratie des Auslandes ist wie wir gewachsen und stark geworden im Klassenkampf, den das Proletariat aller Länder gegen die bürgerliche Gesellschaft führt. Und wir, die wir die Einheit und Geschlossenheit des Klassenbewußten Proletariats aller Länder stets als eine der vornehmsten Aufgaben der Sozialdemokratie propagirt haben, können den Delegirten der Bruderparteien für ihr Erscheinen nicht besser danken und unsere Gefühle am besten dadurch ausdrücken, daß wir ein Hoch ausbringen auf die

internationale Sozialdemokratie. Sie lebe hoch! (Die Delegirten haben sich von den Plätzen erhoben und stimmen drei Mal begeistert in den Ruf ein.)

Braque, Paris. Ich habe Ihnen im Auftrage der französischen Arbeiterpartei die brüderlichen Grüße des revolutionären Frankreich zu übermitteln und die Versicherung treuer Solidarität. Eben haben wir in Roubaix unseren Kongreß gehabt, auf dem die 138 Delegirten noch nicht die Gesamtsumme unserer Kraft darstellten. War es doch ein rein politischer Kongreß, an dem die mit uns in innigster Fühlung stehenden Gewerkschaften und Genossenschaften sich nicht betheiligen konnten. Ein tiefes unaussprechliches Gefühl verbindet uns mit der deutschen Sozialdemokratie und wir legen Werth darauf, diese Gefühle auch diesmal persönlich zum Ausdruck kommen zu lassen. Ist doch die deutsche Sozialdemokratie die erste sozialistische Partei der ganzen Welt, die dem Proletariat den wahren Weg zu seiner Befreiung gezeigt hat, so daß es nicht der Gepestelle der bürgerlichen Phraseologie und Ideologie und der Kulgardemokratie wird. (Beifall.) Ihr versteht reichlich zu schieben, was reinlich geschieden werden muß, und zu einigen, was unaussprechlich zusammengehört, dessen sind auch wir uns bewußt. Für immer sind uns die Zeiten vorüber, wo man im französischen Sozialismus nur den Ausläufer der bürgerlichen Demokratie sah. Und auch in Eurer auswärtigen Politik seid Ihr ein leuchtendes Beispiel. Ihr seid die stärkste Kolonne in der Armee des internationalen Sozialismus in seinem Kampfe gegen die internationale Ausbeutung. Das hat Euer unvergeßlicher Liebesnacht auf unserem letzten Kongreß, an dem er Theil nehmen konnte, in seiner eindrucksvollen Art betont. Unsere Partei war die erste in Frankreich, die Euren Beispiel in Praxis und Taktik folgend, die proletarische Klasse zu organisiren trachtet und national und international den Klassenkampf führt. Aber nicht nur für das revolutionäre Endziel setzten wir, wir sind, wie Ihr, von der Nothwendigkeit durchdrungen, der Bourgeoisie die erforderlichen Reformen für die Arbeiterklasse zu entreißen, nicht aber sie zu erbetteln, um auf diesem Wege die proletarischen Truppen für den Kampf zu fähigen und durch die Propaganda der Thatfachen zu wirken, gleichzeitig aber auch den Nachweis zu führen, daß es der bürgerlichen Gesellschaft unmbglich ist, Noth und Elend aus der Welt zu schaffen. Diese Auffassung bedingt, daß wir uns an allen Wahlen, auch an den Kommunalwahlen, betheiligen. Gerade durch die Kommunalwahlen werden gleichsam Garnisonen des Proletariats in die großen Städte und Industriezentren gelegt. Schon gehören uns zahlreiche solcher Massenplätze: Roubaix, Rouen, Montluçon und vor Allem Lille. In Roubaix haben wir uns auf unserem letzten Kongreß in entschiedenster Weise von denen getrennt, die das Proletariat verführen wollen, seine wahren Aufgaben zu vergessen. Auf der anderen Seite aber ist es uns gelungen, alle sozialistischen und revolutionären Streitkräfte Frankreichs nicht nur in Einigkeit, sondern in Einheit zusammen zu führen. (Beifall.) Wir haben uns zusammengeschlossen mit der sozialistisch-revolutionären Partei unter Führung Vaillant's, ein Zusammenschluß, der einstimmig von uns beschlossen worden ist. Auf Grund dieser Thatfache kann die Einigkeit der französischen Genossen als vollzogen gelten. Würde Euer Kongreß erst im November stattfinden, so würde ich auch äußerlich als Vertreter aller revolutionären sozialistischen Arbeiterparteien Frankreichs auftreten können. Ich schließe mit dem Rufe: Hoch die deutsche Sozialdemokratie! Hoch die Arbeiter-Internationale! (Bravo!)

Die Uebersetzung der Rede giebt Frau Jettin.

Branting, Stockholm überbringt wie vor 11 Jahren in Halle den brüderlichen Gruß der schwedischen Genossen. Die alte Sanjaktabi Lübeck war im Mittelalter ein Centrum des aufblühenden Kapitalismus und beherrschte dank seiner höheren Kultur auch die schwedischen Verhältnisse.

Wir haben hier Erinnerungen auch an Gustav Wasa. Wiederum ist in

diesen Tagen diese alte Hansestadt ein Zentrum, aber ein Zentrum einer neuen Bewegung und Systems. Auch wir in Schuppen folgen Euren Bahnen. 50 000 Arbeiter von Schöner bis Vapland stehen zur sozialistischen Partei. Noch größer ist die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Drei tägliche und sechs andere Zeitungen führen den Kampf um das allgemeine politische Stimmrecht, das wir, wenn es nicht anders geht, selbst mit allgemeinen Massenstreiks zu erobern suchen werden. Volkshäuser sind im Aufblühen; die kooperative Bewegung nimmt einen erfreulichen Fortschritt. Wir stehen fest in der Bewegung, aber wir wollen von Ihnen lernen, wie wir am schnellsten fortzuschreiten können zu dem Ziel der internationalen Sozialdemokratie. Wir als germanisch Stammverwandte sind mit Ihrem methodisch sicheren organisatorischen Vorgehen völlig einverstanden. Wir sind in Schweden überzeugt, daß wir Sie immer an der Spitze der Arbeiterbewegung der ganzen Welt finden werden. Ein Hoch auf Ihre Partei als die starke bahnbrechende Kolonne der völkerebendenden internationalen Arbeiterdemokratie, hoch die deutsche Sozialdemokratie! (Der Parteitag stimmt begeistert in das Hoch ein.)

De Noode-Amsterdam: Der Vorstand der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands hat mich hierher geschickt, um Ihnen den Brudergruß der Kameraden zu bringen. Die abgelaufenen Wahlen haben gezeigt, daß in der Arbeiterpartei Hollands der Anarchismus als politische Bewegung jetzt erloschen und daß die Sozialdemokratie die einzige Vertreterin des arbeitenden Volkes ist; nur in einem Teil der Gewerkschaftsbewegung behauptet sich der Anarchismus noch neben anderen Utopistereien. Aber wir haben begründete Hoffnung, daß auch dort innerhalb weniger Jahre der Gedanke der internationalen Sozialdemokratie sich durchgerungen haben wird. Wir haben bei den letzten Wahlen gute Resultate erzielt, seit 4 Jahren ist unsere Stimmenzahl von 13 000 auf fast 40 000, die Zahl unserer Vertreter in der Zweiten Kammer von 3 auf 6 gestiegen. Auch bei den Gemeinderatswahlen haben wir verschiedene Siege errungen, in 40 Gemeinderäten Hollands wird jetzt die Stimme des Proletariats vernommen. Unserer Agitation kam nicht zum Geringsten die Gründung eines Tagesblattes zu Hilfe und wir erkennen es mit Dank an, daß uns dies durch Ihre Hilfe ermöglicht wurde. Die holländische katholische Presse war wütend darüber, daß die Unruhe „mit fremdem Gelde“ erzeugt wird. Nun, die Unruhe, die Sie uns erzeugen helfen, ist die Unruhe des menschlichen Gewissens über die physische und moralische Entartung des größten Teils der Menschheit durch die kapitalistische Herrschaft. Hoffentlich werden wir diese Unruhe noch lange erzeugen können. Ich danke Ihnen im Namen der holländischen Partei für Ihre Hilfe und schließe mit einem Hoch auf die deutsche Sozialdemokratie. (Die Delegierten stimmen drei Mal in das Hoch ein.)

Bernerhorffer-Wien: Wenn irgend eine Partei irgend eines Landes sagen kann, daß sie die Tochter der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung ist, so kann es die österreichische Sozialdemokratie sagen. Von Anfang an bis auf den heutigen Tag fühlen wir uns als Eure, der deutschen Sozialdemokratie, Kinder, und wir haben versucht, unseren Eltern Ehre zu machen. Das ist uns auch gelungen. Wir sind weit davon entfernt, zu glauben, daß wir schon jene Vorzüge hätten, die die deutsche Partei auszeichnen, aber wir sind auf der anderen Seite stolz darauf, daß es uns bisher gelungen ist, ein Problem durchzuführen im Sinne des Programms der internationalen Sozialdemokratie, ein wichtiges Problem, das bei Ihnen ja nur theoretisch erörtert wird, das Nationalitäten-Problem. Wir in Oesterreich sind in der That eine internationale Partei, wir sind der einzige Verband im Parlament, dessen Mitglieder verschiedenen Nationen angehören, und ich spreche hier als Vertreter dieser international geeinigten sozialdemokratischen Partei Oesterreichs. Wir haben sechs nationale sozialdemokratische Parteien in Oesterreich, aber wir

bilden im politischen Leben eine geschlossene Einheit, und wenn auch im parlamentarischen Verband bisher nur drei Nationen, Deutsche, Polen und Tschechen, vertreten sind, so hoffen wir doch, daß wir diese Einheit auch dann beibehalten werden, wenn die Zeit kommt, wo auch die anderen Nationen Vertreter ins Parlament entsenden können. Auch im Auftrage der polnisch-nationalen Partei Oesterreichs überbringe ich Ihnen Grüße. Im vorigen Jahre in Mainz hat ich Sie, uns in dem bevorstehenden Wahlkampfe zu unterstützen. Ich glaube, ich habe damals keine übertriebenen Versprechungen in Bezug auf das Wahlergebnis gemacht, es ist so ziemlich das eingetroffen, was ich vorausgesagt habe. Wir befinden uns im Allgemeinen in Oesterreich auf dem Marsch nach vorwärts, es ist eigenartig, daß wir allein diejenige Partei sind, die noch das, was in dem österreichischen Staatsgedanken gesund sein mag, im Parlament vertritt; wir allein sind es, die noch die Gesamtheit der in Oesterreich wohnenden Nationen zusammenhalten wollen. Ich danke Ihnen besonders für Ihre Unterstützung in dem Wahlkampfe. Aber nicht allein dafür. Wir Oesterreicher sind Ihnen auch dankbar, daß Sie in Ihrer Thätigkeit uns ein immer auffeuerndes Vorbild für unsere Thätigkeit sind. Wir sehen die imposante geschlossene deutsche Partei, wir haben Freude an Ihren Erfolgen, Ihre Erfolge sind auch unsere Erfolge und stärken uns im Kampf. Wir freuen uns über die reiche geistige Bewegung, die sich in der deutschen Partei kundgibt, und wir versprechen, daß wir immer der deutschen Partei nachzusehen werden in der unermüdbaren Arbeit. Nicht große Erfolge für die allernächste Zeit will ich hier etwa prophezeien, obwohl wir jetzt, wo wir endlich Breitsche gelegt und Victor Adler in den österreichischen Landtag entsandt haben, einen guten Schritt vorwärts gemacht haben. Wenn wir aber auf dem Wege nach vorwärts sind, so verdanken wir das Ihre materiellen und geistigen Hilfe. Ich bringe Ihnen den Dank aller Nationen aus Oesterreich und grüße den Parteitag in deren Namen. (Stürmischer Beifall.)

Adler-Wien (Beifall): Ich bin von der Vertretung der Gesamtpartei hierher geschickt, um Sie zu begrüßen. Bernerhorffer hat ja schon gesagt, was zu sagen ist. Ich war in St. Gallen auf Ihrem Parteitag zur Zeit des Sozialistengesetzes. Wenn ich mich erinnere, wie es damals in der deutschen und insbesondere in der österreichischen Sozialdemokratie aussah, dann meine ich, Sie können mit uns wohl zufrieden sein. Eine der wichtigsten Bedingungen unseres inneren und auch unseres äußeren Erfolges ist unser intimer Zusammenhang mit der deutschen Partei. Alles, was Sie thun, fühlen wir auch in unserer eigenen Bewegung, und ich bitte Sie, die Empfindung zu haben, daß Sie in Allem, was Sie thun, bis zu einem gewissen Grade auch für uns verantwortlich sind. Wir sind Zwei hierher gekommen, am liebsten wären wir Alle hier (Oesterkeit); ich bitte Sie, das nicht in irredentiärem Sinne aufzufassen, aber aushalten würden wir es. (Oesterkeit.) Wir wissen, Sie haben andere Verhältnisse als wir; Sie müssen Manches anders entschließen und vielleicht manchmal anders handeln. Aber ich bitte Sie, daran zu denken, daß Manches, was bei Ihnen harmlos und weniger wichtig ist, bei uns sehr ernst sein kann. (Sehr wahr!) Ich mache Sie nochmals darauf aufmerksam, daß Sie sich der Verantwortung Ihres Thuns auch für uns nicht entziehen können; ich habe ja kein Recht, mich in Ihre Verhandlungen zu mischen, aber als alter Freund bitte ich Sie ganz im Allgemeinen, die Rücksicht auf uns nicht zu vergessen. Ich begrüße Sie Namens unserer Gesamtpartei. (Stürmischer Beifall.)

Singer: Begrüßungstelegramme sind eingegangen vom deutschen Leseklub in Paris, vom Parteiveteranen Lehner in London, vom Verein „Vorwärts“ in Kopenhagen und von der Sozialdemokratie Dänemarks, von den Sozialdemokraten Kroatiens und der Parteileitung in Agram, vom Generalkomitee der sozialistischen Partei Frankreichs und vom sozialdemokratischen Kongreß in Solothurn. Dies Telegramm hat folgenden Wortlaut:

Der in Solothurn versammelte schweizerische sozialdemokratische Kongress entliet in Lübeck versammelten deutschen Genossen herzlichen Gruß. Gestern haben die Delegierten des schweizerischen Grütlivereins mit 142 gegen 6 Stimmen den Anschluß an die sozialdemokratische Partei beschlossen. (Bravo!) Wir hoffen, damit den Anfang einer fräftigen Parteiorganisation gemacht zu haben, worin uns die deutschen Genossen das Vorbild sind. Im Auftrage: Albisser, Fürholz.*

Ich darf im Namen der deutschen Sozialdemokratie unsere schweizerischen Genossen beglückwünschen zu ihrem Entschluß und knüpfte daran die Hoffnung, daß diese Vereinigung recht bald ihre Früchte dahin tragen wird, daß die politische und wirtschaftliche Macht der schweizerischen Sozialdemokratie, nun vereint, um so stärker sich bewähren wird. (Beifall.) Ich schlage dem Parteitag vor, den Unterzeichnern dieses Telegramms seinen Dank und die Glückwünsche der deutschen Partei zu ihrer Vereinigung durch Telegramm auszusprechen und das Bureau damit zu beauftragen. (Beifall.) Mit diesem Vorschlag ist der Parteitag einverstanden.*

Es wird in die Tagesordnung eingetreten. Geschäftsbericht des Vorstandes zu den Punkten Agitation und Wahlen.

Dazu gehört der Antrag Nr. 49 (Baader und Genossinnen),

Den Bericht erstattet

Saankund: Fast jeder Parteitag stand ja unter einem bestimmten Stigma; diesmal giebt ihm die Hamburger Alfordmaurer-Angelegenheit die pikante Würze. Da dieser Punkt vorläufig aus der Diskussion ausscheidet, kann ich mich in Ergänzung des gedruckten Berichtes kurz fassen. Die wenigen Anträge lassen den berechtigten Schluß zu, daß die Parteileitung im Berichtsjahr zur Frage der Agitation und Wahlen im großen Ganzen das Richtige gethan hat. Im Vorbergrunde stand und steht die Agitation für Bekämpfung des Brotmangels. Mit größter Mühseligkeit haben sich die Parteigenossen im ganzen Lande dieser Agitation hingegeben; unsere Partei hat unter der Leitung des Parteivorstandes die Führung in dieser Agitation übernommen. Man hat in einzelnen Parteitritten bemängelt, daß die Parteileitung nicht mit voller Energie gerade in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Kampf um den Achtstundentag führt. Ich meine, man muß mit dem praktischen Leben doch etwas vertrauter sein, wenn man solche Forderungen aufstellt. Wer die Agitation praktisch betreibt, weiß, daß wenn der Resonanzboden in der Bevölkerung fehlt, eine Agitation in einer konkreten Sache den gewünschten Erfolg nicht haben kann. Heute, wo Hunderttausende unter der Krise schwer leiden, wo Hunderttausende noch hineingerieben werden, wo Hunderttausende ein Unterkommen suchen, um nicht der Unterstützung seitens ihrer Genossen anheimfallen zu müssen, wird es dem Partei-Vorstand nicht beragt werden, wenn er den Augenblick nicht für geeignet hält zu einer besonderen Agitation für den Achtstundentag. Verzeihen Sie, wenn ich wieder einmal den alten Passalleaner hervorhebe; Passalle hat gesagt, daß, wenn man Erfolge erzielen will, man die gesammte Kraft der Partei auf einen Punkt zu konzentriren hat, und im Augenblick liegt uns das Gemb näher als der Mod. Jetzt kommt es darauf an, dem Proletariat seine Existenzmöglichkeit zu erhalten, ihm die Möglichkeit zu geben, sich satt essen zu können. Ich hoffe, es wird uns gelingen, den Ansturm der Reaktion, die wucherischen

*Das an Fürbrech Fürholz in Solothurn gerichtete Antworttelegramm hat folgenden Wortlaut: Der in Lübeck versammelte Parteitag der deutschen Sozialdemokratie sendet bei Empfang vom Komitee des Grütlivereins an die sozialdemokratische Partei der Schweiz herzliche und brüderliche Glückwünsche. Der Parteitag ist überzeugt, daß das Klassenbewußtsein der Schweiz durch diesen überaus bedeutamen Einigungsakt neue große Zubersehen für seine weiteren Kämpfe gegen die Herrschaft des Kapitalismus schöpfen darf.

Im Auftrage: Singer.

Gelüste der Agrarier abzuschlagen. Kommt dann die Zeit für die Konzentration der Agitation für den Achtstundentag, dann wird die Partei ebenso wenig sich pflichtvergessen zeigen, wie sie es bisher gewesen ist. Ueber Agitation und Wahlen habe ich dem Bericht wenig hinzuzufügen. Das Wort des Grafen Kintowström, die Sozialdemokraten sollten nur nach Ostpreußen kommen, die Lust zum Wiederkommen werde ihnen bergehen, hat die Thakraft der Genossen Ostpreußens zu Schanden gemacht. Ein glänzendes Resultat haben wir bei der Nachwahl in Memel-Gehdefrug erzielt dank der unermüdblichen Thätigkeit unserer Vorhut für Ostpreußen, in Königsberg. Mit fester Zubersehen können wir in die Zukunft blicken, mit der Gewißheit, daß wir das Erbe des bürgerlichen Liberalismus wie anderwärts so auch in Ostpreußen erfüllen werden, das Volk aufzurütteln, dem Volke seine politischen Freiheiten zu erobern. Auch bei den Wahlen zu den Einzellandtagen haben wir wesentliche Fortschritte gemacht, und es ist begründete Aussicht, nicht allein den eroberten Boden zu behaupten, sondern weitere Fortschritte zu machen.

Bei einem Theil der Parteigenossen hat es Bestremden erregt, daß der Partei-Vorstand die Gemeinschaft mit der polnischen Sozialdemokratie innerhalb der deutschen Reichsgrenzen abgelehnt hat. Man hat die Auffassung vertreten, die polnische Frage liege für uns ähnlich wie in Oesterreich. Dem muß ich entgegenzetzen. Wir im Partei-Vorstand sind der Auffassung, daß eine polnisch-sozialdemokratische Partei außerhalb des Rahmens der deutschen Sozialdemokratie und ihrer Organisation in Deutschland eine Berechtigung nicht hat. Glauben die Polen in einer besonderen Agitationsform ihre Agitation betreiben zu müssen, was ich auch noch bestreite, dann ist ihnen die Möglichkeit dazu innerhalb des Rahmens der deutschen Sozialdemokratie ausreichend gegeben. Wenn die Polen als Organisation innerhalb der deutschen Sozialdemokratie diese elementarsten Anforderungen anerkennen wollen (Zuruf: Niemals!), dann sind sie selbstverständlich jederzeit uns willkommen; solange das nicht geschieht, müssen wir die Gemeinschaft mit ihnen und die Verantwortung für ihre Handlungen ablehnen. Unsere Parteigenossen in Obereschlesien und Posen haben ja schon einen außerordentlich schwierigen Stand, die Thätigkeit des Genossen Winter war wahrhaftig keine angenehme; kommen da noch die Mißhelligkeiten, das Nichtverstehenwollen der Parteigenossen in dem Bezirk unter einander dazu, dann ist das ein auf die Dauer unerträglicher Zustand. Selbstverständlich dürfen die Pflichten aus der internationalen Solidarität nicht außer Acht gelassen werden, und die Parteileitung ist gewiß über den Verdacht erhaben, diese Pflichten nicht zu erfüllen; der konkrete Fall muß nunmehr geprüft und danach die Entscheidung getroffen werden.

Als Anlaß des Hamburger Schiedsgerichtes glauben Parteigenossen sofort die Nothwendigkeit betonen zu müssen, das eben erst in Mainz neu festgestellte Organisationsstatut wieder abzuändern. Vor solcher Gelegenheitsgeschmäherei möchte ich doch warnen. Man hat die Behauptung aufgestellt: die Böswilligkeit eines Angeeschuldigten könne durch Nichternennung der Schiedsrichter das Zustandekommen des Schiedsgerichts verhindern. Das trifft nicht zu. Macht ein Angeeschuldigter von dem ihm zustehenden Recht keinen Gebrauch, dann entscheidet das Schiedsgericht ohne die Vertrauensleute des Angeeschuldigten. Niemand wird darin etwas Mhales oder Inkorrektes sehen. Wir können die Sache noch ruhig ansehen, erst weitere Erfahrungen sammeln, ehe wir das Organisationsstatut wieder ändern. Daß der Vorstand in der Frage der geschlossenen Sitzung recht hat, zeigen die Anträge 36 und 38 von Düsseldorf und Memel. Der Düsseldorf'er Antrag will ein neues Element in unsere Organisation bringen durch Anstellung sachmännlich gebildeter Prekvisoren aus den Reihen der Parteikontrolleure, die das Jahr hindurch den Genossen im Reich geschäftlich mit Rath zur Seite gehen sollen. Das beweist, daß man in den

Parteilreisen selbst sehr wohl fühlt, daß noch Manches reformbedürftig ist und man an den einzelnen Orten selbst die Kräfte nicht besitzt, um Aemter zu schaffen; deshalb will man ein neues Institut schaffen. Auch das ist einer der Gesichtspunkte, die in der geschlossenen Sitzung weiter erörtert werden und wohl eine befriedigende Lösung finden werden.

Eine Anregung, wenn auch keine neue, giebt ein Antrag, der an das Wort anknüpft: wer die Jugend hat, dem gehört die Zukunft. Nun, die Parteileitung hat sich nicht einen Augenblick der Nothwendigkeit der Schaffung einer Jugend-Literatur entzogen. Die Dresdener Genossen sind der Vertiefung des Projektes näher getreten. Wenn unsere Dresdener Parteigenossen die Grundlagen für den weiteren Ausbau einer Jugendzeitschrift schaffen, so würde das Niemand mit größerer Freude begrüßen als der Vorstand, und ich kann wohl sagen: Wie auch die Parteileitung zusammengesetzt sein mag, sie wird sich der Aufgabe nicht entziehen können, das Unterehmen der Dresdener Genossen zu fördern, falls sie dies nicht aus eigenen Kräften vermögen.

Auf die Agitation und deren Vetreibung beziehen sich eine Reihe von Anträgen. Wegen den von unserer Genossin Waader gestellten Antrag 49 will ich aus Höflichkeitsrücksichten im Augenblick nichts erinnern. Ich glaube kaum, hier noch die Versicherung geben zu brauchen, daß Fräulein Waader, wenn sie in ihrer Eigenschaft als Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands mit Anträgen zur Förderung der Agitation unter den Genossinnen, an die Parteileitung herangetreten ist, jederzeit ein offenes Ohr und volles Verständnis bei uns gefunden hat. Die Anträge 52, 53, 54 bedürfen kaum eines näheren Eingehens. Der Antrag 53 will für einen bestimmten Bezirk Deutschlands eine besondere Unterstützung, aber was dem rheinisch-westfälischen Bezirk billig ist, ist jedem anderen Bezirk Deutschlands recht. (Sehr richtig!) Gewiß, es giebt Distrikte, die auf sich selbst gestellt, aus eigener Kraft allen Anforderungen gerecht werden können, aber darüber hinaus sind selbst die Genossen in großen Städten oft nicht in der Lage, den ihnen überwiesenen Agitationsbezirk so zu bearbeiten, wie es wünschenswert ist. Daß die Parteileitung alle Anträge prüft und unter Umständen eine Unterstützung leistet, ist selbstverständlich, aber wenn bestimmte Bezirke noch mit besonderen Anträgen hierher kommen, so wären doch unsere vorgeschobenen Posten in Schlesien und Ostpreußen erst recht zur Stellung solcher Anträge berechtigt. Das ist auch geschehen. Unsere Genossen in Posen und Oberschlesien sind von der Nothwendigkeit durchdrungen, in polnischer Sprache zum polnischen Proletariat zu reden und damit zu beweisen, wie ernst es ihnen mit der Vethätigung ihrer internationalen Solidarität ist. Dort ist ebenfalls der Wunsch laut geworden, ein polnisches Blatt unter deutscher Redaktion herauszugeben. Wenn der Vorstand bisher noch nicht diesem Plane zustimmen konnte, so deshalb, weil er sich der damit verbundenen Schwierigkeiten bewußt war und weil die bisher von polnischen Genossen geleitete „Gazeta Robotnicza“ nicht das erwartete Resultat gezeitigt hat. Jedensfalls wird der Vorstand berechtigten Anträgen seine Unterstützung nicht versagen.

Eine große Reihe von Anträgen beauftragt die Fraktion, bestimmte Initiativanträge im Interesse der Agitation im Reichstag zu stellen. Solche Wünsche sind auf allen unseren Parteitagungen ausgesprochen und sie werden auch in Zukunft immer wiederkehren. Selbstverständlich wird die sozialdemokratische Fraktion jede sich ihr bietende Gelegenheit mit Freuden ergreifen, um die Forderungen der Klassenbewußten Arbeiter zu propagieren. Wir haben ja heute in den Begrüßungsreden unserer fremdlandischen Gäste so viel Liebdenwürdigkeiten entgegennehmen müssen, daß uns eigentlich, um ein altes Wort zu gebrauchen, der Großmachtskizel in den Kopf selgen könnte. Wir sind aber glücklicherweise eine proletarische Partei und wissen, was wir für Mittel zur siegreichen Führung des Klassenkampfes anwenden müssen, und da käufchen wir

uns nicht über die Machtmittel, die uns zu Gebote stehen. Gewiß, auch wir sind der Meinung, daß die sozialdemokratische Partei in Deutschland sich eine dominierende Stellung erobert hat, aber noch viel mehr, als bisher geschehen ist, muß noch gethan werden; wir würden thöricht handeln, wollten wir uns in Sicherheit wiegen und sagen, wir sind eine starke Partei, die Alles machen kann. Nein, mit dem Gedanken tragen wir uns nicht; wir kämpfen in der bisherigen Weise rührig und geschlossen weiter, wir werden nicht einen Augenblick im Kampfe erlahmen. Die Parteileitung wird jedem Genossen für jede Anregung zur Förderung der Agitation dankbar sein, aber dann müssen wir die thätigste Unterstützung der Genossen finden. Mögen die Verhandlungen dieses Parteitagunges trotz der vielen Meinungsverschiedenheiten, die über diese oder jene Frage vorhanden sind — sie zu leugnen, hieße Vogelstraußpolitik treiben — dahin führen, daß nicht die trennenden Punkte verschärft werden! Wird der Boden des Klassenkampfes eingehalten, dann werden auch die diesjährigen Verhandlungen zum Wohle und zur geistlichen Entwicklung der Partei dienen. (Lebhafte Beifall.)

Den Klassenbericht erstattet

Gewiß: Zunächst eine Mittheilung, die trauriger und freundlicher Natur zugleich ist, der Sie Alle aber lebhaftes Interesse entgegenbringen werden. Unser alter Parteigenosse Schmitz in Aachen, der seit geraumen Jahren zurückgezogen gelebt, gelegentlich jedoch keine Parteibeiträge entrichtet hat, den aber Niemand in der Parteileitung persönlich kannte, ist vor kurzer Zeit gestorben. Die Eröffnung seines Testaments, die in den jüngsten Tagen stattgefunden hat, hat ergeben, daß Auer, Webel und Singer von ihm zu Universalerben eingesetzt sind. Die Hinterlassenschaft besteht in der Hauptsache in einem größeren Posten von Werthpapieren im nominellen Werth von 40 000 M. und in einigen kleineren Werthposten, deren Höhe noch nicht feststeht, aber einige Tausend Mark beträgt. Auer, Webel und Singer haben das Erbtheil in dem Sinne übernommen, in dem es ihnen von dem Erblasser vermacht wurde, d. h. sie haben das ihnen zugefallene Vermögen der sozialdemokratischen Parteikasse überwiesen. Die Partei als solche hat damit also in aller Form das ihr von Schmitz zugebaute Erbtheil angetreten. Ich glaube, Ihrer Aller Zustimmung sicher zu sein, wenn ich ausspreche, daß die sozialdemokratische Partei unserem alten Freunde für die Sympathien, die er dem Klassenbewußten kämpfenden Proletariat bis über das Grab hinaus bekundet hat, alle Zeit ein treues und dankbares Andenken bewahrt. (Zustimmung.)

Der Ueberschuß, mit dem der Klassenbericht abschließt, ist in der kurzen Zeit seit seiner Veröffentlichung bereits bis auf den letzten Pfennig ausgezehrt. Im vorigen Jahre haben wir es getadelt, daß so viele wohlhabende Wahlkreise durch die böllige Abwesenheit von Beiträgen in der Tabelle gänzten. Leider hat dieser Tabel keinen Erfolg gehabt, die Sache ist so schlimm wie je zuvor. Haben es doch 18 im Reichstage vertretene Wahlkreise nicht der Mühe für werth erachtet, zu den Kosten der Gesamtpartei auch nur einen Pfennig beizusteuern! (Hört! hört! Ruf: Namen nennen!) Nicht einmal die Diäten, die ihre Abgeordneten aus der Zentralkasse bezogen, sind der Kasse erstet worden, Glauben Sie nicht etwa, daß diese 18 Wahlkreise die allerärmsten und bedürftigsten wären, die von einer wirtschaftlich sehr schlecht gelohnten Bevölkerung bewohnt sind! Nein, unter diesen Drückbergern befinden sich sehr wohlhabende Kreise. Namen will ich auch diesmal noch nicht nennen. Aus der tabellarischen Uebersicht können Sie die in Frage kommenden Kreise selber leicht ermitteln. Neben den 18 Kreisen, die sich böllig ferngehalten haben, stehen 20 mit geringen Beiträgen. Die 20 Kreise haben im Ganzen 4258 M. an die Parteikasse abgetheilt, während ihre Abgeordneten 12 957 M. an Diäten bezogen haben. (Hört! hört!) So daß 8699 M. von der Parteikasse zugelegt werden mußten,

Unter diesen 20 hätten $\frac{1}{10}$ nicht nur die gesammten Diäten, sondern auch noch sonstige Zuschüsse an die Parteikasse leisten können und das letzte Bohnel hätte wenigstens die Diäten zu decken vermocht. Die tabellarische Uebersicht schrumpft immer mehr zusammen. Diesmal sind wieder 17 Orte aus der Liste verschwunden. Weht das so weiter, so brauchen wir die Uebersicht nicht mehr, sondern können einfach sagen: Die bekannten zwölf Wahlkreise haben folgende Beiträge aufgebracht. Nun muß ich aber doch bitten, daß sich alle Parteigenossen klar machen: In dieser Weise kann nicht mehr weiter gewirksamkeit werden. (Bravo!)

Namens der Kontroll-Kommission berichtet

Meister: An der Geschäftsführung des Vorstandes hatten wir in keiner Weise Monita zu ziehen. Dagegen wurden wir sonst stark in Anspruch genommen. Zunächst handelte es sich um Meinungsverschiedenheiten zwischen der Berliner Preßkommission und dem Vorstande über einen Antrag der „Vorwärts“-Redakteure auf Gehaltserhöhung. Es hat eine gemeinschaftliche Sitzung der Preßkommission, des Vorstandes und der Kontrolleure stattgefunden. In separater Sitzung haben die Kontrolleure dann ihren Entscheid gefällt und sich auf die Seite der Preßkommission gestellt, weil auch sie glaubten, daß die bisher gezahlten Gehälter den Umständen nach angemessen seien. Ein weiterer Fall betraf das Königsberger Parteiorgan. Zwischen den Königsberger Genossen und dem Vorstand war eine kleine Differenz entstanden, insofern als der Vorstand geglaubt hatte, den Antrag der Königsberger ablehnen zu sollen. Die Kontrolleure hielten es aber am Platze, den Königsberger Genossen die gewünschte Unterstützung zu gewähren. Die Gründe lagen in den örtlichen Verhältnissen.

— Dann kam der Antrag der drei Hamburger Wahlkreise an, die Kontrolleure, in dem bekannten Streifsaß zu entscheiden. Die Kontrolleure haben den Antrag eingehend und gewissenhaft geprüft. Von vornherein will ich hier die Thatsache konstatieren, daß die betreffende Sitzung nicht in den Räumen des Parteivorstandes, sondern im Privatkontoir Bading's stattgefunden hat, um die Verdächtigung abzuweisen, daß dieser oder jener Einfluß eine Rolle bei der Entscheidung der Kontrolleure gespielt habe. Wir kennen ja unsere Pappenheimer. (Geisterzeit.) Und daß Vorsicht am Platze war, haben wir ja später gesehen. Daß die schließliche Entscheidung der Kontrolleure die Meinungsverschiedenheiten nicht beseitigen würde, war vorauszusehen, daß aber unser Votum von den Antragstellern eine derartige Behandlung erfahren würde, wie es erfahren hat, war mehr, als wir erwarteten. Wurde doch von den Kontrolleuren behauptet, wir hätten unser Urtheil nicht erwogen, sondern nur Ordre parirt. (Ruf: Unerbört!) Ich kann mir manche Hamburger Reden nur so erklären: es war damals eine recht heiße Zeit! (Geisterzeit.) Am weitesten sind einzelne Personen gegangen, die die Sache der Maurer zu der ihrigen gemacht haben. Wir verstehen nicht, woher die Personen die Berechtigung nehmen, die Kontrolleure, die ihre Entscheidung nach bestem Wissen und Gewissen gefällt haben, mit Beleidigungen und Verdächtigungen zu regalisieren. (Hört, hört!) Es ist noch nicht dagewesen, daß Parteigenossen, die seit langen Jahren in der Partei stehen, von sich sagen lassen müssen, sie hätten jedes Verhältniß und jede Fühlung mit der Bewegung verloren. Unsere langjährige Thätigkeit in der Partei und in der Gewerkschaft sollte uns gegen derartige Verdächtigungen schützen. (Weißall.) Recht komisch war besonders die Aeußerung einer Hamburger Genossin: „Ich weiß ja gar nicht einmal, ob irgend einer der Kontrolleure in der Gewerkschaftsbewegung thätig ist.“ (Geisterzeit.) Für uns war das ein Zeichen, daß es auch in Hamburg dunkle Punkte giebt. Ich habe im Namen der Kontrolleure diese Angriffe entschieden zurückzuweisen. (Bravo!)

Weiter beschäftigte uns ein Antrag der Düsseldorfser, die materielle Hilfe für ihr Blatt verlangten. Der Vorstand hatte den Antrag angesichts der ganzen

Situation abgelehnt. Und auch die Kontrolleure haben geglaubt, für den Augenblick gleichfalls den Antrag ablehnen zu sollen. In den letzten Tagen ist uns noch ein Antrag des Genossen Wegig aus Würzen zugegangen, der seinerzeit Privatpersonen als solchen materielle Beihilfe geleistet hat und nun den Betrag von 17 500 Mk. von der Partei zurückverlangt. Wir haben beim Vorstand Interventionen eingezogen und festgestellt: der Vorstand hat seiner Zeit vor derartigen Manipulationen gewarnt und jede Verbindlichkeit abgelehnt. Die Kontrollkommission hat sich davon überzeugt, daß für die Partei keine moralische und keine gesetzliche Veranlassung vorliegt, für diesen Betrag aufzukommen. Der Antrag Wegig ist deshalb von uns abgelehnt worden. Weiter lag uns ein Antrag des Korrektors am „Vorwärts“ Wieth vor. Wieth verlangte, gestützt auf zwei ärztliche Atteste, nach dem üblichen Urlaub von drei Wochen drei weitere Wochen Urlaub. Die Preßkommission und der Vorstand lehnten das Gesuch ab und die Kontrollkommission hat beschlossen, die Angelegenheiten der neuen Kontrollkommission zur endgiltigen Entscheidung zu überweisen, die sich in Berlin über die Sachlage informieren kann. Die Sache eilt auch nicht. Wieth ist drei Wochen länger fortgeblieben und hat während dieser Zeit Vertretung gestellt. Jetzt verlangt er die Kosten ersetzt.

Der letzte Fall betrifft Vorkommnisse in Want. Ein Schiedsgericht unter Vorsitz von Gerisch hat getagt. Es handelte sich um den Ausschluß einer Anzahl kleiner Scharwerker (Unternehmer) und Arbeiter aus der Partei aus Anlaß eines Streiks. Das Schiedsgericht hat den Ausschluß der Arbeiter bestätigt, weil diese es nicht einmal für nothwendig erachtet hatten, bei dem Schiedsgericht vertreten zu sein. Wenn die Leute eine solche Anklage auf die leichte Schulter nehmen, dann dürfen auch wir annehmen, daß die Beschuldigung richtig ist. Eine Revision dieses Urtheils, soweit es die Arbeiter betrifft, ist auch bei uns von keiner Seite beantragt worden.

Anderst liegt es bei den Unternehmern. Die Wanter hatten den Ausschluß beschlossen, das Schiedsgericht hatte den Ausschluß aufgehoben, weil die Gründe dafür nicht stichhaltig seien, und nun haben die Wanter bei der Kontrollkommission die Aufhebung dieses Schiedspruchs beantragt. In der betreffenden Parteiverammlung sind merkwürdige Grundsätze laut geworden, so der: selbständige Personen, Personen, die ein eigenes Geschäft betreiben, haben überhaupt nichts in der Partei zu thun. (Geisterzeit.) Ein weiterer Gesichtspunkt war: Bei jedem Streik haben die sozialdemokratischen Kleinmeister und Scharwerker die materiellen Forderungen der Arbeiter unter allen Umständen zu erfüllen. Das zeigt im Kleinen, was in der Folge Alles an uns herantreten wird. Begeben wir uns auf diese schiefe Ebene, dann wird es schwer sein, Halt zu finden. (Sehr richtig.) Die Kontrollkommission hat sich gestern dem Beschluß des Schiedsgerichts in der Wanter Angelegenheit angeschlossen. Eben erhalte ich eine Postkarte, worin mich der Vertrauensmann von Want ersucht, die Angelegenheit zur endgiltigen Entscheidung dem Parteitag zu unterbreiten. Die Sache wird den Parteitag an sich beschäftigen müssen, hängt er doch mit anderen Angelegenheiten ähnlicher Art eng zusammen.

Damit schliesse ich meinen Bericht. Ich gebe die Versicherung ab, daß die Kontrollkommission redlich bemüht war, ihre Schuldigkeit zu thun, auch wenn es ihr diesmal nicht gelungen ist, ihre Zustimmung aller Parteigenossen zu finden. Ich beantrage Namens der Kontrolleure die Entlastung des Vorstandes für seine gesammte Geschäftsführung. (Bravo!)

Einger stellt die Unterstützungsfrage für die zum Vorstandsbericht eingegangenen Anträge. Es gehören hierzu die Anträge 49 und 53, die genügend unterstützt werden. Der Antrag 98 findet nicht genügende Unterstützung.

Den Antrag 49 begründet

Ottile Waader-Berlin: Unser Antrag ist veranlaßt durch die Erfahrung

bei der Sammlung von Unterschriften unter die Petition gegen den Zollwucher, wie eschredlich wenig die große Masse der Frauen über die Einwirkung der Zölle auf ihre Verhältnisse unterrichtet ist. Sie wissen nichts von der Belastung des Haushalts, von der Auspöwerung und Aushungerung der Familien, der Noth und dem Elend, die die Zollerhöhung in den proletarischen Haushalt trägt, von dem Massensterben der Proletarierkinder. Die Männer haben tüchtig agitiert, aber wir wollen ein Flugblatt, das mehr auf die hauswirtschaftlichen Beziehungen Rücksicht nimmt; es soll den Arbeiterinnen gesagt werden, wie das Nähgarn, wie das Material in der Hausindustrie theurer wird u. s. w. Wenn das in leicht faßlicher Form in dem Flugblatt behandelt wird, muß das eine Wirkung ausüben. Wir sind persönlich an den Partei-Vorstand herangetreten, um die Demonstration größer zu machen, und um auch die Arbeiterinnen verpflichten, den Frauen in der Verbreitung des Flugblatts zu helfen, denn das häußeren Frauen, die in der Agitation thätig sind, reicht nicht aus. Aus ganz Deutschland, besonders aus den Industrie-Orten, sind wir um die Herausgabe eines solchen Flugblattes von den Frauen erjucht worden.

Hengsbach-Köln begründet den Antrag $\frac{5}{4}$ an Stelle des in der Mandatprüfungs-Kommission thätigen Antragstellers Dümel: Bei den Wahlen in Duisburg haben wir abgelehnt, wie wir es nicht vorausgesehen hatten. Die Organisation ließ Alles zu wünschen übrig; die dortigen Verhältnisse, die Furchtel der Großindustrie, dazu die Krise ließen keine Hoffnungen aufkommen. Indessen die Parole: Nieder mit den Getreideböllen! hat ihre Wirkung nicht verfehlt, wir hatten Erfolg. Aber wir haben im Bezirk Duisburg-Mülheim und in Essen die Ueberszeugung gewonnen, daß in die Agitation mehr von oben eingegriffen werden muß. Die Mittel fließen nicht ein. Wir wollten Wepers, der äußerst tüchtig ist, selbständig machen für die Agitation, was in dem Kreise mit 83000 eingeschriebenen Wählern notwendig ist, und der Partei-Vorstand hat es abgelehnt. Er sollte doch den Genossen im Kreise, die die Verhältnisse kennen, mehr folgen. Auch im Essener Kreise können wir nicht genügend propagieren, weil der „Werkruf“ ein Kopfblatt der „Rheinisch-Westfälischen Arbeiterzeitung“ ist. Das ist ja auch sonst ein Hinderniß für eine thätkräftige Organisation. (Gerisch: Wir haben bewilligt!) Nein, Sie haben nur 30 Mk. monatlich bewilligt; das ist nur ein Palliativmittelchen. Es muß in diesen Kreisen mehr geschehen. Die Verhältnisse liegen da anders als anderswo, hier sind noch gewaltige Arbeitermassen für uns zu gewinnen, und es ist da etwas zu machen, wenn nur genügende Mittel vorhanden sind. Ein Kreis, der 1869 bereits durch Hafenclever im Parlament vertreten war, muß uns wieder gewonnen werden, verlagen Sie uns dazu nicht die Mittel.

Die Diskussion über Punkt 1a wird eröffnet.

Lebehour: Der Partei-Vorstand hat es für notwendig gehalten, das frühere Verhältniß zu den polnischen Sozialisten Deutschlands zu ändern. Der „Gazeta Robotnicza“ ist die Unterstützung entzogen worden; darüber kann ich nicht urtheilen, da ich, wie wohl auch der Partei-Vorstand, der auch auf die Berichte Anderer angewiesen ist, der polnischen Sprache nicht mächtig bin; ich kenne den Inhalt des Blattes nicht. Pfannkuch hat ja auch angedeutet, daß unter Umständen die Unterstützung wieder gewährt werden wird. Etwas anderes aber ist es, daß der Partei-Vorstand, und zwar im Bericht noch schärfer als Pfannkuch mündlich, die Gemeinschaft mit der Organisation der polnischen Sozialisten abgelehnt hat. Die Fassung der Stelle im Bericht kann sogar Leute, die darauf ausgehen, die deutschen und polnischen Genossen einander zu entfremden, zu dem Schluß führen, daß der Partei-Vorstand den polnischen Sozialisten in Deutschland die Eigenschaft als Sozialdemokraten aberkennt. Jedenfalls will der Bericht und Pfannkuch — anders kann ich es nicht verstehen — den polnischen Genossen in Deutschland überhaupt das Recht zu einer

eigenen Organisation absprechen. Das geht zu weit. Wenn es in dem Bericht heißt, „an ein gedeihliches Neben- und Miteinanderwirken war nicht zu denken“, so mag das vielleicht sein in Folge von Taktlosigkeit von polnischen Genossen; aber diese Erfahrungen mit einzelnen Personen dürfen wir nicht derartig verallgemeinern. In Bezug auf das Verhältniß zu den Polen können wir von Oesterreich lernen. Wir haben aus dem Munde unserer Gäste außerordentliche Lobeserhebungen gehört; aber wir sind in Deutschland sehr rückständig in Bezug auf das Verhältniß für die Bedürfnisse fremder Nationalitäten innerhalb unseres Reichsgebietes. Es ist richtig, bei uns sind 50 Millionen Deutsche und nur $2\frac{1}{2}$ Millionen Polen. Aber mehr Polen sind auch nicht in Oesterreich und doch haben diese es verstanden, aus sich heraus eine Organisation zu schaffen und eine Thätigkeit zu entfalten, die die Achtung der gesammten internationalen Sozialdemokratie genießt. Ich meine, das ist auch unseren Polen möglich; sie sind nur unentwickelt, furchtbar unweisk — gewiß! — sie treten eben noch in den Kinderschuhen, die die Sozialdemokratie aller Nationalitäten erst abtreten muß. Einzelne polnische Genossen mögen sogar ganz unsozialdemokratische Ideen aussprechen; ja, Parteigenossen, das kommt sogar in der so hoch entwickelten deutschen Sozialdemokratie vor. Dazu kommt, daß die Polen in den verschiedenen Ländern eine ideale, sprachliche, kulturelle Einheit bilden; das muß für uns ausschlaggebend sein.

Im Uebrigen beziehe ich mich auf die vortrefflichen Ausführungen unserer österreichischen Freunde, daß, was wir hier thun, auch von Bedeutung für die österreichische Partei ist. Ich beantrage folgende Resolution:

„Der Parteitag spricht die Erwartung aus, daß ein gedeihliches Zusammenwirken der Partei mit der Organisation der polnischen Sozialdemokraten in Deutschland bald wieder hergestellt wird.“

Das ist das Mindeste, was wir thun können und müssen; es enthält keinen Vorwurf für den Partei-Vorstand.

Winkiewicz-Polen: Ich bin beauftragt, Sie Namens der polnisch-sozialistischen Partei zu begrüßen und den Wunsch auszusprechen, daß Ihre Verhandlungen zu einer Stärkung der internationalen Solidarität führen werden. Ich muß aber, so schwer mir die Rede in deutscher Sprache wird, mich gegen einzelne Behauptungen des Parteiberichts wenden. Gewiß, man muß die polnischen Arbeiter aufklären, daß sie nicht als Lohnrücker auftreten; aber die Absicht von uns war doch wohl, aus den polnischen Arbeitern Sozialdemokraten zu machen. Gewiß, es ist richtig, daß die Erfolge bei uns gering sind, das kommt aber auch in stückdeutschen Gegenden vor. Es ist richtig, wir greifen Winter und Gogowski an, aber nur in der Verteidigung; auch der Sturm krümmt sich. Gogowski ist kein Pole; er ist in der Fremde geboren und kann kein Wort polnisch. Kasprzak haben wir vor acht Jahren nicht angeklagt und auch nicht die Beweise zu liefern; wir haben uns nach unseren Genossen zu richten. Ein Nebeneinanderwirken ist möglich, ein Miteinanderwirken nicht. Ihr habt die Pflicht, unsere Organisation anquerkennen, weil wir eine andere Nation sind, eine andere Zunge sprechen, die Ihr nicht kennt. Ihr müßt Euch auf die Berichte und das ehrliche Gesicht Anderer verlassen, Kontrollen könnt Ihr sie nicht. Das ist genau so wie mit den Missionaren in China, sie nehmen sich verkommener Individuen an. Genau so ist es mit Kasprzak; weil seine Existenz unmöglich war, hat er sich zu den deutschen Genossen geflüchtet und spielt sich als ehrlicher Mann auf. Namens der polnisch-sozialistischen Partei habe ich Ihnen zu erklären, daß wir in allen politischen Fragen mit Ihnen stets zusammengehen werden, aber wir verlangen unsere Rechte als Polen; mit Leuten wie Kasprzak arbeiten wir nicht zusammen. Lassen Sie keine Beschlüsse, die uns nur die Arbeit erschweren.

Orb-Offenbach: Zum Parteibericht habe ich nur einige Wünsche.

Ähnlich wie bei den Landtagswahlen wünschte ich ein zusammenfassendes Bild auch über die Stärke unserer Genossen in den Kommunalvertretungen, und daß die Kommunalitätätigkeit in den künftigen Berichten etwas ausgiebiger behandelt wird. Daß an die Zentralkasse die Mittel zum Teil spärlich fließen, gebe ich zu; aber bedenken Sie die außerordentlich gesteigerten Anforderungen an die Lokalorganisationen. Tausende sind notwendig für die Agitation in den einzelnen Kreisen, für die Lokal- und Provinzialorganisationen. Wir in der hessischen Landeskonferenz haben den Beschluß gefaßt, 33 1/3 pCt. an die Parteilasse abzuführen. Mögen die Anderen folgen.

Gengschach-Röln: Ich nehme nochmals das Wort auf eine Anregung des Genossen Morawski hin, der mir schreibt, da ich als Kandidat im Kreise Duisburg die polnische Bevölkerung kennen gelernt hätte, würde ich wohl für die polnische Sonderorganisation eintreten. Ich kann mich dem nicht anschließen. Ich gebe durchaus zu, wer der polnischen Sprache mächtig ist, wer die polnische Bevölkerung genau kennt, kann besser bei den Polen agitieren; aber die Extrawurst der Sonderorganisation brate ich ihnen nicht. Die polnischen Agitatoren gehen darauf aus, die Polen mehr zu Polen als zu Sozialdemokraten zu erziehen. Das wird sich rächen, wie es sich ähnlich in Elßas-Lothringen bitter gerächt hat. Ich habe im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, wo sich über 80 000 Polen befinden, mich gewiß um die dortigen Verhältnisse gekümmert; aber gerade diese beweisen, daß eine Sonderorganisation nicht notwendig ist. Arbeiten wir lieber auf eine Zentralorganisation hin, anstatt dieser Kräftezerpflünderung in Sonderorganisationen.

Windhoff-Düsseldorf spricht für den Antrag der Essener Genossen (53) und beantragt hinzuzufügen: „und finanzielle Unterstützung angebeihen zu lassen.“

Das Zentrum hat in den niederrheinischen Kreisen in den letzten Jahren eine starke Organisation geschaffen; wird diese weiter ausgebaut, dann ist unser Stand ein noch schwierigerer als bisher. In dem Landkreis Düsseldorf mit seinen 50 Orten haben wir nur in drei Orten ein Lokal zur Verfügung. Wenn wir trotzdem Fortschritte gemacht haben, so ist das ein Beweis, daß wir unsere Pflicht getan haben. Aber die Agitation bedarf Kapitalien, wenn sie Früchte bringen soll. Wir können zu gleicher Zeit nicht überall sein. Im Rheinland haben wir selbst keine Abgeordneten. Mollenbutz, der Vertreter von Barmen-Elberfeld, wohnt nicht im Wahlkreis. Die Abgeordneten, die hingekommen sind, werden aber bestätigen, daß unsere Versammlungen durchgängig sehr gut besucht gewesen sind.

Groß-Roskoc: Ich habe keine tadelnden Bemerkungen zu dem Vorstandsbericht zu machen, wir in Mecklenburg sind stets in der freigebigsten Weise bedacht worden und wir haben auch gute Erfolge erzielt. Unter unseren mecklenburgischen Delegierten befindet sich ein Landarbeiter, dessen Delegationskosten die Landarbeiter selbst aufgebracht haben. (Bravo!) Auch der stärkste mecklenburgische Wahlkreis gehört zu denen, die im Reichstage vertreten sind und keine Beiträge an die Zentralkasse abgeführt haben. Wir haben das selbst schon unangenehm empfunden und hoffen, daß der hier ausgesprochene Tadel zu einer Besserung beiträgt. Dem Antrag der Genossin Waader stehe ich sympathisch gegenüber, doch muß das Flugblatt auch auf die Verhältnisse der Frauen auf dem Lande, der vielen Millionen Landarbeiterinnen, eingehen, die sich heute vielfach als Produzentinnen mühen und von höheren Löhnen Vortheile zu haben glauben. Diese falschen Vorstellungen muß das Flugblatt widerlegen, es muß bewiesen werden, daß die Sozialdemokratie auch für die Landarbeiter eintritt, wir müssen die Behauptungen des Bundes der Landwirthe als Truggebilde enthüllen, damit die Landarbeiterinnen sich zu uns hingezogen fühlen.

Gogowski-Posen: Ich muß mich ganz entschieden gegen die Resolution Ledebour wenden, denn die polnischen Sozialisten haben nicht für den Inter-

nationalismus, sondern für den Nationalismus agitirt, und diese Art der Agitation dürfen wir nicht unterstützen. Das Geld für die „Gazeta Robotnicza“ ist einfach zum Fenster hinausgeworfen. Die gewerkschaftlichen Organisationen in Posien sind nicht von polnischen, sondern von deutschen Arbeitern gegründet worden, die es verstanden haben, die polnischen Arbeiter zu gewinnen. Bei der letzten Wahl wurde in einem Flugblatte der sozialdemokratische Kandidat in ganz schmuckiger Weise von der polnischen Partei verächtigt. Für solche Agitation danken wir. Da hat der Vorstand durchaus recht, wenn er von der Sonderorganisation nichts wissen will. Die Genossen in Posien wollen auch gar keine Sonderorganisation. Unterstützen wir deshalb nicht die national-polnische Bewegung, die nun und nimmer zum Sozialismus führt. Ich bitte Sie, die Resolution Ledebour möglichst einstimmig abzulehnen.

Dr. Rosa Luxemburg: Nun haben wir wieder die schönste Polen-debatte, aber wir sind nicht schuld daran, wenn wir wieder mit diesen unerquicklichen Dingen traktirt werden. Die Debatte ist angefangen durch Ledebour, der sich gewiß durch das Gefühl der Gerechtigkeit und des Mitleids mit allen Unterdrückten leiten ließ, ein Gefühl, das leider in diesem Fall durch die Kenntniß der einschlägigen Verhältnisse nicht getrübt wird. Ich kann Sie beruhigen, wenn Jemand von Ihnen so wie Ledebour in Konflikt mit seinem Gewissen gerathen sollte, eine polnische Frage als solche existirt für uns glücklicherweise nicht mehr, wir sind im Reinen und können über die Resolution Ledebour zur Tagesordnung übergehen. Es versteht sich von selbst, daß die deutsche Sozialdemokratie auch gegenüber den Polen dem Prinzip der internationalen Solidarität und der Gleichheit der Nationen und Geschlechter treu bleiben müsse und auch treu geblieben ist. Wenn es zu Unzuträglichkeiten, zu unangenehmen Konflikten innerhalb der polnisch-sozialistischen Organisation Deutschlands gekommen ist, so handelt es sich nicht um einen Konflikt zwischen Deutschen und Polen, sondern um einen zwischen polnischen Sozialdemokraten, die auf internationalem Boden stehen, und solchen, die auf nationalem Boden stehen. Diese polnischen Sozialisten haben auf ihrem letzten Parteitag ausdrücklich erklärt, sie schneiden das Tischrecht zwischen sich und unserer Partei durch. (Sehr richtig!) Auch wir schützen natürlich die unterdrückten Polen; ich fahre am Mittwoch von hier direkt nach Posien, um mich wegen Beleidigung des preussischen Kultusminister Städt zu verantworten, die ich verübt haben soll in einer Broschüre mit dem Titel „Zum Schutz der polnischen Nationalität“. Also Sie sehen, wir wollen die polnische Nation schützen, so wie wir das überhaupt können, durch mündliche und schriftliche Agitation. Wer war es denn, der auf dem Mainzer Parteitag beantragt hat, die Reichstags-Fraktion möge sich der unterdrückten Polen annehmen? Das waren wir, die man heute als Unterdrücker der polnischen Sozialisten hinstellt. Jene Leute aber haben in der „Gazeta Robotnicza“ diesen Antrag völlig verschwiegen; das genügt, um Ihnen zu zeigen, wie sorgfältig sie es vermeiden, den polnischen Genossen, die sie verachtet und verdammt haben, die Wahrheit zu enthüllen. Und diese Leute kommen hierher und sagen: „Warum stößt Ihr uns zurück, warum wahr Ihr nicht unsere Rechte, wir wollen friedlich mit Euch zusammenarbeiten.“ Wollt Ihr noch einen Beweis dafür, was für schöne Brüder diese Leute sind, so erinnere ich nur an die vorlezte Nummer der „Gazeta Robotnicza“, wo als Ursache für den Verlust des Wahlkreises Mühlhausen und für die „Niederlage“ unserer Partei in Memel-Heidelberg angegeben wird, daß die deutsche Sozialdemokratie ebenso wie den Polen auch den französischen und litthauischen Genossen gegenüber die Pflicht der internationalen Sozialdemokratie bricht. (Hört! hört!) Das sind die Mittel, womit diese Leute gegen uns agitieren. Und wollt Ihr noch einen Beweis, um einzusehen, daß es Lug und Trug ist, wenn diese Leute sagen, sie wollen mit uns zusammenarbeiten, so erinnere ich an die Worte von

Haase auf dem schlesischen Provinzialparteitag: Wir pfeifen auf die Beschlüsse der deutschen Parteitage. Uebrigens wird soviel Sumas darum gemacht, daß Werjenige, der die Verhältnisse nicht kennt, glauben könnte, es handelte sich um eine zahlreiche Gruppe, die mit uns nicht Hand in Hand gehen kann. Beruhigen Sie sich, es ist nur eine Handvoll Krakehler, eine sogenannte Partei, die bequem auf einem Sofa Platz nehmen könnte. (Dr. Gumpłowicz ruft: Frech gelogen!) Ach, Sie sind ja auch da, Sie gehören ja auch dazu. (Pellerst.) Mit Leuten, die auf dem Boden der internationalen Solidarität stehen, sind wir immer bereit, zusammen zu arbeiten, wie wir es in Polen und Oberschlesien thun. Will aber jenes Häufchen Leute durchaus ihr Extraeckchen auf dem Sofa haben, so möge sie es behalten. Ich bitte Sie nochmals, über den Antrag Ledebour möglichst einstimmig zur Tagesordnung überzugehen. (Beifall.)

Nachmittags-Sitzung.

8 1/2 Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Die Diskussion zu Agitation, Wahlen und Rassenbericht wird fortgesetzt.

Winięzkielwicz: Berlin: Auf das Kowplet der Genossin Lügemburg will ich nicht eingehen; ich würde mich selbst beleidigen, wollte ich auf ein solch menschenfresserisches Gerede antworten. Hengsbach hat sich mit Morawski beschäftigt, obgleich dieser nicht anwesend ist und sich nicht vertheidigen kann. In dem Hengsbach'schen Wahlkreise sind die Polen für ihn eingetreten, weil es ein deutscher Wahlkreis ist; aber die Polen verlangen auch, daß die deutschen Genossen in einem polnischen Kreise für den polnischen Kandidaten stimmen. Im Lande mit polnischer Sprache kann nur so agitiert werden. Ich kann Ihnen sagen, daß jetzt, wo Sie die Unterstützung für die „Gazeta Robotnicza“ zurückgezogen haben, wir mehr Erfolge haben als früher (Zurufe: Na also!), einfach deshalb, weil das polnische Proletariat jetzt eingesehen hat, daß es selbst Opfer bringen muß. (Zuruf: Na also!) Wir wollen nebeneinander arbeiten; wir verlangen von Euch keine materielle Hilfe; aber eine moralische zu verlangen haben wir das Recht, damit die internationale Solidarität zur Wahrheit wird.

König-Bachum: Die Polenfrage mag manchem Genossen langweilig sein; für uns mit der starken polnischen Bevölkerung hat sie aber großes Interesse. Wäre die Frage schon im vorigen Jahre gründlicher behandelt worden, so wäre es für uns besser gewesen. Die Thätigkeit der Parteikräfte, von der der Bericht spricht, mag auf Oberschlesien Bezug haben, wir im weisfällischen Industriebezirk haben wenig davon gemerkt. Als Haase zu uns kam, hätte man erwarten sollen, daß er die polnische Industriebevölkerung für uns mobil machte. Wo er deutsch gesprochen hat und wir ihn kontrollieren konnten, hat er ja keine Schnitzer gemacht; aber in den polnischen Versammlungen soll er die polnische Propaganda besonders betrieben haben. Was noch thut, ist eine polnische Presse, darüber werden wir uns beim Punkt „Presse“ näher unterhalten. Wir sollten die jetzige Erregung im Kohlengebiet, die sich bei den Polen besonders auch gegen das Zentrum bemerkbar macht, ausnutzen, am besten durch ein gutes Flugblatt. Wir haben uns diesbezüglich mit der Genossin Lügemburg in Verbindung gesetzt. Wir wollten sie auch für einige Vorträge in Weisfalen engagieren, die Behörde hat uns einen Strich durch diese Rechnung gemacht, sie will die Lügemburg bei uns nicht reden lassen. Die Kosten des Flugblattes, die beträchtlich sein werden, wird die Partei uns wohl tragen helfen.

Braun-Königsberg: Genosse Groth hat die Notwendigkeit betont, in dem von Fr. Bander beantragten Flugblatt der Behauptung des Bundes der

Landwirthe entgegenzutreten, daß die Landarbeiter als Produzenten an höheren Getreidepreisen interessiert seien. Ich habe bei meiner Landagitation Landarbeiter, die sich in diesen Fragen als Produzenten fühlen, nicht kennen gelernt. Das Frauen-Flugblatt wäre ganz überflüssig, das vom Partei-Vorstand kürzlich herausgegebene illustrierte Flugblatt eignet sich vorzüglich für Stadt und Land, ein besonderes Flugblatt für die Landarbeiter ist ebensowenig nöthig. Wie gut das letzte Flugblatt gewirkt hat, beweist die Thatsache, daß die Landarbeiter bei uns nach Tausenden die Petition gegen die Getreidepreisle unter-schrieben. Noch ein Wort zu der Notiz der „Gazeta Robotnicza“. Wie kann man in Memel-Hendeburg von einer Niederlage reden; ich wünschte, wir erkämen noch eine solche Niederlage, denn dann würde der Kreis uns gehören. Eine besondere lithauische Sozialdemokratie zu gründen, wäre eine ganz falsche Taktik, wir agitieren als Sozialdemokraten und haben dadurch bei den Lithauern und Masuren gute Erfolge erzielt. Es kommt nur darauf an, daß wir uns den Leuten verständlich machen. Das ist das ganze Geheimniß unserer Agitation in Ostpreußen. Auf das Nationalitätsgefühl brauchen wir keine Rücksicht zu nehmen. Mögen das auch die polnischen Genossen thun, dann werden auch sie Erfolge erzielen.

Frau Zieh-Hamburg: Im Gegensatz zu Braun erlaube ich Sie dringend um Annahme des Antrags 54. Gerade in den rückständigsten Gegenden ist es nothwendig, den Frauen die ungeheuren Schäden zu demonstrieren, die die Zoll-erhöhung ihnen bringt. Bei der Sammlung der Unterschriften für die Petition haben wir die Erfahrung machen müssen, daß noch bei außerordentlich vielen Männern es schwer ist, um wie viel mehr erst bei den Frauen. Vereinsgesetze hindern uns zu einem großen Theil, die Aufklärung in Versammlungen zu bringen; um so nothwendiger ist ein solches Flugblatt. Dem Genossen Groth kann ich erklären, daß, wenn der Parteitag die Herausgabe des Flugblattes beschließt, daß dann, soweit es im Rahmen eines Flugblattes möglich ist, im Allgemeinen also, die Verhältnisse der Landarbeiter mit in Rücksicht gezogen werden sollen. Jetzt gerade ist der geeignete Augenblick für ein solches Flugblatt für die Frauen vom Standpunkt der Hausfrau als Konsumentin und vom Standpunkt der Arbeiterin in ihrer Eigenschaft als Produzentin. An solche Fragen, die tief in das Wirtschaftsleben einschneiden, müssen wir anknüpfen, nicht nur, um die Frauen zu einem Protest gegen den Zolltarif zu entflammen, sondern um das weibliche Proletariat überhaupt für unsere Partei zu gewinnen. (Beifall.)

Ledebour: Berlin: Wenn in den Auseinandersetzungen über die Polenfrage an die Lebensschancen appelliert ist, so ist das nicht meine Schuld. Die Frage der Entziehung der Subvention für die „Gazeta Robotnicza“ scheidet aus der Diskussion aus, da die polnischen Genossen selbst der Meinung sind, daß sie davon keinen Schaden haben, aber nicht scheidet damit auch die Nothwendigkeit aus, daß wir zu einem gedeihlichen Zusammenwirken mit den Polen kommen müssen. Es geht nicht an, daß zwei sozialdemokratische Organisationen in Deutschland sich gegenseitig bekämpfen. Zweifellos ist es für uns unangenehm, daß in Deutschland 3 1/2 Millionen Polen ansässig sind, aber das ist nicht unsere Schuld und daran können wir nichts ändern. Mit dieser Thatsache haben wir zu rechnen, und wir haben auch damit zu rechnen, daß unter allen Völkern Europas das nationale Empfinden auf das Höchste entwickelt ist, auch unter den Sozialdemokraten, und zwar in dem Sinne, daß sie ihre Muttersprache sprechen und hochhalten wollen. Dies Recht müssen wir jeder Nationalität zugestehen, und auch wir Deutsche würden uns dies Recht nicht nehmen lassen, wenn wir das Unglück hätten, unter der Herrschaft einer fremdsprachigen Regierung zu leben, die versuchte, uns unsere Muttersprache zu nehmen. Dann würden wir mit derselben Energie wie die Polen unsere Muttersprache ver-

theidigen. Daß das vielen unserer Genossen nicht klar ist, liegt daran, weil wir praktisch diese Erfahrung nicht gemacht haben. Unsere österreichischen deutsch sprechenden Genossen wissen aus eigener praktischer Erfahrung, daß das Recht der Muttersprache geschützt und geachtet werden muß, und deshalb sind sie zu einem gedeihlichen Zusammenwirken aller Nationalitäten innerhalb der Sozialdemokratie gekommen. Gewiß nehmen wir uns der polnischen Sozialdemokraten an, aber daraus leite ich nicht das Recht ab, den Leuten zu bestreiten, daß sie auf eigenen Füßen stehen können. Genossin Luxemburg spricht den polnischen Sozialdemokraten das Recht auf eine eigene Organisation ab, aber sie setzt sich damit in Widerspruch zu ihrem eigenen Verhalten, denn sie hat auf dem internationalen Pariser Kongreß auf Grund eines Mandats, das sie, soviel ich weiß, in Deutschland erhalten hat, von polnischen Sozialdemokraten verlangt, innerhalb dieser polnischen Organisation anerkannt zu werden. Bisher habe ich geglaubt, daß das Wort: „Für Frauen giebt es keine Logik!“ auf sie keine Anwendung hat. (Unruhe.) Es giebt natürlich noch andere Frauen, auf die es nicht angewendet werden kann, aber Genossin Luxemburg hat heute diese Logik vermissen lassen. Meiner Resolution will nun für die Zukunft ein gedeihliches Zusammenwirken ermöglichen und die polnische Sozialdemokratie anerkannt wissen; ich hoffe daher auf ihre Annahme. (Beifall.)

Südekum: Dresden begründet einen Schlußantrag mit der Fülle der sonstigen Tagesordnung des Parteitag.

Der Schlußantrag wird angenommen.

Hengsbach verwahrt sich persönlich gegen den Vorwurf, Morawski in dessen Abwesenheit angegriffen zu haben; er habe ihn für anwesend gehalten.

Singer: Gehe ich diese Verhandlung weiter gehen lasse, muß ich auf einen Zwischenfall von heute Vormittag aufmerksam machen. Während der Rede der Genossin Luxemburg hat der als Berichterstatter anwesende Dr. Gumpłowicz mit lauter Stimme dazwischen gerufen: „Gelogen! Frecht gelogen!“ Zu der Unruhe, die dabei entstand, war das hier oben nicht gehört worden. Nachdem mir das später mitgeteilt wurde, habe ich Veranlassung genommen, Herrn Dr. Gumpłowicz zu ersuchen, sich der Beiseiligung an der Diskussion durch Zwischenrufe zu enthalten. Dr. Gumpłowicz hat mir das zugefagt. Ich würde den Gegenstand damit für erledigt gehalten haben, wenn jetzt nicht der soeben erschienene „Lübcker Volksbote“ in den Bericht es aufgenommen hätte. Da hiermit dieser Vorfall über die Mauern dieses Saales hinausbringt, bin ich verpflichtet, nachträglich den Parteitag auf das Entscheidungse gegen zu verwahren, daß ein als Berichterstatter anwesender Genosse sich an der Diskussion durch Zwischenrufe beteiligt, namentlich aber durch Zwischenrufe, die jeder parlamentarischen Gepflogenheit durchaus widersprechen. Wenn ich einen Wunsch daran knüpfen kann, dann ist es der, daß wir in der Diskussion selbst unter uns in den Ausdrücken die Grenze innehalten, wie es unter verständigen Menschen und namentlich unter Genossen im Interesse der Einigkeit nötig ist. Damit ist der Zwischenfall erledigt.

Wjankusch hat das Schlußwort für sein Referat: An sich hätte ich gegen die Resolution Ledebour nichts einzuwenden, denn sie ändert an dem bestehenden Zustand nichts; aber sie ist überflüssig. Ich habe in meinem Referat schon ausdrücklich erklärt, daß die Parteileitung die Pflichten der internationalen Solidarität durchaus achtet, aber dem besonderen Fall entsprechend, den Verhältnissen nach handeln muß. Sind die polnischen Genossen der Veranlassung zugänglich und gewillt, die für die deutschen Verhältnisse nicht mehr passende Sonderbücherei aufzugeben, gut, sie sollen uns willkommen sein. Wenn sie ein Bedürfnis nach Ruhe und Frieden empfinden, bei uns ist es immer vorhanden gewesen; aber es ist dem Besten nicht möglich, in Frieden zu leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt. Die Polen sind uns für die Mit-

arbeit willkommen, aber wir haben kein Bedürfnis, uns aufzubringen. Ich meine, zur Charakteristik der Polen haben die heutigen Verhandlungen den Delegierten ein besseres Verständnis beigebracht. Ich erhebe selten Vorwürfe; aber wir haben heute gesehen, wie polnische Genossen, die behaupten, der deutschen Sprache nicht mächtig zu sein, sehr gut von uns in der Agitation verwendet werden könnten. Dieselbe Erfahrung habe ich mit dem früheren Vertrauensmann der polnischen Genossen Dulong gemacht, der, seitdem die polnische Sonderorganisation erstarkt ist, für die Partei nicht mehr tätig ist. Der kam einmal zu mir in das Parteibüreau mit einem Vorstandsmitglied der polnischen Organisation, der ihm zur Assistentz als Dolmetscher beigegeben war, weil Dulong angeblich kein Wort Deutsch sprechen konnte. Nun kannte ich aber den Dulong doch schon von Neustadt her und ich sagte ihm: „Aber, ich habe Sie doch schon ganz gut Deutsch sprechen hören!“ Und es stellte sich heraus, daß, nachdem ihm so die Zunge gelöst war, er die Verhandlung ganz gut deutsch führen konnte. (Hört! Hört!) Das zur Wahrhaftigkeit und Wahrheitsliebe der in der polnischen Organisation tätigen Genossen. Es ist auf den Fall Kasprzak hingewiesen worden. Die polnischen Genossen haben betont, sie hätten nicht notwendig, den Beweis für die Behauptungen anzutreten, die sie K. angehängt haben. Es sind das so ziemlich alle Niederträchtigkeiten, die einem Menschen nachgesagt werden können. Maßgebend sei, wie meinten die Polen, die russische Organisation, die K. ausgeschlossen habe. Wir haben über den Fall K. auf Wunsch der Generalkommission und in Gemeinschaft mit derselben uns bemüht, volle Klarheit zu schaffen. Der Gesamtvorstand der polnischen Partei war eingeladen, um die Anklage zu beweisen. Unbeschränkte Redefreiheit war ihm eingeräumt. Nicht ein Punkt der Anklage wurde verlassen, ehe die Polen nicht erklärt hatten, sie hätten Alles gesagt, was sie zu sagen hätten. Was ist nun übrig geblieben von allen Anklagen gegen Kasprzak? Nichts, außer der einen Behauptung, daß K. einen Betrag von 60 Mk. unterschlagen habe, den er von polnischen Genossen zu Unterstützungszwecken erhalten habe. Von der Aufklärung dieses Punktes hat die Generalkommission ihr Verhalten abhängig gemacht. Der Vorstand beschloß, durch Vernehmung des noch in Breslau lebenden Zeugen den Thatbestand aufzuklären. Ich schrieb nach Breslau und bekam die latonische Antwort: Ja, das ist so. Ich erwiderte: Diese Behauptung haben wir zwei Tage lang gehört, aber wo sind die Beweise? Und die Antwort war: Ja, darüber kann auch ich keine Antwort geben, Beweise habe ich nicht. (Heiterkeit.) Hören und Weitererzählen ist leicht. Aber wenn man Einem nichts beweisen kann, thäte man doch besser zu schweigen. (Sehr richtig!) Wie steht es nun mit der Ausschließerei Kasprzak's in Rußland? Gab es damals in Rußland eine Organisation, die die Verantwortung übernehmen konnte? (Auf: Jawohl!) Es war nur ein Firtel von Genossen vorhanden, die über unbedeutende Leute abgeurteilt haben. Ich würde auch heute fragen, wenn von einer ausländischen Organisation ohne Beweismittel das Verlangen gestellt würde, wir sollten einen Genossen abschaulen. Man muß die Dinge doch nachprüfen können. Mögen die Verhältnisse im Ausland zu einer außergewöhnlichen Organisationsform zwingen, die Organisation muß in der Lage sein, jederzeit Auskunft und Rechenschaft über eine Handlung zu geben. Das ist im Falle K. nicht geschehen. Als Kasprzak nun in Posen von den dortigen Genossen als Reichstagskandidat aufgestellt wurde, hatten wir mit den polnischen Genossen verabredet, sie sollten, wenn auch der letzte Punkt ihrer Anklage nicht bewiesen werden könne, sich jeder feindseligen Handlung gegen K. enthalten. Trotzdem zeigte uns die polnische Organisation an, sie würde gegen K. losgehen. In loyalster Weise sind die Verhandlungen gepflogen worden; eine Vereinbarung war getroffen. Wenn sie von der anderen Seite gebrochen wird, so mußten wir die Kon-

sequenz den Polen gegenüber stehen. So sind die Dinge in Wirklichkeit. Wenn es zutrifft, daß seit dem Bruche die Entwicklung der polnischen Partei und Verbreitung ihres Blattes so prächtig vor sich gegangen ist, nun, dann könne es ja auch den Polen nur angenehm sein. Wir sind ja gern bereit, die sich für uns aus der internationalen Solidarität ergebenden Verpflichtungen voll zu erfüllen unter Vorbehalt der Prüfung des Einzelfalles. Der Starke soll Großmuth üben. Wir haben aber Nachsicht in der Behandlung der Polen bis zur Erschöpfung geübt. (Sehr wahr!) Es ist Sache der Polen, zu zeigen, ob sie sich in Zukunft dieser Nachsicht würdig erweisen wollen.

Nun zum Antrag 53. Es wäre ja eine herrliche Sache, wenn wir in jedem Wahlkreise einen bezahlten Agitator hätten, dem die Pflicht der Pflege der Agitation und Organisation obliegt. Aber dabei können wir nicht einzelne Kreise herausgreifen. Außer dem westfälischen Kohlenrevier giebt es eine große Anzahl Distrikte, die viel früher zu erobern wären, als dieser Bezirk, wollten wir die ganze Kraft der Partei darauf verwenden. Wir müssen aber auch nach dem Grundsatze verfahren: Was dem Einen recht ist, das ist dem Andern billig. Weil nicht allen Wahlkreisen gegeben werden kann, was Essen und Duisburg verlangt, muß man sich abfinden mit der Unterstützung einzelner Genossen in den Kreisen, wie sie bisher geübt worden ist. Der im Duisburger Kreise in Betracht kommende Genosse, der in gutem Arbeitsverhältnis steht, wird für den ausfallenden Arbeitsverdienst entschädigt. Es ist besser, ein solcher Genosse hat eine gut bezahlte Stellung, als daß wir ihn auf das unsichere Einkommen aus einer mit Parteimiteln gegründeten Buchhandlung oder aus einem Zigarren-geschäft stellen. Das ist auch für die Stellung und das Ansehen eines solchen Genossen viel angemessener. Wir haben uns mit den Duisburger Genossen auf diesem Boden verständigt. Wir haben uns bereit erklärt, dem betreffenden Genossen seine Ausfälle zu ersetzen.

Was den Antrag 54 der Genossinnen betrifft, so wird der Vorstand bereit sein, die gewünschten Wünsche zu erfüllen und die erforderlichen Mittel bereit zu stellen. Ueber die äußeren Modalitäten werden wir uns verständigen. (Beifall.) Gerisch und Meister verzichten aufs Schlußwort.

Es folgt die Abstimmung.

Der Parteileitung wird Decharge ertheilt.

Antrag 49 wird angenommen, Antrag 53 abgelehnt, über die Resolution Ledebour geht der Parteitag zur Tagesordnung über.

Damit ist Punkt 1a der Tagesordnung erledigt.

Ueber Punkt 1b (Presse, Literatur, Kolportagewesen) erklärt Gerisch, nicht in öffentlicher Sitzung referieren zu wollen.

Infolge dessen wird sofort in die Beratung der zum Punkt „Presse“ gestellten Anträge geschritten und zwar sollen die Anträge 42, 50 und 103 in geschlossener, die Anträge 37—41, 43—48 und 51 in öffentlicher Sitzung verhandelt werden.

Singer theilt mit, daß die Diskussion über die Presse, falls sie heute nicht vollendet wird, zunächst zurückgestellt werden muß, da morgen früh mit der geschlossenen Sitzung begonnen werden soll.

Damit ist der Parteitag einverstanden.

Von den in öffentlicher Sitzung zur Beratung kommenden Anträgen finden nur die Anträge 38, 40, 45 und 46 die genügende Unterstützung.

Brann-Königsberg begründet den Antrag 38: Bei der letzten Nachwahl hat sich wieder gezeigt, daß eine Agitation in der lithauischen Gegend ohne lithauische Sprache nicht möglich ist. In allen anderen Bezirken Ostpreußens haben wir eine feste Abonnentenzahl für unsere Landarbeiterzeitung, in Litauen kann sie nur schwer Eingang finden, die Leute verstehen sie nicht. Eine Uebersetzung aus dem Deutschen wird nicht zu viel Kosten machen.

Gerisch: Ich bitte, den Antrag in der vorliegenden Form abzulehnen, dagegen ihn der neuzubildenden Parteileitung zur Berücksichtigung zu überweisen. Unsere ostpreussischen Genossen wissen ja, daß der Partei-Vorstand für sie eine offene Hand hat.

Der Antrag von Gerisch wird angenommen.

Der Antrag 40 wird nicht begründet und gegen wenige Stimmen abgelehnt.

Den Antrag 45 begründet

Hartmann-Höckl: In der Agitation muß den Vertrauensleuten und sonst thätigen Genossen Material zur Antwort auf die Gegner geliefert werden. Unser Antrag wird der Partei wenig Kosten verursachen. Diesmal beantragen wir ja nicht, wie es früher der Fall war, Gratisbergabe.

Gerisch: Auch hier stelle ich den gleichen Antrag wie zu 38. Die finanziellen Folgen lassen sich noch garnicht übersehen.

Der Antrag 45 wird der Parteileitung zur Berücksichtigung überwie sen.

Den Antrag 46 begründet

Wüttner-Berlin: Der „Neue Welt-Kalender“ ist ein Agitationsmittel, das in weiteste Kreise gebracht werden muß; mit ihm können wir an eine ganze Masse Indifferentere herankommen. Wir wünschen eine Ermäßigung des Preises auf 30 Pf. um der starken Konkurrenz zu begegnen. Bei der heutigen Technik der Druckerei wird es bei diesem Preise wohl möglich sein, ohne Verlust zu arbeiten oder einen kleinen Verdienst zu erzielen.

Bécard-Hamburg: Ich ersuche Sie, den Antrag abzulehnen, denn seine Voraussetzungen sind nicht richtig. Bekanntlich hat der „Neue Welt-Kalender“ früher 50 Pf. gekostet und ist dann auf 40 Pf. herabgesetzt worden; dabei erzielt er allerdings noch einen kleinen Ueberschuß, zwischen 5000 bis 6000 Mk. Bei einem Preise von 30 Pf. ist zu befürchten, daß der „Neue Welt-Kalender“ ebenso ein Schmerzenskind der Partei sein wird, wie seine Schwester, die „Neue Welt“, über die wir ja morgen reden wollen. Der „Neue Welt-Kalender“ wird auch in bürgerlichen Kreisen von Kolportage-Buchhändlern verbreitet, natürlich nur so lange, als sie daran noch verdienen können. Bei der Stärke der Partei müßte die Auflage eine viel höhere sein, sie bleibt aber seit Jahren auf 140000 stehen. Vor drei Jahren ist uns sogar ein Theil davon liegen geblieben, und dann fällt schon jeder Gewinn dabei fort. Zu der Partei selbst wird durch die Gratis-Kalender für Konkurrenz gesorgt, die eigentlich nur für die Landagitation bestimmt sein sollen. Aus diesen Gründen ersuche ich Sie, den Antrag abzulehnen.

Der Antrag 46 wird abgelehnt. Damit sind die Anträge zum Punkt „Presse“ erledigt.

Gradnauer: Ich sehe mich genöthigt, auf einige Ausführungen, die gestern Abend Bebel bezüglich der Parteipresse und besonders des „Vorwärts“ gemacht hat heute mit einigen Bemerkungen einzugehen. Es ist mir durchaus nicht angenehm, gegen einen Führer und Meister wie Bebel auftreten zu müssen; aber seine Angriffe waren völlig ungerechtfertigt. Er sprach davon, daß im Frühjahr dieses Jahres alle möglichen Angriffe, Verpöhlungen und Verhöhnungen blutigster Art gegen unsere Partei erhoben seien und daß die Parteipresse, das Zentralorgan eingeschlossen, dazu geschwiegen hätte, als wenn sie keine Augen und Ohren hätte. Während er in diesem Falle eine zu große Schwermüdigkeit der Parteipresse tabelte, tabelte er auf der anderen Seite einen zu großen Lärm in Bezug auf die Frage der geschlossenen Sitzungen; er meinte, die Parteipresse habe ein Geschrei und Gekacker erhoben. Also auf der einen Seite haben wir zu wenig, auf der anderen zu viel geläut. Diese Kritik von Bebel ist nicht stichhaltig. Zunächst die Haltung der Parteipresse gegenüber

der Ankündigung der geschlossenen Sitzungen. Ich gebe zu, daß rein äußerlich, chronologisch betrachtet, es allerdings die Ausführungen gegnerischer Blätter gewesen sind, die die Parteipresse erst in vollem Maße aufmerksam gemacht haben, um was es sich eigentlich handelt, aber die Schuld daran liegt zum allergeringsten Theil an den Redaktionen der Blätter, sondern an dem Parteivorstand; man darf über den Ausschluß der Öffentlichkeit denken, wie man will, aber das ist sicher, daß es eine einschneidende und bedeutame Maßregel ist, und da ist es doch eigentümlich, daß diese Maßregel der Parteipresse in einer unscheinbaren Notiz von vier Zeilen angekündigt wurde. Es ist leicht zu verstehen, daß solche unbedeutende kleine Notiz nicht sofort gelesen wurde und sofort Anlaß zur Besprechung gab. Sobald man darauf aufmerksam wurde, um was es sich handelte ist die Parteipresse sofort in die Kritik eingetreten; von einer Beeinflussung durch die gegnerische Presse in der Sache selbst kann dabei keine Rede sein. Der Parteivorstand hätte die Sache in richtiger Weise an die Öffentlichkeit bringen sollen. Erst gestern haben wir von Singer vernommen, welche Motive dieser Neuerung zu Grunde liegen und in welchem Umfange sie vor sich gehen sollte. Vorher haben wir davon so gut wie garnichts gewußt. Ja, noch mehr; als in der Presse die Dpposition anhub, haben wir aus dem Parteisekretariat eine Zuschrift bekommen, in der etwas ganz Anderes zu lesen war, als was gestern vorgetragen ist und woraufhin Sie Ihren Beschluß gefaßt haben. Da war es gar kein Wunder, daß in der Partei eine Erregung Platz griff und daß wir uns gegen die Neuerung wehrten. Ich bitte also den Genossen Bebel, vor Allem die Körperschaft anzuklagen, der er selbst angehört.

Nun die andere, wie mir scheint, auch für Bebel wichtigere Angelegenheit: im Frühjahr seien „blutige Angriffe“ der Gegner erfolgt und wir hätten keine Augen und Ohren dafür gehabt. Das ist ein Vorwurf, wie er schwerer nicht gedacht werden kann. Bebel's Unbedeutung geht offenbar dahin, daß die Parteipresse gegenüber dem Vortrag von Bernstein im sozialwissenschaftlichen Studentenverein eine außerordentliche Reservirtheit beobachtet habe. Wie lagen die Dinge in Wirklichkeit? Es ist nicht richtig, daß der „Vorwärts“ geschwiegen habe; er hat vielmehr klare Stellung zu dem Vortrag genommen. Wir haben zunächst die Erklärung abgegeben, daß wir den authentischen Text des Vortrages nicht kennen; Bernstein hat uns selbst, als der Artikel der „Welt am Montag“ erschien, mitgetheilt, daß jener Artikel aus einer vollständig falschen Auffassung seines Vortrages beruhe; wir hatten also überhaupt keine Möglichkeit, materiell darauf einzugehen. Wir spotteten aber auch von vornherein der Versuche der bürgerlichen Presse, uns auseinanderzuloben, und lehnten ab, ihr auf den Leim zu gehen. Als dann der Vortrag im Druck vorlag, da erschien im „Vorwärts“ eine Kritik, welche sich in sehr scharfer Weise gegen die Ausführungen von Bernstein wandte. Wir haben also nicht geschwiegen und nicht etwa keine Augen für diese Sache gehabt, wir haben aber kein Bedürfnis gehabt und auch geglaubt, daß die Partei kein Bedürfnis hat, auf den Vortrag ausführlicher und über das von uns innegehaltene Maß einzugehen. Der Vortrag lag auf einem Gebiet weit ab von allen praktischen Fragen, die uns beschäftigen. Es war ein philosophisches Gebiet, viele Leute haben sogar gemeint, es sei eine Quatspalterei über den Begriff Wissenschaft, worauf der ganze Vortrag hinauslaufe. Nun, mag dem sein, wie ihm wolle, jedenfalls kann der „Vorwärts“ nicht das Organ sein, das berartige rein wissenschaftliche Fragen behandelt. Andererseits haben wir erklärt, daß wir keinen Anlaß haben, darauf einzugehen, weil über diese Fragen, soweit sie Einwirkung auf die Politik der Partei haben könnten, schon vor Jahren genügend debattirt und weil in Hannover völlig klare Bahn geschaffen ist. Fast die ganze Partei hatte wohl die Empfindung, wir hätten genug an dieser Diskussion, die sich

als recht nutzlos und fruchtlos erwiesen habe. Ich zweifle, ob der Parteitag sehr beglückt gewesen wäre, wenn wir den ganzen Sommer wieder derartige Bernstein-Debatten gehabt hätten wie vor Jahren. Bebel sagt, wir seien hier so sehr ruhig, auf der anderen Seite aber zu lärmend gewesen. Genosse Bebel, Sie verfallen hier in denselben Fehler, den Sie uns zum Vorwurf machen. Die „Welt am Montag“, die „Hilfe“ und ähnliche Blätter leben ja davon, in unseren Reihen Wirrnis anstiften zu wollen. Auer wird da als großer Staatsmann hingestellt, da wird von Mauerung gesprochen und der Sieg des Opportunismus verkündet, um die sogenannten „Radikalen“ zu reizen. Ja, soll denn unsere Partei sich fortwährend nervös aufregen lassen durch die Spaltungsfabeleien einer gegnerischen Presse? Ich glaube, wir haben wohl daran gethan, daß wir uns nicht verleiten ließen, von Neuem diese Fragen ausführlich zu behandeln. Es müßte doch endlich einmal ein Ende dieser recht unfruchtbaren Diskussion gemacht werden! Das Eine möchte ich aber noch hinzufügen: Bebel's Auffassung hat mich auch noch aus einem anderen Grunde sehr in Erstaunen gesetzt; Bebel war gerade auf unserer Redaktion anwesend, als wir in der Ueberlegung begriffen waren, ob wir den Vortrag anders behandeln sollen als wir es gethan haben. Damals hat Bebel uns durchaus zugegeben, daß unsere sehr ruhige und sehr kühle Zurückhaltung berechtigt sei; er hat seine Auffassung geändert, ich weiß nicht warum.

Zum Schluß noch eine allgemeine Bemerkung. Gerade der „Vorwärts“ befindet sich von jeher in einer außerordentlich schwierigen Situation. Wir haben den Anschauungen der Berliner Genossen Rechnung zu tragen als Berliner Parteiorgan, und zugleich den Anschauungen der Partei als Zentralorgan. Zu diesen Schwierigkeiten ist in neuerer Zeit noch der unerfesslich schwere Verlust unseres Wilhelm Liebknecht gekommen. Wir haben uns aber bemüht, das Zentralorgan zur Ehre der Partei fortzuführen. Daher muß ich es aufs Lebhafteste bedauern, daß unser verehrter Bebel, von dem wir in so vielen Fällen wohlmeinenden Rath und Förderung erhalten, hier die Deffentlichkeit anruft und eine Kritik über die Parteipresse ausspricht, die er viel besser in anderer Weise — es steht ihm ja die dauernde Kontrolle über die Haltung der Redaktion zu — geübt hätte, und deshalb bitte ich, daß Bebel uns in Zukunft seine wohlwollende Berathung schenkt, nicht aber Monate verstreichen läßt und dann hier plötzlich Angriffe erhebt, die jeder zureichenden Begründung entbehren. (Bravo!)

Bebel: Als ich gestern meine Angriffe machte, seien Sie überzeugt, da mußte ich, was ich that; ich wollte Gradnauer oder einem anderen „Vorwärts“-Redakteur Gelegenheit geben, zu antworten, damit ich nun ausführlicher antworten kann. Was habe ich betreffs der geschlossenen Sitzung gesagt? Ein großer Theil der Parteipresse habe sich über diese Dinge aufgehalten, erst nachdem die „Frankfurter Zeitung“ den Artikel gebracht hatte. Gradnauer hat das heute zugegeben. Er sagte, chronologisch hatte ich recht gesagt. Nun, mehr wie chronologisch will ich nicht recht haben. In dem Tage, wo der „Vorwärts“ die Notiz aus dem Bureau brachte, konnte der „Vorwärts“ am nächsten Tage bereits antworten und seine Stellung präzisiren, ehe die „Frankfurter Zeitung“ Gelegenheit hatte, ihre Angriffe zu machen.

Wenn man im „Vorwärts“ mit der Erklärung des Vorstandes nicht einverstanden war oder meinetwegen nun erst recht, beunruhigt war, so war das persönliche Sache der betreffenden Redakteure. Dagegen konnten sie polemisiren. Was ich gestern gesagt habe, ist bekräftigt worden.

Gradnauer hat dann gemeint, es sei doch sehr viel wünschbarer, daß ich öfter Gelegenheit nehme, meine Meinung den Genossen in der Redaktion zu sagen. Ich frage Gradnauer, ob das nicht wiederholt geschehen ist, gerade in diesem Frühjahr, ob ich nicht wiederholt Gelegenheit gehabt habe, mich über

die Haltung des „Vorwärts“ zu beschweren, z. B. auch in der Millerand-Affaire. (Hört, hört!) Als die französische Arbeiterpresse in der schärfsten Weise gegen Millerand Stellung nahm und die ganze Presse sonst davon Notiz nahm, hat der „Vorwärts“ das in höchst unzulänglicher Weise gethan. (Hört, hört!) Nachdem ich darauf aufmerksam gemacht hatte und schrieb: Das und das schreibt die „Wiener Arbeiter-Zeitung“ und als der „Vorwärts“ trotzdem nichts beachte, da ging ich in die Redaktion und habe eine lange Erörterung gehabt und ging fort mit dem Bewußtsein, es wird doch nichts kommen; man hat sich dann aber eines Besseren besonnen. Dann eine andere Angelegenheit; es betrifft das den Genossen Bernstein; wir werden ja über seinen Vortrag bei einem andern Punkt der Tagesordnung sprechen. Dieser Vortrag hat in der gegnerischen Presse wahren Jubel erregt; in der Parteipresse und auch Nicht-Parteipresse, in den „Sozialistischen Monatsheften“ hat noch Heine in der letzten Nummer eine so absprechende Kritik gebracht, wie sie absprechender nicht gedacht werden kann. Der Vortrag ist in der bösesten Weise gegen die Partei ausgebeutet worden. (Sehr wahr!) Man kann in der That nichts Schlimmeres sagen, als wenn man es in Zweifel zieht, ob die Partei auf wissenschaftlichem Boden stehe. Aus diesem Anlaß hat man die Partei gehöhnt und gesoppt und da war es allerdings die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit der Parteipresse und in erster Linie des Zentralorgans, klipp und klar und so deutlich wie nur irgend möglich, sich darüber auszusprechen. Was hat man mir auf der Redaktion erwidert? Man hat keinen Berichterstatter dort gehabt! (Hört! hört!) Trautig genug! (Bewegung.) Es handelte sich darum — ich war zufällig da —, ob eine Erklärung des Genossen Bernstein Aufnahme finden sollte; man gab sie mir zu lesen; ich sagte, nehmt sie meinestwegen auf, ihr könnt Euch ja dagegen erklären. Sie ist nicht aufgenommen worden. Ich will mich mit keinem Wort auf Theorien einlassen, der Standpunkt der Partei ist in Hannover festgelegt worden; ich konnte und mußte verlangen, daß das Zentralorgan der Partei klipp und klar erklärt: wenn wir auch nicht bei jenem Vortrag gewesen sind, so erklären wir doch, wenn der Vortrag auch nur irgend etwas Derartiges enthält, was darüber berichtet worden ist, positiv uns in der entschiedensten Weise gegen Bernstein (Weißall); das war klar, deutlich, das hieß Stellung nehmen; damit vergab sich das Zentralorgan garnichts. Es ist seit einer geraumen Zeit der traurige Zustand, daß man nicht mehr wie früher scharf, gerade, wie es Männern, vor allen Dingen Sozialdemokraten geziemt, den Gegnern auf ihre Angriffe dient, sondern sich drückt. (Bewegung.) Der „Vorwärts“ hat ein paar Mal in der Polemik mit der „Welt am Montag“ in der schwächlichsten Weise Niederlagen erlitten. Das empörte mich als Parteigenosse, das empört mich als Vorstandsmitglied. Der Bernstein'sche Vortrag war allerdings ein philosophischer Vortrag. Ich bin überzeugt, Bernstein hat keine Sekunde damit gesponnen; aber je unklarer der Vortrag war, desto notwendiger war es, scharf zu erklären; damit haben wir nichts zu thun. Bernstein kann ja garnicht mehr anders als immer nur die Partei kritisieren. Ich glaube, er kann keinen Abend ins Bett gehen, ohne sich zu fragen, ob er nicht in einem andern Punkt die Grundanschauungen der Partei angreifen kann. (Bewegung.)

Und nun weiter! Die Haltung der Parteipresse war in Folge dieser Haltung des Zentralorgans die allgedrückteste; man hat nicht gewußt, wie man sich verhalten sollte. In München, wo Singer von nationalsozialen Gegnern attackirt wurde, gestützt auf die Ausführungen Bernsteins, da mußte das Wort fallen, wenn es nicht anders wird, dann gehen wir lieber auseinander, dann lieber eine kleinere Partei! Das war mit die Folge und Wirkung dieser Haltung des Zentralorgans. Und noch schlimmer! Als endlich Mollenhuth — und das habe ich ihm im Stillen gedankt — das Wort ergriff in

Hamburg, in Warmen-Überfeld u. s. w., und in einer Resolution sich gegen das Auftreten Bernsteins erklärte, da hat der „Vorwärts“ wieder geschwiegen, hat die Resolution nicht abgedruckt! Und es ist eine verdamnte Pflicht und Schuldigkeit des Zentralorgans als solches, daß es an solchen Vorgängen in der Partei, die von Wichtigkeit sind, nicht ruhig vorübergeht, von solchen Strömungen Notiz nimmt, sie zur Kenntnis der Gesamtpartei und dann der Berliner Genossen bringt. Die Berliner Genossen sind dadurch gekränkt worden. Man hat das Vertuschungssystem, die Kompromißfuchteleien beliebt, und das ist beim „Vorwärts“ in den letzten Jahren sehr oft der Fall — bis mir endlich einmal die Maus über die Leber gelaufen ist und ich mich ausgesprochen habe, wie ich darüber in Wahrheit denke. Man komme nur jetzt nicht und bringe unsern großen todtten Genossen Liebnecht, weil er nicht mehr da ist, als Entschuldigun gen her. Es giebt gewisse Dinge, über die man nicht spricht; aber ich meine, die Redaktion des „Vorwärts“ muß verstehen, auch ohne Liebnecht auszukommen, muß wissen, wie sie Stellung zu nehmen hat. Das hat sie leider nach meiner Auffassung in vielen Fällen nicht gethan. (Stürmischer Beifall.)

Singer: Ich muß durchaus anerkennen, daß der Vorredner sich in den Grenzen gehalten hat, die durch den Punkt der Tagesordnung gezogen sind, d. h. er hat über die Haltung der Presse im Allgemeinen und die des „Vorwärts“ im Besonderen gesprochen; er hat aber dabei — und das konnte nach den Darlegungen, die er zu machen hatte, nicht anders sein — auch einen Gegenstand zur Sprache gebracht, den wir an anderer Stelle der Tagesordnung zu verhandeln gedachten, in Verbindung mit dem Vortrag Bernsteins über seine ganzen Ansichten. Nun habe ich als Ihr Vorredner das Interesse und die Pflicht, die Zeit des Parteitags möglichst häuslicher zu verwenden; und in der festen Ueberzeugung, daß die nun folgende Debatte, zu der sich ja schon einige Redner, u. a. Bernstein selbst, mit vollem Recht gemeldet haben, das doch zur Erörterung bringt, und in dem Wunsche, einer doppelten Erörterung aus dem Wege zu geben, schlage ich vor, nunmehr die Diskussion, in der wir uns jetzt befinden, mit den Anträgen, die direkt zur Bernsteinfrage gestellt sind, zu verbinden. (Allseitige Zustimmung.)

Es sind dies die Anträge 52, 91, 92, 93, die sämmtlich ausreichend unterstützt werden.

Quartl-Frankfurt: Ich beabsichtige nur zu der Anfangs durch Bebel aufgerollten Frage zu sprechen. Ich kann Bebel nicht einmal das zugeben, daß seine chronologische Darstellung richtig gewesen sei. Für uns in Frankfurt und einer Reihe anderer Blätter hatte es des Artikels der „Frankfurter Zeitung“ nicht erst bedurft, zu der Frage der geschlossenen Sitzung Stellung zu nehmen. Gerade wir in Frankfurt kennen doch die „Frankfurter Zeitung“ noch besser als Andere und wissen die Gründe zu schätzen, aus denen sich dieses Blatt in unserer Angelegenheit mischt. Aber das Andere! Bebel hat den „Vorwärts“ und die andere Parteipresse angeklagt, in der Sache des philosophischen Bernstein'schen Vortrags zögernd Stellung genommen zu haben. In der Sache selbst bin ich derselben Meinung wie Bebel; in Hannover ist die Sache erledigt. Aber in Genossentreisen wird die Nervosität Bebel's und einiger unserer Akademiker wegen dieses philosophischen Vortrags garnicht getheilt; die Masse hatte garnicht Lust, auf diese Sache weiter einzugehen. Es war ganz korrekt, den authentischen Wortlaut, der angekündigt war, abzuwarten. Das haben auch wir in Frankfurt gethan, und dann sofort, noch vor dem „Vorwärts“, aber fast übereinstimmend mit seinem späteren Artikel, Bernstein kritisiert. Weitere Aufregung hat es nicht gegeben. Ich verfolge die Kundgebungen der Arbeitermasse in unseren Vereinen aufmerksam, weil ich sie vielfach für wichtiger halte als litterarische Äußerungen unserer Schriftsteller. In der Masse der Arbeiter, das stelle ich baraus fest, hat man sich über die Bernsteinfrage fast nirgends

aufgeregt. Die Anträge stammen ja auch nur aus Berlin, wo Bernstein wohnt, und aus Thüringen, natürlich, wo ja Grünwald ist. (Heiterkeit.) Die Sache ist des litterarischen Spettakels garnicht werth; unsere Kämpfer in Gemeinden, Sonntagen und Reichstag haben sich durch das Unrichtige an Bernstein's Ausführungen noch niemals ankränkeln lassen. Das ist die Hauptsache, und das genügt.

Hdolf Hoffmann-Berlin: Nach den Ausführungen Bebel's, die ich Wort für Wort unterschreibe, hätte ich das Wort nicht zu nehmen brauchen, wenn Gradnauer nicht erklärt hätte, mit Rücksicht darauf, daß der „Vorwärts“ auch ein Lokalfblatt sei, hätte die Redaktion auf den Bernstein-Vortrag nicht näher eingehen können. (Gradnauer: Ist mir ja garnicht eingefallen.) Das war hier der allgemeine Eindruck. (Sehr richtig!) Es ist da doch merkwürdig, daß gerade die Berliner Genossen auf das Energische dagegen protestirt haben, daß der Vortrag Bernstein gewissermaßen todtgeschwiegen wurde. Daß die Parteipresse in der Provinz das dringendste Bedürfnis empfunden hat, im Zentralorgan einen Bericht zu finden, ist sehr erklärlich angesichts der rüden Art, mit der die Gegner diesen Vortrag ausgebeutet haben. Bernstein wird gewußt haben, was er that, und wo er hinging, und wie er ausgenutzt werden konnte. Der „Vorwärts“ hätte Vorkehrung treffen sollen, sofort einen Bericht zu besorgen. Woher wußte denn Duard, daß ein authentischer Bericht erscheinen würde? Zu dem hat man sich vielleicht erst entschlossen, als die Gegner den Vortrag ausnützten. Die Preskominmission hat wiederholt einstimmig erklärt, es sei ein schwerer Fehler gewesen, daß der Bericht nicht sofort gekommen sei. Es handelt sich nicht um die Angriffe der „Welt am Montag“, die Einige schon für ein Parteiblatt halten. (Heiterkeit.) Es handelt sich für uns darum, energisch dagegen zu protestiren, daß solche Dinge uns vorenthalten werden. Selbst die Anhänger Bernstein's, so weit welche in Berlin vorhanden sind, haben verlangt, daß ein Bericht kommt. Die „Welt am Montag“ hat gemeint, sie freue sich auf den Augenblick, wo Hoffmann Bernstein wissenschaftlich widerlegen werde. Sie hat sich umsonst geireut. Ich denke garnicht daran, Bernstein wissenschaftlich zu widerlegen. Vielleicht kann ich es nicht. Jedenfalls will ich es nicht. Ich habe einfach nicht die Zeit, mich auf theoretische Paarspaltereien einzulassen. Ich wünsche, daß endlich Ruhe herrscht und die Beschlüsse der Parteitage respektirt werden. (Sehr gut!) Wenn ich so burleskos wie Auer sprechen wollte, dann würde ich sagen: „Lieber Ede, nun arbeite einmal mit und laß die Quengeleien, die uns nur die Agitation erschweren und uns nicht vorwärts, sondern rückwärts bringen.“ (Bravo!)

Bernstein: Werthe Genossen! Ich war nicht darauf vorbereitet, daß diese Frage bereits heute zur Berathung kommen würde, und bin deshalb nicht in der Lage, Ihnen all diejenigen Thatfachen authentisch vorzuführen, die zu dieser Frage gehören. Ich denke aber genug vorbringen zu können, um Ihnen zu zeigen, daß alle Anklagen von Bebel absolut ungerechtfertigt sind und daß die Angriffe von verschiedenen Orten nicht provoziert wurden durch irgend etwas, was ich gethan habe. Wie kommt man zunächst dazu, zu sprechen von den Revisionsbestrebungen Bernstein's seit seiner Rückkehr? Was ist meine Thätigkeit seit meiner Rückkehr nach Deutschland gewesen? Ich lese eben in der neuesten Nummer der „Neuen Zeit“ einen Aufsatz von Viktor Adler, worin gesagt wird, ich enthalte meine Thätigkeit nicht nach außen, sondern nach innen. (Sehr wahr!) Ich erinnere dem gegenüber daran, daß ich in Berlin und Umgegend, auch in der Provinz, eine ganze Reihe von Vorträgen gehalten habe, die nicht nur nicht beanstandet, sondern im Gegentheil mit dem größten Dank von den Genossen aufgenommen sind, die mich dazu eingeladen haben. Hier sind Zeugen anwesend aus Orten, wo ich gesprochen habe, sie werden das bestätigen. Es kommt also höchstens der Vortrag im sozialwissenschaftlichen Studentenverein in Betracht. Dieser Verein steht unter der akademischen Disziplin, er kann

nicht ein sozialistischer Studentenverein sein, er ist es auch nicht, er will nur ein Verein sein von Studenten, die sich dem Studium der Sozialwissenschaft widmen, und er bildet insofern — das darf ich wohl sagen — einen Theil der Elite der Berliner Studentenschaft, derjenigen, die sich vorwärts bilden und sich mit ersten Angelegenheiten beschäftigen wollen, mit Angelegenheiten, mit denen sich zu beschäftigen wir die Jugend auffordern. Bald nach meiner Rückkehr wurde ich aufgefordert, dort im Verein über irgend ein Thema zu sprechen; natürlich konnte das nicht direkt ein sozialistisch-propagandistisches Thema sein, es sollte ein wissenschaftliches sein. Ich gehe, in einer Beziehung habe ich mich getäuscht, ich dachte, es wäre eine kleine Versammlung von 50 bis 100 Studenten im geschlossenen Raum, wo eine wissenschaftliche Frage erörtert wird, die die Öffentlichkeit nichts angeht. Als ich erfuhr, daß es eine öffentliche Versammlung sei, habe ich dem Vorsitzenden wiederholt erklärt, ich würde eine geschlossene Sitzung vorziehen. Nun ist es eine große Versammlung geworden. In Folge einer Reihe von Umständen konnte ich meinen Vortrag nicht so eingehend ausarbeiten, wie ich gewünscht hätte, ich erkläre aber von vornherein, daß ich absolut keinen Grund sehe, von dem, was ich gesagt habe, etwas zurückzunehmen. Daß er im Aufbau einige Mängel hat, habe ich dem Redakteur der „Sozialistischen Monatshefte“ noch am demselben Abend gegeben, und ich habe ihm auch am nächsten Tage gesagt, daß ich äußerst deprimirt sei, nicht über die Aufnahme des Vortrages, sondern darüber, daß er nicht das geworden, was er werden sollte. Ich bin also weit davon entfernt, den Vortrag als vollkommen hinzustellen, aber von seiner Tendenz, seinem Inhalt, seiner Stellung zu der Frage, wie weit wissenschaftlicher Sozialismus möglich sei, habe ich nichts zurückzunehmen. Ich habe auch in dem Vortrag nicht von Revisionsbestrebungen oder deren Nothwendigkeit gesprochen, sondern nur die Thatsache erwähnt, daß über eine Reihe von theoretischen Fragen innerhalb der Sozialdemokratie, wie die Debatten gezeigt haben, Meinungsverschiedenheiten bestehen. Ich habe lediglich auf diese Thatsache hingewiesen und nicht einmal direkt Stellung zu den Fragen genommen, sondern nur die Seite der praktischen Bewegung des Sozialismus den beständigen Aufstieg vor uns sehen, während die Sozialdemokratie fast in allen Ländern Erfolge über Erfolge erringt, die Arbeiterbewegung Positionen über Positionen erobert, immer klarer ihre Forderungen formulirt, scheint auf dem Gebiete der Wissenschaft Zerfahrenheit zu herrschen, und darauf habe ich die Frage aufgeworfen, inwieweit wissenschaftlicher Sozialismus nöthig und in welcher Form er möglich sei. Im zweiten Theil habe ich geschichtlich nachgewiesen, wie der Sozialismus sich von der Utopie zur Wissenschaft entwickelt hat und wie er von Marx und Engels weiter ausgebaut ist. Ich habe direkt gesagt, in seinem Zukunftsprogramm kann der Sozialismus nicht ausschließlich wissenschaftlich sein, weil er diktiert wird vom Wollen, vom Klassenkampf. Ihr habt es mir sehr übel genommen, daß ich gesagt habe, das sogenannte Endziel ist mir gleichgültig, die Bewegung ist mir Alles. Gut, Ihr wollt das Endziel vor Augen haben, ich erkenne das an, wenn Ihr ein Ideal haben wollt, aber für mich liegt das Ideal in der praktischen Bewegung selbst, die Schritt für Schritt vorwärts geht. Davon ist in dem Vortrag absolut nichts gelehrt und in Zweifel gestellt, es ist nur gesagt worden, weil das Ideal des Sozialismus in der Zukunft liegt, kann es nicht völlig wissenschaftlich, muß und darf es zum Theil diktiert sein vom Wollen. Was für ein Grund, darüber in Aufregung zu geraten, wenn der Redakteur der „Welt am Montag“ mißverständlich herausstieß, daß ich den Sozialismus kritisch aufgelöst habe? Davon ist in dem Vortrag nichts zu finden, wenn man es nicht darin finden will. Warum kein Berichtserflaßer des „Vorwärts“ zugegen war, weiß ich nicht; in einer Hinsicht wäre es wohl besser

gewesen. Jedenfalls stand im „Vorwärts“ die Erklärung, daß der Bericht in der „Welt am Montag“ auf irrigen Voraussetzungen beruhe, und dann hat die Redaktion ja auch noch sehr scharf gegen das sogenannte Auseinanderlöben der „Welt am Montag“ Stellung genommen.

Ich wiederhole: Die Kritiken meines Vortrages, soweit sie sich auf Form und Aufbau beziehen, habe ich ohne Weiteres als berechtigt anerkannt, und über das, was die Grenzen der Wissenschaft sind, können die Ansichten auseinandergehen. Allerdings habe ich am Schluß gesagt: weil der Name wissenschaftlicher Sozialismus zu falschen Voraussetzungen verleitet, weil er zu einer dogmatischen Auffassung verleitet, weil er zu der Auffassung verleitet, als sei der Sozialismus bereits abgeschlossen, darum würde ich den Namen kritischer Sozialismus, wie ihn schon Andere vor mir vorgeschlagen haben, vorziehen. Dagegen behält, wie ich hinzufügte, der Name wissenschaftlicher Sozialismus dann für mich seine volle Berechtigung, wenn der Begriff „wissenschaftlich“ in ihm eben im kritischen Sinn als Postulat und als Programm aufgefaßt wird, als eine Forderung, die der Sozialismus an sich selbst stellt und die besagt, daß für sein Wollen die wissenschaftliche Methode und Erkenntnis Richtung gebende Kraft war. In diesem Sinne erkenne ich den Namen vollkommen an, und wird er so anerkannt, so ist keine Ursache vorhanden, sich darüber aufzuregen. Man konnte die „Welt am Montag“ zurückweisen, und dann war die Sache erledigt. Keine einzige praktische Forderung, für die wir kämpfen, war in Zweifel gestellt, es war eine rein methodologische Frage. Ich bestreite aber entschieden, daß die Kritiken, die mein Vortrag in solchen sozialistischen Zeitschriften gefunden hat, die unbeeinträchtigt waren, einen so absprechenden Charakter tragen, wie Bebel meint, ich bestreite das entschieden von der Rezension des Genossen Heine. Sie werden in der nächsten Nummer der „Sozialistischen Monatshefte“ meine Antwort auf diese Kritik und auf die eines russischen Rezensenten finden. Gerade das, worin mein Vortrag gipfelte, hat Heine übersehen, und Heine hat mir das auch privatim zugestanden. Es wird ja heute, nachdem ich zehn Jahre Redakteur Cures Zentralorgans und neun Jahre einer der Hauptmitarbeiter Cures wissenschaftlichen Organs gewesen bin, verbreitet, ich sei heute nicht nur ein unwissender Mensch, sondern auch ein Mensch, der nicht weiß, was er will, ein ganz konfusur Mensch, der nicht weiß, was die Partei will. Das ist ja schon verbreitet worden. Aber ich sage nochmals: In diesem Vortrag steht nichts, was einen Genossen in seiner Ueberzeugung von der Nothwendigkeit und Berechtigung des Sozialismus irgend wie schwankend machen könnte. Es ist ausdrücklich hervorgehoben, daß, wenn die Formeln kritisch sind, wenn wir über die Tragweite einer Thatsache streiten, doch die sozialistische Bewegung darunter nicht leidet. Gerade Diejenigen, die mir mit Unrecht vorwerfen, daß ich den Klassenkampf nicht anerkenne, haben doch gewiß keinen Grund, aus einer methodologischen Untersuchung irgend etwas zu befürchten. Stellen Sie doch nicht unserer Bewegung das Zeugniß der Schwäche aus!

Es ist gesagt, daß gerade von Berlin aus, wo Bernstein wohnt, jene Anträge kommen. Allerdings, die Anträge kommen aus Berlin, aber nicht aus jenen Wahlkreisen, wo ich aufgetreten war, sondern da, wo ich noch nicht aufgetreten bin. Meine erste Berliner Versammlung fand im zweiten Wahlkreis statt; da ist keine Resolution gegen das Wirken Bernsteins angenommen, auch nicht im dritten, wo ich gesprochen habe, sondern nur dort, wo ich nicht war. Im sechsten Wahlkreis ist eine Resolution gegen mich beschloffen. Dort hat Ledebour gesprochen, mit dem ich sechs Tage vorher bei Dr. Arons mehrere Stunden zusammen war. Ich kann es nur bedauern, daß er nicht Gelegenheit genommen hat, mir zu sagen: Hören Sie, nächste Woche denke ich mit Ihnen ins Gericht zu gehen, kommen Sie doch auch hin! Es wäre doch

nur recht und billig gewesen, mir die Möglichkeit zu geben, da, wo ich angeklagt war, mich zu verteidigen. Das ist nicht geschehen, die Resolution ist angenommen in einer Versammlung, die mich nie gehört hat, auf Grund eines Referats, das in meiner Abwesenheit erstattet ist. Ich bin wohl berechtigt, Ledebour daraus einen Vorwurf zu machen; jedenfalls wäre es recht und billig gewesen, mir das mitzutheilen. Anders ist es im vierten Wahlkreis, denn dort hatten die Genossen keine Verpflichtung mir gegenüber gehabt und ich kann es ihnen nicht übel nehmen, wenn sie auf Grund der Berichte der Presse zunächst verdubt waren und Angriffe gegen mich laut werden ließen. Ich hätte das wahrscheinlich auch gethan. Nachdem mein Vortrag zum Druck vorlag, konnte man ihn verschieden beurtheilen, aber zu irgend einer derartigen Erklärung gegen mich lag keine Veranlassung vor. Ich könnte sagen, gut, den einen Vortrag habe ich gehalten, ich werde es jetzt lassen.

Durch die Annahme der Resolutionen würden Sie nicht nur mir, sondern sich selbst Unrecht thun, sie thun mir Unrecht, indem Sie meine Absichten und meine Thätigkeit verdächtigen, wozu kein Anlaß vorliegt, Sie thun sich selbst Unrecht, indem Sie sich einer Schwäche anklagen, zu der Sie kaum Anlaß haben. Was geschieht denn, wenn wir in den wissenschaftlichen Diskussionsorganen der Partei irgend welche theoretische Fragen erörtern und zu abweichenden Schlüssen gelangen, Sie legen gerade einen Stolz darauf, die Sozialdemokratie die wissenschaftlichste Partei zu nennen. Ich habe es selbst in meinem Vortrag sehr energisch betont, daß von allen Parteien die Sozialdemokratie die wissenschaftlichste sei. Haben Sie denn solche Furcht oder weshalb wollen Sie sich das Zeugniß ausstellen, daß Sie solche Erörterungen fürchten? Unsere wirklichen Forderungen, für die wir kämpfen, werden ja dadurch garnicht berührt. Auch in den früheren Aufsätzen, die ich geschrieben habe, ist nichts davon berührt worden. Es ist das auch eine ganz neue Auffassung, nicht die Auffassung, die früher in der Partei obgewaltet hat. Wir sagen, wir sind eine wissenschaftliche Partei, wir betrachten unser Programm nicht als ein steinernes Dogma, als einen papiernen Papiß, wir arbeiten weiter. Nun, was ist denn die Aufgabe Derer, die Sie Theoretiker nennen, anderes, als weiter zu arbeiten in den wissenschaftlichen Zeitschriften!

Wenn Sie das Programm von Zeit zu Zeit revidiren wollen, so muß doch eine wissenschaftliche Diskussion vorangehen. Das Wort Revision stammt nicht von mir, sondern von unserm leider erkrankten Genossen Schoenlank. Bebel hat selbst konstatiert, daß die Partei im Laufe der Jahre ihre Anschauungen in verschiedenen Punkten geändert hat. Lassen Sie doch die Diskussion ihren Lauf nehmen! Was schert uns die „Welt am Montag“? Würde ich heute in Berlin einen Vortrag halten und sagen 2 mal 2 ist 4, so können Sie womöglich in der „Welt am Montag“ lesen: Bernstein hat den wissenschaftlichen Sozialismus widerlegt, er hat gesagt, 2 mal 2 ist 4 (Heiterkeit). Und in unserm wissenschaftlichen Organ könnten Sie dann lesen, er hat die Partei dadurch belehrt. (Ho!) Ja, das ist die Weise, in der die Polemik geführt wurde. (Zustimmung und Widerspruch.) Wie können wir da noch debattiren? Entweder müssen wir fortwährend persönlich streiten, oder aber wir müssen alle Diskussionen einstellen und nur noch widerläuen. Das wollen wir doch nicht, das haben wir auch nie gewollt.

Als bereits der größte Theil meiner Probleme des Sozialismus in der „Neuen Zeit“ erschienen war, namentlich auch der in der Kritik radikalste Artikel „Die sozialpolitische Bedeutung von Raum und Zahl“, da hatte ich eine Korrespondenz mit Kautsky. In einem Brief entwickelte Kautsky seine Ansicht dahin, die „Neue Zeit“ müsse Organ des strengen Marxismus bleiben. Als ich mich dagegen wandte und schrieb, sie müsse auch der Kritik Raum geben, da bekam ich folgende Antwort unter dem 30. August 1897 von Kautsky:

Was nun den strengen Marxismus anbelangt, so hätte ich das Wort öffentlich kaum gebraucht, aber Sie gegenüber durfte ich mir die Abreviatur wohl erlauben. Ich meinte selbstverständlich nicht starres Festhalten an allen Resultaten, zu denen Marx und Engels gekommen; das wäre das Gegenteil von Marxismus. Ich betrachte vielmehr die „Neue Zeit“ vornehmlich als Organ der Kritik und zwar der Selbstkritik, und gerade diese ihre Eigenschaft ist es, die uns so viel Feinde macht.“

Nachher ist mir zum Vorwurf gemacht die Selbstkritik, die ich geübt habe. (Who!) Ja wohl, das ist mir zum Vorwurf gemacht, und fortwährend wird darauf heruntgeritten. Auch in den letzten Parvus-Artikeln wird so gethan, als ob ich nur fortwährend an den Grundfäden der Partei herumwälze. Zeigen Sie mir doch Artikel, wo ich fortgesetzt herumwälze. Es wird einfach eine Legende geschaffen, wie die andere Legende, daß ich, sobald ich etwas gesagt habe, mich zurückziehe und das Gesagte bestreite. Das ist nicht der Fall. Ich habe an den Stuttgarter Parteitag eine Einsendung geschickt, in der ich mit klaren Worten oder wie die „Wiener Arbeiterzeitung“ sagt, mit musterhafter Präzision meine Anschauungen in kurzen Sätzen entwickelt habe. Ich habe neulich erklärt, daß das, was ich da gesagt habe, noch heute meine Anschauung ist und daß es die Grundlage meines Wirkens bildet. Zum Hannoverschen Parteitag sandte ich einen Brief an Auer über meine Stellung zu den gegen mich erhobenen Anklagen. Ich habe Auer anheimgestellt, davon Gebrauch zu machen. Er hat es nicht für nötig gehalten, den ganzen Brief vorzulesen, sondern nur mitgeteilt, daß ich geschrieben habe, mit einem Körnchen Salz könnte ich die Resolution gut unterschreiben. Das Körnchen Salz ist natürlich ein sehr dehnbarer Begriff, es kann zu einem ganzen Salzberg werden. Ich habe aber unmittelbar nach dem Hannoverschen Parteitag im „Vorwärts“ eine Erklärung veröffentlicht, die Webel vorher gelesen hatte, in der ich ganz genau sagte, wie ich zu der Resolution stünde. Bald darauf erfolgte gegen mich ein neuer Angriff in der „Neuen Zeit“. Darauf habe ich wieder einen Artikel in der „Neuen Zeit“ geschrieben und präzisirt, warum und wie weit ich die Resolution Webel unterschreiben kann. Was ich geschrieben und erklärt habe, dazu stehe ich, ich nehme nichts davon zurück. Wenn Sie eine theoretische Debatte haben wollen, bin ich sehr gern erbötig, meine Anschauungen zu begründen. Aber die theoretischen Debatten sollen hier ein Ende nehmen, also lassen Sie es dabei bewenden; in den Zeitschriften wollen Sie sie ja wohl nicht unterbrochen haben.

Ich habe ferner wiederholt meine Stellung zum Parteiprogramm präzisirt. Sie werden in diesen Tagen den Programm-Entwurf der österreichischen Genossen gelesen und da bei einem Vergleich mit dem Erfurter Programm gefunden haben, daß im österreichischen Entwurf jedenfalls zwei Punkte in einem Sinne geändert sind, der mir beweist, daß den österreichischen Genossen diese theoretischen Sätze des Erfurter Programms nicht mehr richtig erscheinen. (Sehr wahr!) Und das sind gerade die Punkte, in denen auch nach meinen Ausführungen das Erfurter Programm der Kritik zugänglich ist. Fürchten Sie davon eine Gefahr für die Bewegung? Nein! Es ist wiederholt gesagt worden, ich sollte doch ein neues Programm ausarbeiten. Ja, glauben Sie denn, ich sei in den drei Jahren, seit ich nicht mehr die Achtung des Redakteurs der „Neuen Zeit“ genieße, so unfähig geworden, daß ich nicht mehr ein mir richtig erscheinendes Programm aufsetzen könnte? Aber ich habe wiederholt erklärt, zur Abfassung eines neuen Programms ist die Zeit dann gekommen, wenn in der Partei allgemein die Ansicht verbreitet ist, wir brauchen ein neues Programm. So lange aber gilt das bestehende Programm als ein Markstein in der Parteientwicklung. Ob da irgend ein theoretischer Satz nicht die korrekte Form hat, darauf kommt es weniger an. Die Hauptsache sind unsere Ziele und praktische Forderungen,

sind die allgemeinen Grundsätze, die Jeder von uns anerkennt. Würde ich sie nicht mehr anerkennen, dann würde das für mich die Ursache sein, meinen Austritt aus der Partei zu erklären. Nichts im Programm ist durch meinen Vortrag in Frage gestellt worden. Ebenso gut könnten Sie sagen, durch Kautsky's Agrarschrift werde der Satz im Programm in Frage gestellt, der vom Verschwinden der Kleinbetriebe auch in der Landwirtschaft spricht. Nun behalten wir das Programm aber doch und behalten es so lange, bis es der Partei zweckmäßig erscheint, das Programm zu ändern. Ich stelle einen solchen Antrag nicht.

Ich wollte Ihnen eigentlich einen Bericht geben über meine Thätigkeit, seit ich wieder zurück bin. Außer diesem Vortrage ist nichts bemängelt worden. Nun wird mir vorgeworfen, daß die Studenten mir eine Ovation bereitet und mich mit Beifall überschüttet hätten. An dieser Versammlung haben eine große Zahl Nichtstudenten theilgenommen, die der Partei angehören. Wenn Sie wissen wollen, wie der Geist der Versammlung war und in welchem Sinne mein Vortrag verstanden wurde, so hören Sie: am entschiedensten war der Beifall, als ich den Versuch eines Freisinnigen, aus meinem Vortrag Kapital zu schlagen, zurückwies. Die Genossen Heine und Heinrich Braun, die in der Versammlung waren, werden es mir bestätigen. (Heine: Ist wahr.) Das muß ich hervorheben, weil behauptet worden ist, ich sei mit meinen Vorträgen zu den Gegnern gegangen. Die Versammlung war durchaus nicht danach angethan, die Sache der Sozialdemokratie zu schädigen. Ich verwahre mich auf das Entschiedenste gegen die Auslegung, die Webel meinem Vortrag gab.

Sie können, ich hoffe, Sie werden es nicht thun, diesen Resolutionen zustimmen. Ich hoffe es nicht meinerwegen. Aber die Partei sollte nicht ein solches Zeichen der Schwäche geben. Es darf nicht von uns gesagt werden, wir fürchten jede Diskussion.

Ich habe gesagt, ich würde den Namen kritischer Sozialismus vorziehen, natürlich im Sinne wissenschaftlicher Kritik. Ich habe schon einmal den Genossen Labriola zitiert. Auch er hält den Ausdruck: kritischer Kommunismus für richtiger, als das Wort „wissenschaftlicher Kommunismus“. Auch ein Schriftsteller, der in der „Neuen Zeit“ gegen mich polemisiert hat, sagt: „Der Name wissenschaftlicher Sozialismus soll nicht sagen, daß wir schon im Besitz der letzten Wahrheit sind. Es ist ein Ausdruck der bescheidenen Selbstbeschränkung, daß wir die Wahrheit erforschen wollen“. Das ist ganz meine Ansicht.

Glauben Sie nicht, daß die Bewegung unter der Kritik Schaden leiden kann. Sie zieht ihre Kraft aus dem Klassenkampfe, aus den Zuständen, unter denen die Arbeiter leiden müssen. Wie oft sind wir gezwungen gewesen, einen Satz im Programm zu ändern und wir sind doch gewachsen von Jahr zu Jahr. Ich schlage den Werth der Diskussion nicht gering an. Erinnern Sie sich, welcher Jorn manchen Genossen erfüllte, als Engels den Marx'schen Brief zum Gothaer Programm veröffentlichte. Wie schnell ist das Alles überwunden worden, wie wenig hat es uns geschadet, wie ist dadurch für eine fruchtbare Diskussion Thor und Thür geöffnet worden. Lassen Sie sich nicht durch das Geschrei der Gegner verlocken, der Kritik, soweit sie von Genossen und in guten Treuen erfolgt, irgendeine Fägel anlegen zu wollen. Denken Sie an das Bild der Reformatoren, in der einen Hand die Bibel, in der anderen das Schwert. Wir sprechen von der Bibel der Arbeiterklasse, vom „Kapital“. Gerade Marx hat den Sozialismus durchaus kritisch aufgefaßt. „Kritik der politischen Oekonomie“ steht auf der ersten Seite des „Kapital“. Halten Sie fest am Grundsatz der freien Kritik. Lassen Sie sich nicht von den Gegnern verblüffen. Nehmen Sie nicht eine Resolution an, die mich persönlich momentan in eine unangenehme Lage bringen könnte, die aber vor Allem der Partei

nicht diejenige Ehre machte, welche in Anspruch zu nehmen sie den Beruf hat. (Bravo.)

Stinger stellt das Einverständnis des Parteitag's damit fest, daß für diesen einen Punkt die Beschränkung der Redezeit aufgehoben wird.

Heine-Berlin: Die letzten Ausführungen Bernstein's haben so große und bedeutende Fragen aufgerollt, daß ich es fast peinlich empfinde, die Versammlung auf den viel kleinlicheren Anfang der heutigen Debatte zurückzuführen. Schon der erste Streit um Bernstein ist meiner Meinung nach mit viel mehr Nervosität geführt worden, als unbedingt nothwendig war. Der zweite, der im Vergleich zum ersten ein Zwerg ist, zwang nun erst recht nicht zu irgend welcher Erregung. Webel hat schon gesagt, daß gerade ich gegen den Bernstein'schen Vortrag polemisiert habe. Ich habe mich gegen ihn gewendet, weil ich sachlich nicht mit ihm einverstanden bin. Ich habe Bernstein so verstanden, daß er meint: die sozialistische Theorie sei keine Wissenschaft und könne es auch nicht sein. Bernstein hat mich berichtigt und auf seinen Schlußsatz hingewiesen, worin er das Postulat der Wissenschaftlichkeit an die Sozialdemokratie übergibt. Ich muß mich schuldig bekennen: ich habe den versteckten Halsbaß übersehen. Aber das ist ja gerade das Malheur, daß ein so wesentlicher Gedanke sich an einer Stelle am Schluß verbirgt, wo er so leicht übersehen werden kann, ein Gedanke, der, Bernstein nehme es mir nicht übel, im Widerspruch zu dem übrigen Inhalt steht. (Sehr richtig!) Sie sehen, so sehr ich Bernstein in vielen Punkten recht gebe, so sehr ich ihn schätze, Bernstein und ich bilden keine Versicherung auf Gegenseitigkeit zu Ueberehebungen, so daß wir in den uns zur Verfügung stehenden Blättern einander erzählen, was für vorzügliche Kerle wir wären und wie prächtig wieder unsere letzte Arbeit gerathen sei. (Weiterkeit.) Nein, wir bilden keine geschlossene Masse, jeder nimmt sich das unbedingte Recht der Kritik heraus. Die Gerechtigkeit erfordert hinzuzufügen, daß Bernstein unter Wissenschaft etwas versteht, was gemeinhin nicht darunter verstanden wird. Er meint: nur die Forschung, die die unter den gegebenen Verhältnissen mögliche Wahrheit erreicht und lehrt, sei Wissenschaft. Das halte ich für falsch. Denn dann gäbe es eine zeitgenössische Wissenschaft überhaupt nicht. Die unzähligen Ideen und Hypothesen, mit denen sie arbeitet, enthalten nur Theilwahrheit und künftige Zeiten müssen feststellen, wieviel Wahrheit daran ist. In dem Bernstein das aber sagt und einen anderen Begriff der Wissenschaft zu Grunde legt, als es Andere thun, verliert seine ganze These, daß die sozialistische Theorie nicht Wissenschaft, ihre Bedeutung. (Sehr richtig!) Und wenn behauptet wird, er hat die Grundlage unseres Programms untergraben, so sage ich: Nein! Er erklärt nur, daß unsere Theorie nicht Wissenschaft in dem von ihm untergelegten Sinne sei. Daß aber unsere Theorie Wissenschaft ist in dem andern Sinne, nämlich in dem gründlichen und vorurtheilslosen Streben nach der Wahrheit, das bestrebt er nicht, und in dem Sinne ist auch der Satz von dem „Postulat“ gemeint, der an dem Ende seines Aufsatzes steht. Ich bin nun der Meinung, daß Wissenschaft in dem Sinne, wie ich ihn verstehe, die gutgläubig und mit bestem Willen und Sorgfalt betriebenes Streben nach der Wahrheit ist, auch die Kritik verträgt; und was Bernstein vorgelesen hat aus einem Briefe Kautsky's, das trifft durchaus den Kern der Sache, daß der Sozialismus an sich selbst Kritik über sich muß, und Kautsky hat ja erklärt, daß das auch heute noch seine Meinung ist. Wenn nun unsere Theorie Wissenschaft in diesem Sinne ist, den ich damit verbinde, dann — und das möchte auch ich Hoffmann sagen, dann ist es erst recht nothwendig, daß für diese wissenschaftliche Forschung keine Grenze gezogen wird, nach keiner Seite, dann ist es ein großes Unrecht, von Bernstein zu verlangen, er solle seine Unterwürfung, wie man es nennt, einjustellen. Man darf einen Forscher nicht mundtobt machen; das hat Bernstein vom Standpunkt des

höchsten sittlichen wissenschaftlichen Ernstes am Schlusse seiner Rede hier so ausgeführt, daß ich verzichten kann, darauf neu einzugehen.

Bernstein hat nun aber auch die Aufgabe dieser Wissenschaft im Verhältnis zu unserer politischen Praxis formuliert; und da hat er nach meiner Meinung ganz richtig gesagt, daß unsere Wissenschaft die Aufgabe habe, unsere Praxis vor falschen Wegen zu warnen und sie auf den richtigen Weg zu führen. Darin bin ich ganz seiner Meinung. Es kann nur ganz exakte Beobachtung, nur Forschung mit wissenschaftlichen Methoden zeigen, ob wir auf dem richtigen Weg sind; nur sie kann uns lehren, die Nachmittel der Gegner und unsere eigenen richtig einzuschätzen. Aber das ist die Hauptsache, die Bernstein auch hat sagen wollen und die ihm den Anstoß zu dem Artikel gegeben hat: so groß und tief und umfassend die Aufgabe der Wissenschaft in dieser Beziehung ist, der Effekt ist nicht ganz so groß (Sehr richtig!), ihre praktische Wirkung ist viel kleiner. Wir entnehmen der Wissenschaft wohl manches theoretische Rüstzeug, aber in Wahrheit lernen wir mehr aus der Praxis. (Lebhaftes Zustimmung.) Ich gehöre nicht zu den Verfeinerern der Wissenschaft; ich wünsche beileibe nicht, daß die Sozialdemokratie den Namen „wissenschaftlicher Sozialismus“ ablege. Wir würden uns damit ein Armuthszugniß ausstellen, wir würden einen großen Theil des Erbes von Karl Marx aufgeben. Deshalb bin ich auch gegen den von Bernstein vorgeschlagenen Namen „Kritischer Sozialismus“, aber überschätzen wollen wir den praktischen Werth der Theorie auch nicht, und ich glaube fast, daß wir ihn überschätzen. Ich habe früher auch zu den Gläubigen der Wissenschaft gehört, aber wenn mich jetzt etwas darin bedenklicher macht, dann ist es das, daß zwei so ernste Männer, die es so treu und ehrlich mit der Partei meinen wie Bernstein und Kautsky, die in praktischen Fragen meiner Ueberzeugung nach keinen Streit haben, sich jahrelang in solchen theoretischen Streitigkeiten befinden, durch die die Partei wirklich leiden kann. Das sind die Gefahren der Theorie.

Dann aber der zweite Punkt. Webel hat Bernstein den Vorwurf gemacht, daß er in dieser Studentenversammlung gesprochen habe. Man hat sogar davon gesprochen, er gehe zu Gegnern und greife die Partei an. Ich kann nur das eine sagen: ich bin in der Versammlung gewesen, habe die Rede gehört und habe — Bernstein hat das ganz richtig behauptet — den Eindruck mitgenommen, daß das eine Propaganda für die Sozialdemokratie gewesen ist, natürlich in der Form dem Orte entsprechend. Keiner hat das Gefühl gehabt, daß Bernstein die Sozialdemokratie hat unterwühlen wollen. Dann hat man das angeführt, was die nationalsozialen Blätter gegen uns geschrieben haben! Und da möchte ich gegen diese Art der Polemik, die die Nationalsozialen gegen uns führen, einmal etwas sagen, da ich ja auch zu den Leittragenden gehöre. (Weiterkeit.) Diese Nationalsozialen kommen mir vor, wie ein von einem Professor aus tausend Gläserchen und Phioleu aufeinandergefochter Gompunkulus (Weiterkeit), und darum paßt auch auf sie, was Mephisto von dem Gompunkulus sagt: „So klein Du bist, so sehr bist Du Phantast!“ (Sehr gut!) Es ist eine durchaus phantastische Politik, die die Nationalsozialen betreiben wollen. Sie haben zwei Angelpunkte. Der eine heißt: den Kaiser gewinnen, und dieser soll dann mit seinen unglaublichen Nachmitteln den gegenwärtigen Staat umstürzen und einen nationalsozialen Staat errichten. Wer unsere Verhältnisse in Deutschland kennt, weiß, daß das eine Phantasterei ist. Aber das Zweite ist wichtiger: sie haben es sich in den Kopf gesetzt, die Sozialdemokratie zu spalten oder — wie Gradnauer sehr richtig gesagt hat — sie auseinanderzuloben. Mit echter Pfaffenstichlaueit gehen sie folgendermaßen vor: Es giebt ja in der Partei Leute, die den Vorzug genießen, von irgend Jemand einmal mit dem Namen „Opportunist“ bedacht worden zu sein, der die fatale Eigen-

damit behaftet bleibt (Geiterkeit), ein Name, der, wenn es so weiter gehandhabt wird, namentlich wie es Parvus thut, auf dem besten Wege ist, ein Ehrenname in der Partei zu werden. (Sehr wahr!) Wer in der Lage ist, als Opportunist bezeichnet worden zu sein, von dem denken die Nationalsozialisten, sie könnten ihn von der Partei abtreiben, wenn sie ihm bei jeder Gelegenheit erklären: der gehört eigentlich zu uns, aber: das ist ein ganz famoser Kerl, der hat völlig recht u. s. w. (Geiterkeit.) Na, ich gehöre auch zu den Genossen, die sich den Zorn eines Gewaltigen zugezogen haben, weil sie nicht der Meinung sind, daß man nächstens durch eine große Revolution, durch politische Massenterror die Gewalt bekommt und dann in drei Monaten die sozialdemokratische Gesellschaft fit und fertig aufrichtet. Damit kein Falscher sich getroffen fühlt, will ich gleich sagen, daß ich mit dem „Gewaltigen“ Herrn Parvus meine. (Geiterkeit.) Und da haben es die Nationalsozialisten auch mit mir so gemacht: In jede Versammlung, wo ich sprach, ist Einer gekommen und hat gesagt: Der Heine gehört eigentlich zu uns. Nun, ich habe mir das erste Mal Herrn von Gerlach persönlich vorgenommen, der ein guter Bekannter von mir ist und habe gesagt: „Mein lieber Gerlach, was denken Sie sich denn eigentlich dabei? Habt Ihr noch nicht genug Führer und keine Leute dahinter?“ „D“, sagte er, „wir wissen aber, daß dann ein großer Teil der Arbeiter mitgeht.“ (Geiterkeit.) Sie sehen, er bestreitet es garnicht. Ich habe gar keine Veranlassung, das zu verschweigen, denn ich habe es mir nicht von ihm unter dem Siegel der Verschwiegenheit sagen lassen. Einige Monate später setzte Herr Mauvrebacher die Taktik fort; da habe ich ihm vor meinen versammelten Parteigenossen dasselbe gesagt und ihm gesagt, für wie kindlich ich das halte, und habe es mir ausdrücklich verboten, so Zwietracht in unseren Reihen säen zu wollen. Ich habe ihm gesagt, was würden sie erreichen, wenn es Ihnen wirklich gelänge, mich aus der Partei heraus zu drängen? Nun, dann hätte die Partei einen Mann weniger, aber bliebe doch dieselbe wie früher. (Weifall.) Das ist meine Ansicht, und seitdem hat wenigstens Mauvrebacher, den ich für einen ehrlichen Kerl halte, mit diesen Versuchen aufgehört.

Sehen Sie, Genossen, so muß man es machen. In aller Ruhe muß man den Leuten heimleuchten und sich nicht aufregen lassen. Jetzt wieder in der letzten Nummer der „Hilfe“ sind einige Persönlichkeiten gegen meine Freunde und mich: da wird gesagt, wir wühlten seit einem oder zwei Jahren im Marxismus herum. Ich habe in meinem Leben nicht den Marxismus unterwühlt, ich stehe fest auf dem Boden des Marxismus; aber es fällt mir nicht ein und es würde mir auch heut nicht eingefallen sein, ein Wort dazu zu sagen, wenn mich die Ausführungen Bebel's nicht dazu veranlaßt hätten. Singer hat sich in München — und ich bin ganz froh, daß ich Gelegenheit habe, das zu sagen — durch die Angriffe eines solchen nationalsozialen Schwadronneurs ins Bodshorn jagen lassen; so daß er den Leuten den Gefallen getan hat, das Gespenst der Spaltung an die Wand zu malen. Ja, das wollten die Leute gerade. (Geiterkeit.) Sie sind ihnen auf den Weim gegangen. Mir thut es nicht wehe, denn meine Genossen in Berlin wissen ja, wie ich zu diesen Dingen stehe, aber den Leuten hat es Freude gemacht.

Bebel sagt, wir sollten nicht auf die „Frankfurter Zeitung“ hineinfassen. Aber die „Frankf. Ztg.“ ist nun doch einmal ein Weltblatt, während die „Welt am Montag“ ein ganz untergeordnetes Organ ist (Geiterkeit!), das keinen Leserkreis vertritt, sondern nur einen kleinen Kreis von Bitteraten, die es ja vielleicht ganz gut meinen, aber Phantasten sind. Ich gebe zu: Ruhe ist Temperamentsfrage, und wir Alle lieben unsern Bebel wegen seines Temperaments, wegen seines Feuerfeuers, wir wissen, daß die Partei solcher feurigen Seelen bedarf. Aber Bebel wird es mir nicht übel nehmen, daß ich, der ich nun das gerade entgegengesetzte Temperament habe, der Meinung bin, man könne die

Sache auch anders behandeln und daß Sie hier, wo es gilt, den Gegnern der Partei die Suppe zu versalzen, viel besser thun, die kindlichen Zutrügeln zu ignorieren, und deshalb kann ich auch nicht finden, daß der „Vorwärts“ unrecht gethan hat, wenn er auf den Artikel der „Welt am Montag“ über den Bernstein'schen Vortrag nicht sofort angebißten hat.

Und nun noch ein Wort zu der von Bernstein angeführten Frage. Ich sagte ja schon, daß ich der Meinung bin, man habe mit der Bernstein-Theorie schon etwas mehr Zeit verbraucht — ich meine nicht heute, sondern überhaupt in den ganzen letzten Jahren — als unbedingt notwendig wäre. Die neue Frage, die Bernstein jetzt angeregt hat, betrifft ja nicht bloß Theorie, sondern sie behandelt die Theorie der Theorie (lebhaft Zustimmung), und ich bin wirklich der Ansicht, daß wir eine Diskussion darüber ablehnen könnten. Ich, Parteigenossen, bin, wie die Dinge heute liegen und vermutlich noch auf lange Jahre hinaus, gegen jede Programmänderung; ich kenne auch keinen Menschen, der eine Aenderung beantragt hat. Ich lege Programmen überhaupt keinen so großen praktischen Werth bei; die Hauptsache ist die praktische Arbeit. Stellt Bernstein, stellt Jeden von uns vor praktische Arbeit, vor bestimmte Fragen, dann wird sich zeigen, daß wir Alle einig sind. Das ist ja die Natur der Theorie, daß sie die Leute von einander entfernt, und die Natur der praktischen Arbeit, daß sie die Leute zusammenbringt, daß sie das, was auseinander redet und auseinander denkt, zusammenbringt zum gemeinsamen Handeln; und da wir eine Partei nicht des Redens und theoretischen Denkens, sondern des praktischen Handelns sind, und da uns wirklich Aufgaben genug vorliegen, die ein praktisches Arbeiten erfordern, da mag Jeder theoretisieren, soviel er will — das thut ja uns Deutschen im Blute —, aber wir in der Diskussion und in den dem öffentlichen politischen Tageskampf gewidmeten Parteibülletten sollten wir die Dinge mit etwas mehr Gleichgültigkeit behandeln, sollten etwas mehr auf die praktische Arbeit sehen, dann werden wir Alle einig sein. (Stürmischer Beifall.)

Gradnauer: Wer die Thätigkeit, die Bernstein seit seiner Rückkehr aus England in Berlin und außerhalb Berlins ausgeübt hat, verfolgt, der wird ihn nicht abstreiten können, daß er nicht gesucht hat, in umfassendem Maße seine kritischen Bemerkungen, seine Gräbelereien, wie ich es nennen möchte, über programmatifche Fragen in die Partei hinauszusteuern und die Partei, die in diesen Dingen mir gesättigt erscheint, noch weiter mit diesen Dingen zu befallen. Bernstein hat in Reich und Glied mit anderen Genossen in seinem eigenen und anderen Wahlkreisen gewirkt. Seinen Vortrag in der Sozialwissenschaftlichen Studentenvereinigung allerdings habe ich von vornherein für eine Thorheit gehalten. Andererseits glaube ich, man kann diesen Fehler, den er in seiner besonderen Stellung nicht hätte begehen sollen, verstehen, wenn man daran denkt, daß für ihn diese Verhältnisse neu waren; man denke ferner daran, daß auch ganz andere Genossen bereit gewesen sind, in demselben Studentenverein zu sprechen — ich nenne nur Franz Mehring, was dem Einen recht ist, mag dem Andern billig sein. Ich verstehe aber auch die Empfindungen, die der Berliner Resolution zu Grunde liegen, die eine Selbstbeschränkung der Bernstein'schen Kritik erstrebt. So fern es uns Allen liegen muß, die Freiheit der Kritik irgendwie zu beschränken, so kann man über die Art der Kritik, die der Einzelne übt, allerdings sehr verschiedener Meinung sein, und ich stehe garnicht an zu erklären, daß mir persönlich diese Kritik Bernstein's am Parteiprogramm und an Einzelfragen in der Partei keineswegs eine besonders glückliche und fürderliche gewesen zu sein scheint. Sie hat mit Nothwendigkeit Gegenkritik heraufbeschworen und ich glaube, daß diese Gegenkritik, die insonderheit von der „Neuen Zeit“ geleistet worden ist, während gewirkt und Vieles richtig gestellt hat, was Bernstein zu bemängeln versuchte. Aber, Genossen, man kann doch

solche Dinge nicht in Bausch und Bogen behandeln. Manches, was Bernstein angeregt hat, ist heute beinahe Gemeingut der Partei geworden; ich erinnere nur an die Frage der Beihiligung an den preussischen Landtagswahlen. Also ich bitte die Genossen, nicht so zu verallgemeinern; wir müssen die einzelnen Fragen und Anregungen prüfen, aber nicht in dieser generalisierenden Weise über einen Genossen aburtheilen, wie es vielfach geschehen ist. Ich glaube, die ganze Art, wie diese Diskussionen bei uns gepflogen worden sind, die Uebertreibungen, Unterstellungen, Gefäßigkeiten, die da so vielfach unterkieseln, sind für die Partei schlimmer und bedenklicher gewesen, als die einzelnen kritischen Versuche Bernstein's. Die Art und Weise, wie in diesen Kämpfen verfahren worden ist, ist nicht immer diejenige gewesen, die zum Vortheil und zum Frieden in der Partei führt. Wir haben erst in der allerletzten Zeit solche Polemiken von Parvus in der „Neuen Zeit“ gelesen. Es ist gellagt worden, daß der theoretische Sinn in der Arbeiterschaft abgenommen habe; gerade Kautsky hat diese Lage ausgesprochen und ich stimme mit ihm überein. Nichts scheint mir mehr bedauerlich zu sein, als daß thatsächlich die Luft an der Theorie, an der wissenschaftlichen Diskussion zurückgegangen ist. Aber die tiefere Ursache scheint mir darin zu liegen, daß man bei uns nicht mehr versteht ruhig und sachlich zu diskutieren (sehr wahr!), sondern daß unsere Kämpfe im höchsten Maße vergiftet werden durch persönliche Invektiven und durch Verallgemeinerungen, deren sich z. B. Bebel auch gegen die Parteipresse bedient hat.

Soviel über diese allgemeinen Dinge. Ich komme zu dem, was Bebel gegen mich ausgeführt hat. Meine Ausführungen, sagte er, waren ihm eine willkommene Gelegenheit, sein Herz auszuschnitten und die Galle, die sich bei ihm schon lange angesammelt hat, los zu werden. Mit seinem lebendigen Temperament und seiner Leidenschaftlichkeit hat Bebel ein Verdikt über den „Vorwärts“ und die andern Parteiblätter ausgesprochen, aber der Inhalt, der sachliche Kern dessen, was er gesagt hat, ist außerordentlich dürftig. Er sprach von der Behandlung des Falles Millerand. Ich erinnere ihn daran, daß der „Vorwärts“ einen Korrespondenten in Paris hat, der ihn seit langen Jahren über die französischen, schwer zu behandelnden Angelegenheiten in der vortrefflichsten Weise unterrichtet hat und der auch für die „Leipziger Volkszeitung“ und die „Sächsische Arbeiterzeitung“ korrespondiert. Nun ist ein Beschluß einer einzelnen Departements-Organisation in Frankreich nicht im „Vorwärts“ veröffentlicht worden, der seine Spitze gegen das Ministerium Millerand richtete, und die Nichtaufnahme dieses einen Beschlusses hat Bebel geglaubt, als eine der großen Sünden des „Vorwärts“ anführen zu sollen. Wie lag aber die Sache? Unser Korrespondent hatte uns nichts darüber mitgeteilt, die Quelle Bebel's war die „Wiener Arbeiterzeitung“. Wir haben in Berlin keine Kontrolle darüber, ob das, was in der „Wiener Arbeiterzeitung“ über französische Dinge steht, ohne jede Prüfung von uns übernommen werden kann; wir haben ferner Bedenken gehabt, ob wir die Resolution aufnehmen sollten, weil wir der Meinung waren, daß jene Organisation schon früher zu den antiministeriellen gezählt hatte und daß ein Beschluß derselben nichts weniger als von Bedeutung gewesen wäre. Auf jeden Fall handelt es sich doch nur um eine Frage sehr geringer Bedeutung. Bebel selbst hat bestätigt, daß wir, nachdem er den Wunsch ausgesprochen hat, die Resolution veröffentlicht haben. Dann ist uns zum Vorwurf gemacht worden, insbesondere auch von Hoffmann, daß wir in jene Versammlung des Sozialwissenschaftlichen Studentenvereins keinen Berichtserfasser entsendet haben; das soll wieder so eine Art Vertuschungsstystem gewesen sein. Nein, auch diese Sache liegt anders. Der Sozialwissenschaftliche Studentenverein hat mit uns nichts zu thun. Wir schicken niemals einen Berichtserfasser in seine Versammlungen, sie werden nicht im „Vorwärts“

angezeigt. Wir haben es nicht für nöthig gehalten, deshalb, weil nun Bernstein dort sprach, ein großes Wesen davon zu machen. Ja, wer sich auf jedes Wort Bernstein's wie auf einen etten Bissen stürzt und sucht, ob sich Bernstein da etwas anhängen läßt — wir aber haben nie auf dem Standpunkt gestanden, Bernstein irgend eine Ausnahmestellung in der Partei einzuräumen. Darum haben wir eben so wenig wie wenn ein Anderer dort gesprochen hätte, zu seinem Vortrag einen Berichtserfasser entsandt. So lag die Sache; von irgend einer Schuld kann nicht geredet werden.

Bebel hat uns dann den Vorwurf gemacht, wir hätten die Resolutionen in den Versammlungen Singer's in München und Mollenbuhr's in Hamburg nicht veröffentlicht. Ich kann augenblicklich nicht sagen, ob Bebel nicht vielleicht hier etwas übersehen hat. Ich weiß positiv, daß die Singer'sche Resolution und Rede ausführlich im „Vorwärts“ mitgeteilt ist. Nicht genau weiß ich es bezüglich Mollenbuhr's. So viel aber weiß ich, daß unser Redakteur auf diesem Gebiete durchaus objektiv und gewissenhaft ist und die ganze Haltung des „Vorwärts“ zeigt, daß wir unbeeinflusst von rechts und links durch sogenannte radikale und sogenannte opportunistische Strömungen die Berichterstattung besorgen, wie es unsere Pflicht ist. Was ferner Bebel von angeblichen Niederlagen gegenüber der „Welt am Montag“ sagte, ist ebenso neu wie unverständlich. Vor Allen aber wundere mich, daß Bebel über sein Verhalten in unserer Redaktion bei Besprechung der Behandlung des Bernstein'schen Vortrags über das wichtigste so leicht hinweggeglitten ist. Dessen entsinne ich mich mit voller Bestimmtheit, daß damals Bebel am Schluß unserer Besprechungen gegen unsere Haltung mindestens in keiner Weise protestirt hat, damals hat er die Sache ohne jede Erregtheit behandelt und ist in gutem Frieden von uns gegangen.

Und darum möchte ich zuletzt bitten: Man möge keine solchen allgemeinen Anschuldigungen gegen uns erheben, daß wir nicht Stellung zu Parteifragen nehmen. Ich nehme für den „Vorwärts“ in Anspruch, daß er zu allen Parteifragen Stellung genommen hat und das weiter thun wird trotz der schwierigen Situation, in der sich die Redaktion befindet. Man erhebe keine allgemeinen Anschuldigungen oder man suche sie zu beweisen. Bebel hat keinen Beweis erbracht. Es mag sein, daß Bebel in dieser oder jener Beziehung die Stellungnahme des „Vorwärts“ nicht gefallen hat; wir können den „Vorwärts“ nicht so redigieren, daß er stets und immer gerade Bebel's Anschauungen entspricht. Wir haben die Pflicht, die Gesammtpartei zu vertreten, in der sich verschiedene Richtungen und Meinungsäußerungen finden, und da haben wir nicht in so schroffer, erregter Weise unsere Meinungen zum Ausdruck zu bringen, sondern ruhig und sachlich, in einer Art und Weise, die nicht dazu dient, die Partei auseinanderzutreiben, sondern die dazu führt, sie zu einigen und das feste Band, das uns bisher umschlungen hat, zu erhalten.

Darauf wird die weitere Debatte vertagt.

Singer (persönlich): Da die Rednerliste sehr lang und ich nicht weiß, ob meine Wortmeldung es mir ermöglicht, zu Ihnen in der Frage selbst zu sprechen, beschränke ich mich heute auf eine persönliche Bemerkung zu den Ausführungen Heine's. Er meinte, ich hätte mich in München von den Gegnern ins Dockshorn jagen lassen und hätte von einer Spaltung der Partei gesprochen. Heine kann natürlich das, was ich in München gesagt habe, nur aus den Berichten kennen. Darin ist aber, soweit ich es verfolgt habe, etwas nicht enthalten gewesen, was, wenn es Heine gewußt hätte, ihn wahrscheinlich veranlaßt hätte, seine Bemerkung nicht zu machen. Ich habe nämlich in München unter längerer Ausführungen über die Bernstein'schen Artikel und Vorträge erklärt, indem ich diese Bestrebungen verurtheilt habe, es sei dafür Sorge, daß die Bernstein'schen Bäume nicht in den Himmel wachsen; wenn es aber

der Fall sein sollte, dann wäre mir lieber — nun kam die Bemerkung — eine kleinere Partei, die aber aus Reuten bestände, die energisch das, dem sie sich einmal zugewandt haben, vertreten, als das ewige Schwanken von einem zum andern.

Heine: Ich gebe zu, daß ich den Vorfall in München nur aus dem Bericht gefannt habe, aber heute durch Singer mehr erfahren habe und genauer informiert bin. Aber weshalb gerade ich da hineingezogen bin, habe ich noch nicht erfahren und auch nichts, was meine Bemerkungen im Ganzen, soweit sie die Sache betreffen, ändern könnte. Dagegen nehme ich keinen Anstand zu erklären, daß, wenn ich das gewußt hätte, was Singer jetzt sagte, ich in der Form etwas zurückhaltender gewesen wäre.

Lebebour: In der Versammlung im 6. Wahlkreise, die die Resolution gegen Bernstein faßte, war ich nicht anwesend, ich machte eine Agitationsreise durch die Schweiz.

Bernstein: Die Versammlung, die ich im Auge hatte, war allerdings 14 Tage vorher.

Lebebour: Die war im vierten Wahlkreise, war mir kurz vorher mitgeteilt worden und ich konnte Bernstein garnicht in einer Privatgesellschaft vorher davon unterrichten.

Singer erklärt, daß der Parteitag die Einladung des Lokalkomitees zu einer Dampferfahrt am Donnerstag Nachmittag mit Dank annimmt. Morgen Abend ist Kommerz.

Singer: Wir werden also, wie bereits in Aussicht genommen, morgen mit der geschlossenen Sitzung beginnen und dann erst die heutige Diskussion fortsetzen.

Schluß 7 Uhr.

Zweiter Verhandlungstag.

Dienstag, den 24. September. — Vormittags.

Geschlossene Sitzung.

Punkt 1b der Tagesordnung: **Presse, Litteratur und Kolportagewesen** wird in der von Singer in der Vorversammlung vorgeschlagenen Begrenzung verathen. Die dazu vorliegenden Anträge 42, 50 und 103 werden genügend unterstützt.

Gerisch giebt als Referent einen Ueberblick über den heutigen Stand der Parteipresse im Vergleich zum Jahre 1899; er berichtet über die Abonnentenzahl sowie über die Einnahmen und Ausgaben der Parteiorgane. Der Haupttheil seiner Ausführungen gilt denjenigen Blättern, die mit Unterbilanz arbeiten. Angesichts der wirtschaftlichen Krise sei besondere Voracht in finanzieller Hinsicht geboten, die Rathschläge und Warnungen der Parteileitung müßten mehr beachtet werden. Ein unvorsichtig gegründetes, schlecht fundirtes Blatt könne der Parteibewegung des betreffenden Ortes unter Umständen höchst verberlich werden. Solche Zustände weiter zu fördern, betrachte die Parteileitung nicht als ihre Aufgabe. Der Referent wendet sich sodann zu der Frage des Betriebs der Parteilitteratur und bedauert, daß die Verbreitung älterer, grundlegendender Parteischriften von Jahr zu Jahr mehr zu wünschen übrig lasse. Die bisherige Gestaltung der Kolportage habe nicht die gehegten Erwartungen erfüllt. Unsere Parteipostreure verstehen es nicht, unter den uns fernstehenden Kreisen unsere Litteratur zu verbreiten. Hoffentlich werde bald eine Gesundung eintreten. (Beifall.)

Antrag 42 wird nicht begründet.

Den Antrag 50 begründet **Rudolph-Rürnberg.** Die Parteilitteratur werde völlig ungenügend vertrieben. In dem Worte: „Viele Parteipostreure betrachten es als persönliche Beleidigung, wenn man bei ihnen etwas bestellt“, liege ein Körnchen Wahrheit. Der Antrag sei vielleicht nicht präzis genug gefaßt, er könne aber durch Amendements verbessert werden.

Berard-Hamburg führt zur Begründung des Antrages 103 aus, daß die „Neue Welt“ finanziell von jeher ein Schmerzenskind der Partei gewesen sei. Durch die Schaffung neuer Unterhaltungsblätter an verschiedenen Orten erwache ihr eine große Konkurrenz. Man könne natürlich nicht verlangen, daß jedes Parteiblatt eine Unterhaltungsbeilage hat, aber diejenigen Blätter, die eine Unterhaltungsbeilage bringen, müßten im Interesse der Partei verpflichtet werden, die „Neue Welt“ beizulegen.

Die Diskussion wird eröffnet.

Windhoff-Düsseldorf verteidigt die Umwandlung des Düsseldorfser Kopfblattes in ein selbständiges Organ. Auer habe zwar geschrieben, es sei jetzt so weit gekommen, daß jedes Dorf in Deutschland ein eigenes Organ haben wolle, aber Auer sei wahrscheinlich so mit Arbeiten überhäuft, daß er nicht wisse, daß Düsseldorf ein Dorf von 220 000 Einwohnern, also das größte Dorf Deutschlands sei. (Heiterkeit.) Zum Mindesten könnten die Düsseldorfser Genossen die moralische Unterstützung der Parteileitung beanspruchen. Dann sei das Blatt zu halten.

Berle-Barmen bedauert die Düsseldorfser Gründung. Alle Versuche der Elberfelder, sich mit den Düsseldorfsern zu verständigen, seien an deren Hartnäckigkeit gescheitert. In der Verlegenheit wollten sie jetzt die Schuld den Elberfeldern aufbürden.

Engelbach-Köln tritt für den ihm sehr sympathischen Antrag 103 ein und bekämpft den Antrag 42 wegen seiner unklaren Fassung. Die Ausführungen von Gerisch über die Parteiposttage seien sehr berechtigt. Der Antrag 50 müsse deshalb abgelehnt werden. Redner bespricht eingehend die Düsseldorfser Angelegenheit.

Gruppe-Elberfeld (der nach den bisherigen Gang der Debatte nicht recht versteht, weshalb die Deffentlichkeit ausgeschlossen worden sei) hebt hervor, daß er ebenfalls gegen das Vorgehen der Düsseldorfser war, nachdem aber diese in kurzer Zeit große Erfolge erzielt, müsse etwas geschehen. Redner bespricht die Verhältnisse im Industriegebiet am Niederrhein, die Herrschaft des großindustriellen Schafsmacherthums inmitten des Zentrumsturms. Als er die Nothwendigkeit der Erhaltung eines täglichen Parteiblattes bespricht, wird er vom Vorliegenden Singer daran gehindert durch den Hinweis, daß ein darauf abzielender Antrag am Tage vorher vom Parteitag nicht die genügende Unterstützung gefunden hätte.

Thiele-Halle: Der von Gerisch konstatierte Zuwachs an Abonnenten ist ein durchaus ungenügender. Soweit die Ursachen beseitigt werden können, muß das geschehen. Namentlich sind sachliche Kenntnisse für die Zeitungsverwaltungen, rechtzeitige Erhöhung des Abonnentenpreises, richtige Bemessung der Inzeratenpreise, Abschaffung der Gratis-Annoncen nothwendige Maßnahmen, um den Blättern eine gesunde finanzielle Grundlage zu geben. Den Schriften, über deren geringen Vertrieb Gerisch geklagt habe, sei ein aktueller Werth nicht beizumessen, und darum ihr geringer Absatz nicht charakteristisch. Leider finden aber auch die neuen und aktuellen Parteidroschüren viel zu wenig Absatz. So lange die wirtschaftliche Krise dauere, müsse der Vorstand jeden Zuschuß zu neuen Blattgründungen ablehnen. Dem Bestreben auf Gründung besonderer Kopfbblätter müsse entgegengetreten werden. Damit nicht jedes Blatt erst durch Schaden klug zu werden braucht, sei es wünschenswert, daß der Partei-Vorstand

durch einen Fachmann eine Inspektion ausarbeiten lasse für die geschäftliche Leitung unserer Blätter.

Dr. **David-Waig** wendet sich gegen Antrag 108. Die „Neue Welt“ entspricht nicht den Bedürfnissen einer Sonntagsbeilage für unsere Tagesblätter. Sie wirkt nicht propagandistisch und ist nicht aktuell. Es ist ein Verstummen, durch die „Neue Welt“ Verständnis für die neue Kunst werden zu wollen. Dazu mühten die Illustrationen farbiger sein. (Singer erwidert den Redner, nicht zu eingehend über Dinge zu sprechen, die der öffentlichen Besprechung über die Presse vorbehalten seien.) Dazu kommen die finanziellen Bedenken. Unsere Blätter müssen sich nach der Decke strecken.

Singer: Es ist ein Antrag auf Herstellung der Oeffentlichkeit eingegangen. Hätten sich die Redner an unseren Beschluß gehalten, so wäre dieser Antrag überflüssig. Die Genossen wollen doch berücksichtigen, daß wir immer noch in der öffentlichen Verhandlung eine Diskussion über die Presse haben. Alles, was die letzten Redner, namentlich David, ausgeführt haben, hätte auch öffentlich verhandelt werden können. Die Redner wollen sich doch lieber in dieser Debatte auf die rein finanziellen Erwägungen und auf die Erwägungen über den Vertrieb unserer Literatur beschränken.

Der Antrag auf Herstellung der Oeffentlichkeit wird, nachdem **Partel's** Lübeck dafür und **Wurm** Berlin dagegen gesprochen, abgelehnt.

Lipinski-Weipzig stimmt Gerisch zu. Die Schuld an den Mißständen trage die Abhängigkeit der in der Presse thätigen Genossen von den Preßkommissionen; auch stehe den Buchhandlungen zu wenig Kapital zu Gebote, sie könnten sich kein großes Lager halten. Um den Absatz von Schriften zu steigern, solle die Parteipresse mehr Besprechungen von guten Büchern bringen und dadurch die Arbeiter auf diese Erzeugnisse hinweisen.

Wurm-Berlin ist der Meinung, daß der Inhalt der Presse auch in der Provinz sich verbessert habe. Wenn trotzdem der Aufschwung hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist, so liege das an der geschäftlichen Handhabung. Es fehle vielfach an geeigneten Personen zum Vertrieb der Parteiliteratur. Der Bildungshunger sei im Volke vorhanden, er müsse nur erst geweckt werden. (Zustimmung.) In den Orten, wo die Genossen für die Presse eine rege Agitation entfaltet haben, seien glänzende Erfolge erzielt. Der Umsatz unserer Parteiliteratur, selbst guter Werke, um die uns das Dilettantentum beneidet, sei viel zu gering. Die Uebernahme in Parteiregie, wie es von Nürnberg beabsichtigt wird, würde den Zustand nur noch mehr verschlechtern. Die Parteipresse nehme zu wenig Notiz von der Parteiliteratur, während sie ellenlange reklamehafte Waschzettel bürgerlicher Verleger aus kleinlichstem Geschäftszweck aufnehme. (Sehr wahr!) Die „Neue Welt“ allgemein bezulegen, sei finanziell unmöglich. Kleine Blätter können nicht eine so theuere Beilage geben, sie stellen sich selbst ihre Beilagen billiger her.

Zum Antrag ist das Amendement eingelaufen, die Wörter „nach Möglichkeit“ einzufügen.

Ein erneuter Antrag, die geschlossene Sitzung in eine öffentliche zu verwandeln, den **Thiele**-Halle begünstigt und **Stiesel**-Berlin bekämpft, wird mit 96 gegen 115 Stimmen abgelehnt.

Muer bekämpft den Antrag 108 auch in der Fassung des Amendements. Wir haben keine Exekution und könnten einen solchen Beschluß nicht durchführen. Die Parteiblätter, die die „Neue Welt“ jetzt nicht belegen, würden erklären: Mesmen würden wir sie schon, sehr aber, woher Ihr Euer Geld bekommt. Die Verbreitung der „Neuen Welt“ kann nur so gefährdet werden, daß ein möglichst gutes und möglichst billiges Blatt geliefert wird. Die **Dahle**-dorfer haben meinen Brief falsch verstanden. Es steht ausdrücklich darin: das Bedürfnis in unseren industriellen Provinzen Rheinland und Westfalen nach

einer Reihe guter Blätter erkennen wir in vollem Umfange an. Aber die Bewegung trägt sie noch nicht. Hier müssen wir auf die Entwicklung vertrauen, Redner schließt sich im Uebrigen den Ausführungen **Murm's** an.

Sohn-München bedauert die mangelhafte Unterstützung der Parteipresse durch Abonnements seitens der Genossen und der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und spricht sich gegen den Antrag 42 aus, der für München eine bedeutende Mehrausgabe bedeute. Bezüglich des Kolportagegesetzes stimme er **Murm** und **Muer** bei. Mit der Zunahme der Presse seit Aufhebung des Sozialistengesetzes sei das Bedürfnis nach der weiteren Parteiliteratur bedauerlicher aber erklärlicher Weise im Abnehmen begriffen. Mit der Uebernahme der Kolportage in Parteiregie sei er nicht einverstanden.

Schmidt-Moskau hebt hervor, daß das Eindringen der Parteiliteratur in weitere Kreise der maßgebende Gesichtspunkt sein müsse, nicht aber der finanzielle Erfolg.

Stadthagen-Berlin hält es für wesentlich, den Vertrieb unseres Kolportagegesetzes zu organisieren, indem wir der Entwicklung nachgeben, die der Buchhandel nun einmal in Deutschland genommen hat. Vielleicht empfehle es sich, daß mal die Leiter unserer Partei-Buchhandlungen zusammenreten, um eine Aenderung bezüglich der Kolportage und der Preise der Broschüren herbeizuführen.

Quart-Frankfurt a. M.: Der Parteipresse dürfe keine bestimmte Beilage aufgedrängt werden. Der **Muer'sche** Standpunkt, der Partei-Agitation halber kleine Blätter in ausichtsreichen Bezirken zu unterstützen, sei vom Standpunkt moderner Zeitungstechnik aus ein überwundener. Solche kleine Blätter sind dann die Quelle der redaktionellen und geschäftlichen Mißstände. Wir dürfen den Ibergetrieb nicht noch begünstigen. Die größeren Blätter sollten unterstützt und ihre Ausdehnung auf größere Bezirke gefördert werden, ohne daß natürlich ein Umverfallsblatt geschaffen werden dürfte. Die Vorwärts-Buchhandlung solle die Massenverbreitung der Parteiliteratur dadurch fördern, daß die sozialistischen Vereine dafür engagiert werden. Noch mehr aber kann geschehen, wenn unsere mittleren Agitatoren unsere neuere Literatur mehr und besser studieren. In der Masse ist der Bildungshunger da, das sei gegen David hervorzuheben. Aber wir müssen ihn gründlicher und besser anregen und die Wege zeigen.

Ein Antrag auf Schluß der Diskussion, den **Hoffmann**-Berlin begründet und **Löhne** bekämpft, wird angenommen.

Windhoff und **Bérard** bedauern, durch den Schluß an einer Erwidrerung verhindert zu sein.

Das Schlußwort erhält

Gerisch: Ich weiß nicht, was die Genossen, die gegen Ausschluß der Oeffentlichkeit waren, eigentlich von der geschlossenen Sitzung erwartet haben. Erwarteten Sie etwa eine Reihe sensationeller Enthüllungen von mir? Fingerzeige habe ich Ihnen genug gegeben. Warum hat man die Gelegenheit nicht benutzt, um sich ein Mal über die Forderungen des Vereins Arbeiterpresse oder über die „Neue Zeit“ auszusprechen? Lassen Sie in Zukunft solche Gelegenheiten nicht unbenuzt vorbegehen!

Die Abstimmung ergibt die Ablehnung sämtlicher Anträge (42, 50 und 103).

Es wird beschlossen, über die geschlossene Sitzung ein kurzes Resümee der Parteipresse und der übrigen Presse zur Verfügung zu stellen, das auch im Protokoll mit veröffentlicht werden soll.

Damit ist die Tagesordnung der geschlossenen Sitzung erledigt.

Schluß 1 Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

3 1/4 Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Begrüßungen des Parteitages aus dem Auslande liegen vor von der Parteileitung der ungarischen Sozialdemokratie, der Parteileitung der tschechischen Sozialdemokratie, des Deutschen Arbeitervereins in Brüssel, des Arbeiter-Bildungsvereins in London und der Zeitung „Itra“, des Organs der russischen revolutionären Sozialdemokratie.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erstattet die Mandatsprüfungskommission Bericht durch

Bögle-Strasbourg: Auf dem Parteitage sind anwesend 203 Delegierte mit 217 Mandaten, 25 Reichstags-Abgeordnete, die Mitglieder des Parteivorstandes, die Kontrolleure und Genosse Bérard als Vertreter der Firma Auer & Co. in Hamburg, ferner als ausländische Gäste Dr. Adler-Wien, Aftew-London, Branting-Stockholm, Gracie-Paris, De Rooze-Amsterdam und Bernerhoffen-Wien. Die Kommission beantragt, sämtliche Mandate, soweit sie im Sinne des Organisationsstatuts als Mandate angesehen werden können, gültig zu erklären. Im Auftrag der Mehrheit der Kommission habe ich dem Parteitag einen anonym eingelassenen Protest gegen das Mandat von Schneider aus Leipzig zu unterbreiten. Der Protest ging ein in Form eines auf eine Postkarte gefalteten Zeitungsausschnittes, in welchem Schneider als Streikbrecher erklärt wird. Mit Rücksicht auf die Anonymität beantragen wir Uebergang zur Tagesordnung. Ferner beantragen wir das Mandat des Genossen Biniszkiwicz, des Vertreters des Vorstandes des polnisch-sozialdemokratischen Vereins, für ungültig zu erklären. Wir können ein solches Mandat nach unserem Organisationsstatut nicht anerkennen. Biniszkiwicz hat erklärt, wenn er diese Gruppe nicht als Delegierter vertreten könne, wolle er als Gast hier bleiben. Darüber stand der Kommission keine Entscheidung zu, das ist leblich Sache des Bureaus. Wir beantragen, das Mandat für ungültig zu erklären.

Ohne Debatte erklärt der Parteitag sämtliche Mandate mit Ausnahme des Mandats von Biniszkiwicz für gültig.

Biniszkiwicz-Berlin: Die sozialdemokratische Presse, besonders die „Sächsische Arbeiterzeitung“, hat sich das ganze Jahr hindurch mit den Angelegenheiten der polnisch-sozialdemokratischen Partei beschäftigt. (Zuruf: Ist ihr garnicht eingefallen!), außerdem handelt der Parteibericht von uns. Außerdem bin ich hergeschickt, um Ihnen die brüderliche internationale Solidarität zu bekunden und Sie zu begrüßen.

Leutert-Wolpa: Wie weit der Genosse als „Gast“ — in Gänzförmchen hier sein kann, muß doch präzisiert werden. Er ist doch nicht ein Gast wie etwa der Vertreter einer ausländischen Organisation, sondern einer Sonderorganisation im Deutschen Reich, die die Mitarbeit mit uns ablehnt.

Biniszkiwicz: 1896 auf dem internationalen Kongress in London wurde beschlossen, daß jede Nation das Recht der Selbstbestimmung hat. Nation ist aber nicht nur eine solche, die eine besondere Regierung hat, sondern die eine Zunge hat, die eine andre Nation nicht versteht. Wir sind Polen und müssen Polen bleiben.

Wanusch: Seine Mission hat der polnische Genosse ja bereits erfüllt. Es ist Raum im Saale genug, das wir das Gastrecht gegen ihn üben können. Ueben Sie das Gastrecht. (Beifall.)

Singer: Ich führe einen Beschluß des Parteitages herbei. Ich kann also mitteilen, daß der Parteitag den Genossen als gern gesehenen Gast weiter in seinen Sitzungen sehen wird.

Die Anträge der Mandatsprüfungskommission sind genehmigt. Wie

auf den früheren Parteitagen übernimmt die Mandatsprüfungskommission auch das Amt einer Beschwerdekommision. Es liegt eine Beschwerde von Lange-Berlin vor. Zu der Verhandlung über diese Beschwerde werden auf Vorschlag Singer's die mit den Verhältnissen vertrauten Delegierten Ernst-Berlin und Keul-Berlin zugezogen werden.

Hierauf wird die getrigge Tagesordnung fortgesetzt.

Zum Punkt „Presse“ sind weiter eingegangen die Resolutionen 108 (Heine und Genossen) und 109 (Webel und Genossen).

Es liegen zahlreiche Geschäftsordnungs-Anträge vor.

Schhardt-Ludwigshafen: Ich habe mir die Rednerliste angesehen. Es ist eine ganze Anzahl Redner gemeldet, schwere Redner (große Heiterkeit), dauerhafte Redner. (Heiterkeit.) Ich befürchte, daß unter der Bernstein-Debatte der Punkt „Presse“ ganz verschwinden wird. Wir müssen deshalb beides trennen. Nehmen wir zuerst den Punkt Presse vor und verschieben wir die Bernstein-Debatte auf den nächsten Sonnabend-Nachmittag. (Große Heiterkeit.)

Thiele-Galle beantragt, die Prehan gelegenheit zuerst zu behandeln.

Fischer-Berlin erklärt sich mit der Theilung, nicht aber damit einverstanden, daß die Bernstein-Debatte hintangesezt werde.

Es wird im Sinne der Fischer'schen Ausführungen beschlossen. Zuerst wird die Bernstein-Angelegenheit behandelt.

Fischer beantragt, die Redezeit wieder auf zehn Minuten zu beschränken und nur für Kautsky und Bernstein eine Ausnahme zu machen.

Leutert-Wolpa ersucht, diesen Antrag abzulehnen. Den Meisten ist bekannt, was Bernstein und was Kautsky gesagt haben. Bernstein und Kautsky aber wissen noch nicht, was die Praktiker, die Arbeiter denken. Die Arbeiter sind aber weniger geschult und brauchen längere Redezeit.

Ed. Hoffmann-Berlin beantragt, auch Webel eine längere Redezeit einzuräumen.

Webel verzichtet auf diese Bevorzugung.

Dr. David wünscht die Redezeit allgemein auf 10 Minuten einzuschränken.

Frohne schlägt vor, zwei Generalredner sprechen zu lassen.

Sämtliche Geschäftsordnungsanträge werden abgelehnt. Es bleibt also bei der unbeschränkten Redezeit. Nur die Gegenstände der Debatte sind getrennt. Zur Debatte stehen die Anträge 52, 91, 92, 93, 109, 108.

Riefel-Berlin: Genosse Quard kann sich bezüglich der angeblichen Absichten der Berliner beruhigen; er hat sich schon öfter in dieser Beziehung geirrt. Ich habe Namens der großen Mehrheit der Genossen des 6. Berliner Wahlkreises zu bemerken, daß die Resolution dort nach 2 1/2 stündiger Debatte mit allen gegen 6 Stimmen bei 800 Anwesenden angenommen worden ist. Grabnauer gegenüber sind die Berliner Genossen in ihrer großen Mehrheit der Meinung, daß der „Vorwärts“ als Zentralorgan zu dem Vortrag Bernstein's in dem Studentenverein hätte Stellung nehmen müssen. Mit Grabnauer haben auch wir es bedauert, daß Liebknecht nicht mehr in der Redaktion des „Vorwärts“ saß, denn sonst hätten wir eine Stellungnahme gegen Bernstein zu lesen bekommen. Wir haben von dem Vortrag Bernstein's zuerst erfahren in der „Welt am Montag“, einem Blatt, das dazu bestimmt ist, gegen die Sozialdemokratie Stimmung zu machen; und ein solches Blatt mußten nun unsere Genossen lesen! Es giebt doch nur zweierlei: Entweder gilt noch das kommunistische Manifest, sind die Anschauungen, die darin bekundet werden, richtig, dann muß gegen Bernstein Stellung genommen werden; denn dann muß mit aller Schärfe der Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft geführt werden. Ihn theoretisch zu führen, dazu sind wir ja zu dünn, das müßten die Akademiker machen, aber wir können verlangen, daß uns nicht immerfort Knüttel zwischen die Beine geworfen werden, und das geschieht uns immer mit Bernstein. Ich will nicht leugnen, auch ich habe viel von

Bernstein gelernt, besonders aus der Zeit, wo er zehn Jahre leitender Redakteur des „Sozialdemokrat“ war. Wir haben auch sonst Bernstein Manches zu verdanken. Ich kann da erklären, daß wir den Beschluß des Parteitages wegen der preussischen Landtagswahlen achten und ausführen, weil er eben ein Parteitagsbeschluß ist. (Bravo!) Aber angenehm ist er uns nicht.

Hengsbach Köln erklärt, die Resolution 108 nur unterschrieben zu haben, um sie zur Diskussion zu bringen.

Grunwald-Erfurt: Die Thüringer Resolution und wohl auch die andern sind nicht als Anträge aufzufassen, sondern eben als Resolutionen, in denen in der Hauptsache den Motiven der Antragsteller Rechnung getragen wird, und nur im Schlußsatz der Thüringer Resolution liegt eine Art Antrag. Das Recht der freien Kritik wollen wir natürlich wahren, das braucht Bernstein nicht erst zu sagen. Nach Annahme der Resolution Bebel in Hannover hätte man aber eben erwarten können, daß Bernstein nach seiner Rückkehr erst einige Jahre sich mit den deutschen Verhältnissen vertraut gemacht hätte, um dann eventuell seine Kritik von Neuem zu beginnen. Was am meisten empört hat, war, daß Bernstein seine Kritik trotz Hannover fortgesetzt und sogar verschärft hat, indem er das Fundament der Partei angriff. Verschärfend kam noch hinzu, daß Bernstein in einen gegnerischen Verein ging, nicht um die Grundzüge der Partei objektiv darzulegen oder zu vertheidigen, sondern um die Partei in negativem Sinne zu kritisieren. Dazu sind nur Parteivereine da. Bernstein und Gradnauer haben den sozialwissenschaftlichen Studentenverein als harmloses Kind hingestellt. Wie steht es aber in Wirklichkeit? Bewußte Parteigenossen sind aus jenem Verein zur Zeit, als sich in Berlin eine selbständige Akademikerbewegung aufthut, einfach hinausgebrängt worden. Zu den Protokollanten des Vereins gehören der bekannte Sozialistenhölzer Adolf Wagner, Schmöller u. A., die die Partei auf das Schärfste bekämpft haben. Der Verein ist im Prinzip weder für noch gegen uns, aber gegen uns insofern, als er sonst nicht gebildet würde am deutschen Universitäten. Daß vielleicht einige Kryptogenossen darin sind, die sich in Folge ihrer Stellung als Studenten nicht betheiligen können, ist Sache für sich. Wäre Bernstein ein beliebiger Provinzler, wie etwa ich, oder hätte er keine Vergangenheit hinter sich, so könnte man darüber hinwegsehen, daß er dort gebrochen hat. Aber wenn ein Bernstein dort auftritt, so wird das als historisches Moment betrachtet, mag auch das, was er sagt, noch so minderwertig sein, und der „Vorwärts“ als Berliner Parteiblatt halte die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, diesen historischen Moment zu fixieren, nicht sowohl der Abwehr wegen, als vor Allem, um den Genossen in der Provinz sofort ein objectives Urtheil zu ermöglichen. Nur sagt Gradnauer, der Verein annonciert bei uns nicht, darum brauchen wir ihn nicht zu beachten. Hat aber Gradnauer, diese Frage stelle ich direkt an ihn, nicht gewußt, daß Bernstein dort brochen wird? Waßhette!, an dem und dem Lage spricht der und der Redner, hat der Verein übrigens auch dem „Vorwärts“ zugesandt. Wie Bernstein von der bürgerlichen Gesellschaft und der Universität betrachtet wird, geht ferner daraus hervor, daß der zielbewußten Genossen von der Universität nicht gestattet wird, in dem sozialwissenschaftlichen Studentenverein zu sprechen, z. B. Ledebour, Mehring, so selbst Schibpel, wenn ich nicht irre. Ich beschränke mich jetzt nur noch auf ein Wort, da es doch gut ist wenn die Praktiker sprechen und nicht nur die Theoretiker, für die die Sache erledigt ist. Bernstein beschwert sich über die Form der Diskussion; er scheint aber zu glauben, daß ihm Alles erlaubt ist, andern nicht. Ich habe abthätlich die scharfe Form in der Thüringer Resolution und vor Allem in meinen Artikeln in der „Tribüne“ gewählt, um die Bernstein-Frage hier in Lübeck zur Debatte zu bringen, und ich bin vollauf befriedigt. Ich lehne es aber auch ab, zu scharf gewesen zu sein; vielleicht habe ich was Jedem positiver kann, in der Form etwas über die Stränge geschlagen. Die ganze Bernstein-Frage kommt heute

lektisch darauf hinaus: wie wirkt Bernstein's Austreten auf die Parteibethätigung? Denn prinzipiell ist die Sache ja in Hannover erledigt. Aber ganz anders ist die Sache, da Bernstein fortfährt, die Partei anzugreifen: die schädigende Wirkung hatte sich ja schon 1898 bei den Wahlen gezeigt, aber noch mehr in der letzten Zeit in den Fragen der Weltpolitik und den inneren Fragen des Klassenkampfes gegen die bürgerliche Gesellschaft. Und keine Agitatoren — es soll das keine irgendwie geartete Herabsetzung sein —, die am Fundament bauen, die den Samen für die Partei in die kleinsten Bezirke hinaustragen, wissen oft nicht ein noch aus, wenn die Gegner ihnen in den Versammlungen mit Bernstein kommen; schon oft sind sonst sehr tüchtige Genossen zu mir gekommen und haben sich darüber beschwert, daß sie auf Grund der Argumente Bernstein's mit den Gegnern nicht fertig geworden sind. Diesen Zuständen und Möglichkeiten muß endlich ein Ende gemacht werden! Es ist eine absolute Nothwendigkeit, daß die Einheit der Grundzüge für die Agitation wiederhergestellt wird. (Bravo!)

Kautsky: Ich will mich bemühen, möglichst kurz zu sein. Was ich zu sagen habe, ist schon gesagt worden. Und die Hauptsache ist jetzt, daß die Welt erfährt, was die Masse der Parteigenossen über Bernstein denkt. Seine letzte Broschüre giebt mir keinen Anlaß hier zu reden. Die persönliche Seite der Frage will ich ebenfalls nicht berühren und die persönlichen Attacken Bernstein's nicht beantworten. Ich will mich auch nicht darüber beschweren, daß er wieder einen Brief von mir veröffentlicht hat. Wenn jemand, wie er, meine Briefe immer wieder aufs eifrigste liest, sie durch Jahrgänge aufbewahrt und sie zur Hand hat, wenn er unvorbereitet in einer Debatte spricht, dann erinnert mich das an die Zubrust eines 18-jährigen Jünglings für die ersten Briefe seiner Geliebten. (Heiterkeit.) Für mich liegt kein Anlaß zur Unzufriedenheit vor mit der Veröffentlichung der Stelle, die er verlesen hat. Es hat mich angenehm überrascht, daß er eine so geschickte Stelle der Versammlung mitgetheilt hat. (Heiterkeit.) Das, was ich da sage, ist nur die allgemeine Praxis der Partei, die von Niemand in Frage gestellt worden ist. Bernstein hat anerkannt, daß ich selbst Selbstkritik geübt habe und zwar in meiner Agrarschrift. Zur Selbstkritik gehört die Kritik der eigenen Anschauungen. Selbstkritik ist aber auch die Kritik der Genossen, im Gegensatz zu der Kritik der Gegner. Wenn er meinte, wir übten nicht Selbstkritik, sobald wir ihn kritisieren, so schloße er sich damit selber aus, rechnete er sich zu den Gegnern, was er natürlich doch nicht will. (Sehr gut!) Seiner Selbstkritik sagt er nach, daß sie von reiner Liebe zur Partei diktiert sei, wenn wir aber Kritik üben, dann ist es persönliche Gehässigkeit und Dogmenfanatismus. Es giebt nur Leute, die von Bernstein hervorgerufenen Streitigkeiten als eine Förderung des geistigen Lebens unserer Partei betrachten. Im „Vorwärts“ steht im Begrüßungsartikel: Wenn auch gewisse Ansichten sich schließlich als haltlos erweisen, so bleibt doch der Vortheil einer gewissen Art geistiger Gymnastik; sonst würden wir geistig einrostet. (Heiterkeit.) Ich beneide die Genossen im „Vorwärts“, die so viel Zeit übrig haben, daß sie geistig einzurosten fürchten, wenn nicht diese Gymnastik wäre. (Sehr gut!) Selbstverständlich meine ich das nur scherzhaft; ich weiß, wie viel die Genossen im „Vorwärts“ zu thun haben. Ist es nicht wahr? Haben wir nicht zu kämpfen gegen eine Welt von Feinden?! Müßen wir da nicht unermüßlich gegen die Kritik unserer Gegner kämpfen? Das ist eine so erschöpfende Arbeit, daß wir weiter geistige Gymnastik, wenn sie nicht geboten, sehr gut entbehren können, ohne einzurosten. (Bravo!) Daß Bernstein uns neue Einsichten gebracht hat, davon ist heute nicht mehr die Rede. Als Bernstein's erste Broschüre erschien, da wurde sie mit Fanatismen begrüßt, da hieß es: Eine neue Zeit ist angebrochen, große Erkenntnisse sind uns geworden. Und wie reden heute die Anhänger Bernstein's: Ach, regt Euch doch nicht auf, die Geschichte ist ja nicht der Mühe werth. Es ist nichts dabei herausgekommen. Was wollt Ihr eigentlich von Bernstein. (Sehr richtig!) Ich

glaube, schlimmer kann man von dem Ergebnis eines Revisionsfeldzugs nicht urteilen. Bernstein allerdings ist anderer Ansicht. Er hat uns darauf hingewiesen, daß bereits die praktische Folge seines Revisionsprogrammes in dem Gaihsfelder Programm zu Tage getreten sei. (Widerspruch, Zustimmung. Zuruf Hülser's-Berlin: Er hat gesagt: Was die können, können wir auch!) — Ich habe es wenigstens so aufgefaßt; er hat darauf hingewiesen, daß die österreichischen Genossen die Verelenbungstheorie aus dem Gaihsfelder Programm geistreich haben. Wie steht es denn mit der Verelenbungstheorie? Sie sagt, daß es immer schlechter werden muß, ehe es besser werden kann, daß das Proletariat immer mehr und mehr in Elend verfinke, bis es ganz widerstandslos geworden ist und daß dann erst der große Tag der Befreiung hereinbricht. Genossen, ist diese Verelenbungstheorie jemals in der Partei von irgend Jemand, der auf Bedeutung Anspruch macht, getheilt worden? Sicher nicht. Diese Verelenbungstheorie ist schon längst widerlegt und zwar von Niemand anders als von Karl Marx in seinem Kapital. Dieser Satz ist nur als Tendenz zu verstehen, und nicht als unbedingte Wahrheit; er ist nur so zu verstehen: Das Kapital muß danach trachten, um seinen Mehrwert zu vermehren, die Lage des Proletariats immer elender zu gestalten. Das ist ja bekant; aber Marx selbst hat die Gegenwirkung bezeichnet, er selbst war einer der Wortkämpfer des Arbeiterkampfes, einer der ersten, der auf die Bedeutung der Gewerkschaften hingewiesen hat, zu einer Zeit, wo die anderen Sozialisten nichts davon wissen wollten, schon 1847. Er hat also bewiesen, daß diese Tendenz absolut notwendig ist, aber daß sie nicht absolut notwendig zur Herunterdrückung des Arbeiters führt. Aber dadurch unterscheiden wir uns von den bürgerlichen Reformern, daß diese glauben, die Tendenz selbst könne überwunden werden, ein sozialer Friede könne hergestellt werden, ein Zustand, bei dem das Kapital nicht danach trachte, die Arbeiter herunterzubrüden. Das Kapital muß danach trachten, und darauf beruht der Klassenkampf, der dahin gehen muß, daß wir dem Kapital seine politischen und ökonomischen Machtmittel entreißen; bevor das nicht gethan ist, kann der soziale Friede nicht wieder hergestellt werden, und nur in diesem Sinne haben wir an der Theorie der Zunahme des Elends festgehalten. Wenn die österreichischen Genossen daran gegangen sind, den Punkt ein wenig anders zu fassen, so ist das, wie Adler schon in der „Wiener Arbeiterzeitung“ ausgeführt hat, nicht dem zuzuschreiben, daß sie ihre alte Anschauung aufgegeben haben, sondern nur dem, daß eben Programme nicht bloß Kinder einer Theorie, sondern auch die Kinder ihrer Zeit sind. Programme müssen im Lapidarstil sprechen, sie behandeln nur jene Punkte eingehender, über die Mißverständnisse nacheliegen. Welche Punkte das sind, hängt von den Zeitverhältnissen ab. 1891, als das Erfurter, und 1888, als das Gaihsfelder Programm geschaffen wurde, hat man Bernstein noch nicht vorausgesehen, damals war der Kampf innerhalb des Proletariats nicht zwischen Bernstein und seinen Gegnern, sondern es war ein Kampf gegen die Anarchisten. Daher wurden damals jene Punkte im Programm ausführlicher erörtert, die von der Notwendigkeit des politischen Kampfes reden. Heute hingegen ist es notwendig, die falsche Auffassung der Verelenbungstheorie zurückzuweisen und diesem Punkt einen präzisieren Ausdruck zu verleihen. Würde heute eine Aenderung des Erfurter Programms verlangt, so würde ich ebenfalls beantragen, den Punkt so zu ändern, daß Mißverständnisse ausgeschlossen sind. Aber diese Mißverständnisse sind erst von Bernstein in die Debatte hineingetragen. (Sehr richtig!) Und nun kommt Bernstein her und sagt, es sei sein Verdienst, daß wir klarer sehen. Nein, es waren immer unsere Gegner, denen wir entgegenhalten mußten, daß unsere Theorie von der Zunahme des Elends keine Theorie zunehmender Verelenbung ist, und Bernstein hat uns nur die Aufgabe erschwert, die Klarheit über diese Theorie aufrecht zu erhalten, denn er sagt, diejenigen, die ihm nicht beistimmen, seien noch Anhänger der alten vorhistorischen Theorie, die schon

seit dem kommunistischen Manifest überwunden ist. Also, Sie sehen, was bei der ganzen Revision herausgekommen ist! Nun sagt Bernstein, sein Vortrag sei ganz harmlos. Ja, wenn Bernstein diesen Vortrag vor 4 oder 5 Jahren gehalten hätte, so hätte sich kein Mensch darum gekümmert; man hätte ihn vielleicht gelesen, den Kopf geschüttelt und gesagt: Ja, was will denn Bernstein eigentlich? Heute wird der Vortrag betrachtet als die Konsequenz seiner Schrift über die Voraussetzungen des Sozialismus. Er wird in diesem Lichte betrachtet und bekommt erst in diesem Lichte seine Bedeutung. Durch dieses Licht betrachtet ihn auch die bürgerliche Presse, und wir müssen die Folgen tragen. Nicht nur die „Welt am Montag“, sondern die gesammte bürgerliche Presse, Frankfurter Zeitung“, „Berliner Tageblatt“, „Vossische Zeitung“ haben unisono geschrieben, Bernstein habe wieder bewiesen, daß die Sozialdemokratie nichts anderes sein soll als eine demokratische Reformpartei. Nun kann ja Niemand etwas dafür, wenn ihm die Gegner Ansichten untergeschoben, die man nicht hat, und wenn Bernstein mißverstanden ist, so ist das sein Pech. Ich behauere ihn darum, aber man ist doch nicht so ganz wehrlos, man braucht sich das Lob der Gegner doch nicht ruhig gefallen zu lassen. Ich habe Bernstein schon früher vorgeworfen, daß er das Lob der Gegner willenlos über sich ergehen ließ; er hat darauf erwidert, daß auch von mir ein Satz mißverstanden und von den Gegnern gegen die Partei ausgelegt wurde. Er meint meine Broschüre über die Handelspolitik, aus der die Agrarier einen Satz ausgebeutet haben. Aber doch nur, so lange sie nur ein vom „Vorwärts“ abgedrucktes Kapitel aus der Broschüre kannten! Als die ganze Broschüre ihnen bekant war, konnten sie diesen Satz nicht mehr ausnützen. Trotzdem habe ich mich nicht dabei beruhigt, sondern die Thatsache, daß ein Satz von mir gegen uns als Waffe gebraucht wurde, als solche Schmach empfunden, daß ich sofort am nächsten Tage, nachdem ich den Artikel in der „Kreuz-Zeitung“ gelesen hatte, meinen Herren Lobrednern in der agrarischen Presse einen solchen Fußtritt versetzte, daß sie sofort auf die Bundesgenossenschaft mit mir verzichteten.

Bei Bernstein handelt es sich nicht um einen Satz aus einem einzigen Kapitel, sondern um das ganze geistige Wirken dreier Jahre; er macht seit drei Jahren nichts als Selbstkritik, soweit er überhaupt kritisch thätig ist. Natürlich hat er auch noch eine andere Thätigkeit, aber seine kritische Thätigkeit richtet sich nur gegen die Partei. Warum tritt er nicht einmal gegen seine Lobredner außerhalb der Partei auf? Das ist dringend notwendig im Interesse der Partei, denn unsere Gegner halten uns fort und fort Bernstein entgegen; sie sagen: „Was versteht denn Ihr vom Sozialismus? Bernstein versteht das viel besser, er ist ein alter Marxist, der das und das nicht für durchführbar hält.“ Würde sich Bernstein einmal gegen diese Gegner wenden, gegen die falschen Freunde, die die Arbeiterbewegung für ihre Zwecke ausnützen wollen, würde er jedes Mißtrauen und jede Zweideutigkeit zerstreuen, so könnte er in jeder Beziehung Selbstkritik üben, wie er will. Das ist das, was wir von ihm erwarten und verlangen müssen. Bernstein hat uns daran erinnert, daß er zehn Jahre lang als Redakteur des „Sozialdemokrat“ gewirkt hat. Ja, zehn Jahre lang hat er am „Sozialdemokrat“ gewirkt zu unserer Freude und zu unserm Nutzen, und ich wünsche nichts sehnlicher, als daß er die Tradition, auf die er sich beruft, wieder erneuert. Er hat im „Sozialdemokrat“ Selbstkritik geübt, aber auch unsere Gegner kritisiert, auch die bürgerlichen Sozialreformer, denen er auf das Schärfste entgegengetreten ist. Möge er die alten Traditionen erneuern! Dann kann er überzeugt sein, daß auch das alte Verhältnis wieder hergestellt wird, und daß er nicht mehr nötig hat, sich über seine Kritiker in der Partei zu beklagen. (Lebhafter Beifall, Handeklatschen.)

Dr. David-Mainz: Kautsky ist materiell in die Diskussion über die Probleme der Hannover'schen Bernsteindebatte eingetreten dadurch, daß er uns

160 Zweiter Verhandlungstag. — Nachmittags-Sitzung.

wieder einen Vortrag über die Verelendungstheorie gehalten hat. Zunächst ist es unwahr, daß nach Erscheinen des Bernstein'schen Buches von den Freunden Bernstein's gerufen und geschrien ist: Jetzt beginnt eine neue Zeit; jetzt wird die Theorie auf eine ganz neue Basis gestellt! Wollen Sie mir nicht Einem nennen, der das gerufen hat? Und ebenso unwahr ist es, daß jeht dieselben Genossen sagen: Ach, es war ja gar nichts, es ist ja gar nichts dabei herausgekommen. Nirgends innerhalb der Sozialdemokratie ist ein Jubelton über das Bernstein'sche Buch angeschlagen worden. Es wurde sehr scharf angegriffen, und da kam eine Reihe von Genossen und sagte: Seht euch das Buch doch erst mal an, ist es wirklich so, wie ihr es darstellt? So entstand eine Diskussion darüber. Was sollen also diese Ueberreibungen, Genosse Kautsky? — Weiter, die Verelendungstheorie! Wir haben uns ja in Hannover über das Gland dieser Verelendungstheorie unterhalten, und nun tritt Kautsky wieder mit der Behauptung auf, kein Mensch habe früher die Verelendungstheorie im Sinne einer fortschreitenden absoluten Verelendung aufgefaßt, sondern immer nur als Tendenz, der aber Gegentendenzen in den Weg treten. Ich habe schon in Hannover Kautsky gegenüber einfach das kommunistische Manifest zitiert, wo nicht von einer Tendenz auf Herabdrückung die Rede ist, sondern wo es heißt, die bürgerliche Gesellschaft ist nicht einmal im Stande, ihren Sklaven zu ernähren, der Arbeiter wird zum Pauper. Und zwar ist das nicht von dem Einzelnen gesagt, sondern von der Masse des Proletariats, und es wird auch im Manifest nicht im Geringsten auf die Gegenwirkung durch die gewerkschaftliche Organisation hingewiesen. Das hat Marx später gethan, aber im kommunistischen Manifest hat er darauf nicht das geringste Gewicht gelegt. Er hatte ja auch eine andere Erklärung; er sagte: Deshalb wird die Arbeiterklasse in der uns nahe bevorstehenden Revolution ihre Ketten zerreißen, denn sie hat nichts zu verlieren. Und das kommunistische Manifest schließt mit dem Ausdruck auf die nahe bevorstehende Revolution im Sinne der Gewalt. Also, es hat Leute gegeben, die auf diesem Standpunkt standen, und wenn heute noch, wie es Kiesel gethan hat, das kommunistische Manifest als Norm hingestellt wird, so kann man doch nicht sagen: Was ist das für eine verrückte Auslegung der Verelendungstheorie, die doch niemals ein vernünftiger Mensch gehabt hat! Nein, wenn man seine Meinung ändert, so habe man auch den Muth und die Kraft, zu sagen: Wir haben uns geirrt! (Zuruf: Oke Kamellen!) Ja, gewiß sind das alle Kamellen. Ganz recht, aber Sie hätten den Zwischenruf machen sollen, als Kautsky die Frage anschnitt.

Diese Auffassung ist auch keineswegs so abgethan, insbesondere nicht die Auffassung, daß wir vor einer nahen Revolution stehen im Sinne der Gewalt. Ein hervorragender Mitarbeiter der „Neuen Zeit“, Parvus, hat in einer der letzten Nummern erklärt, daß der Begriff des Revolutionären einzig in dem Sinne richtig zu verstehen sei, daß die Revolution erst vom Tage nach Eröberung der politischen Macht ab beginnt. Da haben Sie noch dieselbe Auffassung des Revolutionären im alten, guten Sinne. Derselbe Parvus hat, wie mir Genosse Fischer aus Dresden versichert, noch vor kurzem eine mehr als merkwürdige Auffassung von der Nähe des Zusammenbruchs der bürgerlichen Gesellschaft einer Gewerkschaft gegenüber verrathen. (Lachen.) Das sind allerdings lächerliche Dinge, ich würde es nicht für möglich halten, daß so etwas noch vorkommt, aber das zeigt doch, mit welchen Rückständigkeiten auf dem Gebiete der Theorie wir noch zu rechnen haben.

Nun zu der Frage, die uns heute beschäftigt! Der Bernstein'sche Vortrag ist ein so geringfügiges „Vergehen“, daß ich glaube, daß diejenigen, die auf Grund dieses Vortrags ihm den Prozeß machen wollen, es nachgerade selbst lüthen, wie unangebracht das ist. Daß man sich, bevor der Vortrag im

Druck erschien, über die Art seiner Ausschächtung durch die bürgerliche Presse ärgerte und falsche Vorstellungen darüber hatte, das begreife ich vollständig. Ich begreife auch die Nervosität Debel's. Aber nachdem der Vortrag im Druck vorlag, war es doch jedem klar, um was es sich handelte. Es handelte sich, wie Seine sagte, um die Theorie der Theorie, um einen Definitionsstreit über den Begriff der Wissenschaft. Die nicht akademisch gebildeten Genossen halten das vielleicht für eine gräßliche Paarspalterei, aber die Wissenschaft beschäftigt sich thatsächlich damit. Dieser Vortrag ist jedoch von keinerlei Bedeutung für die Sozialdemokratie und ihre Theorie und er hat ja auch zu den in der Bernsteindebatte aufgeworfenen Fragen selber gar nicht Stellung genommen. Warum sollte nun Bernstein nicht das Recht haben, vor Studenten auch einmal die Theorie der Wissenschaft in seinem Sinne zu behandeln. — Es soll ihm besonders wegen der begleitenden Nebenumstände der Prozeß gemacht werden. Dieser Verein ist kein sozialdemokratischer, sondern ein gegnerischer, sagt Grundwald. Er thut so, als ob es nichts dazwischen gäbe. Es ist einfach ein wissenschaftlicher Verein, ohne eine bestimmte politische Tendenz, der die Aufgabe hat, die Studenten der Nationalökonomie zur Diskussion, zur Anhörung gegensätzlicher Meinungen einzuladen, um sich selbst ein Urtheil zu bilden. Das ist in England viel weiter ausgebildet und außerordentlich werthvoll. Daß in dem Verein auch Sozialdemokraten sind, bestreitet auch Grundwald nicht. Er vergaß auch eine Thatsache zu registriren, die er im Interesse der Wahrhaftigkeit seiner Deduktionen hätte anführen sollen: Der Vortrag Bernstein's in öffentlicher Versammlung wurde von dem Rektor der Universität ebenso unter-
sagt wie der Vortrag Mehring's. (Hört! hört!) Also der Rektor war nicht so überzeugt, daß er es in Bernstein mit einem Umstürzler des Sozialismus zu thun habe; der Vortrag wurde dann in geschlossener Versammlung gehalten, wozu eine Genehmigung nicht nöthig war. Das zur Kennzeichnung der Situation.

Nun sagt, die bürgerliche Presse hat uns erst auf die Gefahr aufmerksam gemacht. Die reaktionäre Presse hat im Gegentheil Bernstein für viel gefährlicher erklärt als die anderen. (Lebhafte Zustimmung.) Aber auch die andere Presse, die uns auseinanderzuloben versucht, z. B. die „Frankfurter Zeitung“, hat Bernstein wegen seines Vortrags durchaus kein Lob ertheilt; sie hat es für Wortfreierei erklärt, mit der nichts bewiesen sei. Der Vortrag ist dort als das tagirt worden, was er war: als rein wissenschaftliche Deduktion, die zu uns gar keine Beziehung hat.

Der Jörn ist aber darüber: Bernstein zieht — so hieß es in der „Erfurter Tribüne“ — jetzt dem Sozialismus seine wissenschaftlichen Fundamente unter den Füßen weg; er bestreitet, daß er auf wissenschaftlicher Grundlage beruht. Wer das behauptet nach den bürgerlichen Berichten über den Vortrag, dem kann man sagen: Du hast das mißverstanden. Wer das aber behauptet auf Grund der Lektüre des erschienenen Wortlautes, dem muß man sagen: absichtliche Verdrehung! Bernstein war viel zu höflich gegen Sie, Genosse Grundwald. Ich halte Sie nicht für so dumm, daß Sie das hätten mißverstehen können. Zur Charakterisirung der Thüringer Resolution möchte ich noch etwas ausführen. Als der Bericht über den Vortrag erschienen war und die Debatte darüber begann, da brachte der „Petit Sou“ eine Berliner Korrespondenz, in der es hieß, daß in der so einflußreichen „Erfurter Tribüne“ (Heiterkeit) man jeht Stellung nehme zu den Theorien Bernstein's und erkläre, daß die Spaltung unvermeidlich ist; denn es könne nicht geduldet werden, daß Bernstein einer Partei angehöre, deren Prinzipien er angreife. Es heißt dann: „Wir sind entzückt über die letzten Angriffe Bernstein's, weil sie uns Gelegenheit geben, einer unerträglich Sache ein Ende zu machen.“ (Hört! hört! Zurufe Grundwald's.) Jawohl, Genosse Grundwald! Sie haben nur auf die Sandhabe gemartet und dann: Halali, jeht konnte die Hege losgehen! Und

dann ist sie auch losgegangen, zunächst durch eine verkehrte Darstellung des Inhalts des Vortrags und dann so weiter. Sie haben den „Oppurtunisten“ vorgeworfen, wenn man sie beim Wort nehme, so suchten sie sich herauszuheben mit der Parole „Missverständnisse“. Ich bin nicht so hässlich, den guten Willen, uns zu verstehen, bei der Gegenseite vorauszusetzen, und behalß ich, Sie operiren mit absichtlichen Entstellungen und Verdrehungen. —

Aber die Sache ist noch weiter gegangen. Um dieselbe Zeit spielte der bekannte Fall Rußland-„Münchener Post“. Da ließ Rußland die Ente los, er habe seiner Zeit der „Münchener Post“ das Angebot gemacht, für ruhiger gehaltene sozialistische Schriften, die mit den alten Traditionen brächen, eventuell Geldmittel aus bürgerlichen Kreisen flüssig zu machen. Der „Vorwärts“ hat die in dem Rußland'schen Gerede angebotene Insinuation einfach lächerlich gemacht und ich glaube nicht, daß in der Partei irgend jemand geglaubt hat, daß die Bewegung, die man als opportunistische bezeichnet, die es aber meines Erachtens gar nicht ist, die sich an den Namen Vollmar knüpft, von bürgerlichen Kapitalisten bezahlt sei. (Grunwald: Das habe ich gesagt?) Das hat zunächst Rußland gesagt. Der „Vorwärts“ hat damit kurzen Prozeß gemacht, und da kommt die „Erfurter Tribune“ und schreibt, daß der „Vorwärts“ mit seiner Polemik doch sehr unglücklich sei, denn er habe keine Parteigesichte im Kopfe, wenn er behaupte, so was habe es damals gar nicht gegeben; er verweist auf Vollmar, und dann ergeht er sich in Ausdrücken wie: „Um die Richtigkeit der Rußland'schen Darlegungen abzuleugnen (!) zu können, stellt der „Vorwärts“ die Parteigesichte falsch dar.“ (Bewegung. Hör! hör! Aufse: Das ist stark!)

Wenn man zu derartigen Mitteln greift, um Stimmung zu machen gegen die sogenannten Bernsteinianer, die abgeschlachtet werden sollen, dann begreift man, wie die Erfurter Parteigenossen, die die „Erfurter Tribune“ lesen, für eine solche Resolution stimmen konnten. (Sehr wahr!) Es war notwendig, die Entstehungsgeschichte der Resolution einmal aufzudecken. (Lebhaftige Bewegung.) Ich habe die Empfindung gehabt, daß es sich hier um ein planmäßiges Scharfmachen gehandelt hat. (Zustimmung.) Das hat Grunwald ja auch zugegeben, indem er sagte: ich wollte die Debatte provozieren; nun, und der Zweck heiligt ja bekanntlich die Mittel. Erst stiftet man Unruhe und will dann den, gegen den man die Unruhe gestiftet hat, als Unruhstifter vor Gericht ziehen. (Hör! hör!) Ich bin der festen Ueberzeugung, daß das der Parteitag nicht thun wird; es würde ihm nicht zur Ehre gereichen.

Es liegen dann noch zwei andere Resolutionen vor. Zunächst die Bebel'sche. Ich erkenne an, daß Bebel seine Begründung nicht mehr auf den Vortrag speziell gestützt hat; er hat wohl eingesehen, daß der die Bedeutung nicht haben kann. Was er aber dann weiter als Begründung angegeben hat, das ist gewissermaßen eine Fortsetzung von Hannover, und ich glaube, wenn die Sache ruhen sollte, dann sollte es auch für alle sein. Man wirft Bernstein vor „die einseitige Art, wie er diese Kritik in den letzten Jahren betrieb, unter Ausrachtlassung der Kritik an der bürgerlichen Gesellschaft und ihren Trägern“ — ja, Parteigenossen, das ist doch eine sehr natürliche Sache; Bernstein war nun einmal in diesen Kampf verflochten worden, die Probleme waren aufgerollt, und da war ein großer Theil seiner wissenschaftlichen Arbeit dem gewidmet. Er hat daneben, soweit mir bekannt, allerdings in beschränktem Maße, auch Kritik an der bürgerlichen Gesellschaft geübt. Ich theile auch den Wunsch und die Hoffnung, daß Bernstein nicht nur litterarisch und an uns selber kritisirend seine Fähigkeiten der Partei zu Diensten stellt; sondern daß er sucht Boden zu gewinnen unmittelbar in der praktischen Arbeit, daß er an der praktischen Kleinarbeit in Organisation und Agitation theilnimmt mit den Anderen. (Beifall.) Und das möchte ich auch den anderen rein litterarisch

thätigen Genossen wünschen, soweit das mit ihren Stellungen und ihren Fähigkeiten vereinbar ist. (Sehr gut!) Es ist ja richtig, daß man da oft in Konflikt geräth mit seiner Zeit und Kraft; aber was man an Zeit verliert, das gewinnt man durch die Erkenntnisquelle, die die Arbeit an der unmittelbaren Agitation für jeden bedeutet. Wenn Bebel wünscht, daß Bernstein seine Thätigkeit in dieser Richtung erweitere, so mag das als Wunsch zu bestehen bleiben, aber das in einer Resolution auszusprechen, giebt ihr den Charakter einer Ungerechtigkeit, denn sonst müßte Bebel doch auch für die Gegenseite ein Wort finden. (Sehr richtig!) Wenn Kautsky sagt, Bernstein könne keine Selbstkritik vertragen — nein: hier ist weit mehr als sachliche Kritik, hier sind persönliche Herunterreibungen und Anzuspinnungen vorgekommen, die die zulässigen Grenzen weit überschreiten. Was müssen sich in der „Neuen Zeit“ auch Auer und Vollmar u. s. w. gefallen lassen! (Sehr wahr!) Bebel sollte seine Resolution zurückziehen und sich der anderen anschließen, die beide Theile mit gleichem Maße mißt. In Hannover ist doch nicht die kritische Forderung, die Weiterbehandlung der wissenschaftlichen Probleme verboten worden, im Gegentheil. Für die freie, voraussetzungslose Wissenschaft muß Raum in der Sozialdemokratie sein. (Zuruf: ist immer gewesen!) — eben, und darum soll es auch weiter sein. Wer aber an diese Probleme als Wissenschaftler herantreten will, der muß vorher den Parteimantel ausziehen. Was berechtigten Unwillen erregt hat, ist, daß man diesen theoretischen Auseinandersetzungen diese Bedeutung beigemessen, sie in die Agitation selbst hinausgeworfen hat. Wie ist das, was Grunwald vorführte, in meiner agitatorischen Wirksamkeit übrigens niemals entgegengetreten. (Zurufe.) Freilich muß man die Agitatoren auch richtig unterrichten und die Dinge nicht entstellt wiedergeben. (Sehr richtig!)

Die Diskussion hätte die häßlichen Nebenerscheinungen nicht gehabt, wenn man die Sache nicht immer zur Parteisache machte. Lassen Sie doch diesen litterarischen Streitigkeiten ihren Charakter als theoretische Meinungsverschiedenheit. Ich klage Bebel an, daß er es gewesen ist und wieder scheint sein zu wollen, der der Sache die große parteipolitische Bedeutung giebt, indem er sich mit der ganzen Wucht seiner Persönlichkeit hineinwirft. Wer auf dem festen Fundament der historischen Nothwendigkeit der Emanzipation des Proletariats steht, hat wahrhaftig nicht nötig, nervös zu werden, wenn man diesen oder jenen Satz des Marx'schen Kapitals ansieht. Parteigenossen, was an dieser Kritik richtig ist, wird Bestand haben und sich durchsetzen und wenn man es zehnmal verdonnert, und was nicht richtig ist, das wird absterben; wir werden neue Erfahrungen machen, vielleicht werden die betreffenden Genossen selbst sagen, in diesem oder jenem Punkt sind wir im Unrecht gewesen. Also lassen Sie das doch! Die Wissenschaft leuchtet nicht immer voraus, sondern kommt sehr häufig der praktischen Erkenntnis nach, die Erfahrung ist sehr häufig der vorwärtstreibende Faktor. Darum haben wir es nicht nötig, uns aufzuregen, die große politische Aktion daraus zu machen und Bernstein die Gurgel durchzuschneiden. (Zurufe: Das wollen wir ja auch nicht!) So buchstäblich nehme ich das auch nicht an. (Heiterkeit.)

Zur Frage der Presse will ich nur bemerken, daß angesichts der Artikel, die die „Neue Zeit“ ihren Lesern in letzter Zeit als wissenschaftlich vorgelegt hat, es angemessen ist, auch jenen Genossen zu sagen: Es ist Zeit, daß Ihr in Euch geht. Schön war es nicht. (Sehr wahr!)

Auch diese Debatte schadet uns nichts. Ich hoffe nur, daß es für absehbare Zeit die letzte Bernsteindebatte in der Partei gewesen ist. (Aufse: Hoffentlich!) Diese Debatte ruft uns auf die Wacht, sie mahnt uns nicht zu glauben, daß wir alle Wahrheit bereits in der Tasche haben. (Sehr richtig!) Auch die Selbstkritik gehört zum Kampf gegen die Gegner. (Zustimmung.) Wenn wir uns darauf berufen, wir seien eine wissenschaftliche Partei, dann

bürfen wir uns nicht dazu verstehen, einen Forscher wie Bernstein in seiner Thätigkeit herabzudrücken. Lassen wir ihn in seinem Sinne weiterarbeiten im Interesse der Partei. Von der Gegenseite wird Bernstein schon gesagt werden, was sie für falsch hält. Die Partei wird sich über diese Debatten nicht aufregen, sie wird davon profitieren! (Bravo!)

Sebel: Wenn Jemand in diesem Saal sein sollte, der nur die letzten Ausführungen des Genossen David hörte, der müßte glauben, daß bei irgend einem Menschen in der Partei die Absicht besteht, die freie Selbstkritik bei uns zu verbieten. Ich verweise auf die einfache Tatsache, daß die beiden vorliegenden Resolutionen in ihren Eingangssätzen vollkommen übereinstimmen. Es heißt Wasser ins Meer tragen, wenn David im letzten Theil seiner Rede auffordert, wir sollten die Selbstkritik in der Partei schämen. Darüber streiten wir uns überhaupt nicht mehr. (Lebhafte Zustimmung.) Wogegen wir uns wenden, das ist die Art, die parteischädigende Art der Thätigkeit, die Bernstein in den letzten Jahren entfaltet hat. (Sehr richtig!)

Ich hatte zunächst nicht die Absicht, mich auf die prinzipiellen Differenzen der beiden Richtungen einzulassen. Ich dachte, das sei durch Hannover abgethan. Zu meiner Ueberraschung ist Kautsky von dieser richtigen Laktik abgewichen. Er ist auf die sogenannte Verelendungstheorie eingegangen und hat damit David Gelegenheit zur Polemik geboten. Es ist nun eine böse Sache, derartige Dinge unwidersprochen hingehen zu lassen und darum einige Worte. Man hat sich auf das kommunistische Manifest berufen. Ich konstatire, daß 1872 bereits Engels im Einverständnis mit Karl Marx erklärt hat, daß sie es nur als historisches Altstück wieder veröffentlichen wollten (hört! hört!). Wer die Worte von Marx und Engels eingehend studirt hat, kann nicht im Zweifel sein, daß sie nie und nimmer die Elendstheorie in dem von David dargestellten Sinne aufgestellt haben. (Sehr richtig.) Wenn etwas charakteristisch ist und weite Stellen in den „Voransetzungen des Sozialismus“ von Bernstein widerlegt, dann ist es die von Bernstein als Motto seinem Buche vorausgeschickte Stelle im „Kapital“, in der Karl Marx die Zehnstundentag als Sieg eines Prinzips bezeichnet. (Sehr richtig!) Marx war der Ansicht, daß den niederdrückenden Tendenzen des Kapitals die Arbeiterklasse durch ihre Organisation entgegenwirken kann, und wenn es ihr durch die Kraft der Organisation gelinge, die Staatsgewalt zu solchen Schritten zu veranlassen, dann sei das nicht bloß ein großer moralischer Fortschritt, sondern der Sieg eines neuen Prinzips. Selbst ein Mann wie Lassalle, der so scharf auf dem Standpunkt des ehernen Lohngesetzes stand, selbst er giebt nicht Anlaß, ihn zum Zeugen für eine falsche Auffassung der Verelendungstheorie anzurufen. In seinem Offenen Antwortschreiben heißt es: Man sagt Euch Arbeiter, Ihr seid heute in einer ganz andern Position wie vor 3-400 Jahren. Gewiß steht Ihr besser da, als die Botafuden und menschenfresserische Wilden. „Jede menschliche Befreiung“, so heißt es weiter, „hängt ja immer nur ab von dem Verhältnis der Befriedigungsmittel zu den in einer Zeit bereits gemohnheitsmäßig erforderlichen Lebensbedürfnissen, oder was dasselbe ist, von dem Ueberschuß der Befriedigungsmittel über die unterste Grenze der in einer Zeit gemohnheitsmäßig erforderlichen Lebensbedürfnisse“. Wenn ihr aber dann vergleicht — meint er weiter — das, was die reiche Klasse heute hat, mit dem, was die Arbeiterklasse heute hat, dann ist der Abstand zwischen der Arbeiterklasse und der reichen Klasse von heute ein größerer als je vorher. (Sehr richtig!) Das ist der Kern der Verelendungstheorie, eine so einfache und selbstverständliche Sache, daß David, der nicht zu den unbedeutenden Männern in unserer Partei gehört und die Parteigeschichte sehr genau kennt, so viel Objektivität hätte besitzen sollen, diese Auffassungen unserer großen Theoretiker anzuerkennen. (Sehr richtig!) Da bei dieser Gelegenheit auch Parvus in die Debatte gezogen worden, unter

andern mit einem Citat aus der „Neuen Zeit“: „Unmittelbar am Tage nach der Eroberung der politischen Gewalt etc.“, so will ich mit meiner Meinung nicht zurückhalten. Ich behauere lebhaft, daß in den letzten Nummern der „Neuen Zeit“ die bekannten Artikel von Parvus über die sogenannten Opportunisten in der Partei und hervorragende Parteigenossen erschienen sind. (Lebhafte Hört! hört!) Ich meine, es gehört ein ziemlicher Grad von Geschmacklosigkeit dazu, hervorragende Parteigenossen ihren Gegnern gewissermaßen im Vade Mecum vorzuführen. (Große Heiterkeit und lebhafteste Zustimmung.) Nach meiner Meinung hätte die Redaktion der „Neuen Zeit“ diese Artikel nicht aufnehmen sollen. Von dieser Meinung habe ich auch sofort Kautsky Mittheilung gemacht. Darauf hat Kautsky mir erwidert: Auch ich behauere, daß die Artikel aufgenommen worden sind, aber ich bin unschuldig daran, ich war in den Ferien. Kautsky hatte für seine gerüttelten Nerven Erholung suchen müssen. Wenn aber auch Kautsky ohne Schuld ist, so behauere ich doch, daß in dem wissenschaftlichen Organ unserer Partei solche Artikel erscheinen konnten. (Sehr richtig!) Was aber das Citat aus diesen Artikeln betrifft, das David erwähnt hat, nun wie oft haben wir nicht solche Redefloskeln „vom Tage nach dem und dem Ereigniß“ gebraucht! Wir sagen immer „am Tage nach“. Das ist eine in der ganzen internationalen Sozialdemokratie allgemein übliche Redensart, aus der man nicht das Herausziehen darf, was hier herausgezogen ist.

Ich beabsichtige nicht, auf das einzugehen, was gestern über die Stellungnahme des „Vorwärts“ zu Bernstein und zu anderen Vorgängen ausgeführt ist. Wir haben beschlossen, uns streng an die Bernsteindebatte zu halten, und dem werde ich nachkommen. Aber was zur Sache gehört, ist mein gestern ausgesprochener Tadel, daß der „Vorwärts“ es unterlassen hat, einen Berichtserkatter zum Vortrag von Bernstein zu schicken. Darauf hat Grabnauer erwidert, ich sei durch ihn irreführt worden, der „Vorwärts“ habe einen Berichtserkatter in den Sozialwissenschaftlichen Studentenverein geschickt. Man hat mir aber seiner Zeit auf der Redaktion des „Vorwärts“ gesagt, ein Berichtserkatter sei nicht dagewesen. Jetzt meldet man, es sei einer dort gewesen. Es kann uns allerdings gleichgültig sein, wer in diesem Verein spricht, aber wenn ein so hervorragender Genosse wie Bernstein spricht und wenn er ein Thema wählt, wie er es gewählt hat, so hatte, meines Erachtens, eine aufmerksame Redaktion die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, einen Berichtserkatter hingschicken, nicht nur um zu hören, was er sagt, sondern auch um zu berichten. Man wandte ein, der Vortrag sei so kraus und verschlungen gewesen, daß man darüber nicht berichten konnte. Das trübe dann Bernstein, der sich in seinem Vortrag so unklar ausgedrückt hat, daß selbst Seine, ein Mann von tüchtiger juristischer und philosophischer Bildung, in seiner Kritik sagt: „Bernstein macht es einem nicht gerade leicht, den Gedantengang herauszuschälen aus den vielfachen Abseiwefungen, Wiederholungen und irreführenden Ausdrücken.“ Eine schärfere Beurteilung einer Rede kann allerdings von einem Freunde nicht ausgesprochen werden. Es kann ja sein, daß auch der Berichtserkatter des „Vorwärts“ zu diesem Resultat gekommen wäre und gesagt hätte: „Ich habe zwar aufmerksam zugehört, aber was Bernstein gesagt hat, ist mir unmöglich, zu Papier zu bringen“. Das ist überhaupt das Unglück von Bernstein, daß er früher, wo er noch festen Boden unter den Füßen hatte, sich klar ausdrücken konnte, aber jetzt, wo er im Sumpfe wadet, nicht mehr klar sich ausdrücken vermag. (Sehr richtig.) Man lese nur sein Buch, ich weite darauf, daß keine Seite darin ist, über die nicht unter den verschiedensten Menschen die verschiedensten Anschauungen bestehen. Wenn man glaubt, Bernstein am Fragen zu haben, so sagt er sofort: Das habt Ihr mißverstanden! (Sehr richtig!) Ja, es ist in der That schwer, mit Bernstein zu diskutieren, sowohl schriftlich wie mündlich, weil er es einem bei dem krausen, verschlungenen Gedantengang

in seinen Schriften und Reden sehr schwer macht, herauszubekommen, was er eigentlich sagen wollte.

Darin unterscheidet sich mich von Grünwald, daß ich Bernstein keinen Vorwurf daraus mache, daß er im Sozialwissenschaftlichen Studentenverein gesprochen hat. Ich kenne die Herren gar nicht und habe auch nicht die Absicht, mich um die Untergebentien dieses Vereins zu kümmern. Die Herren hatten stets die Freundlichkeit, mich zu ihren größeren Veranstaltungen einzuladen; ich habe aber stets aus Mangel an Zeit abgelehnt; sie haben mich auch in diesem Frühjahr aufgefordert, bei ihnen zu reden. Ich habe abgelehnt, denn einmal hatte ich keine Zeit und zweitens war mein Gesundheitszustand so herunter, daß ich nicht einmal bei meinen eigenen Parteigenossen reden konnte. Aber ein prinzipieller Grund, nicht dort zu sprechen, lag für mich nicht vor, selbstverständlich auch nicht für Bernstein. (Hört! hört!) Etwas Anderes aber ist das Thema, worüber Bernstein sprach. Das gehörte nicht in den sozialwissenschaftlichen Studentenverein. (Sehr richtig.) Das ist ein Thema, das seiner ganzen Natur nach von Neuem eine Bernstein-Debatte eröffnen mußte. Das ist der Grund der jetzigen Debatte, Genosse David! Die Dinge werden so dargestellt, als ob wir das Karnickel seien, und speziell ich. Aber ich habe doch in den letzten sechs Monaten kein Wort über Bernstein öffentlich gesagt oder geschrieben, und nun soll ich die Person sein, die mit der ganzen Wucht ihrer Autorität sich gegen Bernstein ins Zeug legte und die heutige Debatte hervorrief. Wenn David diese Art Bernstein-Debatten bis an den Hals zuwider sind, so sage ich, wir sind sie bereits bis über den Scheitel, und ich hoffe mit ihm, daß es heute das letzte Mal ist, wo wir über diese Dinge reden. (Beifall!) Und damit es wirklich das letzte Mal ist, schlagen wir unsere Resolution vor, die sich von der nichtsagenden Form der anderen Resolution unterscheidet. Wir konstatieren einfach eine Thatsache, wir sprechen kein Urtheil in der Resolution aus, und erwarten, daß Bernstein, nachdem er sowohl in den letzten Monaten wie speziell hier auf dem Parteitage durch die Diskussion erfahren hat, wie ein großer Theil der Genossen über seine Art der Agitation denkt, endlich einmal Raision annimmt und daß er künftig wieder in der Weise für uns arbeitet, wie wir es von dem ehemaligen Redakteur des Züricher „Sozialdemokrat“ als etwas ganz Selbstverständliches glaubten annehmen zu sollen. (Stürmischer Beifall und Handklatschen.) Daß wir uns in dieser Beziehung so gewaltig getäuscht haben, bedauert niemand mehr als ich. Daß dem so ist, wundert mich aber nicht. Wir kennen uns seit 31 Jahren, und ich weiß, wenn auf irgend einen seine Umgebung einen starken Einfluß ausübt, so ist es der Genosse Bernstein, und durch die verschiedenen Situationen, in die er im Laufe der 31 Jahre durch die Verhältnisse gekommen ist, erklärt es sich, daß er große umwälzende Wandlungen bei sich selbst vorgenommen hat. Seine letzte Wandlung erklärt sich daraus, daß er verurtheilt war, lange Jahre in England zu leben, wo die Verhältnisse so grundverschieden von den unsrigen sind, und daß er dazu verurtheilt wurde ist nicht seine Schuld, es ist sogar sein Verdienst. Solche Anschauungen hätte er in Deutschland nie bekommen. Ich verurtheile nicht, ich klage nicht an, ich konstatire nur die Thatsache.

Nun hat Bernstein den lebhaftesten Beifall angezogen, den sein Vortrag gefunden hat. Ich bin erstaunt darüber, daß er darauf Gewicht legt. Die jungen Menschen, die ihm Beifall geklatscht haben, sind kaum kompetent, den Vortrag zu beurtheilen. Wie aber die Parteigenossen urtheilen, zeigt die Kritik von Heine, der den Vortrag gehört und gelesen, also den doppelten Vorzug der mündlichen Erörterung und der schriftlichen Wiedergabe hat. Da braucht er sich über den Beifall der Studenten nicht zu wundern. (Bernstein ruft: Bei welcher Gelegenheit hatte ich den Beifall?) Hier in dem Bericht, den

mit eben Bernstein übergeht, steht, daß Bernstein den größten Beifall an der Stelle hatte, wo er einem Gegner gegenübertrat. (Hört! hört!) Das ist ja sehr erfreulich, aber ich hätte nur gewünscht, daß er das, was er in der Debatte einem Gegner sagte, später, als die bürgerliche Presse seinen Vortrag fraktisirt, klipp und klar erklärt hätte, wie er diesem Treiben gegenüberstehe. (Sehr richtig.) Wir sind heute in der traurigen Lage, daß wir in der Partei nicht, wie damals in Frankfurt a. M. nur einen Mann haben, der uns von der bürgerlichen Presse als Musterknabe hingestellt wird, nein, heute haben wir bereits fünf hervorragende Genossen, die unausgesetzt das nicht beneidenswerthe Schicksal genießen, nach allen Richtungen hin von den Gegnern gelobt zu werden, ohne daß sie auch nur einmal Veranlassung nahmen, dies für sie geradezu kompromittirende Lob in die gehörigen Schranken zu verweisen, sich zu verbitten, daß man ihnen Tendenzen unterschiebt, die sie nicht haben, und zu erklären: Wir stehen fest zur Partei. (Beifall.) In Frankfurt a. M. war es Luer, der auf das ständige Lobhudeeln Vollmar's durch die gegnerische Presse hinwies und ausführte:

„Daß die Reibungen mit den Bayern nicht aufhören, hängt weiter mit der persönlichen Stellung Vollmar's und seiner Bedeutung in der deutschen Sozialdemokratie zusammen. Vollmar kann es nicht unbefannt sein, daß fortgesetzt von der gegnerischen Presse versucht wird, einen Gegensatz zwischen ihm und uns zu konstruieren, und diese Versuche sind so alt schon, als Vollmar alt in der Partei ist. Wir sahen sie bereits in einer Zeit, wo Vollmar noch nicht auf der äußersten rechten Seite unserer Partei stand, wie er selber gesagt hat, sondern auf der ganz entgegengesetzten Seite. Diese Versuche sind ständig gemacht worden, aber wir warten bis heute noch auf ein Wort Vollmar's, auf eine offene Erklärung von ihm, worin er diese gegnerische Insinuation desavouirt. Dies Wort habe ich oft von Dir ermartet, Vollmar, Du bist zu stolz dazu gewesen. Wir, die wir in guten und in bösen Tagen mit Dir zusammengekämpft haben, wir kennen Dein Naturell und wissen, weshalb Du schweigst. Die Hunderttausende draußen aber kennen Dich nicht so genau, sie ziehen Folgerungen und denken, wenn die Dinge immer wieder auftauchen und Vollmar schweigt über den Wolfen und hat nicht ein Wort, das seine Solidarität bekundet, ja zum Teufel, da muß am Ende doch etwas dahinter stecken.“

Das trifft genau auf die heutige Situation zu, nur daß wir wie gesagt heute eine ganze Anzahl von Personen haben, die fortgesetzt von den Gegnern gelobt werden. Ich hätte gewünscht, daß jene sehr richtige Bemerkung Luer's in den letzten Jahren Beachtung gefunden hätte. (Sehr richtig!) David hat ja vollkommen recht, daß es nicht richtig ist, wenn man sagt, die „Frankfurter Zeitung“ habe den Bernstein'schen Vortrag gelobt. Nein, sie hat ihn getabelt, aber in einer Weise, die für einen Genossen wie Bernstein außerordentlich bedauerlich ist, und wenn jemals, so hätte dieser Kritik gegenüber Bernstein das dringendste Bedürfnis haben müssen, in der fulminantesten Weise die „Frankfurter Zeitung“ heimzuschicken. Es heißt da:

„Bernstein hat die Revision sehr gut begonnen. Er nahm den Marxismus vor sich und ohne auf Fragen subtilster Art einzugehen, halte er ein Stück nach dem anderen heraus, zergliederte es und zeigte die Fehlschlüsse. Das haben zwar andere schon vor ihm gethan, aber wie die Dinge nun einmal liegen, mußte ein angesehenener Sozialdemokrat es noch einmal thun. Das ist seine historische Mission. (Hört! hört!) Auf diesem Wege müßte er weitergehen, wenn er sein Werk fortsetzen will, müßten in den Marxismus hineingreifen und demonstrieren — Wissenschaft gegen Wissenschaft. Wenn aber das eine von vornherein als Unwissenschaft abgethan ist, dann

braucht es keiner Diskussion mehr und keiner Demonstration; dann ist man am Ende. Das wäre aber sehr schade, denn Bernsteins Aufgabe ist noch lange nicht erfüllt."

(Hört! hört!)

Das sind die Ansichten und Hoffnungen, die in einem so hervorragenden und auch fachkundigen Blatt wie die „Frankfurter Zeitung“ anlässlich dieses Vortrags geäußert worden sind. Und da sage ich offen: mir hat es in der Seele weh gethan, als ich eine solche Kritik über Bernstein in der „Frankfurter Zeitung“ las, ihn, der früher ganz andere Kritiken und weniger angenehme von jener Seite zu hören bekam. Und haben Sie es nicht alle in der bürgerlichen Presse gelesen, daß man es als Geniestreich des Grafen Bülow pries, daß er Bernstein nach Deutschland ließ? Zu solcher Zweideutigkeit, zu solcher Zwitterstellung hat seine Tätigkeit in der Partei in der letzten Zeit geführt. Was hat denn Bernstein in den letzten drei Jahren gethan? Haben Sie von ihm eine Kritik der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer theoretischen Träger, der Brentano, Wagner, Schmoller, Sombart gelesen? Nein, die Grundlagen der Partei und Marx und Engels hat er ausschließlich kritisiert. Bei der Neu-Auslage seines Buches hat er die schärfsten Angriffe gegen Brentano gestrichen, die scharfen Angriffe gegen Engels und Marx hat er ruhig stehen lassen. Wir wissen heute noch nicht, wie Bernstein zu einer ganzen Reihe höchwichtiger Fragen steht, zu unserer parlamentarischen Tätigkeit, der Militär-, Marine-, Kolonial-, der Weltpolitik, dem China-Abenteuer. Ist das eine Art des Kampfes bei einem so hervorragenden, intelligenten Parteigenossen? Ich habe schon gestern gesagt, es macht den Eindruck, als könne er keinen Abend ruhig zu Bett gehen, ohne nach einer neuen Stelle in unserem Programm zu suchen, gegen die er seine kritischen Pfeile richten kann. Wir sind wahrhaftig für die Freiheit der Kritik, aber wie Bernstein es in den letzten Jahren trieb, das ist nicht mehr Kritik, das ist philosophische Haartpalterei, talmudistische Spitzfindigkeit, Philosphikerei und Kritikalerei (große Heiterkeit), es ist die Sucht, immer wieder etwas in Zweifel zu ziehen, mit Behagen seinen Scharfsinn daran zu wehen.

Heine hat ganz richtig gesagt, wir sind eine Partei des Handelns. Auch ich bin der Meinung, daß die meisten von uns das, was sie wissen, im praktischen Kampf, nicht durch theoretische Kritik gelernt haben, weil unsere Schulung nicht so weit geht, daß wir Marx in allen Punkten verstehen können. Dazu aber haben wir die Theoretiker, und darum sind wir nicht nur eine Partei des praktischen Handelns, sondern auch eine theoretische Partei, eine Partei, die fortgesetzt ihre Stellung unterlucht und die, wie keine andere Partei, so den Zeitercheinungen und Veränderungen in der Gesellschaft folgt. Sonst wären wir nicht in 30 Jahren zu dem vierten Programm gekommen; es werden wenige Jahre vergehen und wir haben das erste. Ich bin nicht der Meinung Heines, daß wir noch längere Jahre unser jetziges Programm ungeändert behalten werden. Nein, mir presiert es etwas mehr; ich will nicht, daß wir, während fortgesetzt die Grundanschauungen des Programms kritisiert und in Zweifel gestellt werden, mit diesem Programm in den Kampf ziehen, und ich habe gar nichts dagegen, daß wir im nächsten Jahre eine Revisionskommission einsehen.

Nun hat Bernstein gestern hervorgehoben, daß ein Erfolg seiner Kritik die Aenderung des Programms der österreichischen Partei gewesen sei. Aber einer der Hauptmitarbeiter an diesem neuen Programm, Adler, erklärt in der österreichischen „Arbeiterzeitung“, daß auch nicht ein einziger der alten Programmsätze durch den „Kritizismus“, durch die „Bernsteinerrei“ erschüttert sei. (Hört! hört!) „Aber“ — so schreibt er weiter — „ebenso zeigt es sich, daß man einige jener alten Sätze heute nicht mehr lesen kann gerade wegen jener Diskussion, ohne zu empfinden, daß sie dem Mißverständnis und der

Unterschlebung ausgesetzt sein können. Bernstein hat bekanntlich neben solchen wirklichen Verdiensten das vermeintliche, der Erfinder des granum salis zu sein, des Röhrchens Salz, mit dem man jeden allgemeinen, generalisierenden Satz — und aus solchen besteht ein Programm — lesen müsse.“ Und in seinem Artikel in der „Neuen Zeit“ äußert er eine Ansicht, die ich vollkommen theile. Parteigenossen! Das ganze Auftreten Bernsteins würde in der Partei lange nicht die Bedeutung gehabt haben, wenn wir nicht eine Prosperitäts-epoche von ungewöhnlicher Dauer gehabt hätten und diese nicht in einer Menge von Köpfen unter uns den Glauben an die Richtigkeit unserer bisherigen Voraussetzungen erschüttert hätte. (Sehr richtig!) Nun ist die Krise gekommen und so bedauerlich sie ist wegen ihrer entsetzlichen Wirkungen für Hunderttausende und Millionen von Arbeitern, vom Standpunkt der Partei ist sie von den besten Folgen. Sie hat mit elektrischem Licht gezeigt, wie es in Wahrheit in der bürgerlichen Gesellschaft aussieht, und ich bin überzeugt, wäre die Krise vor 2 1/2 Jahren gekommen, statt in diesem Frühjahr, das Bernsteinsche Buch wäre nicht geschrieben worden. (Sehr richtig!)

Also es kann gar kein Zweifel sein, wie wir uns dem Auftreten Bernsteins gegenüber zu verhalten haben. Bernstein hat sich große Verdienste um die Partei erworben; Niemand weiß das besser als ich, der ich in den schweren Zeiten des Sozialistengesetzes in der engsten persönlichen Fühlung mit ihm stand. Aber ich behaupte, daß die Tätigkeit der letzten Jahre seine Verdienste um die Partei in sehr erheblichem Maße geschmälert hat. Leider! Wenn wir diese Taktik allesamt verfolgt hätten, dann hätten wir uns heute die Trümmer der sozialdemokratischen Partei ansehen können. (Bewegung.) Aus diesem Grunde bitte ich Sie dringend: Nehmen Sie die von uns vorgeschlagene Resolution an. Man wirft ihr vor, sie enthalte ein Bernstein beleidigendes Urtheil; das ist nicht wahr. Die Resolution konstatirt einfach nackte Thatsachen und wir können sagen: wir hoffen, daß Bernstein zu der Erkenntnis kommen wird, daß er einen Fehltritt gethan hat. Wir hoffen, daß er wieder auf den richtigen Weg kommen wird, wo wir uns freuen werden, ihn als den Unseren im vollsten Sinne des Wortes zu begrüßen. (Stürmischer Beifall.)

Die Debatte wird hier abgebrochen.

In einer persönlichen Bemerkung vermahnt sich **Ad. Hoffmann-Berlin** gegen die Behauptung David's, daß er das Verbot der kritischen, wissenschaftlichen Forschung für Bernstein oder andere gefordert habe. Wir wünschen die kritische Forschung, aber im Rahmen der Partei und in den Kreisen der Partei.

Auer: Genosse Webel hat bedauernd erwähnt, daß Parvus mich im Badefestum den Gegnern vorgeführt habe. Ich erkläre: Wenn Parvus weiter nichts gethan hätte als das, so hätte ich nichts dagegen einzumenden. (Heiterkeit.) Denn ich halte mich für einen ganz normalen und hübsch gewachsenen Kerl. (Stürmische Heiterkeit.) Aber Parvus hat etwas anderes gethan, und das ist es, worüber ich mich beschweren muß. Er hat mir einen Vorwurf daraus gemacht, daß ich bei der Auswahl meines Vaters nicht vorichtig genug gewesen bin. (Heiterkeit.) Nun, irgendwo muß der Mensch doch geboren sein, und alle können wir nicht aus Rawitsch stammen. (Stürmische Heiterkeit.)

Singer theilt mit, daß zwei genügend unterstützte Anträge namentliche Abstimmung über die Resolution 108 und 109 verlangen und schließt dann die Sitzung.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Dritter Verhandlungstag.

Mittwoch, den 25. September. — Vormittags-Sitzung.

Von der Belgischen Arbeiterpartei liegt ein Begrüßungstelegramm vor. SINGER: Bei aller Wichtigkeit der laufenden Debatte müssen wir doch dafür sorgen, daß für unsere weiteren Geschäfte noch Zeit bleibt. Ich schlage deshalb vor, daß wir die Bernstein-Debatte und die allgemeine Erörterung über die Presse spätestens heute Mittag beenden. Der Nachmittag und der morgige Vormittag soll der Schiedspruch-Angelegenheit gewidmet sein; zur Erledigung der übrigen Punkte der Tagesordnung haben wir dann den Freitag und Sonnabend, so daß wir Sonnabend Abend zu Ende kommen können. Die Hamburger und die Banter Schiedspruch-Angelegenheiten werden gesondert behandelt werden. Die Banter Genossen haben gegen den Spruch der Kontrollenre Berufung eingelegt, das Material ist in meinen Händen; ich schlage vor, daß es zunächst der Neuenkommission zur Berichterstattung überwiesen wird.

Der Parteitag beschließt demgemäß.

Die gestern abgebrochene Verhandlung wird nunmehr fortgesetzt. Zur Diskussion stehen mit die Anträge 52, 91, 92, 93, 103, 109, über die beiden letzteren ist namentliche Abstimmung beantragt.

Den Vorsitz übernimmt Schwarz.

Leutert-Apolda: Ich muß mich gegen die Auffassung David's verwahren, als ob wir alten Genossen erst durch die „Wählereten“ von Grunwald zur Abfassung unserer Resolution gegen Bernstein veranlaßt wurden. Auf unserem Parteitag handelte es sich nicht allein um Bernstein, der die Disziplin etwas gelockert hat. Nein, wir sagten uns, wenn wir Bernstein köpfen, was sollen wir dann erst mit Schippel, Calwer und den anderen Mitarbeitern der „Sozialistischen Monatshefte“ thun, die die Wissenschaft nur zum Zwecke der Wissenschaft betreiben. Wer das will, der muß auf der Universität weiter studieren; wenn sie bei uns sind, so müssen sie die Wissenschaft studieren, um sie in die Praxis zu übertragen. Kritik, Antikritik, Selbstkritik sind schöne Dinge, aber wir sind dadurch in eine kritische Situation gekommen. Schuld daran sind die „Skegrimm“-Artikel, die Reseyate von Schippel und Calwer auf unseren letzten Parteitag. Wir dachten, die Bernsteinerei sei durch die Bebel'sche Resolution in Hannover erledigt. Leider ist das nicht der Fall. Wir haben uns nicht allein durch Bernstein's Vortrag im Sozialwissenschaftlichen Studentenverein zu unserer Resolution bringen lassen, sondern durch seine ganzen Artikel in der „Neuen Zeit“ und den „Sozialistischen Monatsheften“, wo er unser ganzes Endziel bekreitet. Glauben Sie nicht, Genosse Bernstein, daß uns das schadet? Im Wahlkampf von 1898 haben unsere Gegenkandidaten die Bernstein'schen Ausführungen als Waffe gegen uns benutzt. Der freisinnige Dr. Krüger hat mir entgegengehalten, Bernstein habe gesagt, das Endziel ist mir nichts. Darauf erwiderte ich: Nein, das hat er nicht gesagt, er hat gesagt, die Bewegung zum Endziel ist mir alles, und darin stimmen wir mit ihm überein. Sofort zeigt mir Dr. Krüger den Bernstein'schen Artikel in der „Neuen Zeit“, ich werde leichenblau und sage: Das steht da drin, aber so lange es noch nicht in unserem Programm steht, halte ich mich nicht daran, und ich kann versichern, daß Baubert auch auf dem Standpunkt steht. Bernstein macht Kritik und Antikritik und Selbstkritik und es bleibt alles dasselbe und man kann Bernstein nicht fassen. Da schreibt er seinen Artikel über die Gewerkschaften, schreibt darin dreierlei und behauptet, es ist alles dasselbe. Sind wir nicht Sozialdemokraten, weil wir die Ausbeutung durch den Kapitalismus beseitigen wollen? Kennt Bernstein nicht die Geschichte der letzten Streiks? Glaubt er, daß der Kapitalismus seit dem Sozialistengesetz anders geworden ist? Auf das scharfe Vorgehen können wir nur auf die schärfste

Weise antworten. Für die Zukunft die Erfahrungen nutzbar machen, das nenne ich Wissenschaft. Bernstein sagt, er hat sich bei dem Vortrag in dem Studentenverein nur auf einen kleinen Kreis von Zuhörern eingerichtet; auch, Genosse Bernstein, richten Sie sich doch so ein, wie sich jeder von uns gewöhnlichen Agitatoren einrichten muß. Bebel hat sich auch gemauert, aber niemals hat er vergessen, wie seine Ausführungen und die dadurch herbeigeführten Beschlüsse auf die Zukunft wirken müssen; so war er als Gefelle, so als Handwerksmeister und noch heute und deshalb steht er in enger Fühlung mit uns. Ich habe seit 14 Jahren ein gutes Malergeschäft, aber ich weiß doch, daß ich nur Handlanger des Kapitalismus bin. Es sind auch 40 Strumpfwirker in Apolda mehr geworden; der Kapitalist giebt die Maschinen aus seinem Hause heraus und der Handwerksmeister ist froh, wenn er für die Arbeit 10 Mk. verdient, sie ist aber 50 und 60 Mk. werth. Wenn Bernstein die Sache so studirt hätte, wie sie sich der Kleine zu studiren vorgenommen hat — er ist noch jung, er kann noch etwas werden (Geiterkeit), — dann wäre noch etwas herausgekommen: ein gemeinsames Vorgehen gegen unseren gemeinsamen Feind.

Kiesel-Berlin erklärt zur Geschäftsordnung im Auftrage der Genossin Luxemburg, daß sie ihres Prozesses wegen nach Posen abgereist ist und deshalb ihre Wortmeldung zurückziehen müsse.

Stadthagen-Berlin: Die Debatte hat sich streng auf das Bernstein-gebiet zu beschränken. Auf den „Vorwärts“ kann ich daher nur soweit eingehen, als die Bernstein-Debatte ihren Ausgang in der Preßdebatte über den „Vorwärts“ genommen. Wenn der „Vorwärts“ etwas schneller — nicht Stellung gegen Bernstein, dazu hat er kein Recht — wohl aber Stellung gegen die „Welt am Montag“ genommen hätte, dann wäre eine Menge Diskussion erspart und überflüssige Erregung vermieden worden. Es ist nicht richtig, wenn sich Gradnauer darauf beruft, der „Vorwärts“ sei sowohl Lokal- wie Zentralblatt. Das ist richtig. Aber es ist nicht richtig, daß die Preßkommission die lokalen, der Vorstand die Interessen der Gesamtpartei vertritt. Diese beiden Interessen sind nicht verschieden voneinander. (Sehr richtig!) Beide Körperschaften vertreten die Interessen der Partei und keine von ihnen wünschte, daß der „Vorwärts“ schweige. Unzweifelhaft mußte der „Vorwärts“ Stellung nehmen. Es giebt aber Leute, die glauben, die Oberdiplomaten zu sein, und auf Eiern tanzen wollen, ohne sie zu zertreten. (Geiterkeit.) Das geht aber nicht. Es muß aber Stellung in allen aktuellen, die Partei berührenden Fragen genommen werden. Freilich soll in sachlicher, nicht in persönlicher Weise diskutiert werden. Es wäre oft zu wünschen, daß die Hälfte der Schärfe gegen Gegner angewendet wird, die leider oft, ohne sachdienlich zu sein, gegen Genossen zur Anwendung gelangt. So hat der „Vorwärts“ auch bei dieser Gelegenheit persönliche Angriffe gegen Genossen gerichtet, z. B. gegen Grunwald. Die Frage, wie alt Grunwald ist, gehört doch nicht zur sachlichen Kritik. Ich halte es für ganz unzulässig, mit persönlichen Invektiven zu kommen. Ich bedauere auf das Tiefste, daß die Parteipresse häufig einen so persönlichen Ton anschlägt. Eine Antwort auf Bernstein ist zweifellos notwendig. Die mildeste Form dieser Antwort liegt in der Resolution 109 vor. Die Resolution 108 ist unannehmbar und zwar aus folgenden Gründen: Gestern hat Bernstein in Anlehnung an den bekannten Giordano Bruno'schen Ausspruch: „Ihr, die Ihr das Urtheil sprecht, färscht Euch vielleicht mehr über das Urtheil als ich, der ich es empfangen“, damit geschlossen, daß er sagte: Der Partei würde ein Urtheil gegen ihn unangenehmer sein, als ihm selber. Diese Auffassung ist durchaus irrig. Wenn eine sachliche Resolution angenommen wird, kann es weder der Partei noch ihm schaden. Bernstein irrt, wenn er glaubt, es handle sich darum, eine gegen ihn persönlich gerichtete Resolution anzunehmen oder der Selbstkritik

irgend welche Schranken aufzulegen. Nein, es handelt sich ausschließlich darum, ein Votum gegen ein bestimmtes Vorgehen abzugeben. Wenn es aber in Eingang der Resolution 108 heißt: Der Parteitag hält die Freiheit wissenschaftlicher Selbstkritik für eine Voraussetzung der geistigen Weiterentwicklung der Partei — so steht das im Zusammenhang mit jenen Ausführungen dazu gerade so aus, als ob die Partei niemals eine andere Ansicht gehabt hätte. (Sehr richtig!) Die Bernsteinianer werfen so gern mit den Worten umher: „Du sagst nur alte Phrasen“. Wer aber als funkelnelagelneues Axiom den Satz aufstellt, Selbstkritik ist notwendig, dem stehen solche Hebensarten schlecht an. Die Anträge 52 und 93 verlangen volle Selbstkritik; sie verlangen aber auch, daß gegen eine Art Stellung genommen wird, die Verwirrung und Uneinigkeit in die Reihen des kämpfenden Proletariats zu tragen geeignet ist. Sie verlangen Selbstkritik und die abzulehnen ist nicht angebracht. Nr. 108 weicht dieser beabsichtigten Forderung, weicht der Selbstkritik aus. Der Selbstkritik feindlich sind Elemente, die ich kurzweg Bernsteinianer nennen will, wiewohl ich ausdrücklich betone: nicht Bernstein gehört zu ihnen, er wird überhaupt geschoben, während er zu schieben glaubte. Gegen diese Richtung, die von außen sich an die Genossen und die Partei herandrängt, ist sachlich Stellung zu nehmen. Zur Charakterisierung der Selbstkritik, Wissenschaftlichkeit und des Tons dieser Leute ein Beispiel. Da wird in einem auch sonst auffallendem Blatt im Anschluß an einem Waschetzt der „Sozialistischen Monatshefte“ geschrieben, daß „die ‚Neue Zeit‘“ sich immer mehr und mehr zu einem Organ herausbildet, in dem die Mehring, Rosa Luxemburg und Rautsky ihr Heuleramt an alle Jenen ausüben, die es wagen, selbständig zu denken und deren Thätigkeit nicht in der Wiederholung alter abgedroschener Phrasen besteht“. Ein derartiger Ton und eine derartige Feindseligkeit gegen die, die trotz aller persönlicher Anrempelungen ihre Ueberzeugung zum Ausdruck bringen, zeigt, daß solche Leute, die sich auch Genossen nennen, im Gegensatz zu der stets gelübten Praxis der Partei, freie Kritik nicht vertragen können. (Zuruf.) Ja, Genosse David, so schreiben Die, mit denen Sie nicht übereinstimmen, die aber glauben, mit Ihnen übereinzustimmen. Das ist ja das Wesentlichste bei der jetzigen Debatte: es kommt nicht darauf an, was der einzelne Genosse beachichtigt, sondern welche Wirkung bei unseren Gegner und in unseren Reihen seine Thätigkeit ausübt, das ist leidenschaftslos, objektiv zu prüfen und da muß man erklären, wie es der Antrag 109 thut, — es hat das für Bernstein nichts Verlegendes —, daß es notwendig ist, Kritik an den bürgerlichen Parteien und Institutionen zu üben, anstatt vermeintlicher Kritik an den eigenen Parteigrundsätzen, und Zweifel auf den breiten Markt zu tragen und an Stellen abzulagern, wo sie nicht hingehören. Ein Philosoph definiert einmal Schmutz als eine Substanz an einem unrichtigen Ort. Gegen Ablagerung von Schmutz in diesem Sinne wende ich mich. Wir dürfen verlangen, daß gegen den Mißbrauch, der von Gegnern mit einigen Worten unserer Genossen getrieben wird, von diesen selbst Stellung genommen und denen auf die Finger geklopft wird, die Verwirrung in unseren Reihen zu tragen beflissen sind. Es kann ein Wort in der Hitze des Gefechts gesagt werden wie das: das Endziel ist mir nichts, die Bewegung ist mir alles. Das kann Bernstein so nicht gemeint haben. Aber es ist Sache unserer Presse, Sache der Genossen, die in dieser Art mißbraucht werden, gegen die mißbräuchliche Anwendung und Auslegung eines so irigen, in der Hitze mal gefallenen Ausspruchs und gegen ähnliche Dinge Stellung zu nehmen. Heine hat uns mitgeteilt, daß er mit dem Redakteur der „Welt am Montag“ mal privatim Rücksprache genommen habe. Ja, dieser Redakteur schrieb beispielsweise vor einem Jahr in der „Wiener „Zeit“, Heine glaube ja, er sei sozialdemokratisch. Schreiber, von Gerlach, kenne ihn persönlich und da müsse er sagen: wenn Heine erreicht hat, was er wollte, so

wisse er, der Nationalsozialist nicht, was ihnen zu thun übrig bleibe. Gegen es etwas hat man entschieden und öffentlich Stellung zu nehmen, um den Gegnern, die Verwirrung in unser Lager hineintragen wollen, das Wasser abzugraden. Heine hat das nicht oder erst jetzt gethan. Es geht ja gewiß Manchem gegen den Strich, sich mit jedem Schmutzstücken, der sich an einen herandrängt, zu befassen. Aber wenn da behauptet wird, wir kennen den Heine persönlich, der ist eigentlich ein Nationalsozialist u. f. w., dann genügt es nicht, einmal mit einem solcher Leute eine Privatunterredung gehabt zu haben. Wenn der Staatsminister Freiherr v. Berlepsch den bürgerlichen Ideologen sagt: unsere Devise ist die des Sozialisten Bernstein, dann wird Bernstein sich wohl hinter den Ohren gekraut haben. Das wollte Bernstein gewiß nicht. Wie solches Streben unserer Gegner nach Spaltung wirkt, dafür noch ein Beispiel aus der letzten Reichstagswahl in Brandenburg-Westhavelland.

Damals schrieb die „Welt am Montag“ wörtlich, wie die „Brandenburger Zeitung“ selbst ihren Lesern mittheilte:

„Bei der Reichstagswahl in Brandenburg haben die Freisinnigen den Ausschlag zu geben zwischen dem ultra-reaktionären Herrn v. Loebell, der den Wahlselbbug nach echt konservativer Gewohnheit unter Mundtotmachung der Gegner geführt hat, und dem Sozialdemokraten Peus. Peus ist ein Mann, dem jeder entschieden freiheitlich Gesinnte unbedeutlich seine Stimme geben kann. Er hat sich stets durch den maßvollen Ausdruck im Großen und Ganzen recht verständiger Ansichten ausgezeichnet. (Hört! hört!) Ging doch von ihm der Voranschlag aus, den allgemeinen Theil des sozialdemokratischen Programms — also das ganze utopistische Endziel! — zu streichen und ihn lediglich als unverbindliches Manifest stehen zu lassen. (Hört! hört!) Wenige unter den deutschen Sozialdemokraten büßten Bernstein so nahe stehen wie er — (na, ich bin nicht der Ansicht). Seine Wahl wäre also schon deshalb ein im Sinne der radikalen bürgerlichen Parteien erfreuliches Ereigniß, weil sie in der sozialdemokratischen Fraktion den Einfluß des rechten Flügels stärken würde. Trotzdem ist Zehn gegen Eins zu wetten, daß Eugen Richter's Einfluß auf die Brandenburger Freisinnigen viel zu groß ist, als daß sie die Wahlparole für Peus ausgeben könnten. Sie werden sich offiziell der Stimme enthalten und offiziell zum großen Theil für den Brotdreckerer Loebell stimmen. So war's bisher immer und überall. So wird es diesmal wieder sein.“

Das schreibt die „Welt am Montag“. Das wiederholt unser Parteiorgan und färgert dann, weit darüber hinausgehend, in einem Ausruf an das liberale Völkergethum — ich betone, daß wenn Bernstein die Wirkung gewußt hätte, er mit aller Schärfe das zurückgewiesen hätte; er meint wohl, so dumm könne Niemand sein, seine Bestrebungen so auszunutzen, aber er unterschätzt die Dummheit der Leute. (Heiterkeit.) Die Dummheit darf niemals unterschätzt werden, weder bei Andern, noch bei Denjenigen, die glauben, die Dummheit Anderer zu sehen. (Heiterkeit.) Also da sagt unser Parteiorgan in dem Ausruf:

„Ein freigesinnter Gegner rühmt Peus in der „Welt am Montag“ nach, es sei ein Mann, dem jeder entschieden freiheitlich Gesinnte unbedeutlich seine Stimme geben könnte. „Er hat sich stets durch den maßvollen Ausdruck im Großen und Ganzen recht verständiger Ansichten ausgezeichnet.“ Schreibt dieser Gegner, vermuthlich Herr v. Gerlach, der bekannte freigesinnte Nationalsozialist. Unser Kandidat legte allerdings seit Beginn seiner politischen Thätigkeit großes Gewicht auf eine zwar sachlich scharfe, aber in der Form anständige Kampfesweise. Schon auf dem Ersten Parteitage 1891 wurde er wegen dieser auf die Gestattung, auf die Achtung auch der Gegner Werth legenden Agitationsweise von dem

kurz darauf aus der Partei ausgeschiedenen „Unabhängigen“ Auerbach angetriffen. Auch legt unser Kandidat freilich das allergrößte Gewicht auf die Gegenwartsaufgaben, weil er überzeugt ist, nur durch die Lösung dieser auch die Zukunftsziele, auch das Endziel erreichen zu können.“

Ja, Genossen, Sie sehen, wie weit das selbst in führenden Parteikreisen geht. Anstatt die Antwort zu geben, die auf diese unverschämten Anrempelungen in der „Welt am Montag“ gebührt, wird das als Reklame benützt! (Hört! hört!) Was das nach Berlin kam — das wird Bernstein vielleicht etwas zu denken geben — und als man sich in Berlin überlegte, ob man die Wahl unterliegen sollte, da entschloß man sich, da es sich nicht um die Person, sondern um den Wahlkreis handelte, die Stichwahl nachdrücklich zu unterstützen. Es geschah dies dann auch mit dem guten Erfolge. Bei dieser Gelegenheit entspann sich aber nicht eine Pensdebatte, sondern eine Bernsteindebatte; denn Bernstein wird eben für bedeutend erachtet und Pens wird nur von Herrn v. Gerlach und einigen Anderen für so bedeutend erachtet.

Bernstein ist durchaus gewillt, in unseren Reihen zu kämpfen. Auf einem Fragebogen, der von der Agitationskommission für die Provinz Brandenburg vor Kurzem auch an ihn gerichtet wurde, hat er sich uns für die Agitation voll zur Verfügung gestellt; also unser Ede gehört durchaus zu uns — nach seinem Willen. Nicht sein Wollen verurtheilen wir, sondern das, was er gethan hat und wohn er wider seinen Willen geschoben worden ist. Gewiß, Zweifel kann Jeder haben, aber dann soll er sich in ein stilles Kämmerlein setzen und so lange drücken, bis er die Zweifel los wird. Hätten ihn nicht seine sogenannten Freunde den Rath gegeben, in jenem nichtsozialdemokratischen Verein zu sprechen, hätte man ihn nach seiner Rückkehr aus England zunächst in Ruhe gelassen, ich bin überzeugt, jener Vortrag wäre nicht gehalten worden. Der sozialwissenschaftliche Studentenverein ist nicht der richtige Ort, wo man seinen Zweifeln über die Wissenschaftlichkeit des Sozialismus Ausdruck giebt. (Sehr richtig!) Seine Mitglieder bestehen aus jungen Leuten, die, soweit sie überhaupt eine Richtung haben, viel mehr in bürgerlichen als in unserem Lager stehen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich mich kurz entschieden gegen die willkürliche Scheidung von Akademikern und Arbeitern, von Wissenschaft und Arbeit wenden. Diese ist grundverkehrt. Gewiß, die Akademiker haben die formelle Bildung voraus, aber gerade auf dem Gebiet der Gesellschaftswissenschaft haben die Arbeiter die praktische Erkenntnis voraus. (Sehr richtig!) Man sagt immer: der ganze Streit gehe allein Akademiker und Theoretiker an. Das ist aber durchaus unzutreffend. Es giebt Leute, die sich Akademiker nennen und doch keine sind. Ich meine jene Nullen, die kaum angefangen haben zu studiren und dann aufhören, weil sie glauben, daß die Universität ihnen nicht genug bieten kann, daß aber ihr Thatendrang in der Umgestaltung der Partei, in einem seit Jahrzehnten überwundenen utopischen Allweltssozialismus Bethätigung finden könne. Die Herren verwechseln gar zu leicht Oberflächlichkeit mit Wissenschaftlichkeit. Gewiß, es giebt prächtige Akademiker unter uns, aber daneben giebt es unter dem Deckmantel von Akademikern eine Reihe Konfusionsäre und diese besten sich an die Hochschöpfe von Bernstein und drängen ihn in eine falsche Richtung.

In seinen „Voraussetzungen des Sozialismus“ spricht Bernstein davon, wer sich nur ein wenig theoretischen Sinn bewahrt habe, für den die Wissenschaftlichkeit des Sozialismus nicht bloß ein Schaustück sei, der werde das und das thun. Was jetzt habe ich immer geglaubt, daß für Bernstein der wissenschaftliche Sozialismus nicht ein Schaustück sei. Wenn man aber seinen Vortrag liest, so wird man zu dem Resultat kommen, daß in jenem Augenblick, wo er dort sprach, der ruhige Gedanke mit ihm durchgegangen ist. Es geht Vielen von uns so. Was ich ihm zum Verwurf mache, ist, daß er diese

Dummheiten — Dummheiten machen wir Alle, aber dazu sind sozialdemokratische Versammlungen und Vereine da, um über solche zu sprechen und sie zu erlebigen — in gegnerische Versammlungen trägt. Gewiß, es ist kein konservativer Parteitag, wo er hingegangen ist. Aber wenn ein Sozialdemokrat, wie Bernstein, über ein solches Thema spricht, so muß er ganz deutlich erklären, warum die Ansicht von Marx eine falsche sein soll. Bei ruhiger Ueberlegung kam ihm nicht entgegen, daß der marxistische Sozialismus, daß die Sozialdemokratie dank der Arbeit der Denkfriesen Marx und Engels der allein wissenschaftliche Sozialismus ist. Die materialistische Geschichtsauffassung und die Mehrwerthstheorie auf die Gesellschaftswissenschaft angewandt, dadurch den utopistischen Wünschen eine klare, bestimmte, wissenschaftliche Basis geben, den mit unserem Ziel übereinstimmenden Weg der Entwicklung bewiesen zu haben, soweit sich in der Zukunft liegende Dinge beweisen lassen, das ist das große weltgeschichtlich Bedeutende des wissenschaftlichen Sozialismus, der Sozialdemokratie. Wir müssen ein ganz entschiedenes Urtheil über die uns beschäftigende Frage aussprechen, ob nun Bernstein in ein anderer davon betroffen wird. Ich stehe garnicht an, auszusprechen, daß mir eine schärfere Resolution gegen eine ganze Reihe anderer Genossen, die ihrer Pflicht zuwider gehandelt haben, viel lieber wäre. Die Resolution 109 ist so liebenswürdig gehalten, daß eigentlich Bernstein selbst damit einverstanden sein könnte, und weil das der Fall ist, weil die Resolution 108 eine Verhöhnung der Partei selbst sein oder mindestens von Gegnern so aufgefaßt werden könnte, bitte ich Sie, möglichst einstimmig für die Resolution 109 einzutreten. Gradnauer meinte, die Praxis habe keinen Nachtheil von der Bernstein-Debatte gehabt, ich glaube, er wird sich überzeugen haben, wie unrecht er hat. Das ist ja das Erhebende für uns, daß beim wissenschaftlichen Sozialismus Praxis und Wissenschaft Hand in Hand gehen. Gewiß, auf Gaarpalsterereien und Dummheiten von gleichgültigen Leuten giebt man nichts. Aber anders ist das bei Bernstein. Wir wollen, daß er in Zukunft den Gegnern möglichst wenig Veranlassung giebt, ihn gegen die Sozialdemokratie auszunutzen zu können. Zwischen Wissenschaft und Praxis, richtig aufgefaßt, giebt es eigentlich überhaupt keinen Unterschied. Wenn wir jetzt das Wort „Akademiker“ in die Diskussion hineinwerfen, so steht das immer so aus, als ob wir damit die Leute schützen wollen, vor denen wir geschützt zu werden wünschen, nämlich die Leute, die kaum fertig sind und nun mit einem Mal den Beruf in sich fühlen, Marx, Engels, Bebel und Liebknecht zu überwinden. Diese jungen Leuten, die ihr Licht leuchten lassen wollen, vergessen aber, daß wer kein Licht hat, es auch nicht anderen leuchten lassen kann. Gegen sie muß man entschieden Stellung nehmen, sie sind es, die sich entweder an die Hochschöpfe von Bernstein gehängt haben oder von denen er sich, wie ich fürchte, sehr gegen seinen Willen hat stoßen lassen. Ich habe keinen Zweifel, daß Bernstein sich in Zukunft mehr der praktischen Arbeit widmen und daß er in schärfster Weise den Gegnern, die seine Ansichten für sich ausschlichten zu können glauben, entgegenzutreten wird. Ich weist ferner nicht daran, daß Bernstein in einer etwaigen neuen Auflage seiner „Voraussetzungen“ auf das Verhalten der Freisinnigen in Memel-Pendeburg und Brandenburg zur Illustration der Irrigkeit seiner Ansicht, daß die Freisinnigen so sehr nach links gegangen sind, hinweisen und daß er auch die augenblickliche Krisis als Beweis für den Irrthum, in dem er sich über den Entwicklungsgang befindet, anführen wird.

Sowohl im Interesse der Partei, als auch besonders im Interesse des Genossen Bernstein selbst bitte ich Sie, der Resolution 109 zustimmen zu wollen, die absolut nichts Verlegendes hat und weiter nichts sagt: Bernstein, tritt wieder in unsere Reihen und sieh' darauf, daß die Gegner Dich nicht gegen uns ausschlichten! (Beifall.)

Singer: Es ist ein Antrag eingegangen, die Debatte zu schließen und nur noch Bernstein das Wort zu gestatten.

Frau Zetkin: Ich bitte, den Antrag anzunehmen, da sachlich das Wesentlichste gesagt ist und wir noch eine große Reihe anderer Dinge zu erledigen haben. Ich schneide mir damit zwar selbst das Wort ab, glaube aber, die Selbstensagung, die ich mir auferlege, dürfte auch von anderen geübt werden. Der Antrag wird angenommen.

Singer bemerkt, daß ihm dadurch die Möglichkeit genommen ist, seine Ansichten zu entwickeln.

Das Wort erhält nunmehr

Bernstein: Genossen! Ich will versuchen, die Debatte möglichst unpersönlich zu führen und möglichst wenig auf Nebenfragen eingehen, sondern nur die Hauptfragen erörtern. Ich verkenne durchaus nicht, daß beide Resolutionen mir persönlich gegenüber in freundschaftlichem Sinne gemeint sind, und daß die Resolution 109, soweit sie einen Tadel gegen mich ausspricht, diesen nur in Bezug auf bestimmte Handlungen, nicht in Bezug auf mein Wollen ausspricht, und in Folge dessen in keiner Weise ein Mißtrauensvotum gegen meine Person ausdrücken soll. Wenn ich das anerkenne, so glaube ich doch, verpflichtet zu sein, Sie zu bitten, der Resolution 109 nicht zuzustimmen, ich bitte vielmehr die Antragsteller, von ihr Abstand zu nehmen. Die Resolution beruht zum großen Theil auf falschen Voraussetzungen; sie spielt an und kann auch nur anspielen auf das, was ich gethan habe, seitdem ich wieder auf deutschem Boden weile. Wenn Sie meine Thätigkeit verfolgen, so könnte von Ihrem Standpunkt aus tadelnswerth einzig und allein mein Vortrag im Sozialwissenschaftlichen Studentenverein sein. Ich habe von vornherein einige formale Mängel desselben zugegeben, aber wenn Sie die Tendenz des Vortrags betrachten, unparteiisch und unbeeinflusst durch die Kritik und das Lob der Gegner, so werden Sie zu der Erkenntnis kommen, daß er dem Sozialismus mehr giebt, als er ihm nimmt. Nirgends in dem Vortrag steht, daß der Sozialismus keine Wissenschaft sei; es wird nur gesagt, daß er nicht ausschließlich Wissenschaft ist und nicht sein kann. Wir können wissenschaftliche Theorien über den Sozialismus aufstellen, wir können den engen Zusammenhang zwischen Sozialismus und Wissenschaft betonen, und das gerade thut mein Vortrag. Aber der Sozialismus an sich ist eine allgemeine theoretische Auffassung von der Zukunft der Gesellschaft und enthält zum großen Theil ein Element des Wollens. Nachdem ich das in meinem Vortrag ausgeführt habe, stelle ich fest:

„Nach besteht trotzdem eine intime Beziehung zwischen dem Sozialismus, wie ihn die Sozialdemokratie vertritt, und der Wissenschaft. Der Sozialismus schöpft in immer stärkerem Maße seine Begründung aus ihrem Arsenal. Er steht von allen gesellschaftlichen Parteien ihr am nächsten, denn als die Bewegung einer aufsteigenden Klasse ist er freier in der Kritik des Gegebenen wie jede andere Partei oder Bewegung, und Freiheit in der Kritik ist eine der Grundbedingungen wissenschaftlichen Erkennens. Die Gesellschaft ist ein lebendiger, sich fortentwickelnder Organismus, und diejenige Partei oder Klasse, die von diesem Fortschritt, dessen Richtung wir vor uns sehen, am meisten zu erhoffen hat, ist naturgemäß auch mehr als jede andere am Fortschritt der Erkenntnis interessiert. Dieses Interesse besteht für die Sozialdemokratie oder den Sozialismus schon deshalb, weil die Erkenntnis der gesellschaftlichen Zusammenhänge ihr das Auffinden derjenigen Mittel verbürgt, die geeignet sind, den gesellschaftlichen Fortschritt zu beschleunigen, sowie das Vermeiden derjenigen Mittel, die ihn aufhalten oder verlangsamen würden. Der Sozialismus ist zwar, wie vorher ausgeführt, stets in bestimmtem Grade eine Sache des Willens, aber er ist keine Sache der Willkür. Um zum gewollten Ziele zu gelangen, bedarf er der

Wissenschaft von den Kräften und Zusammenhängen des Gesellschaftsorganismus.“

Wenn Sie das durchdenken, Genossen, dann werden Sie finden, daß die Gegner vollständig geirrt haben, als sie behaupteten, dieser Vortrag sei eine Kritik des Sozialismus. Wer ist mir denn entgegengetreten in jener Versammlung? Gerade einer von denen, die ich nicht kritisiert haben soll: Adolf Wagner. Es ist gefragt worden, weshalb ich den Gegnern keine Antwort ertheilt habe. Ich habe die Besprechung meines Vortrages in der „Frankfurter Zeitung“ nicht gelesen. Ich lese die „Frankf. Ztg.“ nicht, nicht etwa, weil ich sie nicht für lesenswerth halte, aber ich habe nicht die Zeit und nicht die Mittel, eine größere Zahl von Tageszeitungen zu lesen, ich muß mir Beschränkungen auferlegen. Ich habe absolut niemals Beziehungen zur „Frankf. Ztg.“ unterhalten. Wenn Sie, Genossen, die Bücher der „Frankf. Ztg.“ einsehen könnten, dann würden Sie die Namen mancher Genossen darin antreffen, die mitgearbeitet haben. Ich mache den Genossen keinen Vorwurf daraus, aber meinen Namen werden Sie nicht darin antreffen. Ich habe niemals Beziehungen zur „Welt am Montag“ gehabt und Herrn von Gerlach vor vier Wochen zum ersten Mal flüchtig gesprochen. Es ist ein Irrthum, daß ich die Gegner nicht kritisiert habe. So habe ich z. B. in den „Monatsheften“ Raumann's Imperialismus kritisiert. Ich habe gezeigt, wie die Sozialdemokratie als Partei des Friedens beim Marxismus nicht mitmachen kann, daß sie der Regierungspolitik kritisch gegenüberstehe und sie nicht unterstützen könne. Ich habe im Braun'schen „Archiv“ Kulemann's Buch über die Gewerkschaftsbewegung, das als Informationsquelle vorzüglich ist, besprochen und entschieden mich gegen den Versuch Kulemann's gewandt, die Gewerkschaft gegen die Sozialdemokratie auszuspielen. Ich habe in den „Sozialistischen Monatsheften“ weiterhin den Dr. Franz Oppenheimer und seinen Sozialliberalismus kritisiert. Im „Archiv“ habe ich die letzte Broschüre Sombart's loyal besprochen, soweit sie Gutes bietet, aber die Ansichten Sombart's über das Verhältnis der Gewerkschaft zur Sozialdemokratie bekämpft und seinen Versuch, das Zerrbild eines sozialdemokratischen Agitators zu geben, so scharf zurückgewiesen, daß Sombart sich in einem Briefe an Braun bitter darüber beschwert und den Ausdruck „Schmähschrift“ gebraucht hat. (Hört! hört!) Ich habe gesagt: Wenn es einmal das Zerrbild eines sozialdemokratischen Agitators gegeben hat, so hätten wir auch das Zerrbild des gewerkschaftlichen Agitators, wenn neben ihnen nicht eine große politische Bewegung besteht. Natürlich kann ich nicht über alles und überallhin schreiben, jedenfalls aber steht es fest, daß ich auch die bürgerlichen Reformer kritisiert habe. Eine Antwort auf die „Welt am Montag“, die meinen Vortrag ausnutzen wollte, hatte ich ausgearbeitet, aber da die Antwort des „Vorwärts“ alles das sagte, was ich sagen wollte, war ich einverstanden damit, daß meine Antwort nicht erschien. Was ist nun meine politische Thätigkeit, seit ich wieder in Deutschland bin? Keiner wird sich beschweren können, daß ich mit meiner Kritik an der Partei eingeseht hätte. Ich habe stets die Parteigrundsätze vertreten. Es liegt keine Thatsache vor, worauf sich ein Tadel gründen ließe. Was Sie gegen die „Voraussetzungen des Sozialismus“ zu sagen haben, das haben Sie schon früher gesagt. Es wird über meine Unklarheit darin geklagt. Aber sehr mit Unrecht. In den „Voraussetzungen“ habe ich in sehr bestimmter Weise mich über die darin berührten praktischen Fragen ausgesprochen und meine Auffassung über die Notwendigkeit des Kampfes für die Demokratie entschieden betont. Es liegt gar kein Grund für Bebel vor, zu sagen: Wir wissen nicht, wie Bernstein zu diesen und diesen Fragen der praktischen Politik steht.

Nun zu der Theorie. Es ist mir gesagt worden, ich sollte mit meinen Zweifeln erst dann an die Öffentlichkeit treten, wenn die Antwort darauf vor-

liege. Es giebt, Genossen, eine Reihe von Fragen, auf die überhaupt keine abschließende Antwort gegeben werden kann. Ihr Gesicht ändert sich von Tag zu Tag. Wir aber haben die Pflicht, auf diese Fragen aufmerksam zu machen, damit dienen wir der Weiterentwicklung. Niemals ist da ein Abschluss möglich. Ich habe in meinem Buche einige Bemerkungen über die Werththeorie gemacht und gezeigt, daß das, was durch die Werththeorie bewiesen werden soll, bestehen bleibt, auch wenn die Werththeorie falsch sein sollte, daß die Grundlage bleibt, nämlich die Produktions- und Einkommensstatistik. Die Produktionslehre von Karl Marx habe ich nicht angegriffen.

Kommen wir zur Krisen-Theorie. Bebel sagte, wenn der Aufschwung nicht gewesen wäre, hätte Bernstein sein Buch nicht geschrieben. Werthe Genossen! Es ist daran etwas Wahres, aber anders, als Bebel es meint. Ich möchte Bebel daran erinnern, wie er und ich Anhänger der Zusammenbruchstheorie gewesen sind. Ich kann mich erinnern, wie ich 1882 den Bontour-Krach als ein Vorbild des Zusammenbruchs, als „einen Tropfen Seggefeuer“ bezeichnet habe. Da schrieb mir ein Genosse, der als Mensch außerordentlich hoch steht, aber als Denker sehr unterschätzt wurde, Karl Höpfer, obwohl er persönlich sehr schwer von dem Bontour-Krach in Mitleidenschaft gezogen wurde: Du läuschest Dich vollständig über die bürgerliche Gesellschaft. Nun, im ersten Augenblick acceptirt man so was nicht gern. Ich erinnere Bebel daran, daß er 1891 auf dem Brüsseler internationalen Kongreß in der Kommission der Ansicht gewesen ist, wir werden überhaupt niemals mehr einen Aufschwung erleben. Es ist das kein Vorwurf, denn eine ähnliche Auffassung hat auch Friedrich Engels in einer Note zu Marx's „Glend der Philosophie“ vertreten, der nur noch lange Perioden der Depression und nur kurze Perioden matten Aufschwungs annahm. Und doch haben wir einen großen Aufschwung gehabt. Also die Krisenfrage ist durchaus noch nicht erledigt. Wir sehen, daß die bürgerliche Gesellschaft noch eine ganze Reihe von Möglichkeiten der Entwicklung hat, namentlich, was ich hervorgehoben habe, unter dem Druck der Arbeiterbewegung, der Gewerkschaftsbewegung, der doch immer herbeiführt eine allmähliche, wenn auch langsam sich vollziehende Hebung der Arbeiterklasse, daß eine andere Entwicklung vor sich geht, die wir beachten müssen. Dem habe ich in meinem Kapitel über die Krisentheorie Ausdruck gegeben. Ich habe überhaupt keine Krisentheorie aufgestellt. Engels giebt die Möglichkeit einer Verlängerung des früher angenommenen Krisencyklus zu, daraus sehen Sie doch, daß die Entwicklung im Fluß ist. Wir haben eine Reihe von Tendenzen, die auf Krisen hindrängen, wir haben die Ueberproduktion in den verschiedensten Industrien in Folge der Organisation der heutigen Gesellschaft. Engels nahm hinsichtlich des Krisencyklus statt einer Ausdehnung von zehn, eine solche von vielleicht 16 oder 20 Jahren an. Damit würde die Linie auch viel regelmäßiger werden. Das ist keine Untersehung der heutigen Gesellschaft. In einem Landsee wird ein Sturm Wellenberge erregen; in einem Meere wird derselbe Sturm viel höhere Wellenberge verursachen und trotzdem bietet das Ganze ein viel ruhigeres Bild als der kleine See. Das ist das Bild der modernen Gesellschaft; unlegbar haben wir stürmische Krisen, aber wenn Sie den Weltmarkt übersehen, so werden Sie sehen, daß die Krise keineswegs eine allgemein ausgedehnte ist, daß die Industrie, die hier stockt, in anderen Ländern vielleicht zu derselben Zeit floriren kann — das Bild hat sich verändert. Ich habe einmal ein anderes Bild gebraucht. In einem Dorfe fällt der Tod des Einzelnen auf und ob es der letzte Bettler war, in einer großen Stadt fällt der Tod des Einzelnen nicht auf und sei es der größte Mann gewesen, nach ein paar Tagen ist er vergessen. So stellt sich der Markt heutzutage dar; die Unsicherheit ist gewachsen, es kommen viel mehr Bettler, Krisen vor, und doch ist nach einiger Zeit alles ruhig.

So stellt sich die Krisentheorie dar. Und was war meine Absicht? Nur einfach der Ansicht entgegenzutreten, als ob wir unser ganzes Thun auf eine große wirthschaftliche Katastrophe einzurichten haben. Ich fordere nichts Neues, ich trete nur bestimmten Anschauungen, die, wie es scheint, von einzelnen Kreisen der Partei geltend gemacht werden, entgegen, daß wir unsere Politik auf Katastrophen zuzuspitzen haben. Darum habe ich diese Katastrophentheorie bekämpft und trete ihr noch jetzt entgegen, weil ich sie für unrichtig halte. Kommen solche Krisen durch eine Hungernoth u. s. w., so wird die Sozialdemokratie als starke, organisierte Partei wissen, was sie zu thun hat. Ich trete nur der Spekulation auf solche entgegen.

Dasselbe gilt von der Verelendungstheorie. Ich habe das Wort garnicht einmal in die Diskussion hineingeworfen; ich habe nur beiläufig bemerkt: wie die ökonomische Verelendungstheorie hat daran glauben müssen, so wird auch die politische Verelendungstheorie daran glauben müssen. Ich vertrete hier eine andere Auffassung, als wie sie lange unter uns verbreitet war. Bebel hat Marx angeführt; aber das ist unlegbar, daß Marx zur Zeit des Kommunistischen Manifestes eine andere Auffassung vertreten hat als später im „Kapital“. (Bebel: Habe ich ja gesagt!) Ja, aber was Anderes habe ich auch nicht gesagt; als ich meine Denkschrift nach Stuttgart schickte, hatte es sich doch nur darum gehandelt und das habe ich auch nur begründen wollen. Früher war die Auffassung sehr stark in unseren Reihen verbreitet, daß wir trotz Allem, was wir thun, trotz aller unserer Bemühungen auf politischem und sozialem Gebiete im Allgemeinen einem Abgrunde, einer Verschlechterung der Verhältnisse zugehen, und diese Auffassung ist gerade auch in Stuttgart vertreten worden, in politischer und sozialer Beziehung, daß wir schließlich vor dem Nothen Meer stehen, jenseits dessen das gelobte Land uns winkt. Ich vertrete eine andere Auffassung; ich meine, die Geschichte zeigt uns einen hoffnungsvolleren Weg. Wir haben uns unseren Weg durch Dickicht und über Felsen gebahnt und glauben, es geht nicht vorwärts, wir kommen immer tiefer, bis wir den Blick zurückwerfen und sehen, daß wir aufgestiegen sind. Das ist der Weg, den die ganze Bewegung nehmen wird, je stärker die Partei ist, je stärker die Arbeiterchaft organisiert ist. Gewiß, auf der anderen Seite wächst auch der Widerstand der Gegner, sie schaaren sich gegen uns zusammen, aber doch wird ihre Zahl geringer. Das sehen Sie doch alle Tage. Gewiß, in Remel-Gendekrug hat die Mehrheit der Freisinnigen für den Konservativen gestimmt, aber im Gegensatz zu früher hat ein Theil von ihnen für den Unseren gestimmt. Das zeigt das Wachsen unserer Macht. Ueberall sehen Sie eine ganz andere Haltung gegenüber der Arbeiterklasse. Warum bestreiten Sie das denn? Darin liegt doch die Gewähr unseres Sieges, unseres Fortschrittes. Es ist doch kein Grund, das zu verheimlichen, im Gegentheil, Sie dürfen stolz darauf sein.

Also ich sage nochmals, es liegt kein Grund vor, irgend etwas von dem zurückzumeinen, was ich geschrieben habe. Mein Buch „Die Voraussetzungen des Sozialismus“ ist scharf kritisiert worden; ich vermag nicht einzusehen, daß diese Kritiken, von formalen abgesehen, berechtigt sind. Es ist mir gesagt worden, bei einer neuen Auflage meines Buches solle ich es umarbeiten. Genossen, den Gedanken habe ich schon lange gehabt, aber Genossen, die die Dinge ruhiger beurtheilen, haben mir gesagt: nein, lassen Sie das, es ist ein Dokument! Und ich bin überzeugt, es wird die Zeit kommen, wo die Sozialdemokratie stolz sein wird, ein solches Buch zu besitzen. (Lachen.) Ja wohl, das ist keine Ruhmredigkeit; es ist meine feste Ueberzeugung: wenn die Streiterei vorüber ist, dann werden Sie sehen, daß mein Buch eine große Masse von Erkenntnis-elementen enthält, die für die Bewegung Früchte tragen werden und nicht zum Nothheil ausschlagen. Ich habe ein Recht, das auszusprechen; das ist keine Unverschämtheit, das ist meine Ueberzeugung und für die stehe ich. (Beifall.)

Nun ist von Leutert und Anderen ein Argument vorgebracht worden, dem ich sehr zugänglich bin; ich habe der Agitation Schwierigkeiten bereitet durch einzelne Aussprüche. Das thut mir gewiß leid; aber im Ganzen sind, glaube ich, die Schwierigkeiten doch überschätzt worden. (Lachen.) Im praktischen, wirklichen Kampf haben Sie doch Ihre Waffen. Das Wort: das Endziel ist mir nichts, die Bewegung ist mir Alles — erstens habe ich es qualifiziert, zweitens habe ich es erläutert, und dann, wenn auch ein Nationalsozialist das benutzt, wir wissen doch, was wir an Kritik in Bezug auf die tatsächlichen Verhältnisse unserer Gegner entgegen zu setzen haben, und da legt mein Buch Euch gar kein Hinderniß in den Weg, im Gegentheil, da ist mein Buch, wenn Ihr es recht versteht, Euch eine Hilfe. (Gelächter.) Ja, Ihr müßt wohl lachen (Jurufe: Sie sollten es ein Mal selbst probiren!) — Ich bin auch in der Agitation gewesen.

Werthe Genossen, ich will Euch Etwas sagen. Was mich von der gestrigen Debatte sehr peinlich berührt hat, ist die Verachtung der Theorie, die von einzelnen Rednern zum Ausdruck gebracht worden ist. Als mein Buch erschien und kritisiert wurde, als die Polemik sich eröffnete und Angriffe gegen mich erfolgten, die — ich kann es sagen — in mir die höchste Empörung erregten, da hat unter Anderem sich mir der Gedanke aufgedrängt: das Ende der ganzen Polemik wird eine Herabsetzung der Theorie in unserer Bewegung sein, und ich habe einen derartigen Gedanken sogar Karl Kautsky gegenüber brieflich geäußert. Es ist mir damals, als der Kampf in einer so gefährlichen Weise geführt wurde, die Erinnerung an das Wort Fichte's aufgetaucht: „Wir Gelehrten verachten einander“. Und nun muß ich Eines sagen: In Bezug auf den Werth der Theorie in einer Bewegung, so sehr ich für eine realistische Auffassung des Kampfes eintrete, da stehe ich auf der Seite der Theoretiker; da möchte ich den Werth der Theorie retten, da halte ich lieber eine Reihe von Pfüffen aus, aber ich rufe Euch zu: haltet das theoretische Denken hoch, haltet das theoretische Forschen hoch, schätzt es nicht gering ein, selbst da nicht, wo es ein Mal zu einer Folge kommt, die Ihr nicht gleich begreift. In unserer Nachbar-Stadtstadt Hamburg tagen in diesem Augenblick die deutschen Naturforscher. Es finden da Diskussionen statt und wird eine Theorie entwickelt, die an der Descendenz-Theorie des großen Darwin Kritik übt, die eine Auffassung der Entwicklung der Arten vertritt, die mit den Säben Darwin's in Widerspruch steht. Aber keinem Naturforscher wird es dabei einfallen, das große Verdienst Darwin's geringer einzuschätzen; der Name Darwin wird darunter nicht leiden, nein, es wird eine Ausfüllung seiner Theorie sein. Das ist die Entwicklung aller Theorie. Jede Theorie ist in den Anfängen zum großen Theil noch Speculation, die erst der Ausfüllung bedarf; und wenn die Kiesen eine neue Theorie entwickelt haben, dann wird die Ausfüllung, das Kleinwerk der Schüler, sehr oft auftreten müssen in Form einer Kritik, in Form einer Verichtigung dessen, was dort speculativ gesagt ist, das ändert nicht den Werth der Theorie, das fördert das Werk. Und darum habe ich gesagt: Die Weiterarbeit des Marxismus muß beginnen mit der Kritik: was ist auszubessern, was haben die Verhältnisse nicht bestätigt? Also wenn Sie wirklich wissenschaftlich sein wollen, wenn Sie den wissenschaftlichen Geist für den Sozialismus festhalten wollen, dann müssen Sie auch bei Allem, was die Theorie anstrebt, das Recht der Kritik anerkennen und gelten lassen. (Redehour: Bestreiten wir ja garnicht!) Ja, theoretisch, in der Absicht thun Sie es nicht, aber in Wirklichkeit schreckt und hemmt doch die Art Ihres Vorgehens Diejenigen, die in der Sache arbeiten. Ja, werthe Genossen, was soll denn der Genosse, der kritisch sich bethätigt, thun? Soll er fortwährend wiederklauen, was schon gesagt ist?

Seien Sie doch nicht so nervös! Wir sind doch heute eine starke Partei. Bisher hat man die Kritik nicht berümmert und wir sind vorwärts

gegangen; lassen Sie doch jetzt als große Partei ruhig Einige schreiben über Spaltung, haben Sie doch das Bewußtsein des Sieges, treten Sie solchen Vorwürfen etwas ruhiger und kühler entgegen.

Ich sage noch einmal: Die Resolution Bebel ist ja nicht böse gemeint, soll kein Mißtrauensvotum sein, aber sie geht von falschen Voraussetzungen aus. Meine Thätigkeit ist keine einseitige; es haben sich Genossen gemeldet, die das bestätigen werden, ich habe es Ihnen auch nachgewiesen. Und darum appellire ich an Sie, an das Bewußtsein Ihrer Stärke. Seien Sie gerecht! Sie können gerecht sein, weil die Partei stark ist. Werfen Sie mir nicht vor, was nicht richtig ist. Nehmen Sie die Resolution Heine an. Ich sage ganz offen, daß sie mir auch nicht genügt. (Lachen.) Ja, werthe Genossen, ich werde Ihnen Etwas sagen: ich glaube, Sie hätten in der Resolution noch etwas Anderes sagen können, noch ein Wort des Vertrauens. (Lachen.) — Jawohl, wenn Sie ein Wort des Tadels hineinschieben, dann hätte auch ein Wort nach der anderen Seite gesagt sein können, gestützt auf meine Thätigkeit, die ich ernstlich habe, seit ich zurück bin. Sie haben es nicht für nöthig gehalten, schön! Die Resolution Heine's giebt mir absolut nichts; sie giebt aber der Partei. Sie sagt: Die Partei hat das Verpönnen der Selbstkritik bisher nicht anerkannt, sie stellt sich auf keinen neuen Standpunkt, in Erwägung des alten Standpunktes geht sie zur Tagesordnung über. Ich bestreite es ganz entschieden, sei es in meinen Vorträgen, sei es in meiner sonstigen Thätigkeit, irgend eine einseitige Kritik geübt zu haben. Ich nehme für mich das Verdienst in Anspruch, mit meinen besten Kräften für die Partei gearbeitet zu haben, und das werde ich auch weiter thun; und darum bitte ich Sie, nehmen Sie eine Resolution an, die, wenn sie der Partei gerecht wird, wenigstens gegen mich nicht ungerecht ist. (Lebhafter Beifall und Rischen.)

Singer: Damit ist die Diskussion geschlossen. Während der Rede von Vernstein ist folgende, genügend unterstützte Resolution von Heinrich Braun eingegangen (Nr. 115), die lautet:

Der Parteitag wolle beschließen:

Der Parteitag erkennt rückhaltlos die Nothwendigkeit der Selbstkritik für die geistige Fortentwicklung der Partei an. Aber die vorwiegend einseitige Art, wie Genosse Vernstein diese Kritik in den letzten Jahren betrieb, hat ihn bei einem großen Theil der Parteigenossen in eine zweideutige Stellung gebracht und vielfach Mißstimmung erregt, zumal auch seine Kritik von Gegnern mißdeutet und mißbraucht worden ist. Es kann aber nicht verkannt werden, daß der Genosse Vernstein zu diesem Verhalten durch nicht weniger einseitige Gegenkritiken einzelner Parteigenossen weiter gebrängt worden ist.

In der Erwartung, daß alle Genossen sich den üblen Konsequenzen nicht verschließen und danach handeln, geht der Parteitag, der keine Veranlassung hat, von den Grundjahren der 1899 in Hannover angenommenen Bebel'schen Resolution abzuweichen, über die Anträge Nr. 52, 91, 92 und 93 zur Tagesordnung über.

Heinrich Braun-Berlin. J. Auer. Dr. Südekum. C. Fischer-Dresden. Bloß. Ulrich-Offenbach. R. Fischer-Berlin. A. v. Elm-Hamburg. Harm. Schmidt-Stankfurt. Hendrich. Jos. Heer. Emma Jhrer. C. Legien. G. Diek. Heine. Calwer. Cohn. R. Berarb. Stolle. Fr. Webemeher. Ehrhardt.

Heine: (zur Geschäftsordnung): Unter dieser Resolution steht auch mein Name. Ich bitte aber, daraus nicht etwa zu schließen, daß ich meine ursprüngliche Resolution zurückgezogen habe.

Singer: Es sind noch zwei Erklärungen zu Protokoll gegeben. Die erste, von Louis Cohn-München, lautet:

„In der Debatte über die Bernstein-Angelegenheit wurde mehrfach auf einen Artikel der „Thüringer Tribüne“ Bezug genommen, worin aus der unwahren Behauptung des Dr. Ruhland, er habe der „Münchener Post“ finanzielle Unterstützung angeboten, um die sogenannte gemäßigte Richtung (Vollmar'sche) durch Herausgabe von Schriften zu unterstützen, unzutreffende Schlüsse gezogen werden. Ich erkläre demnach wiederholt: Dr. Ruhland hat mir Summen in beliebiger Höhe angeboten, falls die „Münchener Post“ bereit wäre, Artikel zur Unterstützung der Wirtschaftspolitik des Fürsten Bismarck aufzunehmen. Diese Summen sollten aus den Kreisen der Interessenten dieser Politik kommen.“

Die zweite Erklärung stammt von dem Redakteur Weßker vom „Vorwärts“; sie nimmt Bezug auf eine Äußerung von Nebel, daß die Berliner Parteigenossen durch die Thatfache, daß eine bestimmte Resolution im „Vorwärts“ nicht abgedruckt sei, getäuscht wären. Weßker giebt als derjenige Redakteur des „Vorwärts“, der diesen Theil bearbeitet hat, eine längere Auseinandersetzung, weshalb er die Resolution nicht aufgenommen hat; er bezieht sich auf die Verhandlungen der Berliner Preßkommission und verwahrt sich gegen den Vorwurf der Täuschung, der ihm gemacht ist.

Es folgt eine Reihe persönlicher Bemerkungen.

Grundwald-Erfurt: Nebel hat mich mißverstanden, ich habe Bernstein nicht vorgeworfen, daß er im Sozialwissenschaftlichen Studentenverein gesprochen hat, sondern daß er dort gegen uns gesprochen hat. David hat mir Mangel an Logik nachweisen wollen, weil ich den Sozialwissenschaftlichen Studentenverein als indifferent bezeichnet haben soll. Ich habe gesagt, der Verein ist seinen Statuten nach in der That indifferent, er verliert aber diesen Charakter durch seine Protokollen, durch die ganze Art, wie er ausgesprochene Parteigenossen nicht dulden kann und dadurch, daß anerkannt zielbewußten Genossen dort nicht erlaubt wurde, zu reden. Mehring, Ledebour und Schippel durften auch nicht in geschlossener Sitzung sprechen...

Singer: Das ist keine persönliche Bemerkung. Was Schippel, Mehring und Ledebour passiert ist, kann nicht Gegenstand einer persönlichen Bemerkung von Ihnen sein. (Weiterkeit.)

Grundwald (fortfahrend): David hat es mir sogar als absichtliche, grobe Unwahrheit unterschoben, daß ich nach der Lektüre des Bernstein'schen Vortrages noch meinen Artikel hätte schreiben können. Diese Auffassung enthält zwar Unwahrheiten, ich lasse dahingestellt, ob absichtliche oder unabsichtliche. Erstens habe ich mich mit dem Bernstein'schen Vortrage inhaltlich nur ein Mal beschäftigt, und zwar nachdem ich ihn gelesen habe. Vorher hatte ich mich nur mit der Form befaßt, und wenn David nun noch behauptet, daß ich mit meiner Auffassung des Vortrages eine grobe absichtliche Unwahrheit gesagt habe, so hoffe ich, wird er diesen harten Vorwurf auch gegen seine eigenen Freunde anwenden, die den Vortrag ebenfalls falsch verstanden haben...

Singer: Ich bitte Sie, im Rahmen der persönlichen Bemerkung zu bleiben.

Grundwald (fortfahrend): Also, ich muß den Vorwurf David's in der energischsten Weise zurückweisen. Der andere Vorwurf David's, der sich auf die Ruhland-Affaire bezieht, ist auch nicht gerechtfertigt. Wir hat jede, auch die leiseste Beeinflussung des Parteitages fern gelegen. Genosse Cohn widerlegt in seiner zu Protokoll gegebenen Erklärung Etwas, was ich niemals gesagt habe, ich habe Ruhland von innen heraus psychologisch zerlegt. Ein noch größerer und gefährlicherer Vorwurf David's ist der, ich hätte in der Polemik gegen den „Vorwärts“ die Vollmar'sche Richtung verstockt der Bestechlichkeit geziehen. Ich beschränkte mich einfach darauf, aus meinem Munde den betreffenden Passus vorzulesen: „Wir bleiben dabei, die Annahme des „Vorwärts“ ist durch Nichts begründet, daß unsere Debatten über das Agrarprogramm den Professor Ruh-

land zu dem Versuch veranlaßt hätten, die „Münchener Post“ den Zwecken des Bundes der Landwirthe dienstbar zu machen. Alles spricht für unsere Annahme, daß es nicht diese Debatten, die erst 1894 begonnen, sondern die Vollmar'schen Reden von 1891 und 1892 waren, die 1893 dem damals noch nicht händlerischen Ruhland den Glauben einflößten, es gäbe in der Sozialdemokratie eine Richtung, die sich durch kapitalistisches Geld fördern und fördern ließe“ — und jetzt hören Sie! — „welcher Glaube natürlich elend scheitern mußte“. — Und nun appellire ich an die Loyalität der Parteigenossen, zu entscheiden, was ich gesagt habe, und was nicht. Bleibt David bei seiner Behauptung, so habe ich keinen parlamentarischen Ausdruck, sein Verhalten zu kennzeichnen, ich würde es eine Infamie nennen.

Grundwald - Berlin: Nebel ist gestern durch einen Irrthum von mir veranlaßt worden, es zu beklagen, daß der „Vorwärts“ keinen Berichterstatter zum Bernstein'schen Vortrag geschickt hat. Meine Kollegen vom „Vorwärts“ telegraphiren mir eben: „Im Sozialwissenschaftlichen Studentenverein war Genosse Ströbel als Zuhörer, Genosse Reine als Berichterstatter antwefend. Weßker Mittheilungen ergaben aber so böllig verschlungene Gebanlangänge, daß ein kurzer Bericht unmöglich war; deshalb wurde die Herausgabe des Buches abgetwärtet, die die Unmöglichkeit einer kurzen Berichterstattung bestätigte.“ Ferner eine Bemerkung gegen Stadthagen; er meinte, ich hätte gesagt, der „Vorwärts“ habe deshalb keine Stellung zum Bernstein'schen Vortrag genommen, weil er zugleich Zentral- und Lokalorgan sei. Das habe ich nicht behauptet. Als ich vom Lokal- und Zentralorgan sprach, habe ich ganz allgemein auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die der „Vorwärts“ seit jeher habe. Bezüglich des Bernstein'schen Vortrages habe ich um so weniger das von Stadthagen behauptete sagen können, als ich vielmehr ausgeführt habe, daß wir zu dem Vortrag in jeder möglichen und notwendigen Weise Stellung genommen haben.

Leitert-Apolda: Bernstein hat gesagt, ich hätte die Gegner überschätzt und wäre vielleicht deshalb etwas zu ängstlich gewesen. Wer mich kennt, weiß, daß mir nicht ängstlich geworden ist vor Wajsermann und Naumann, sondern vor Bernstein. (Weiterkeit.)

Reus-Deßau: Bei der Stichwahl in Brandenburg handelte es sich darum, ob ein Proletarier oder ein Sozialdemokrat gewählt werden solle. Selbstverständlich haben wir da die bürgerlichen Preßstimmen, soweit sie sich zu unseren Gunsten aussprachen, in unserer Zeitung gesammelt. Das geschieht überall. (Weßker ruft mit lauter Stimme: Reel Weiterkeit.) Jedenfalls nicht nur in Brandenburg-Westphalland. In der „Welt am Montag“ ist dann aber...

Singer (unterbrechend): Sie dürfen keine persönlichen Bemerkungen über „Die Welt am Montag“ machen.

Reus (fortfahrend): Stadthagen hat doch mitgetheilt, daß wir diese Preßstimmen wiedergegeben haben. Seine Mittheilung ist einseitig, und es muß mir daher gestattet sein, vorzulesen, was in der Wiedergabe steht. Da heißt es ausdrücklich:

Was die Stellung unseres Kandidaten zum Endziel betrifft, so hat Reus oft und nachdrücklich betont, daß er das Endziel, welches prinzipiell aufzugeben ihm garnicht einfällt (hört, hört!), praktisch durch die an der Hand der wirtschaftlichen und politischen Entwidlung sich darbietenden Gegenwartsaufgaben allmählig in der positiven Weise zu erreichen sucht, wie das seit 1890 angesichts der größeren Macht und Verantwortlichkeit der Sozialdemokratie allgemein in der Partei geschieht.

Ich habe also damit ausdrücklich dem Inhalt nach die Auffassung der „Welt am Montag“ desavouirt und nicht für mich ausgenutzt. Ausgenutzt habe ich sie nur, soweit sie mir in formaler Beziehung zugestand, daß maßvolle Kampfesweise meine Art sei. Es heißt hier in dem Ausruf diesbezüglich:

Unser Kandidat legte allerdings seit Beginn seiner politischen Thätigkeit großes Gewicht auf eine zwar sachlich scharfe, aber in der Form anständige Kampfesweise. Schon auf dem Erfurter Parteitage 1891 wurde er wegen dieser auf die Gestattung, auf die Achtung auch der Gegner Werth legenden Agitationsweise von dem kurz darauf aus der Partei ausgeschiedenen „Unabhängigen“ Auerbach angegriffen. Auch legt unser Kandidat freilich das allergrößte Gewicht auf die Gegenwartsaufgaben, weil er überzeugt ist, nur durch die Lösung dieser auch die Zukunftsziele, auch das Endziel, erreichen zu können.

Was Stadthagen sich dann an Bemerkungen darüber gestattete, was ich für eine Bedeutung in der Partei hätte bezw. nicht hätte, so bin ich von jeher bescheiden genug gewesen, nicht mehr sein zu wollen, als ich unter den mir gegebenen Bedingungen und bei den mir gegebenen Fähigkeiten sein kann. Ich bemühe mich nach Kräften, da wo ich stehe, meine Pflicht zu thun und bin dabei auch nicht ganz ohne Erfolge. Wer für sich noch nicht mehr Reklame betrieben hat, als ich sie mir anlässlich der Stichwahl in Brandenburg-Westhavelland zu Schulden kommen ließ, um Gegner zu veranlassen, nicht für den ärgsten Wortvertheuerer zu stimmen, dem Vorwürfe zu machen, steht am allerwenigsten einem Genossen an, der die Reklame für seine Person zweifellos in so hohem Grade versteht, daß ich ihm darin das Wasser nicht reichen kann. (Beifall.)

David-Mainz: Die Ausführungen von Grunwald können mich nicht veranlassen, irgend etwas von dem zurückzunehmen, was ich gesagt habe, sie treffen das Wesen dessen, was ich ihm vorgeworfen habe, garnicht. Ich habe ihm vorgeworfen, daß er mit Absicht eine Scharfzückeri betrieben habe, um hier Bernstein vor Gericht zu schleppen, und das habe ich durch die beigebrachten Dokumente hinreichend bewiesen. Ich habe um so weniger Veranlassung, den Vorwurf zurückzunehmen, daß er den Vortrag als gefundenes Fressen betrachtet hat, das er gegen Bernstein auszuüben könne, als sich das durch eine mir nachträglich bekannt gewordene Thatsache vollauf bestätigt hat. Grunwald hat seine Artikel gegen Bernstein sofort an die bürgerliche Presse geschickt. (Gürtl hört!)

Singer: Sie dürfen im Rahmen einer persönlichen Bemerkung nicht auf Dinge Bezug nehmen, die in der vorhergehenden Debatte nicht erwähnt worden sind.

David (fortfahrend): Grunwald hat erklärt, wenn ich meine Äußerung aufrecht erhalte, so sei das eine Infamie. Ich habe in meinen Bemerkungen die „Erfurter Tribüne“ zitiert, die dem „Vorwärts“ bortwirft, er stelle die Parteigeschichte falsch dar, um die Wichtigkeit der Rußland'schen Darstellung abzulugnen zu können. Ich habe diesen Passus genau so aufgeföhrt, wie der „Vorwärts“ selbst, daß nämlich Grunwald es für möglich hält, daß Parteigenossen die Infamie, die Rußland ihnen zugetraut hat, begehen könnten. Das beweist folgender Passus aus dem „Vorwärts“...

Singer: Ich bitte, keine persönlichen Bemerkungen für den „Vorwärts“ zu machen. (Geisterleit.) Bitte, schildern Sie Ihre Empfindungen, aber lassen Sie andere Leute aus dem Spiel.

David: Ich habe den „Vorwärts“ zitiert wollen, um zu zeigen, weshalb ich nichts zurücknehmen kann. Wenn mir das unmöglich gemacht wird, so muß ich mich bescheiden, ich konstatire lediglich, daß ich nichts zurücknehme, und daß Grunwald, wenn er den Vorwurf der Infamie gegen mich erhebt, ja eigentlich nur eine Retourfutsche macht.

Debel: Gradnauer irrt sich, wenn er glaubt, daß allein seine Äußerung mich veranlaßt hat, es zu beklagen, daß die Redaktion des „Vorwärts“ keinen Berichterstatter zum Bernstein'schen Vortrag entsandt hat. Wir haben aus der Redaktion Gradnauer, Ströbel und Eisner erklärt, daß kein Berichterstatter dort war. Nur Ströbel sagte, er sei als Zuhörer dagewesen, es sei aber

unmöglich gewesen, dem Vortrage zu folgen und einen vernünftigen Bericht darüber zu bringen.

Stadthagen: Reus wirft mir vollkommen zu Unrecht falsches Zitieren vor. Der Ausruf in der „Brandenburger Zeitung“, den ich entschieden tabelle, ist dieser hier, fett überschrieben: „An das liberale Bürgerthum.“ Dort heißt es wörtlich:

„Ein freigedinnter Gegner rühmt Reus in der „Welt am Montag“ nach, es sei ein Mann, dem jeder entschieden freigeitlich Gedinnnte unbedenklich seine Stimme geben könnte. „Er hat sich stets durch den maßvollen Ausdruck im Großen und Ganzen recht verständiger Ansichten ausgedzeichnet.“ Schreibt dieser Gegner, vermutlich Herr v. Gerlach, der bekannte freigedinnnte Nationalsozial. Unser Kandidat legte allerdings seit Beginn seiner politischen Thätigkeit großes Gewicht auf eine zwar sachlich scharfe, aber in der Form anständige Kampfesweise. Schon auf dem Erfurter Parteitage 1891 wurde er wegen dieser auf die Gestattung, auf die Achtung auch der Gegner Werth legenden Agitationsweise von dem kurz darauf aus der Partei ausgeschiedenen „Unabhängigen“ Auerbach angegriffen. Auch legt unser Kandidat freilich das allergrößte Gewicht auf die Gegenwartsaufgaben, weil er überzeugt ist, nur durch die Lösung dieser auch die Zukunftsziele, auch das Endziel erreichen zu können.“

Ich überlasse es Ihrem Urtheil, ob das eine Ausnutzung von Stimmen der Gegner ist und ob es dem guten Geschmack und dem Selbstbewußtsein entspricht, derartige schulmeisternde Lobeserhebungen auszunutzen, statt sie sich zu bewähren. Aber nachdem Reus das Wesentlich abgelegt hat, daß er nicht über die ihm gegebenen Bedingungen und Fähigkeiten hinaus kann, verzichte ich natürlich darauf, mit ihm über den Begriff „Ausnutzung“ und „Reklame“ zu diskutieren.

Grunwald: Was David gegen mich richtig gestellt hat, habe ich nientals bestritten. Ich habe nicht bestritten und bestreite es auch hier nicht, daß ich durch meine Artikel die Genossen hauptsächlich veranlassen wollte, gegen Bernstein eine schärfere Stellung einzunehmen. Ich halte es für Parteipflicht, was man vor seinen Genossen verantworten kann, auch jederzeit zu vertreten. (Sehr gut!) David hat kein Wort zurückzunehmen für nöthig befunden. Gut, es bleibt also bei dem, was ich gesagt habe. Daß ich meinen Artikel an die bürgerliche Presse verhandt habe, ist richtig. Ich habe sie an einige anständige bürgerliche Blätter geschickt und zwar in demselben Sinne und derselben Absicht, wie die „Sozialistischen Monatshefte“ und andere Zeitschriften verhandt werden.

David: Grunwald giebt zu, daß er die Absicht gehabt hat, deren ich ihn beschuldigt habe. Ich kann auch, was das Urtheil über die Mittel betrifft, die er gebraucht hat, von dem Gesagten nichts zurücknehmen.

Damit sind die persönlichen Bemerkungen beendet.

Es folgt die A b s t i m m u n g. Es liegen vor die Anträge 52, 91, 92, 93, 108, 109 und der Braun'sche Antrag (115).

Singer: 108, 109, 115 bezwecken Uebergang zur Tagesordnung über die weiteren Anträge. Ich schläge nun vor, zunächst über 109 abzustimmen, weil diese Resolution eine Art motivirter Tagesordnung enthält und am Besten geht von den drei Resolutionen. Im Falle der Annahme von 109 würden alle Anträge erledigt sein. Sollte 109 abgelehnt werden, so würde 108 zur Abstimmung kommen, dann eventuell 115 und dann eventuell die weiteren Anträge.

Es folgt eine längere Geschäftsordnungsdebatte.

Probus bittet den Vorschlag Singer's nicht zuzustimmen, und zwar um eine möglichst einheitliche Kundgebung zu erzielen, zunächst über 108 abzustimmen. Von den Unterzeichnern von 108 sind eine ganze Anzahl geneigt, für 109 zu stimmen, wenn 108 abgelehnt wird. Wird über 109 zuerst abgestimmt,

dann müssen sie gegen 109 stimmen und kommen in die unangenehme Lage, als Bernsteintaner zu erscheinen, während dieser künstlich konstruirte Gegensatz nicht neue Nahrung erhalten sollte. (Sehr richtig.)

Heine: Singer hat gesagt, 109 sei der weitestgehende Antrag. Darin gebe ich ihm recht. Aber daraus folgt, daß über 108 und 116, die sachlich Abschwächungen zu 109 darstellen, zuerst abgestimmt werden muß. Nur so kann ein Bild über die Stimmung der Genossen gegeben werden.

Singer: Ich bin zwar entgegengesetzter Ansicht, aber ich werde über die Frage abstimmen lassen.

Frohne: Ich bestehe nicht auf der namentlichen Abstimmung über 108.

Singer: Der Antrag auf namentliche Abstimmung ist ordnungsmäßig gestellt und kann nicht von einem Einzelnen zurückgezogen werden.

Lebour: Heine's Vorschlag wäre gerechtfertigt, wenn wir Amendements zu 109 vor uns hätten. (Heine: Sachlich sind sie da.) Daß die beiden Resolutionen 108 und 109 sich gegenüberstehen, geht aus den eigenen Erklärungen Bernstein's hervor. Die Annahme von 108 würde dadurch zu einem Vertrauensvotum für Bernstein werden. (Sehr richtig!)

Heine: Lebour beweist mir jetzt, worauf er bei der Sache hinaus will. Nicht um eine Klärung der Ansichten der Genossen ist ihm zu thun, sondern um irgend ein Urtheil. (Auf: Ein Reizergericht!) Natürlich wissen die Genossen, wie sie stimmen wollen. Aber es muß festgestellt werden nach außen hin, wie die Stimmung ist. Lebour sieht in 108 ein Vertrauensvotum, also in 109 eine Verurtheilung Bernstein's. Das wollen Sie natürlich. Ich aber will nicht das Eine oder das Andere, sondern eine Klarstellung, wie sehen wir zu den drei Anträgen.

Ulrich-Offenbach schließt sich der Anschauung an, daß über 108 zuerst abgestimmt werden müsse. Bei anderer Fragestellung verliere er, wenn er seinen Standpunkt wahren wolle, die Möglichkeit, für 109 zu stimmen. Er sei weder der Ansicht, daß 108 ein Vertrauensvotum, noch daß 109 eine Verurtheilung Bernstein's enthalte. (Lebour: Habe ich auch nicht gesagt.)

Bebel: Ich muß entschieden dagegen Einspruch erheben, daß jetzt in der Geschäftsordnungs-Debatte noch Neben über Sinn und Inhalt meiner Resolution gehalten werden. (Zustimmung.) Was ich mit meiner Resolution meine, habe ich klar und deutlich ausgesprochen und bin nicht in der Lage, Lebour's Auslegung zu akzeptiren. (Bewegung.) Ob über 108 oder 109 zuerst abgestimmt wird, halte ich für ziemlich gleichgültig. Weil wir aber den Betreffenden, die es wünschen, die Möglichkeit geben müssen, hernach für 109 zu stimmen, bin ich der Ansicht, daß zuerst über 108 abgestimmt wird.

Die Mehrheit beschließt, zuerst über 108 und dann erst über 109 abzustimmen.

Heine: Wann soll über 116 abgestimmt werden?

Singer: Zuerst über 108, dann über 109, dann über 116.

Heine: Wir haben aber nur darüber abgestimmt, worüber zuerst abgestimmt werden soll.

Singer: Nein, ich habe gefragt, ob zuerst über 109 und dann über 108 abgestimmt werden soll. Der Widerspruch hätte rechtzeitig erhoben werden müssen.

Heine: Das habe ich gethan. Im Uebrigen halte ich die Sache für unwesentlich. (Heiterkeit.)

Damit schließt die Geschäftsordnungs-Debatte.

In namentlicher Abstimmung wird der Antrag 108 mit 186 Nein gegen 71 Ja bei Stimmenthaltung von Kautsky und Bernstein abgelehnt.

Mit Ja stimmten: Amend, Auer, Bartels-Lübeck, Baudert, Bloß, Bömelsburg, Heinrich Braun, Büttner, Calwer, David, Deder, Meinhardt, Deutsch, Diez, Dimmich, Dörndt, Ebert, Efftinge, Ehrhart, v. Elm, Emmel,

Fendrich, Rich, Fischer, Fischer-Dresden, Friedrich-Lübeck, Frohne, Gerisch, Gradnauer, Grimpe, Groß, Harm, Hoffmann-Vielefeld, Hoch, Hüttmann, Heine, Hug, Jabobsen, Kietisch, Klotz, Körten, Krohn-Ottenfen, Ladewig, Lang, Müller-Hamburg, Neukirch, Nießch, Ob, Pape, Peus, Pfeiffe, Pfüller, Piffhorst, Quard, Roesse, Rogkopf, Rudolph, Sidow, Siebeneicher, Silber Schmidt, Sidelum, Schmidt-Rostock, Schulz-Magdeburg, Steningt, Selma Steinbach, Stubbe, Thönen, Toege, Ulrich, Voigt-Bernburg, Wedemeyer, Windhoff.

Mit Nein stimmten: Albrecht, Antrid, Ottilie Baader, Baerer, Baier, Bartels-Dortmund, Basner, Bebel, Becker, Bedmann, Beyer, Berard, Blumhardt, Blumstod, Bohn, Böhle, Brandt, Braun-Königsberg, Breour, Breil, Breß, Brühne, Busold, Bühler, Cohn, Domscheidt, Drechsler, Düwell, Eberhardt, Eberle, Ernst, Evers, Faber, Fanghänel, Feldmann, Fiedler, Fischer-Lüdenscheid, Fischer-Weimar, Förster, Frahm, Friedrich-Darmstadt, Frickh, Fülle, Fuhs, Garß, Ged, Gemoll, Gesche, Geher, Goerle, Gogowski, Goldstein, Grauer, Grebesmühl, Große, Grunwald, Haase, Hartmann, Haberlamp, Heer, Hengsbach, Herbst, Hiltenbrand, Hünze, Hoffmann, Horenburg, Huber, Hüttig, Jahn, Emma Jhrer, Jann, Jmle, Joos, Jürs, Jungnickel, Kaden, Käppler, Keller, Keil, Kental, Kiesel, Klingenhagen, Kriemir, Krees, Koenen, König, Kofz, Kogke, Kraus, Krause-Neugersdorf, Krause-Stettin, Kurze, Landgraf-Chemnitz, Landgraf-Limbach, Lang, Lebour, Legien, Lehmann, Leopoldt, Leutert, Lipinski, Löwenstein, Lüth, Markwald, Meinhardt, Meister, Meißner, Messing, Metzger, Metzner, Michaelis, Mollenbühr, Muder, Müller-Hensburg, Müller-Groitzsch, Pfannluch, Florin, Raitz, Reiwand, Reul, Riegel, Rosbight, Reißhaus, Sächse, Seifert, Seige, Siedermann, Singer, Sommer, Scheidemann, Schlichtholz, Schmidt-Frankfurt, Schmidt-Fürth, Schmidt-Reifen, Schneider, Schnell, Scholz, Schrader, Schreiter, Schubert, Schulze, Schwarz, Schwedt, Staab, Stadthagen, Steinbrügge, Stolle, Stolpe, Stollen, Sülden, Marie Thiel, Thiele, Thielhorn, Unger, Walther-Löbtau, Walter-Loeburg, Weidert, Wejemeier, Winkler, Wjzoroski, Wolters, Wurm, Zeißig, Clara Zeßlin, Louise Zieg, Zorn, Zubeil.

In weiterer namentlicher Abstimmung wird nunmehr der Antrag 109 mit 203 Ja gegen 31 Nein bei Stimmenthaltung von Auer, Rich, Fischer, Bernstein und Kautsky angenommen.

Mit Ja stimmten: Albrecht, Amend, Antrid, Ottilie Baader, Baier, Bartels-Dortmund, Basner, Baudert, Baerer, Bebel, Becker, Bedmann, Beyer, Bloß, Blumhardt, Blumstod, Bohn, Böhle, Bömelsburg, Brandt, Braun-Königsberg, Breour, Breil, Breß, Brühne, Busold, Bühler, Büttner, Calwer, Cohn, David, Deutsch, Diez, Dimmich, Dörndt, Dörnte, Drechsler, Düwell, Eberhardt, Eberle, Efftinge, Emmel, Ehrhardt, Ernst, Evers, Faber, Fanghänel, Feldmann, Fendrich, Fiedler, Fischer-Lüdenscheid, Fischer-Weimar, Förster, Frahm, Friedrich-Darmstadt, Frickh, Frohne, Fülle, Fuhs, Garß, Ged, Gemoll, Gerisch, Gesche, Geher, Goerle, Gogowski, Goldstein, Gradnauer, Grauer, Grebesmühl, Grimpe, Große, Groß, Grunwald, Haase, Harm, Hartmann, Haberlamp, Heine, Hengsbach, Herbst, Hiltenbrand, Hünze, Hoch, Hoffmann-Berlin, Hoffmann-Vielefeld, Horenburg, Huber, Hug, Hüttig, Hüttmann, Jahn, Jabobsen, Emma Jhrer, Joos, Jungnickel, Jürs, Kaden, Keller, Keil, Kental, Kietisch, Kiesel, Krees, Klingenhagen, Klotz, Kriemir, Koenen, König, Körten, Kofz, Kogke, Kraus, Krause-Neugersdorf, Krause-Stettin, Krohn, Kurze, Ladewig, Landgraf-Chemnitz, Landgraf-Limbach, Lang, Lebour, Lehmann, Leopoldt, Leutert, Lipinski, Löwenstein, Lüth, Luzemburg, Meinhardt, Meister, Meißner, Messing, Metzger, Metzner, Michaelis, Muder, Müller-Hensburg, Müller-Groitzsch, Müller-Hamburg, Mollenbühr, Pfannluch, Pfeiffe, Pfüller, Florin, Raitz, Reißhaus, Reiwand, Reul, Riegel, Rosbight, Sächse, Scheidemann, Schlichtholz, Schmidt-Frankfurt, Schmidt-Fürth, Schmidt-Reifen, Schneider, Schnell, Scholz, Schrader, Schreiter, Schubert, Schulze, Schwarz, Schwedt, Seifert, Seige, Siebeneicher, Silber-

Schmidt, Singer, Simbermann, Sommer, Sibelium, Staab, Stadthagen, Stamingf, Steinbrügge, Stolke, Stolpe, Stolten, Stubbe, Stücken, Marie Thiel, Thiele, Thielhorn, Thöne, Zoelge, Ulrich, Unger, Walter-Loburg, Walther-Löbtau, Weiders, Wesemeier, Windhoff, Winkler, Wigorowski, Wolters, Wurm, Zeißig, Klara Zellin, Louise Zieg, Zorn, Zubeil.

Mit Nein stimmten: Bartels-Lübeck, Bérard, Dr. Heinrich Braun, Dedler, Deinhardt, Ebert, Elm, Fischer-Dresden, Friedrich-Lübeck, Heer, Imle, Kämpfer, Legien, Wardwald, Wah, Neufirch, Riechig, Orb, Pape, Peus, Pistorius, Quarrt, Rüste, Rostkopp, Rudolph, Schmidt-Rostod, Schulz-Magdeburg, Sidow, Selma Steinbach, Voigt und Webemeier.

Damit sind die Resolution 115, die Anträge 52, 91, 92, 98 und dieser Gegenstand der Tagesordnung erledigt.

Das Wort erhält nunmehr zu einer Erklärung

Vernstein: Parteigenossen! Wie ich Ihnen schon in meiner Zuschrift an den Stuttgarter Parteitag erklärt habe, kann ein Votum des Kongresses mich selbstverständlich in meiner Ueberzeugung nicht irre machen. Es ist mir aber auch zugleich das Votum der Mehrheit meiner Genossen niemals gleichgültig. Meine Ueberzeugung ist, daß diese Resolution mit objektiv unrecht thut, auf falschen Voraussetzungen beruht, wie ich Ihnen das ausgeführt habe. Aber nachdem Genosse Nebel erklärt hat, daß mit dieser Resolution kein Mißtrauensvotum verbunden sein soll, erkläre ich fernerhin, daß ich dem Votum der Majorität des Parteitages diejenige Achtung und Beachtung entgegenbringen werde, die einem solchen Kongressbeschlusse gebührt. (Stürmischer Beifall.)

Es wird zurückgelehrt zur **allgemeinen Diskussion über die Presse.**

Thiele-Halle: Die Artikel von Börsch, Calver und Parvus über die Zustände in unseren Provinzial-Parteiblättern haben zu umfangreichen Debatten Anlaß gegeben. Leider wird kein Kenner unserer Parteipresse behaupten können, jene Artikel seien in wesentlichen Punkten unrichtig. Es bestehen in der That sehr bedeutende Mißstände auf diesem Gebiete. Das ist nicht die Schuld einzelner Personen. Im Gegentheil kann gesagt werden, daß sowohl in den Redaktionen als auch in den Expeditionen unserer Blätter mit größtem Fleiße gearbeitet wird und daß unsere Blätter in den letzten Jahren außerordentliche Fortschritte betreffs redaktioneller und technischer Ausgestaltung gemacht haben. Die Hauptschuld, daß unsere Presse, mit wenigen Ausnahmen, nicht auf der Höhe ihrer Aufgabe stehen kann, liegt in den oft geradezu lächerlich geringen Mitteln, die für die Redaktion ausgeworfen werden. Ich habe hier eine Zusammenstellung, aus der sich ergibt, daß viele unserer Blätter nur 8—12 Prozent ihrer Gesamtausgaben auf die Redaktion verwenden, und da stecken auch noch die zum Teil sehr beträchtlichen Prozeßkosten darin. Bei so kieselmütterlicher Behandlung der Redaktionen kann auch beim eifrigsten Fleiße der Redakteure das Blatt nicht auf die Höhe seiner Aufgaben gestellt werden. Ein fernerer Uebelstand beruht darin, daß zumeist die rechtlichen Befugnisse zwischen Redaktion, Expedition und Preßkommission nicht oder doch nicht genau abgegrenzt sind. Wir lassen es uns seit einem Jahre angelegen sein, diesen Uebelstand zu heben, ohne dabei überall auf das Entgegnetommen zu treffen, das erwartet werden sollte. (Glocke des Vorsitzenden.) Da meine Redezeit verstrichen ist, empfehle ich noch allen Genossen, durch genaue Abgrenzung der rechtlichen Befugnisse nach Kräften die Reibungsfläche zwischen Redaktion, Expedition und Preßkommission zu vermindern, überall auf Aufstellung eines Redaktionsbudgets zu dringen und in denjenigen Orten, in denen unsere Blätter Filialen haben, dem Expedienten eine Zeitungs-Kommission zur Seite zu stellen, die aus 3 bis 5 im Orte wohnenden Personen bestehen kann und welcher die Aufgabe zufällt, sowohl bei Gewinnung neuer Abonnenten als bei den monatlichen Abrechnungen mit der Hauptexpedition dem Austräger zur Hand zu gehen. —

Betreffs des Tones, den Genosse Gruntwald-Erfurt in der „Thüringer Tribune“ gegen Parteigenossen und Parteiblätter anspricht, kann ich ihm nur sagen, daß dieser Ton bei fast allen Kollegen große Zustimmung erzeugt hat. (Beifall.)

Ehrhart: Ich befürchte, daß die Presse in dieser Diskussion viel zu kurz kommt. Calver hat die Provinzpresse für rückständig erklärt; es thut mir sehr leid, daß Calver unter die freien Schriftsteller gegangen ist und nicht in einer Redaktion gezeigt hat, wie er es besser machen kann. Es ist das ein schwerer Vorwurf gegen die Provinzpresse, man soll doch nicht außer Acht lassen, in welchen schwierigen Verhältnissen Redaktionen und Expeditionen mit den Arbeitern Hand in Hand arbeiten müssen, um die Existenz des Blattes zu erhalten. Wenn wir das einführen wollen, was Calver will, den meisten Organen wäre das Lebenslicht ausgeblasen. Eine derartige Kritik gehört nicht in die „Sozialistischen Monatshefte“, sondern auf den Parteitag. Ich glaube wohl, daß Calver und Anderen die Preßkommissionen ein Grauel sind, aber sie sind nötig, wenn sie auch oft lästig fallen. Es ist oftmals die Schuld manchen Redakteurs, wenn er mit der Preßkommission nicht auskommt. Die Redaktion muß eng Hand in Hand mit dem Geschäftsführer gehen, denn wenn dieser nicht leistungsfähig ist, ist es die Redaktion erst recht nicht.

Die parteigenösslichen Redakteure haben eine Kampfsorganisation gegründet, sie wollen ihre geistige Arbeit höher eingeschätzt haben; sehr schön, aber sie sollen nicht nur von ihren Rechten reden, sondern auch von ihren Pflichten. Es ist ein schwerer Vorwurf für die Redakteure, wenn Calver und Andere andeuten: billig und schlecht; das heißt, der Redakteur würde, wenn er besser bezahlt würde, besser arbeiten. Das ist in unserer Parteigeschichte garnicht traditionell. Was mußte der alte Liebtnecht mit seinem jämmerlichen Gehalt früher leisten! Die Redakteure sollten durch ihre Leistungen das Blatt, den Abonnentenstand und damit auch die Leistungsfähigkeit des Verlages heben. Man verweist immer auf die bürgerliche Presse, greift aber nur ein paar Ausnahmefälle heraus, während da vielfach ganz grauenhafte Zustände herrschen. So ist mir ein Redaktionskult bekannt, der für 135 Mk. monatlich täglich eine ganze Aushaut redigieren muß und dazu noch vier Kopfbblätter.

Singer: Ich ersuche den Redner, auf die Vorschläge des Vereins Arbeiterpresse an die Verleger hier nicht einzugehen, weil jedes Material dem Parteitag fehlt.

Ehrhart: Aber über den Ton in der Presse muß ich noch einige Bemerkungen machen. Noch weit nötiger, als über Vernstein zu Gericht zu sitzen, ist es über die Art, wie man Parteigenossen behandelt. Z. B. wie der „Vorwärts“ Calver abgefanzelt hat, der bei allen seinen Sünden doch noch immer Parteigenosse ist. Es ist durch den männlichen und weiblichen Bugzug aus dem Ofen ein recht unangenehmer Ton in unsere Parteipresse gekommen. Es wird von den Delegierten in Mainz als von „Nullen“ gesprochen. Noch drastischer ist die Sprache der Genannten in unserem wissenschaftlichen Organ der „Neuen Zeit“. Die Genossen Gradnauer und Auer haben anscheinend vor der lieben Rosa den Notau gemacht, mit ihr Frieden geschlossen, aber wir können doch nicht dasselbe thun, haben auch nicht alle Lust dazu. Aber ich protestiere gegen diese Art der Politik, die wir uns bieten lassen müssen. Auch wir machen Anspruch auf anständige, parteigenössliche Behandlung.

Ich bedauere, daß die „Neue Zeit“ fast ausschließlich gerade auf diese Mitarbeiter angewiesen ist. Sie haben das Wort gehört: „Billig und schlecht“. Auf die „Neue Zeit“ paßt das nicht ganz, denn sie kostet der Partei sehr viel Geld und trotzdem entspricht sie uns nicht, trotzdem entwideln sich neben ihr Organe, die ihr das Wasser abgeben. (Zustimmung.) Eine Aussprache hierüber wäre dringend geboten. Es war in der Vernsteinfrage so viel von der Selbstkritik die Rede, möge diese doch auch ihre Anwendung in der gegenseitigen

Behandlung der Genossen finden. Es wird über die Theorie viel lautes Stroh gebroschen, nützlicher wäre, sich mehr mit der Kleinarbeit zu beschäftigen. Auch die fabrikmäßige Thätigkeit einiger journalistisch thätiger Genossen dürfte eine Besprechung nöthig machen. Bei aller Hochachtung vor unseren Akademikern möchte ich diesen dringend empfehlen, mehr Fühlung mit der Masse zu nehmen. Meine Redezeit ist um; weil ich gerecht bin, verzichte ich, obwohl ich noch viel auf dem Herzen hätte, auf das Wort.

Die Mittagspause tritt ein.

Schluß 1 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

3 $\frac{1}{4}$ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Die Debatte über die Presse wird fortgesetzt.

Dr. Südekum-Dresden: Ein Theil dessen, was ich ausführen wollte, ist bereits durch die vorhergehende Diskussion erledigt worden, z. B. ein Theil der Klagen, die in weiten Parteikreisen gegen die „Neue Zeit“ laut geworden sind. Mehr noch als die Zornesworte von Ehrhart hat mich die entschiedene Art und Weise erfreut, in der Webel geklärt in dieser Hinsicht von Parvus abgerückt ist. Privatim habe ich gehört, daß Kautsky die Verantwortung für die Artikel nicht trägt, da er zu jener Zeit auf Urlaub war. Aber aus der eigenthümlichen Numerirung dieser Artikel, die den Schluß aufkommen lassen, als sei ein Artikel ausgefallen, läßt sich vielleicht vermuthen, daß selbst seinem Vertreter der eine Artikel zu stark war. Ebenso kann ich mich vollkommen dem Urtheil Thiele's über Grunwald und die Art seiner Polemik anschließen. Ich bin kein Verehrer studentischer Sitten, aber das eine gefällt mir immer daran, nämlich die Art, wie junge Studenten, die Korporationen angehören, sobald sie anfangen, zu läppig zu werden, sofort immer an ihr Fuchsenthum erinnert werden. Das hätte doch auch Grunwald nicht aus den Augen lassen sollen, als er in seiner Weise zu polemischen anfing. Nun bin ich weit entfernt, das Alter und die Länge der Parteizugehörigkeit schlechtshin zum Maßstab der Lichtigkeit zu machen. Ich weiß ganz genau, daß sogar graue Haare nicht vor Thorheiten in der Partei schützen, ja auch Leute, die gar keine Haare mehr haben, können Dummheiten machen, aber das hindert doch nicht, daß in den Reihen gerade der Kollegen Grunwald's die Empfindung vorherrscht, daß es bedeutend besser gewesen wäre, wenn er in anderer Form seinen Eintritt in die journalistische Parteithätigkeit vollzogen hätte.

Nun zu etwas Anderem! Zwei kritische Aufsätze über die Parteipresse, die in letzter Zeit veröffentlicht sind, geben mir Anlaß zu einigen Bemerkungen. Auch ich bin der Meinung, daß der Calwer'sche Artikel sehr starke Uebertreibungen enthält. Aber er enthält auch manches Richtige. Unleugbar bildet unsere Parteipresse, insbesondere die kleine, unter einer starken Uniformität. Aber so schlecht unsere Parteipresse in einzelnen Punkten vom journalistisch-technischen Standpunkte auch sein mag, thurnhoch steht sie doch schon wegen ihrer Integrität über einem großen Theil der bürgerlichen Presse, bei der es ja jetzt wieder gelungen ist, in Dresden die schlimmste Korruption aufzudecken. Aufsehen erregt hat auch der Artikel des Genossen Julian Borchardt in der „Neuen Zeit“. Er erhebt die ja nicht neue Forderung der Begründung einer Jugendzeitschrift, die auch dem jetzigen Parteitag wieder in Form eines Antrages unterbreitet worden ist. Borchardt meint, es sei möglich und rühmendwerth, daß sich eine Jugendzeitschrift im losen Zusammenhange mit einem Parteiblatt entwickle, so wie sich die „Kommunale Praxis“ vom Mutterboden der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ losgelöst habe. Nun, in Dresden wird jetzt

aus privater Initiative ein Versuch damit gemacht von meinem Kollegen Dr. Morgenstern in Verbindung mit dem Genossen Wallfisch, Geschäftsführer der „Sächsischen Arbeiterzeitung“. Wir werden einen schweren Stand haben, aber die freundlichen Worte Pfannkuch's lassen mich hoffen, daß uns die moralische und auch praktische Unterstützung durch den Parteitag nicht fehlen wird. Lassen Sie mich einige Worte über den Plan sagen. Die Jugendzeitschrift ist als selbstständige Zeitschrift von 16 Seiten mit Umschlag gedacht. Sie ist nicht für höhere A.B.C.-Schüler gedacht, sondern wendet sich an jenes kritische Alter, wo das Kind die Schule verläßt, um ins Leben zu treten, an das Alter von 18, 14, 15 Jahren. In Dr. Morgenstern glauben wir die geeignete Persönlichkeit für die Redaktion gefunden zu haben, der mit Hilfe unserer besten Parteischriststeller und hervorragender Pädagogen das Blatt schaffen wird. Auch der geschäftlichen Lichtigkeit des Genossen Wallfisch, des geschäftlichen Leiters, dürfen wir vertrauen. Ich hoffe, daß Ihnen in kurzer Zeit etwas Nächtiges vorgelegt werden kann. (Bravo!)

Richard Fischer: Wenn ich in der geschlossenen Sitzung oder in der Bernstein-Debatte zum Wort gekommen wäre, dann hätte ich mich jetzt nicht gemeldet, weil ich dort schon meine Schmerzen losgeworden wäre. So muß ich hier etwas ausführlicher werden, soweit dies unter dem Zehnmittelnmaulkorb möglich ist. In der Bernstein-Debatte haben wir uns über den Begriff der Wissenschaft unterhalten. Da dürfte also auch hier die Frage angeeignet sein, ob unser wissenschaftliches Organ, die „Neue Zeit“, diesen Begriff erfüllt. Darin sind wir wohl Alle einig, daß ein solches Organ im Gegensatz zur Tagespresse auf einer höheren Warte stehen, ein Organ für kritische Forschung sein soll und daß darin die in der Partei auftauchenden Meinungsverschiedenheiten, Probleme erörtert und geklärt werden sollen.

Ich habe mir Material aus der älteren Zeit nicht mitgebracht, aber auch die letzten Tage haben genug Material gebracht. Immer mehr macht sich die bedauerliche Erscheinung bemerkbar, daß in der „Neuen Zeit“ entgegengesetzte Meinungen niedergeschlagen werden. Immer mehr wird die „Neue Zeit“ ein Organ des Kampfes für eine bestimmte Meinung, für die Reinhaltung einer bestimmten Anschauung, und daraus erklärt sich die traurige Thatsache, daß fast Alles, was litterarisch thätig in unserer Partei ist, die „Neue Zeit“ verläßt und einer Revue folgt, die nur durch eine Personalunion, durch die Person des Redakteurs mit der Partei verbunden ist, und während die Partei gar keinen Einfluß auf die Redaktion hat, sie andererseits immer häufiger und mehr ein Stück moralischer Verantwortung für deren Inhalt überwälzt bekommt. Wie ist es zu dieser Thatsache gekommen? Es ist eben nicht Jedermanns Geschmach, an demselben Tisch mit ein paar litterarischen Klausurholden zu sitzen, die, sobald ihnen Gelegenheit gegeben wird, jeden zusammenzubringen, der vielleicht eine falsche Meinung oder gar eine solche in ungeschickter Form ausgedrückt hat. (Sehr richtig!) Webel hat ja nun gesagt, daß er diese Angriffe nicht billige, und Kautsky hat privatim erklärt, daß auch er nicht damit einverstanden wäre. Webel hat es so hingestellt, als handle es sich nur um die Entgeisterung einer Ferienredaktion. Ich halte gewiß Kautsky für einen unserer begabtesten, klarsten und populärsten Schriftsteller, auf den wir Alle stolz sein dürfen. Anders aber steht es mit seiner Redaktionsführung, und da behaupte ich, liegt ein System in der „Neuen Zeit“ vor. Schließlich ist der Stellvertreter Kautsky's in den Ferien seit Jahren Hauptmitarbeiter und Redakteur, er muß wohl darüber unterrichtet sein, was man der „Neuen Zeit“ zumuthen darf; und da finden wir gleich in dem ersten Artikel von Parvus eine Stelle, von der ich nicht verstehe, wie man sie in die „Neue Zeit“ aufnehmen konnte. Wenn die Auffassung richtig ist, der Kautsky schriftlich Ausdruck gegeben hat, daß diesen Schriftsteller in der Partei Niemand mehr ernst nimmt, wie kann man ihn dann zum Fahren-

träger machen in unserer wissenschaftlichen Revue! (Lebhafte Zustimmung!) Da heißt es, „dass, wer es noch vor zwei, drei Jahren gewagt hätte, gegen eine Parteigröße den Vorwurf des Opportunismus zu erheben, der wäre als Schwarzflehler angesehen worden und hätte sich in Acht nehmen müssen, um nicht als Krafzflehler wegen „persönlicher Verunglimpfung“ aus der Partei hinausgeschmissen zu werden.“ Das schreibt der wissenschaftliche Kenner in der „Neuen Zeit“! Nicht einmal die Unabhängigen haben einen solchen Vorwurf zu erheben gewagt! Und die Behandlung Auer's! Mit Auer's persönlicher Erklärung ist ja die Sache gestern schon, soweit sie hier in Betracht kommt, in der entsprechendsten Weise charakterisiert worden. Aber die Auffassung Bebel's ist schon deswegen nicht richtig, weil ja unterdessen unter der Redaktion Kautsky's ein weiterer Artikel erschienen ist, der sich in Bezug auf den Ton, die Werthschätzung der Personen, gar nicht von den anderen unterscheidet. Wenn wir den Genossen Parvus an der Arbeit sehen, dem Genossen Bernstein die niederträchtigsten und gemeinsten Motive für sein Verbleiben in der Partei zu unterstieben, wie er versucht, ihm die literarische Ehre abzuschneiden (sehr wahr!) mit der Unterstellung, daß Bernstein sich mit den Federn von Friedrich Engels schmüde (Unruhe), dann ist Kautsky verpflichtet, nach seiner Kenntnis der Verhältnisse und der Person Bernstein's, mit dem er Jahre lang zusammen gearbeitet hat, dagegen zu protestiren oder diese Stelle nicht aufzunehmen. (Lebhafte Beifall.) Das ist auch der Grund, weshalb ich für die Resolution Bebel's nicht habe stimmen können, weil darin die Stelle steht, daß Bernstein den Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft und deren Vertreter unterlasse — ich weiß, Bebel hat es nicht beabsichtigt, aber der Schluß kann daraus gezogen werden —, daß Bernstein absichtlich und mit Vorbedacht den Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft nicht mehr führe. Wenn das in der wissenschaftlichen Revue steht und es dann heißt: „Andererseits hält Bernstein schon deswegen an der Sozialdemokratie fest, weil er außerhalb derselben jede politische Bedeutung verlieren würde“ (große Unruhe) — so werden Sie mir zugeben, daß das eine unmwürdige Unterstellung ist. Wenn es weiter heißt: „Seine Aufgabe ist die sozialreformistische Zerstückung der Partei“, dann sind das nicht Entgleisungen, sondern der Ausdruck eines Systems. (Sehr wahr!) Aber es ist ja nicht nur Parvus. Die Genossin Luxemburg ist nicht anwesend, das kann mich aber nicht hindern, auch über sie etwas zu sagen. Dieselbe unwürdige Unterstellung und dieselbe Verdrehung des Thatbestandes vermittelst geschickter, aber gewissenloser Rabulistik haben wir in der Behandlung des Falles Millerand seitens der Genossin Luxemburg erlebt. Man kann eine Auffassung vertreten in aller Schärfe, aber man darf die Meinungen der Genossen nicht fälschen, und bloß in der Absicht, geistreich zu erscheinen, so lange rabulistiren, bis die Wahrheit in ihrem Gegenteil erscheint. In ganz klassischer Weise hat sie das gerade wieder in der letzten Nummer der „Neuen Zeit“ gethan. In der Budgetbewilligungsfrage siehe ich auf dem Standpunkte der Genossin Luxemburg; ich verurtheile auch die Motivirung Fendrich's; das Wort von der Gleichberechtigung hätte er unterlassen sollen. Aber wer von uns hat nicht sogar schon eine gute Sache mit schlechten Gründen und in ungeschickter Weise vertreten! Wenn ich nicht die Gabe habe, in geistreicher Weise meinen Standpunkt zu vertreten, so kann man es einem unansändigen Gegner überlassen, mich als politischen Trottel hinzustellen, hier aber sehen wir, wie die Genossin Luxemburg einen anderen Genossen nicht bloß als Trottel hinstellt, sondern geradezu als Verräther an der Partei. Nach alledem, was unsere Genossen im badischen Landtag in tapferer Vertretung unserer Parteigrundsätze dort geleistet, schreibt Rosa Luxemburg von ihnen: „Sozialdemokratische Abgeordnete werden in den Landtag geschickt als Ausdruck des Protestes gegen die Entrechtung, die Versklavung, die Unterdrückung der Arbeiter-

Klasse, sie treten in den Landtag und erklären: Es thut uns leid, wir sind in jeder Beziehung so gleichberechtigt“ — das es uns unmöglich ist, dem kapitalistischen Staate ein Mißtrauensvotum zu geben.“ Ist das nicht geradezu eine völlige Umkehrung der Thatfachen, eine Spekulation auf die Unwissenheit und Unkenntnis? (Sehr wahr!) Geben wir dafür jährlich Tausende zur Deckung des Defizits der „Neuen Zeit“!? Fendrich hat sich im Ausdruck vergriffen, aber deswegen mit der ganzen Kunst der Rabulistik, wie sie vielleicht ein Erbtheil ihrer Klasse ist, über ihn herzugreifen, das geht doch nicht an.

Singer macht Fischer darauf aufmerksam, daß seine Redezeit abgelaufen ist.

Fischer: In zehn Minuten kann man zwar eine Frage anschnitten, aber sie nicht eingehend behandeln, aber man kann wenigstens die Forderung stellen, daß es so nicht weiter gehen darf, da muß von der Partei Klamebur geschaffen werden. (Lebhafte Beifall.)

Kautsky: Auf alle die schweren Anklagen, die gegen mich erhoben worden sind, kann ich in den zehn Minuten nicht eingehen, ich will mich auf einige wenige Punkte beschränken. Vor Allem nehme ich keinen Anstand, zu erklären, daß ich die letzten Artikel von Parvus, die nicht unter meiner Redaktion veröffentlicht sind, mißbillige und daß ich sie nicht aufgenommen hätte. Aber man darf auch nicht übertreiben und jene Artikel als unerhört hinstellen. Gewiß, der Ton ist unpassend, aber hat man nicht gegen Parvus und Luxemburg einen noch schärferen Ton in süddeutschen Blättern angeschlagen? Hat man da nicht diese Genossen in einer unerhörten Weise beleidigt? Dagegen habe ich in dem Artikel über Auer nicht das geringste Beleidigende gefunden. (Widerspruch.) Die Absicht der Beleidigung selbst lag nicht vor und Parvus hat mir brieflich erklärt, daß er vor Auer die größte Hochachtung besitze, sowohl als Menschen wie als Parteigenossen. Sie finden in dem Artikel nur eine Kritik der politischen Thätigkeit Auer's, die vielfach nicht zutreffend, aber doch keine persönliche Herabsetzung ist. Allerdings hat Parvus auch eine Geschnalllosigkeit über das Germanenthum von Auer verbrochen, aber ich muß als Milderungsgrund anführen, daß er da nicht originell war, sondern die Schallhaftigkeit von Auer nachahmen wollte. Sehr ungeschickt, denn um Schall zu sein, muß man Grazie haben, und an Grazie kann sich Parvus mit Auer nicht messen. (Geisterleit.) Aber abgesehen von diesen Artikeln ist doch das, was hier gesagt ist, furchtbar übertrieben. Es ist gesagt, Parvus und Luxemburg nehmen ja den ganzen Raum der „N. Z.“ ein. Nun, was haben sie denn in den letzten Jahren veröffentlicht? Parvus hat über die Finanznoth in Rußland und über die landwirthschaftlichen Zölle äußerst instruktive und höchst lehrreiche Artikel geschrieben. Erst in jenen letzten Artikeln, auf denen man fortwährend herumtritt, ist der Anstoß erregende Ton angeschlagen. Und was hat Luxemburg veröffentlicht? Einen Artikel über den Fall Millerand, in dem sie eine Reihe höchst instruktiver Thatfachen mitgetheilt hat, die für Alle vom höchsten Werthe waren; einen Artikel über die Frage der Affordmation, der ganz sachlich und unbefangen war und auch werthvolles Material bot. Allerdings hat sie auch durch einen Artikel die Frage der Budgetbewilligung in Fluß gebracht; das hat freilich Anstoß erregt, aber meiner Ansicht nach war gerade das sehr verdienstlich. Soll ich alle diese Artikel ablehnen, bloß weil sie von Leuten herkommen, die Manchem mißlieblich sind? Ich glaube, das wollen die Genossen selbst nicht.

Nun wirft man mir ein, es handelt sich nicht um die Artikel, sondern um den darin angeschlagenen Ton. Dieser Ton vertritt ein System, und dies System bestehe darin, daß Jeder, der nicht meiner Ansicht ist, niedergetrampelt wird. Das sei aber nicht Aufgabe der „N. Z.“, sie solle Probleme diskutieren

und nicht einfach die Diskussion eröffnen. Ja, werden denn nicht in der „N. Z.“ eine Unmenge Probleme diskutiert? Ist nicht die Bernstein-Frage in der „N. Z.“ aufgeworfen worden? Man könnte mir eher vorwerfen, daß ich dieser Debatte zu spät als zu früh ein Ende gemacht habe. Wir haben Diskussionen gehabt über die Konsumvereine, die Jugendliteratur, die Verstaatlichung der Bergwerke, die Neutralität der Gewerkschaften, und andere Fragen, man kann also nicht sagen, daß die „N. Z.“ kein Diskussionsorgan ist. Aber, sagt man, die „N. Z.“ solle über den Kämpfen stehen. Ja, wenn Sie das von mir verlangen, dann verlangen Sie etwas, was über meine Kräfte geht. Wenn Sie verlangen, daß die „N. Z.“ eine Art wissenschaftliches Ueberbrett sein soll, eine Art höherer Warte, die von einem Uebergeordneten redigiert wird, der auf unsere internen Kämpfe von oben herabblickt, dann werden Sie keinen Redakteur finden, denn das könnte nicht ein Mann von Charakter sein, sondern nur eine Maske. Ich bin mir indes nicht bewußt, daß ich, wenn ich in die Arena des Kampfes hinabgestiegen bin, meine Pflicht den Genossen gegenüber vernachlässigt habe. Quard hat neulich gemeint, daß bei uns eine gewisse Nervosität über die Bernstein-Frage herrscht. Ich gebe das zu, diese Frage hat uns alle nervös gemacht. Hüben wie drüben ist man geneigt, jedes scharfe Wort als unerhörte Beleidigung aufzufassen.

Unser Ton wurde ein unpassender genaunt. Man vergißt dabei Eines. Wenn man mit einem Gegner polemisiert, so will man zeigen, wohin die Konsequenzen seines Thuns führen. Damit sagt man aber nicht, daß der Gegner sich dieser Konsequenz bewußt ist und ihnen absichtlich zustimmt. Daß Bernstein nicht die Absicht hat, die Partei aufzulösen, ist doch selbstverständlich; es ist mir auch niemals eingefallen, die bona fides der Genossen von der anderen Richtung anzuzweifeln, noch ist das irgend einem meiner Mitarbeiter eingefallen; es wurden nur die Konsequenzen gezogen und gesagt, diese führen in den Sumpf. Aber man hat nicht gesagt: Ihr wollt uns in den Sumpf führen. Das ist etwas ganz Anderes. Das Eine kann man mit allem Nachdruck bekämpfen, es ist aber nichts Beleidigendes, sondern nur etwas Schmerzliches. Allerdings kann ich nicht für Alles, was in der „N. Z.“ steht, die Verantwortung übernehmen, in dem Sinne, daß ich jedes Wort unterschreibe. Sie verlangen doch, daß wir Selbstkritik üben, aber das können wir nur, wenn wir Toleranz üben. Auf der einen Seite nennt man mich den Grobquästor, auf der anderen Seite sagt man, ich sei viel zu tolerant. Ja, es fällt mir allerdings schwer, der Zensor meiner Genossen zu sein und meine Mitarbeiter zu lastren. Es ist möglich, daß ich da zu weit gehe, aber einer Schuld bin ich mir nicht bewußt. Im Uebrigen hoffe ich, daß diese ganzen Klagen über die „N. Z.“ beendet sind, denn sie sind doch nichts als ein Nachklang der Bernstein-Debatte. Das gebe ich gern zu: die Bernstein-Debatte hat Niemandem mehr geschadet als der „N. Z.“ und Niemanden in eine schwierigeren Situation gebracht als den Redakteur der „N. Z.“. Ob der Redakteur der „N. Z.“ daran schuld ist, das ist eine andere Frage, die ich jetzt nicht aufrollen will, da ja die Bernstein-Debatten für immer beendet sein sollen. Und weil ich glaube, daß die Bernstein-Frage begraben ist und daß wir uns jetzt zusammensetzen werden zu gemeinsamen, einmütigem Arbeiten, darum halte ich, ist auch Alles, was Sie gegen die „N. Z.“ vorgebracht haben, ein Ding der Vergangenheit. Wir werden ja jetzt wieder einmütig kämpfen und sitzen. (Lebhafte Beifall.)

Seine-Verlin: Stadthagen hat uns heute empfohlen, uns in der Polemik einer recht milde, wenig gehässigen und anständigen Form zu bedienen. Hoffentlich wird er das in Zukunft selbst beherzigen. Heute hat man davon noch nicht viel bemerkt, denn das Gedot der Verleumdung anständiger Formen gilt doch auch unseren Gegnern gegenüber. Ich muß Protest dagegen

erheben, daß Stadthagen den Schriftsteller von Gerlach, von dem ich vorher gesagt habe, daß er ein guter Bekannter von mir sei, ohne jeden Anlaß als einen Schmutzflinken bezeichnet. Eine solche Ausdrucksweise entspricht meiner Auffassung von der Würde dieser Tagung nicht. (Sehr wahr!) Gensowenig halte ich es für angemessen, daß die Luxemburg ohne jeden Anlaß von den hier anwesenden Berichterstattern als von Schmölen gesprochen hat. Nun, der Vater der Schmöle war ein polnischer Jude, und ich wüßte nicht, welche Ursache die Luxemburg hat, diesen Ausdruck zu gebrauchen. Der Ton in unserer Presse ist vielfach ein sehr unangebrachter. Mir liegt hier ein Artikel der „Münchener Post“ vor, in dem in einem ganz ungläublichen Ton gegen die Mitarbeiter an den „Sozialistischen Monatsheften“ losgezogen wird. Das Komische daran ist nur, daß der Hauptmitarbeiter, Vollmar, der Vertreter für München ist. Ueber Grunwald nur ein paar Worte; er hat Bernstein gegenüber das Wort Goethe's über Dilettantenthum gebraucht. Als Goethe das schrieb, war er 76 Jahre alt. Nun sollen wir ja, wie Stadthagen meint, Niemandem seine Jugend vorhalten, aber Stadthagen selbst hat uns Mitarbeitern an den „Sozialistischen Monatsheften“ vorgehalten, daß wir eigentlich noch junge Leute sind, die erst etwas lernen müssen. Ja, wenn Vollmar, Auer und ich junge Leute sind, so sind Sie, Genosse Grunwald, ein Embryo gegen uns. (Stadthagen: Wer hat denn das gesagt?) Aber ich will auf Parvus kommen: in welcher Weise hat er Vollmar mitgespielt?! Das ist besonders abschönlich, daß er ihm vorhielt, er hielte gute Beziehungen zur Regierung und all den Leuten. Ich weiß nicht, ob Vollmar sie hielt, aber ich weiß das Eine, daß Parvus ohne diese guten Beziehungen Vollmar's zu den Leuten nicht in München sein würde, und sich gar nicht genirt hat, diese guten Beziehungen Vollmar's auszunutzen. (Pfiu! Pfiu! Große Unruhe! Stöße!) Ich erwarte, daß dieses Pfiu dem Menschen gilt, der solche Schenke amimmt und darauf anderen ins Gesicht spricht. (Große Unruhe. Stöße. Aufe: Nein, Ihnen gilt's.) Sie haben die Artikel von Parvus gemißbilligt, und die Art, wie Auer ihn gestern abgefertigt hat, war ja sehr häßlich, humoristisch und nett, aber sie genügt denn doch nicht vollkommen. Ich habe in meinem Wahlkreise den Kampf gegen die Antisemiten zu führen, und ich kann es nicht für angemessen halten, daß Parvus in der Weise, wie er es zweifellos durch jene Stelle in seinem Artikel thut, Propaganda für den Antisemitismus mache. Denn das ist das Resultat seiner ungezogenen Bemerkung über die deutsche Nation, die eine Nation sei, die nicht schlan sein könne. Rautsky sagt, Parvus habe ihm geschrieben, das sei nicht so schlimm gemeint. Ja, das ist uns gleich. Gelagt ist gesagt, und ausgenutzt ist es vom ersten Tage an. Es ist wirklich nicht angenehm, daß die Gegner jetzt kommen und sagen: „Das habt Ihr von Eurem Internationalismus.“ Wenn Einer, so bin ich gegen den antisemitischen Gedanken gesetzt und es ist eine ungläubliche Thorheit der Antisemiten, uns so etwas zu sagen, denn unser Internationalismus hat damit nichts zu thun. Unser Internationalismus bedeutet, daß jede Nation die andere achtet, und ich habe keine Mißachtung gegen die russischen und polnischen Juden, aber wenn Jemand als Gast zu uns kommt und uns in die Stube spuckt, so werden wir uns das nicht gefallen lassen und werden mit aller Energie, wenn auch mit der uns angeborenen Höflichkeit, dagegen Protest erheben. (Zubeil russ: Sie waren ja selbst Antisemit, Sie waren Vorsitzender des antisemitischen Vereins deutscher Studenten.) Der diesen Zureuf machte, war derselbe Herr, der sich vorhin erlaubte, Pfiu zu rufen. Daraus, daß ich einmal Antisemit gewesen bin, habe ich nie ein Fehl gemacht, das hat Jeder gemerkt.

Nun noch Eins: Rautsky hat darauf hingewiesen, wie schwer es ist, daß die „Neue Zeit“ zugleich ein Kampforgan und ein wissenschaftliches Organ sein soll. Ich gebe zu, daß das sehr schwierig ist; z. B. dürfte man dann

nicht die Abgeordneten der Partei so angreifen, wie das geschieht. Ich glaube, daß der eingeschlagene Weg nicht immer der richtige war, und ich hätte nur gewünscht, daß Kautsky ebenso wie Bernstein erklärt hätte, daß er die auf dem Parteitag laut gewordenen Meinungen akzeptierte. Lebebour hat vorhin in höchst häßlicher Weise sich über die Erklärung Bernsteins ausgesprochen, über die wir uns alle so gefreut haben; er hat gesagt: Bernstein stellt sich hier hin und sagt: Ich kann auch anders! . . .

Singer: Es ist nicht angebracht, Privatgespräche in die öffentliche Diskussion zu ziehen. Ich bin selbstverständlich bereit, volle Redefreiheit zu gewähren, aber das geht nicht, daß Privatgespräche hier öffentlich erörtert werden.

Heine: Dann benutze ich die Gelegenheit, um zu erklären, daß ich die Handlungsweise von Bernstein für höchst mühsig und ehrenwerth gehalten habe, daß Niemand ein Recht hat, ihm daraus einen Vorwurf zu machen, und daß diejenigen, die das nicht anerkennen, Leute sind, die zeigen, daß sie den Frieden nicht wollen. (Beifall und Widerspruch.)

Stücklen-Altenburg: Die Parteipresse hat nicht die Aufgabe, Parteigenossen anzugreifen. Wir in Thüringen haben uns ganz gut vertragen, bis Genosse Grunwald als neue Reuchte nach Erfurt kam und als „Chefredakteur“ die vier Seiten starke Erfurter „Tribüne“ zu leiten begann. Nun gut! Aber was uns nicht gefällt, das ist die Unreife (sehr wahr!), die Sucht, ja in der Öffentlichkeit besprochen zu werden, was man dann mit allen Mitteln zu erreichen sucht. Als die Anti-Bernstein-Bandwürmer an die bürgerliche Presse verandt waren, da schrieb diese, die Thüringer Sozialdemokratie steht unter dem Einfluß des Dr. Grunwald — zu dem „Chefredakteur“ wurde noch der „Dr.“ angefügt. Es wurde ihm damit eine Wichtigkeit beigegeben, die wir ganz entschieden bestritten müssen. Verschiedene Parteigenossen haben das mit Recht kritisiert, und in welcher Weise hat Grunwald sie dann angerempelt! B. W. den Genossen Ziele! Den „Vorwärts“ rumpelte er an, weil dieser seine langen Artikel nicht in die Welt hinausposaunen half; dazu ist unser Zentralorgan wahrhaftig nicht da. Wie soll denn das erst werden, wenn die Papierpreise fallen und die Erfurter „Tribüne“ vielleicht sechs Seiten stark erscheint! (Heiterkeit.) Der Partei-Vorstand hätte Grunwald schon längst sagen sollen, diese Unrempelen müßten eine Grenze haben, er solle sich nicht so viel Kraut herausnehmen, es seien noch andere Leute da. (Sehr wahr!) Es läßt sich gar nicht leugnen, daß in den Kreisen der Genossen eine sehr starke Mißstimmung gegen die Akademiker in der Partei herrscht. Ich theile diese Mißstimmung in der Weise nicht; wenn das aber in der Presse weiter geht, dann begreift man sie (sehr wahr!), um so mehr, wenn die Parteithätigkeit dieser Leute noch sehr jungen Datums ist. Jeder hat das Recht, seine Meinung zu sagen, aber gewisse Grenzen und Formen muß er inne halten; auf keinen Fall aber darf er in hochmüthiger und präntentöser Weise auftreten. Dieses Auftreten war bisher ein Vorrecht der Genossin Luxemburg. Wenn ich unhöflich sein wollte, dann würde ich sagen: der Genosse Grunwald scheint mir eine mißlungene männliche Ausgabe der Genossin Luxemburg zu sein. (Stürmische Heiterkeit.)

König-Wochum: Wir haben kein polnisches Blatt im Kreise. Nun hat der Vorstand seine Beziehungen zur „Gazeta Robotnicza“ gebrochen. Welches Blatt sollen wir nun unseren polnischen Genossen im Kreise empfehlen? Wir im Buchhandel empfinden es schmerzlich, daß die „Neue Zeit“ keine Fortschritte macht, während die „Sozialistischen Monatshefte“ durch barnunghafte Heftname von Tag zu Tag neue Leser gewinnen.

Ulrich-Offenbach: Die Preiskommissionen sind ein Kind der Parteiverhältnisse an den einzelnen Orten. Gäßen diese Orte einen auskömmlichen Redaktionsetat, dann hätten die Präntationen gewisser Redakteure ihre Berechtigung.

An einzelnen Orten aber befinden sich die Parteiblätter in äußerster Noth und das Sparen am Redaktionsetat ist die Hauptaufgabe der Preiskommissionen. Was zu einem gewissen Grade war Calwer berechtigt, darüber zu klagen, daß in den Preiskommissionen Genossen sitzen, die von der Journalistik nichts verstehen. Durch das Reden darüber wird aber nicht Wandel geschaffen, das ist nur möglich, wenn die Genossen es sich zum Gesetz machen, nur dann an die Gründung von Blättern zu gehen und an die Anstellung von Redakteuren, wenn sie die materielle Grundlage haben und einen Redaktionsetat aufstellen können. (Beifall.) Nun will ich über den Ton meine Meinung sagen. Der ersten Mahnung Heine's will ich folgen, aber seinen weiteren Ausführungen kann ich nicht folgen. Wenn wir uns besleißigen sollen, einen vernünftigen Ton anzuschlagen, dann dürfen wir nicht so losgehen wie Heine. (Lebhafte Zustimmung.) Der größte Theil meiner Ausführungen ist abge schlagen durch die Erklärungen Kautsky's. Ich habe die Zuversicht, daß die „Neue Zeit“ in der Folge anderen Bahnen folgen wird. So kann es nicht fortgehen wie in der letzten Zeit, wenn sie nicht jeden Einfluß im Parteileben verlieren will. Sie hat die Stellung verloren, die ihr eigentlich gebühren sollte, und zwar, als sie in der Debatte über die Agrarfrage Löne anschlug, die ihre Mitarbeiter, die anderer Ansicht waren, herausgegraut hat. (Sehr richtig!) Es fehlt leider einem großen Theil unserer Journalisten das proletarische Klassenbewußtsein, das sie in erster Linie unter sich bethätigen sollten. Wie kommt das? Es erklärt sich daraus, daß die lauesten Kypfer im Streite in der That die Führung mit den eigenen Parteigenossen verloren haben. Deshalb schlagen sie gegen Hresgleichen einen bedenklichen Ton an. (Sehr wahr!) Unsere Gegner können uns oft nicht besser bekämpfen, als durch die Veröffentlichung von Meinungen von Parteigenossen gegen einander, die sie noch besonders ausmünzen. Der größte Fehler, den wir zu beklagen haben, ist der: Unsere eigenen Organe sind oft nicht mehr Kampforgane gegen unsere Feinde, sondern Kampforgane gegen uns selbst. Sollten die heutigen Verhandlungen dazu führen, dieses Uebel zu beseitigen, dann hätten sie großen Werth. (Beifall.) Kautsky sagt, es sei unmöglich, daß die Redaktion der „Neuen Zeit“ über den Wassern schwebt. Was zu einem gewissen Grade aber hat es der leitende Redakteur einer solchen Zeitschrift an der Hand, alle Richtungen zu Wort kommen zu lassen. Keine sollte gedächet werden. Dazu müßte er allerdings die eigene Meinung möglichst zurückstellen und persönliche Angriffe unterlassen. Nicht ein wissenschaftliches Ueberbrett wünschen wir, wohl aber, daß die Formen beobachtet werden, unter denen man sich selber behandelt wissen will.

Calwer: Diese Debatten machen immer den Eindruck: Wo Bestimmungen herrschen, gilt die Moral immer nur für den anderen Theil. Deshalb will ich auf die „Neue Zeit“ nicht eingehen, ich fühle mich da als Partei. Ehrhardt hat sich mit seinem Artikel in den „Sozialistischen Monatsheften“ beschäftigt. Ich muß vorausschicken, daß bei dieser Frage höchstens über einen Punkt Einstimmigkeit bei uns herrscht, darüber nämlich, daß unsere Preisverhältnisse befriedigend sind. Ueber die Gründe streiten wir uns und über die Mittel, wie dem abzuwehren ist. Ich fürchte, diese Mißstände werden zunehmen, je größer der Etat unserer Journalisten wird, und zwar unserer Berufsjournalisten, die bloß Journalisten sind und es bleiben wollen. Je größer ihr Kreis wird, desto mehr müssen sich diese Gegensätze herausbilden. Der frühere Idealismus ist nicht mehr vorhanden; jedenfalls dürfen wir uns auf ihn nicht verlassen. Von den Handarbeitern verlangen wir ihn ja auch nicht. Sie werden nach den Sätzen ihrer Organisation bezahlt. Verlangen Sie ihn also auch nicht bei den geistigen Arbeitern. Auch ihre Ansprüche sollten befriedigt werden, sonst ist die Folge unbefriedigende Leistung in der Presse. Getadelt habe ich besonders den Mangel durchgehender Berichterstattung über den Wirtschafts-

markt. Wir sind da ganz auf die gegnerische Presse angewiesen und die Arbeitgeber, Banken, Aktiengesellschaften schützen die Lage so, wie es ihnen paßt, nicht, wie sie ist. Die Arbeiterorganisationen könnten sehr gut Material zur Beurteilung der Lage beschaffen — hätten sie es getan, so würden Viele von uns nicht von der herrannahenden Krise überrastet worden sein. Mein ungünstiges Urteil über die Parteipresse kann ich in keiner Weise modifizieren. Auf der einen Seite stehen die Schriftsteller; ihren berechtigten Forderungen sollte die Gegenseite entgegenkommen; nur so ist ein Ausgleich möglich.

Grimpe beantragt Schluß der Debatte.

Lebedour: Ich persönlich bin in unerhörtester Weise angegriffen worden von Heine. Wir müssen darauf antworten können.

Der Schlußantrag wird abgelehnt.

Gradnauer: Es ist außerordentlich viel über den guten Ton in der Parteipresse gesprochen worden. Wie schwer es ist, die richtige Grenze zu finden, das hat sich bei einzelnen Rednern gezeigt, die sich selbst über den schlechten Ton beschwert haben. (Sehr richtig!) Heine hat sich über den üblen Ton von Rosa Luxemburg und Parvus beschwert. Ich stimme darin mit ihm überein; dann aber ist es um so bedauerlicher, daß er die Unziemlichkeiten von jener Seite mit eben so groben Unziemlichkeiten seinerseits beantwortet hat. (Sehr gut! Auf: übertroffen hat!) Der „Vorwärts“ ist seit je bemüht, in Parteiangelegenheiten einen Ton inne zu halten, der nicht angeklagt werden kann. Ehrhardt wird selbst nicht der Meinung sein, daß der Vorwurf, den er bezüglich eines einzelnen Artikels erhoben hat, irgendwie verallgemeinert werden kann. Das aber möchte ich nebenbei dem Genossen Ehrhardt sagen, daß er eine ganz absonderliche Auffassung über den persönlichen Verkehr der Genossen unter einander hat. Es ist eine seltsame Zumutung, die er an mich und einen anderen Genossen gerichtet hat, wir sollten nicht über die Strafe gehen mit Genossen, mit denen wir uns in sachlichem Gegensatz befinden. Ich stimme mit Rosa Luxemburg in sehr vielen Dingen nicht überein, ich mißbillige sehr gewisse ihrer literarischen Gepflogenheiten, aber das kann mich nicht abhalten, sie als Persönlichkeit zu schätzen und mit einer sehr interessanten und klugen Frau gern zusammenzutreffen. (Sehr richtig!) Wir würden in eine lächerliche und thörichte Klauenwirtschaft verfallen, wenn wir Genossen wegen sachlicher Meinungsverschiedenheiten nicht die Hand reichen sollten. (Sehr richtig!) Salzer hat mich nicht davon überzeugt, daß er eine fruchtbare Kritik an der Parteipresse geübt hat. Ja, wenn er nur den Mangel in der Behandlung des wirtschaftlichen Theils getadelt hätte, dann könnte ich ihm zustimmen. Aber er hat ganz allgemeine Bemerkungen über die Parteipresse gemacht, gewiß in guter Absicht, aber ohne Berücksichtigung der Verhältnisse der kleinen Parteipresse. Ich habe überhaupt den Eindruck, als wenn die „Sozialistischen Monatshefte“ in einer der Redaktion vielleicht selbst nicht angenehmen, aber durch die Parteiverhältnisse herausbeschworenen Sucht der Kritik derartige Artikel bringen. (Sehr richtig!) Es war wirklich nicht nötig, ein Pronuntiamento dieser Art gegen die Parteipresse zu veröffentlichen. Statt dieser Kritiksucht sollte man lieber versuchen, im Verein mit den Genossen so gut wie möglich Besserung zu schaffen. (Sehr gut!) Verder kann ich die Hoffnung Kautsky's nicht theilen, daß jetzt, wo in der Bernstein-Frage eine gewisse Verständigung erzielt worden ist, die auch von ihm beklagten Uebelstände in der „Neuen Zeit“ beseitigt werden dürften. Es liegt nicht an dem häßlichen Ton, auch nicht daran, daß die „Neue Zeit“ durch die Bernstein-Debatte in eine besonders schwierige Lage gekommen ist. Nein, es liegt an der ganzen Organisation der „Neuen Zeit“, daß sie erhebliche Mängel zeigt. Sie verbindet Aufgaben mit einander, die der genialste Redakteur nicht lösen kann. Sie soll zugleich wissenschaftliches Diskussionsorgan und ein aktuelles Organ

sein, das Stellung zu den Fragen des Tages nimmt. Das sind Aufgaben, die keine einzige Zeitschrift sonst mit einander zu lösen begehrt und im Stande ist. Ich habe schon bei früherer Gelegenheit einmal, und zwar in Uebereinstimmung mit Kautsky, ausgeführt, daß es nicht segensreich gewesen ist, nach dem Fall des Sozialistengesetzes aus der monatlich erscheinenden eine achtstägig erscheinende „Neue Zeit“ zu machen, die neben den wissenschaftlichen Problemen und den Diskussionen über diese Probleme zugleich die aktuellen Fragen des Tages pflegen soll. Kautsky hat in der Ausführung dieses Versuches ganz Außerordentliches geleistet, aber ein solches Unternehmen ist an sich eine Unmöglichkeit. Dabei haben die auf Aktualität gerichteten bürgerlichen Zeitschriften journalistisch einen ganz außerordentlichen Aufschwung genommen. Die „Sozialistischen Monatshefte“ haben nicht nur wegen des schlechten Tones in den „Neue Zeit“-Artikeln einen solchen Mitarbeiter- und Abonnentenkreis gewonnen, sondern weil sie es verstanden haben, aktuell zu werden. Der Parteivorstand sollte prüfen, ob nicht die Möglichkeit zu schaffen ist, ein wissenschaftliches Organ zu haben, welches in gründlicher Weise die Probleme des Sozialismus behandelt und auf der anderen Seite eine Wochenchrift, die in frischer aktueller Weise die politischen Ereignisse des Tages behandelt. Würde auch diese Monatszeitschrift ein Defizit haben — und wissenschaftliche Zeitungen haben immer Defizits bei uns in Deutschland —, das könnte die Partei tragen, wenn wir andererseits eine Wochenchrift hätten, die sich gegen die immer stärker auftretende Konkurrenz halten kann und von den fortgeschritteneren Genossen gern gelesen wird.

Lipinski-Weipzig: Ich bedauere den Ausfall Ehrhardt's, daß die Leistungen unserer Redakteure anscheinend von der Bezahlung abhängig seien, insbesondere bedauere ich auch die Bezeichnung auf Liebknecht. Das ist ja das Uebel, daß wir immer am Alten kleben, den Maßstab von vor 25, 30 Jahren anlegen, wo wir noch keine Berufsredakteure hatten. Man hat in den Prekominmissionen — dafür sind eine ganze Anzahl Belege vorhanden — vielfach die Ansicht, die Redakteure brauchten nicht besser zu stehen wie sie, die Mitglieder der Prekominmissionen selbst. Das Papier, der Druck muß bezahlt werden, die Setzer haben ihren Lottis, also wird am Redaktionspersonal gespart. Das Ideal scheint zu sein ein Zustand, bei dem, wie man ja in Kasell will, man den Redakteur ganz abschafft und die Zeitung durch den Verleger und Expedienten herstellen läßt. Das kann nicht unsere Aufgabe sein, aus 14 Zeitungen eine 16 zu machen. Die Existenz des Redakteurs muß ausreichen und sichergestellt werden.

Singer wiederholt dem Redner gegenüber sein Ersuchen, die Forderungen des Vereins „Arbeiterpresse“ nicht zu begründen, da dem Parteitag das Material fehle.

Lebedour: Heine hat in unerhörter Weise eine Anzahl Genossen, darunter auch mich angegriffen. Ueber den Ton von Angriffen gegen mich pflege ich mich nicht zu beschweren. Wenn aber Heine sich hier hinstellt und anderen Leuten gute Lehren geben will, so dürfte er doch nicht selbst in einen Ton verfallen, wie wir ihn noch niemals auf unseren Parteitag zu hören bekommen haben — 'est le ton, qui fait la musique! — Es ist der Ton, der die Musik macht. — Ich weise nur auf den Feldwebelton hin, den er gegen den Genossen Zubell angeschlagen hat. (Sehr richtig!) Ich begrüße sein Auftreten als abschreckendes Beispiel. Darüber ist mir aber hauptsächlich persönlich zu beklagen habe, ist nicht der Ton, das ist diese Methode, persönlichen Klatsch, der ihm zugethan ist, hier öffentlich auf der Tribüne auszunutzen. Jemand hat seine Privatität gesagt, daß er nicht privatim nach der Sitzung irgend etwas hat sagen können. Es war nicht genau so, wie er es gesagt hat; ich habe keinen Anlaß, sachlich noch einmal die Bernstein-Debatte aufzurollen. Aber die Methode hier, so etwas in der öffentlichen Debatte vorzubringen, das ist nach allem gesellschaftlichen, nach allem politischen Gebrauch unzulässig (sehr richtig!), das wird

als unzulässig überall zugegeben. — das stimmt allerdings mit anderen Gebräuchen überein, die jetzt bei uns Eingang gefunden haben, daß man Privatbriefe früherer Freunde aufsammelet und dann mit Wigen haufieren geht (Wernstein: Gilt das mir?). Das gilt Ihnen (Wernstein: Ich bitte um's Wort!) —, daß er aus einer Privatgesellschaft, wo ich zufällig mit ihm zusammengetroffen bin, mittheilt, was ich eigentlich hätte sagen müssen. (Geiterleit.) Wenn diese Methode Wernstein's und Heine's Schule machen sollte, dann würde der gesellschaftliche Verkehr unter Genossen überhaupt unmöglich sein. (Sehr richtig!) Gradnauer sagte schon: Man kann noch so scharfe Differenzen haben, sich sogar sehr grob behandeln und doch gesellschaftlich verkehren; aber mit Leuten, die Privatflatsch öffentlich ausnutzen, im Parlament, in der Presse, auf dem Parteitag gegen Parteigenossen, überhaupt gegen Mitmenschen, kann man nicht mehr gesellschaftlich verkehren. Ich appellire an das sachmännische Verständnis Auer's. (Geiterleit.) Wenn es Auer passiren sollte, Verurtheilungen, die er über andere Parteigenossen gethan hat, die immer sehr amüßant sind, die ich immer sehr gern gehört habe — des Wiges wegen und weil sie meistens — er nimmt das ja nicht übel — jaugrob sind (Geiterleit) — wenn die in böswilliger Absicht ausgeschlachtet würden gegen ihn, dann würde er sagen: ja, jetzt gehe ich in keine Kneipe mehr, wo ich mit Parteigenossen zusammentreffe! So etwas muß aufhören und ich spreche, Parteigenossen, glaube ich, in Ihrer Aller Sinne, daß wir uns derartige Herumtragen von Privatflatsch, derartige Ausnutzung von in Privatgesprächen gefallenen Bemerkungen, von Stellen aus Freundesbriefen ein für alle Mal verbitten. (Sehr wahr!)

Aber das ist noch nicht das Schlimmste, was Heine gethan hat; das Schlimmste ist das, was er gegen Parvus vorgebracht hat. Er hat hier erzählt, Parvus verdanke die Möglichkeit seines Aufenthalts in München der Intervention Vollmar's bei der bayerischen Regierung. Genossen, Sie Alle wissen, was das sagen will. (Sehr wahr!) Genosse Parvus, gegen den ja wegen seines Zones Angriff erhoben worden sind, der aber ein eifriger, überzeugter Parteigenosse ist, ist wegen seiner Parteithätigkeit durch Deutschland gehetzt worden, aus Preußen, aus Hamburg, aus Neuß-Schleiz-Lobenstein ausgewiesen, er hat schließlich in Bayern eine Ruhestelle gefunden. Nun weiß ich nicht, ob das richtig ist, daß er dort diese Ruhestelle der Intervention Vollmar's verdankt (Webel: Das ist nicht richtig!) — vielleicht wissen Sie es nicht — (Webel: Ich weiß es aber!) Wenn Vollmar das gethan hat, so hat er nur seine verfluchte Pflicht und Schuldigkeit gegen einen Parteigenossen gethan, gleichviel ob er tausend Konflikte mit ihm hatte. (Lebhafter Beifall.) Aber ich hoffe, daß Vollmar aus diesem Vorkommniß die Lehre ziehen wird, daß man derartige vertrauliche Mittheilungen nicht an Leute übergiebt, die im Stande sind, so etwas gegen den Begehren und Ausgewiesenen auf öffentlicher Volkstribüne hier zu verwerthen. (Lebhafter Beifall.) Ich halte den Genossen Heine für einen viel zu guten Juristen, als daß er nicht die Tragweite einer (sehr richtig!) — ich will mich einmal eines deutschen Ausdrucks bedienen, da mir der fremdländische zu grob ist — solchen Anzeige sich nicht bewußt sein sollte. Particigenossen, Ton hin und her, gesellschaftlicher Anstand hin und her — ich meine, die äußerliche Korrektheit des Auftretens wirkt unangenehm, wenn sie kollidirt mit dem, was die Franzosen nennen politesse de coeur — Höflichkeit des Herzens. (Sehr richtig!) So etwas darf nicht vorkommen, und — unsere Meinungen mögen auseinandergehen wie sie wollen — so etwas müssen wir verurtheilen als Sozialdemokraten, als Männer von Herz und Gefühl. (Lebhafter Beifall.)

Singer: Ich bitte, zum Schluß zu kommen.

Lebchour: Ich bin fertig. (Erläuternder Beifall.)

Grundwald: Nach dem großen und verdienten Beifall, der meinem Vortreter gezollt wurde, und nach der Genügnung, die Sie damit bekundet haben, halte ich es nicht nur im Interesse der Zeit, sondern auch im Interesse des eigenen Tactes für völlig überflüssig, auf Alles einzugehen, was gegen mich gesagt ist. Ich beschränke mich lediglich auf die Zurückweisung einiger persönlichen Angriffe. Ich erkläre zunächst sehr gern, daß ich es lebhaft bedauere, die Versendung einiger Artikel an bürgerliche Zeitungen habe machen zu lassen. Ich habe es im guten Glauben gethan, wollte der bürgerlichen Presse auch vor Allem ein anderes Bild von unserer Parteidewegung geben, als sie es im „Wormärz“ gefunden hat. Ich habe eingesehen, daß es nicht richtig ist, ich bedauere es lebhaft. Stücken nun hat mich zuerst angegriffen. Es sind sodann vor Allem gehässige Angriffe gegen mich aus Solingen gerichtet worden; ich habe darauf nicht geantwortet; für mich ist der Betreffende gestrichen aus der Liste der anständigen Parteigenossen. (Frohme: Das geht ja siz bei Ihnen! Geiterleit.) Gewiß, das konnte schnell gehen, Parteigenossen, wenn einem Dinge vorgehalten werden, die bewußt entstellt, ja gefälscht sind. Ich will Ihre Zeit nicht länger aufhalten; ich bin zu Unrecht angegriffen worden, wenn ich auch vielleicht im Ton etwas über die Stränge geschlagen haben mag.

Frau Zeitin: Der geringe Abonnentenstand der „Neuen Zeit“ ist von verschiedenen Seiten auf ihren einseitigen Charakter und ihren Ton zurückgeführt worden. Ich halte diese Ansicht für irrig. Ich glaube, daß der wesentlichste Umstand, welcher sich der wünschenswerthen Verbreitung der „Neuen Zeit“ entgegenstellt, der folgende ist: Die „Neue Zeit“ ist ein wissenschaftliches Organ, das die Auffassung einer ganz bestimmten politischen Partei vertritt. Dadurch ist das Auktionsgebiet ihrer Abonnenten von vornherein auf bestimmte Kreise beschränkt. In Deutschland giebt es nur eine einzige Wochenschrift — die „Woche“ natürlich ausgenommen — die an Abonnentenzahl die „Neue Zeit“ übertrifft: „Die Zukunft“. Es ist kein Einziger unter uns, der einen hohen Abonnentenstand der „Neuen Zeit“ erkaufen wollte durch Preisgabe ihres ausgesprochenen Parteicharakters und durch die Annahme des Charakters eines Sensationsblattes, gleich dem der „Zukunft“. (Lebhafter Beifall.) Ich glaube, ein Parteigenosse, der eine Ueberzeugung hat, der seine Ehre darin setzt, seiner politischen Ueberzeugung zu dienen, wird nicht in die Fußstapfen eines Maximilian Harden treten. (Lebhafter Beifall.) Die Genossen, die ein solches Gewicht auf den Ton der „Neuen Zeit“ gelegt haben, haben übersehen, daß sie beeinflusst sind durch den ganzen internen Kampf der Meinungen für und wider die erstrebte Revision unserer Grundsätze und unserer Taktik. Dadurch hat man sich von beiden Seiten gehöhnt, nur jene Artikel ins Auge zu fassen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit jenem internen Kampf stehen. Man hat darüber die große Zahl instruktiver, werthvoller wissenschaftlicher Artikel übersehen, die nicht im Zeichen des Kampfes gefunden haben, sondern die unserer allgemeinen theoretischen Schulung oder der Verbesserung unserer Kampftätigkeit auf den verschiedenen Gebieten gedient haben. Man hat dort den Ton empfunden, wo man die Tendenz nicht billigte. Man hat gesagt, daß der Ton der „Neuen Zeit“ durch Genosse Parvus und Genossin Augemburg, durch den Einfluß des fernen Ostens heruntergebracht worden sei. Genossen, habt Ihr unsere Parteigeschichte und unsere früheren Kämpfe so vollständig vergessen? Habt Ihr vergessen, daß schon lange, ehe Ruffen und andere Ausländer mit uns gekämpft haben, sich Sozialdemokraten in den Bruderkämpfen mit der gleichen Grobheit und Leidenschaftlichkeit in die Saare gefahren sind wie gegenwärtig? (Sehr wahr!) Die Schwäche, die wir hier gezeigt haben, wurzelt in dem, was unsere Stärke gegen unsere Gegner ist (Lebhafter Beifall); sie wurzelt in der Leidenschaft der Ueberzeugung, in dem flammenden

Wünsche, unsere Sache zum Siege zu führen. (Stürmischer Beifall.) Wir dürfen uns bezüglich des ja oft über die Stränge schlagenden Zones, der besonders bei Ausländern gerügt wurde, doch nicht stellen auf den Standpunkt des Bürgermeisters von Krähwinkel, der nach Heine sagt:

Ausländer, Fremde sind es meist,
Die unter uns gefäß den Geist
Der Rebellion. Dergleichen Sünder,
Gottlob! sind selten Landesfinder.

(Stürmischer Beifall.) Wir dürfen bei Genossen Parvus und Genossin Luxemburg über Allem, was sie in der Form hier und da gesündigt haben, nicht vergessen, wieviel sie in der Sache uns genügt. (Sehr wahr!) Nun ist von verschiedenen Seiten recht eindringlich die Rationalität der Genossin Luxemburg und des Genossen Parvus betont worden. Unter uns sind Beide nicht als Russen und Juden, sondern als Parteigenossen (stürmischer Beifall), die auf dem Boden des gleichen Programms stehen wie wir und die unsere Kämpfe theilen. Wenn uns von Heine der Rath gegeben ist, unseren Ton zu ändern, so stimme ich mit ihm überein: wir sind allzumal Sünder und ermangeln des Ruhmes, den wir vor einer Anstandskommission für höhere Töchter haben sollten. (Große Heiterkeit und Beifall.) Ich schlage aber vor, zum Zweck unserer Erziehung zum höheren Ton die letzten Ausführungen Heine's möglichst wörtlich im Protokoll zu bringen (lebhafteste Heiterkeit und Beifall), damit wir wissen, wie anständig der Ton sein soll, dessen wir uns befehligen müssen. (Stürmischer Beifall.)

v. Nosbiski-Wandschel begründet einen Schlußantrag. Es ist sehr wünschenswerth, heute noch die beiden Referate über die Alfordmaurer-Angelegenheit zu hören. Es sind viele Parteigenossen, die ein Interesse daran haben, heute als Gäste erschienen.

Der Schlußantrag wird angenommen.

Heine: Nun habe ich ja auch mein Fett weggetriegt. (Auf: Viel zu wenig. Glocke des Präsidenten.) Genosse Gradnauer und Frau Zeitlin haben ja ganz Recht, daß ich auch über die Schnur gehauen habe, und ich bin der Letzte, dem es einfiel, das abstreiten zu wollen. Aber ich muß hier im Rahmen der persönlichen Bemerkung mich gegen zwei Dinge verwahren, die unrichtiger Weise von mir behauptet worden sind. Genosse Lebebour hat mir etwas vorgeworfen, was in Ihrer Aller Augen und auch in meinen Augen ein schwerer Vorwurf wäre, daß ich gegen Parvus etwas ausgesprochen hätte, was eine Anzeige wäre. Ich habe mir von dem Berichtstatter das Stenogramm dessen geben lassen, was ich gesagt habe. Ich selber war darauf nicht vorbereitet. Da habe ich wörtlich Folgendes gesagt:

„Ich finde es abscheulich, daß Parvus gerade Volkmar vorhält, er halte gute Beziehungen zur Regierung und allen ihren Leuten. Ich weiß nicht, wie weit er sie hat, aber ich erinnere daran, daß Parvus ohne diese guten Beziehungen Volkmar's zur Regierung garnicht in München sein würde, daß er sich also nicht geniert hat, diese guten Beziehungen auszunützen.“ (Hört! hört!)

Nun frage ich Sie: Anzeigen heißt doch, Jemandem etwas sagen, was er noch nicht weiß . . .

Singer: Ich kann nicht zugeben, daß Sie im Rahmen einer persönlichen Bemerkung Ihre vorigen Ausführungen begründen. Sie haben richtig gesagt, was Sie gesagt haben, und damit müssen Sie diesen Punkt verlassen.

Heine: Ich glaube doch, daß ich im Rahmen einer persönlichen Bemerkung wenigstens sagen darf, warum das keine Anzeige ist.

Singer: Bitte!

Heine: Mit den guten Beziehungen meinte ich den Ton der Politik, den Volkmar in München hergestellt hat und der sich unter Anderem darin geäußert hat, daß die Münchener einen großen Umzug machen durften, mit der rothen Fahne voran . . .

Singer: Das geht aber doch nicht an, daß Sie im Rahmen einer persönlichen Bemerkung hier erzählen, was Volkmar in München möglich ist.

Heine: Sie haben Recht. Ich will wieder zur persönlichen Bemerkung zurückkehren und will sagen: Die Regierung weiß doch Alles und wenn sich Volkmar bei ihr dadurch oder, wie ich gemeint habe, durch seine ganze Haltung für den Vorwurf verwendet hat, dann ist doch der Regierung nichts Neues durch mich gesagt worden. Das heißt doch nicht denutziren.

Das Zweite ist Folgendes: Frau Zeitlin sagt mir, ich hätte es für nöthig gehalten, zu betonen, daß die Luxemburg und Parvus unter uns nicht als Ausländer, sondern als Genossen wären. Das ist ganz richtig, nicht als Juden, sondern als Genossen. Das habe ich selbst am meisten betont und habe mich mit aller Entschiedenheit gegen antisemitische Auslegungen gewendet. (Unruhe und Heiterkeit.)

Stücken-Altenburg: Grundwald sagt, ich habe angefangen. Dem gegenüber stelle ich fest: Ich habe dem „Galle'schen Volksblatt“ zugestimmt. Darauf rempelte mich Grundwald an, und da schrieb ich: „Ich bin ein entzündeter Gegner Bernstein's, aber einen so verdienten Parteigenossen muß ich doch in Schutz nehmen gegen eine derartige wasserbüßige Kampfesweise.“ (Heiterkeit.) Ja, wenn man schreibt, muß man doch gleich deutlich schreiben. Nun macht mich Grundwald den Vorwurf der Vertheidigung. Das ist mir höchst gleichgültig. Vielleicht scheide ich jetzt für ihn auch aus der Liste der Parteigenossen aus. (Grundwald: Der anständigen Parteigenossen!)

Stadthagen: Heine hat uns in seiner, wie er annimmt, außerordentlich vornehmen, tiefachtlichen, ihm selbst gefälligen, abgeklärten und schönen Weise ein Kolleg über Anstand gehalten und unter Denen, die darin gefehlt haben, auch mich genannt. Ich soll Herrn von Gerlach als Schmutzfinken bezeichnen haben, obwohl ich wissen mußte, daß er Heine's Freund ist. Thatsächlich habe ich erst angeführt, sicherhaft, philosophisch hingelagt, Schmutz sei eine Substanz, ein Ding am unrechten Ort, gegen Ablagerungsstätten solchen Schmutzes und von der Nothwendigkeit gesprochen, sich gegen Schmutz, der zu dem Zwecke der Verwendung in der Partei abgelagert wird, auszusprechen. Hierbei habe ich angeführt, daß Gerlach in der Wiener „Zeit“ schreibt: „Ich verlehre bei Heine und muß sagen, prächtiger Kerl! Wenn Alles erreicht ist, was er will — er meint zwar, er ist Sozialdemokrat — dann bleibt uns Nationalsozialen nichts weiter zu sagen übrig.“ Dies habe ich ausgeführt und hinzugefügt: Solchen Nationalsozialen und anderen Schmutzfinken gegenüber sollte man nicht schweigen. Ich muß dabei bleiben, wieviel ich Heine garnicht absprechen will, daß Herr von Gerlach sein Freund und daß auch das, was er heute gesagt hat, ein Ding am unrechten Ort ist. Weiter sagt Heine, ich hätte den Mitarbeitern der „Sozialistischen Monatshefte“ und auch ihm gegenüber den Vorwurf erhoben, sie seien junge Leute. Das ist un wahr. Sie mögen ja nicht im Stande sein, die Tragweite Ihrer Handlungen zu übersehen, aber die Fähigkeit besitzen Sie zweifellos, daß Sie wissen, daß ich gegen Sie das nicht gesagt habe. Ich weise es zurück, daß Sie solche Unwahrheiten hier von der Tribüne herab aussprechen. Heine behauptet, der Frau-Ruf, an dem unter Vielen auch ich mich betheiligte habe, beziehe sich auf Parvus, er wird inzwischen eingesehen haben, daß er sich nicht auf Parvus bezog, sondern darauf, daß er etwas gethan hat, was nicht nur unter Sozialdemokraten, sondern unter allen anständigen Menschen seit je als abgrundtief unanständig gilt: Jemand einer Regierung gegenüber zu denutziren. . . .

Singer: Nachdem Heine erklärt hat, daß ihm die Absicht der Denunziation ferngelegen hat, haben Sie kein Recht, ihm den Vorwurf der Denunziation zu machen. (Stadthagen: Ich bitte ums Wort!) Sie bekommen hierzu das Wort nicht mehr.

Bernstein: Es ist mir ein Vorwurf daraus gemacht, daß ich aus einem Brief von Kautsky hier eine Stelle zitiert habe. Ich würde entsetzt einen etnen Verstoß darin erblicken und will durchaus kein Vorbild geben, mit Briefstücken herumzutwerfen. Aber nachdem ich in den letzten Nummern der „Neuen Zeit“, wie Kautsky selbst zugiebt, in einer Weise angegriffen bin, die meinen Charakter in Frage stellt, in einer Weise, die mir das Recht, Sozialdemokrat zu sein, bestreitet, habe ich aus einem Briefe eine einzige Stelle zitiert, die nicht geeignet war, Kautsky in der öffentlichen Meinung herabzusetzen. Daraus kann man mir keinen Vorwurf machen. Dann hat Ledebour — allerdings sehr bedingt — bestritten, daß er die von Heine vorgebrachte Bemerkung über mich gethan hat. Er hat meine Erklärung in der unanständigsten Weise verdreht, ihren Charakter entstellt...

Singer: Ich bitte auch Bernstein, private Äußerungen nicht zum Gegenstand der öffentlichen Diskussion zu machen.

Bernstein: Er hat einen Ausdruck, der mich von Neuem verdächtigen würde, nicht zurückgenommen. Ich hoffe, daß er das noch thut.

Ledebour: Heine hat vollinhaltlich behauptet, was ich ihm vorgeworfen habe. Die Worte, die jetzt nun glücklich durch ihn autoritativ festgestellt sind, die sind es eben, die ich, um mich eines milden Ausdrucks zu bedienen, als Anzeige bezeichnete. Weder die Definition, die Heine diesen Worten gab, würde ich mich mit ihm vielleicht auseinandersetzen, wenn ich mich vor Gericht befände, hier habe ich das nicht nötig. (Sehr richtig!) Es kommt Dugende von Malen vor, daß den Regierungen thatsächlich Dinge vollkommen bekannt sind, daß sie sich aber erst dann zum Einschreiten genötigt fühlen, wenn die konservative oder sonstige Presse sie in die Öffentlichkeit bringt. (Sehr wahr!) Was Bernstein von mir verlangt, ist geradezu ungläublich. Ich vermahne mich dagegen, daß hier Klatsch an die Öffentlichkeit gezerrt wird. Ich habe ausdrücklich gesagt, wie der Klatsch angebracht ist, ist er nicht ganz richtig. Aber unter allen Umständen lehne ich es ab, auf Klatsch hier sachlich einzugehen. Den Vorwurf, Genosse Bernstein, den ich gegen Sie erhoben habe, daß Sie private Wortkommunisse in Privatgesellschaften unter Namensnennung öffentlich ausbeuten, den haben Sie nicht zurückgewiesen. Ich fordere Sie auf, deshalb um Entschuldigung zu bitten, dann wollen wir weiter reden. (Weisfall.)

Das Wort erhält nunmehr Heine Als er die Tribüne betritt, erschallen laute Schlußrufe.

Singer: Es giebt keine parlamentarische Möglichkeit, persönliche Bemerkungen durch Schlußanträge oder sonst zu unterbrechen, wir müssen diesen Jagel von persönlichen Bemerkungen über uns ergehen lassen. (Ruf: Stadthagen ist auch abgewiesen!) Stadthagen ist nicht abgewiesen, weil er sich zu einer persönlichen Bemerkung gemeldet hat, sondern ich habe ihm gesagt, er bekommt nicht mehr das Wort zu einem Gegenstand, der vollständig erledigt ist.

Heine: Es giebt aber eine Möglichkeit, die Sache auf andere Weise zu Ende zu führen, indem nämlich der, der das Wort hat, darauf verzichtet, und da ich schon einmal etwas gesagt habe und eine Sache nicht darum richtiger wird, weil sie Ledebour wiederholt, so verzichte ich aufs Wort.

Thiele-Galle versucht, im Rahmen einer persönlichen Bemerkung auf die Ausführungen Ulrich's zu erwidern, daß es für eine Debatte nicht möglich sei, ein Budget aufzustellen, wird aber von Singer daran verhindert.

Zubell: Ich habe den Ruf „Psst“ gegen Heine nochmals gebraucht, und zwar erstens wegen seiner Ausführungen gegen Parvus und zweitens, weil er

auf öffentlichem Parteitag seinen Freund Herrn v. Gerlach verteidigte, ohne auch nur ein Wort gegen Gerlach's Angriffe auf Singer, Läterow oder mich übrig zu haben.

Singer: Das war nicht persönlich.

Bebel giebt folgende Erklärung zu Protokoll:

„Die Erklärung des Genossen Heine, daß gute Beziehungen des Genossen Vollmar zur bayerischen Regierung die Aufenthaltsgulassung des Genossen Parvus ermöglicht hätten, entspricht, wie ich seit längerer Zeit aus der besten Quelle weiß, nicht den Thatsachen.“

Gerlach erklärt in seinem Schlusswort, daß eine in der geschlossenen Sitzung berührte persönliche Angelegenheit von dem betreffenden Genossen der künftigen Kontroll-Kommission zur Untersuchung übergeben worden ist.

Singer theilt mit, aus Vöbau i. S. sei eine Depesche eingelaufen, wonach unsere Genossen in zwei Wahlkreisen gesiegt und in 4 Kreisen zur Stichwahl gelangt seien. (Stürmischer, lang anhaltender Beifall und Händeklatschen. Geyer eilt zum Bureau.) Wir sind soeben mitgetheilt, daß der Jubel ein wenig verflücht war. Hoffentlich war er aber ein gutes Omen. Wir sind soeben mitgetheilt, daß dieses Resultat erst das Resultat aus der dritten Wählerklasse ist und daß erst morgen und übermorgen die beiden anderen Klassen zu wählen haben.

Zur Verhandlung gelangt nunmehr als letzter Punkt des Geschäftsberichts des Vorstandes die

Beschwerde gegen den in der Angelegenheit der Hamburger Affordmurer gefällten Schiedsspruch.

Die Vanter Angelegenheit soll vollkommen getrennt davon behandelt werden und zwar erst, wenn die Reuner-Kommission mit der Untersuchung fertig ist.

Zur Verhandlung stehen die Anträge 27, 28, 29, 33—39, 99, 102, 112, 113 und 114. Sämmtliche Anträge gelten als genügend unterstützt.

Zum besseren Verständniß der nachstehenden Debatte sei hier aus der den Delegirten überhändigten Schrift: „Aktenstücke über den Schiedsspruch der Hamburger Affordmurer“ folgendes Thatsachenmaterial vorausgeschickt.

Am 29. März 1901 tagte in Hamburg im Lokale von Springshorn eine gemeinschaftliche Versammlung der drei sozialdemokratischen Vereine, in der nachstehende Resolution angenommen wurde:

Erster Beschlus.

„Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, insbesondere der Mitglieder der sozialdemokratischen Vereine, sich den Beschlüssen ihrer Gewerkschaft zu fügen, soweit diese Beschlüsse nicht gegen das Parteiprogramm und gegen die anerkannte Latil der Parteigenossenschaft verstoßen. Es ist weder mit dem Prinzip noch mit der Latil der Sozialdemokratie vereinbar, daß sich von dem im Kampfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen bewährten Gewerkschaften Sonderorganisationen abzuweigen, da jede derartige Zerstückelung der Arbeiter nur dem Unerschmerzhum wie überhaupt den Gegnern der Arbeiterbewegung zu Gute kommt.“

H. Wömelburg.“

Am 18. Juni d. J. tagten die drei Vereine wieder in Litges Stabliement. Es stand der Antrag der Maurer: „Ausschluß einer Anzahl Mitglieder, welche in Afford gearbeitet haben“, auf der Tagesordnung.

Nach sehr umfangreicher Debatte, fand folgender Antrag Annahme: „Die heutige Versammlung der drei Wahlkreise beantragt beim Parteivorstand den Ausschluß der von dem Zentralverband der Maurer als Streibtrecher bezeichneten Personen“.

Ueber den weiteren Verlauf der Angelegenheit unterrichtet der nachstehende Bericht über die Sitzung des Schiedsgerichts in Sachen der vier sozialdemokratischen Vereine Hamburgs und Wandbels contra Affordmaurer.

In der kombinierten Mitgliederversammlung der drei sozialdemokratischen Vereine Hamburgs am 18. Juni d. J. in Lütke's Etablissement wurde auf Antrag des Genossen von Elm folgender Beschluß gefaßt:

„Die heutige Versammlung der drei Hamburger Wahlkreise beantragt beim Partei-Vorstand den Ausschluß der von dem Zentralverband der Maurer als Streikbrecher bezeichneten Personen.“

Ein sachlich denselben Zweck verfolgender Antrag wurde in der Versammlung des sozialdemokratischen Vereins Wandbels am 11. Juni mit 95 gegen 88 Stimmen, bei 3 Enthaltungen, angenommen.

Diese Anträge gelangten durch die zuständigen Vereinsvorstände unterm 18. und 21. Juni an den Partei-Vorstand in Berlin. Dieser leitete die notwendigen Vorbereitungen ein, indem er ein den Bestimmungen des § 2 der Partei-Organisation entsprechendes Schiedsgericht, bestehend aus neun Genossen, in Vorschlag brachte, zu dem Ankläger und Beschuldigte je vier Weisiger zu wählen hatten, während der Partei-Vorstand den Vorsitzenden bestimmte.

Dieser Vorschlag wurde von beiden Parteien angenommen und die Wahl der Weisiger in die Wege geleitet.

Der Schiedspruch.

Das Schiedsgericht trat am Montag, 15. Juli, Vormittags 9 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Konferenzsaal der Redaktion des „Hamburger Echo“ zusammen.

Als Vertreter der vier sozialdemokratischen Vereine waren erschienen die Genossen:

1. Wahlkreis: 2. Grünwaldt, Hamburg,
 2. " " P. Hoffmann, "
 3. " " F. Evers, "
- Wandbels: H. v. Rosbiski, Wandbels.

Als Vertreter der Angeeschuldigten waren die Genossen

1. G. Osfeld, Billhorner Höpferdamm,
2. V. Lendholt, Warmb.,
3. W. Lüd., "
4. F. Wieth, Wandbels,

anwesend.

Vom Partei-Vorstande war Genosse F. Auer, Berlin, delegiert. Dieser übernahm den Vorsitz, worauf durch Zuruf Genosse v. Rosbiski zum Schriftführer ernannt wurde. Durch Umfrage wurde festgestellt, daß außer den Mitgliedern des Schiedsgerichtes noch die Genossen Paeplov, Kober und Pittmann als Vertreter der Hamburger Zählstelle des Zentralverbandes der Maurer, und die Genossen Bargstedt, Say und Eicken als Vertreter der Affordmaurer anwesend waren.

Nach Eintritt in die Verhandlungen wurde von dem Genossen Paeplov die Thatsache konstatiert, daß von den als Schiedsrichter fungierenden drei Vertretern der drei Hamburger sozialdemokratischen Vereine, zwei nicht in Mitglieder-veranstaltungen gewählt worden sind, wie es den demokratischen Grundsätzen gemäß wohl angebracht gewesen wäre. Die zwei Genossen sind von den Vereinsvorständen delegiert. Nebenher will aus diesem Vorgange keinen Einspruch gegen die Zuständigkeit des Schiedsgerichtes herleiten, verlangt aber, daß derselbe im Protokoll vermerkt werde.

Genosse Grünwaldt verwies darauf, daß die kurz bemessene Frist die Berufung einer Versammlung der Vereine zur Wahl der Schiedsrichter unmöglich gemacht habe, während von Auer konstatiert wurde, daß es Sache der anklagenden Partei, im vorliegenden Falle also der sozialdemokratischen Vereine,

gewesen sei, sich über die geeignet erscheinende Form der Wahl ihrer Vertreter zu entscheiden. Von dieser zuständigen Seite liege aber ein Einspruch nicht vor und da auch von Seiten des Genossen Paeplov ein Einspruch gegen die Zuständigkeit des Schiedsgerichtes nicht erhoben werde, so könne die Angelegenheit durch den verlangten ausführenden Vermerk im Protokoll als erledigt betrachtet werden. Dem wurde einstimmig zugestimmt. Bevor den Parteien zur Darlegung ihres Standpunktes das Wort gegeben wurde, kamen noch die Begründung des Ausschlußantrages und der gegen den Antrag eingelegte Protest der Betroffenen zur Verlesung.

In der Begründung des Antrages, welche in ihrem Eingange Bezug auf die Vorgänge in der Versammlung vom 18. Juni nimmt, heißt es:

„Der Sachverhalt ist kurz folgender: Im vorigen Jahre wurden zwischen der Hiesigen „Baughütte“ (Arbeitgeberorganisation) und der Maurerorganisation eine Tarifvereinbarung getroffen, welche die Affordarbeit ausschloß. Die Maurer haben sich in drei Versammlungen mit diesem Tarif beschäftigt und demselben zugestimmt. Ein kleiner Theil hat sich diesem Beschlusse nicht gefügt und arbeitete im Afford weiter. Der Zentralverband der Maurer hat darauf über die Bauten, wo im Afford gearbeitet wurde, die Sperre verhängt und die betreffenden Mitglieder ausgeschlossen. Die Ausgeschlossenen haben dann eine selbständige Organisation — „Freie Vereinigung“ — gegründet und sollen den Beschluß gefaßt haben, an allen Bauten die Arbeit aufzunehmen, wo der Zentralverband die Sperre verhängt. Die „Freie Vereinigung“ soll 200 Mitglieder zählen.“

Dieser Begründung war noch die Mittheilung zugefügt, daß die Versammlung mit großer Majorität den Ausschlußantrag angenommen hat.

Weiter wurde dem Partei-Vorstande ein Verzeichniß von Maurern überreicht, das 103 Namen aufweist, deren Träger auf 8 Bauten, über die vom Zentralverband die Sperre verhängt worden war, nachher noch weiter gearbeitet haben sollen. Unter diesen 103 Maurern werden 42 als Mitglieder der drei Hamburger Parteivereine festgestellt.

Vom Vorstande des sozialdemokratischen Vereins in Wandbels wurden als Gründe für den Ausschluß dieselben Beschwerden wie in der Hamburger Begründung aufgeführt und speziell acht Vereinsmitglieder bezeichnet, die sich des behaupteten Verstoßes schuldig gemacht haben sollen.

Im Namen der vom Ausschlußantrag Betroffenen ist vom Genossen O. Say, Eilbel, unterm 4. Juli d. J. folgender Einspruch gegen den Antrag erhoben worden:

„Im Namen aller vom Ausschluß Betroffenen kann ich mittheilen, daß sich Keiner diesem stillschweigend fügt. Es ist uns im Gegentheil sehr viel daran gelegen, einer Partei anzugehören, deren Fahne wir schon größtentheils während der ganzen Dauer des Sozialistengesetzes und bis heute hoch gehalten haben.“

Betrifft Lohn- oder Affordarbeit stehen wir bis heute, bei der hier üblichen Intenivität im Tagelohn, auf dem Standpunkt der Affordarbeit. Einige Kollegen sind aus dem Verbände der Maurer ausgeschlossen worden und beßhalb alle Uebrigen freiwillig ausgetreten.

Schließen wir nun mit einem Arbeitgeber Afford ab, dann verhängt der Zentralverband über den betreffenden Bau die Sperre und bezeichnet dann diejenigen von uns, die nach der Affordbedingungen weiter arbeiten, als Streik- oder Streikbrecher.“

In der Zuschrift wird weiter behauptet, daß auch Verbandsmitglieder heimlich im Afford arbeiten sollen und daß das Betreiben des Ausschlusses in der Hauptsache nur von dem Verbände der Maurer ausgeht.

Vom Vorsitzenden wurde nach Kenntnißgabe der vorstehenden Zuschriften festgestellt, daß die Verhandlungen und eventuellen Beschlüsse des Schiedsgerichtes sich nur auf die fünfzig Mitglieder der Parteivereine beziehen können, da nur gegen diese sich der Antrag auf Ausschluß aus der Partei beziehe.

Die nun folgenden mehrstündigen Verhandlungen wurden in ihren Haupttheilen von den Vertretern des Zentralverbandes der Maurer und der Affordarbeiter geführt. Es wurde wiederholt festgestellt, daß eine Einschränkung der Debatten nach jeder Richtung ausgeschlossen bleiben müsse.

Aus der erschöpfenden Debatte ergab sich, daß weitere Beweise für die Anschuldigungen gegen die Affordmaurer, als wie sie in den betreffenden Vereinsberufungen, in der Begründung des Ausschlußantrages und in der Nr. 26 des Organes des Zentralverbandes der Maurer „Der Grundstein“ bereits aufgeführt sind, nicht beigebracht wurden.

Von den Vertretern der Affordmaurer wurden die einzelnen Anklagepunkte theilweise bestritten oder richtig zu stellen versucht.

Ehe sich das Schiedsgericht zur Fällung des Schiedspruches zurückzog, stellte der Vorsitzende auf Grund der stattgefundenen Debatten und der vorliegenden Beweisstücke fest, daß die Anschuldigung sich auf folgende Punkte stütze:

1. Der Ausschluß einer Anzahl Affordmaurer aus dem Verbands sei erfolgt, weil von denselben, trotzdem zwischen den Vertretern der Hamburger Maurer und Zimmerer einer- und der Innung andererseits neben Festlegungen bezüglich der Arbeitszeit und des Stundenlohnes nur Arbeit im Tagelohn abgemacht war und trotz wiederholter Verwarnung und guten Zuredens Arbeiten im Afford ausgeführt wurden.
2. Es haben weiter die Affordmaurer auf gesperrten Bauten nicht nur Maurerarbeiten, sondern sogar Zimmerarbeiten verrichtet. Sie haben nach unüberwunden gebliebenen Berichten bürgerlicher Blätter damit gewählt, daß sie stark genug seien, jede Sperre illusorisch zu machen und sie haben beschlossen, sich den Unternehmern in allen Fällen zur Verfügung zu stellen.

Diesen Anschuldigungen gegenüber wurde von den Affordarbeitern geltend gemacht:

1. Es ist richtig, daß die in der „Freien Vereinigung“ vereinigten Affordarbeiter die Bestimmung des § 1 der Tarifvereinbarung für das Baugewerbe, wonach nur Arbeit im Tagelohn zugelassen werden soll, nicht anerkennen.
2. Gegenüber den weiteren Anschuldigungen und der Berufung auf Berichte bürgerlicher Blätter wurden Auszüge aus dem Protokollbuche (welches dem Schiedsgericht vorlag) der Sitzungen der „Freien Vereinigung“ vorgelegt, die den wahren Sachverhalt wiedergeben sollen und mit denen sich auch die mündlichen Ausführungen der Redner deckten.

Diese Auszüge lauten:

Beschluß vom 30. Oktober 1900.

Wir werden in jeder Beziehung uns eingehend erkundigen über den Grund der Sperre, werden in erster Linie, wo es sich um Lohnreduzierung oder Arbeitsverlängerung handelt, sowie in Folge schlechter Behandlung unter keinen Umständen die Arbeit aufnehmen — dagegen, wo es sich um Einführung von Afford sowie Weigerung anderer Maurer, mit Mitgliedern der „Freien Vereinigung“ zusammen zu arbeiten, handelt, jederzeit die Arbeitsstellen besetzen; wir werden weiter auf Bauten, wo wir in der Mehrzahl sind, nicht verlangen, daß Mitglieder des Zentralverbandes sich uns anschließen, sondern wollen es Jedem überlassen, nach seiner eigenen Ueberzeugung zu handeln.

Beschluß vom 14. Mai 1901.

Es wird mitgeteilt, daß die Verbandsstellen und Zimmerer die Arbeit beim Bau des Herrn Baumgarten eingestellt haben, um nicht mit den Mitgliedern der „Freien Vereinigung“ zusammen zu arbeiten. Dieses wurde einer scharfen Kritik unterzogen und die Mitglieder aufgefordert, weil es sich um unsere Vernichtung handelt, die Baustelle zu besetzen.

Gegen die vorstehende Fiktur der Anklagepunkte und die dagegen geltend gemachten Vertheidigungsgründe wurden Einsendungen von keiner Seite erhoben.

In den nun folgenden Verhandlungen des Schiedsgerichts wurde zunächst der Vorschlag gemacht, ehe man in die Entscheidung über die strittige Frage eintrete, einen Vorschlag zur Verständigung beider streitenden Theile zu machen. Dieser Vorschlag fand einstimmige Annahme und einigte sich das Schiedsgericht über nachstehenden Vergleichsvorschlag:

1. Bis zum 1. September d. J. steht der Ausführung der Affordarbeit nichts im Wege und sind diesbezüglich eingegangene Verpflichtungen zu erfüllen, ohne daß Vorwürfe daraus hergeleitet werden dürfen.
2. Die Affordmaurer verpflichten sich, keine Affordaufträge zu übernehmen, deren Erledigung sich über den 1. September d. J. hinausziehen würde.
3. Die Vertreter des Zentralverbandes treten vor Abschluß eines neuen Tarifvertrages gemeinsam mit den Vertretern der Affordmaurer (Freie Vereinigung) in eine erneute Prüfung der Frage der Affordarbeit ein.
4. Die Verhandlungen über den neuen Tarifvertrag sind gemeinsam von Vertretern beider Organisationen mit den Unternehmern zu führen.
5. Die Affordmaurer (Freie Vereinigung) verpflichten sich, nach getroffener Verständigung über den neuen Tarifvertrag, ihre Sonderorganisation aufzulösen und dem Zentralverbande beizutreten.

Der vorstehende Vorschlag wurde nach Wiedereröffnung der Sitzung zur Kenntniß der beiden Parteien gebracht und dieselben aufgefordert, sich unter sich zu berathen und dann das Ergebnis ihrer Besprechung mitzutheilen.

Nach kurzer Unterbrechung der Verhandlungen gab Genosse Paeplow für die Verbandsmaurer die Erklärung ab, daß er und seine Kollegen prinzipiell einem Vergleich zustimmen und denselben vor ihren Auftraggebern mit aller Entschiedenheit vertreten würden. In diesem Sinne stimmte der Redner der Ziffer 1 des Vorschlages mit der Bemerkung zu, daß man einer eventuell notwendig werdenden nicht allzu ausgedehnten Hinausschiebung des Termins keinen Widerspruch entgegensetzen werde.

Widerspruch erhob Redner gegen die in den Ziffern 3, 4 und 5 liegende Anerkennung der „Freien Vereinigung“ als gleichberechtigte Organisation neben dem Zentralverband der Maurer.

Bei den Verhandlungen mit der Innung über den Abschluß eines neuen Tarifvertrages, nach Ablauf des jetzt geltenden, der bis zum 1. April 1902 abgeschlossen ist, sagte Paeplow die Zulassung einer Vertretung der Affordmaurer als selbstverständlich zu.

Von den Affordmaurern erklärte hierauf Genosse Stüben, daß er und seine Freunde gegen einen Vergleich prinzipiell zwar auch nichts einzuwenden hätten, daß sie aber in Verhandlungen über einen solchen erst eintreten können, nachdem der Schiedspruch darüber vorliege, ob in ihrem Verhalten wirklich ein Streik- oder Sperrebruch — also im Sinne des § 2 des Partei-Organisationsstatuts eine ehrlöse Handlung vorliege.

Gegen den Vergleichsvorschlag in seinen einzelnen Bestimmungen machte der Redner besonders geltend, daß der Termin in Ziffer 1 zu kurz bemessen sei. Nach dieser Erklärung betrachtete das Schiedsgericht den Vergleichsversuch für gescheitert und trat es nun in die Verhandlungen über den Ausschlußantrag ein:

Zur Verhandlung wurde zunächst die Frage gestellt:

Ist Streikbruch eine ehrlöse Handlung im Sinne des Paragraphen 2 des Organisationsstatuts der Partei?

Diese Frage wurde vom Schiedsgericht einstimmig mit Ja beantwortet.

Ebenso einstimmig wurde aber anerkannt, daß der Partei und ihren Organen das Recht vorbehalten bleiben müsse, als selbständige Organisationen

in jedem einzelnen Falle die Frage zu prüfen, ob ein Verstoß gegen die Bestimmungen des § 2 des Organisationsstatuts vorliegt?

Die Partei kann in der Frage über die Zugehörigkeit der einzelnen Genossen auf das Recht selbständiger Prüfung im einzelnen Falle nicht verzichten und kann unmöglich von vornherein Beschlüsse und Entscheidungen anderer Organisationen als für sich bindend anerkennen.

Das gleiche Recht steht natürlich auch allen anderen in Betracht kommenden Arbeiterorganisationen zu.

Die zweite Frage lautete

Liegt in dem Verhalten der Affordmurer ein Streik- oder Exterrektrud vor und haben sich die fünfzig namhaft gemachten Mitglieder der vier Parteienvereine in Hamburg und Wandsbef dieselben mit schuldig gemacht?

Beschluß des Schiedsgerichtes:

Einstimmig: Nein!

Aus den gepflogenen Verhandlungen sowie den beigebrachten sonstigen Beweismitteln hat sich zweifellos ergeben, daß der Ausgang des ganzen Konfliktes sich aus der Differenz über die Beurteilung der Affordarbeit in den beteiligten Kreisen ergibt. Der erste Ausschluß aus dem Verbands und die ihm folgenden gleichen Beschlüsse sind erfolgt, weil die Ausgeschlossenen der Tarifvereinbarung, nur im Tagelohn zu arbeiten, nicht folgen wollten.

Diese Nichtanerkennung der Majoritätsbeschlüsse der eigenen Organisation ist zweifellos eine Handlung, die der Zuchtstelle des Maurerverbandes ein energisches Vorgehen dagegen nahe legte. Ob der Ausschluß der betreffenden Mitglieder aus dem Verbands das einzig mögliche oder zweckmäßigste Mittel war, darüber steht dem Schiedsgericht kein Urteil zu; wohl aber stimmt die Mehrheit darin überein, daß das Verhalten der Affordmurer ihrer Organisation gegenüber, im Interesse der für die Kämpfe der Arbeiter so absolut notwendigen Solidarität, auf das Tiefste zu bedauern sei.

Dieses Verhalten erschien der Mehrheit des Schiedsgerichtes um so bedauerlicher, als dessen Mitglieder, mit Ausnahme eines einzigen, auf dem Standpunkte stehen, daß die Abschaffung oder doch mögliche Einschränkung der Affordarbeit eine Aufgabe sei, deren Lösung von den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern auf das Entschiedenste anzustreben ist. Besonders im Baugewerbe sei mit der durch die Affordarbeit fast immer verbundenen Treiberlei und Haß die Möglichkeit von Gefahren für Gesundheit und Leben der beteiligten Arbeiter durch zahlreiche Unfälle so nahe gelegt, daß der Widerstand von Arbeitern gegen die Beisetzung dieser Arbeitsmethode fast unbegreiflich erscheint.

Die überwiegende Mehrheit des Schiedsgerichtes steht in der Beurteilung der Affordarbeit auf den Grundätzen, wie sie von den Vertretern des Zentralverbandes der Maurer bei dem Abkommen mit der Innung hochgehalten wurden.

Das Schiedsgericht beschloß deshalb ausdrücklich, seine Sympathie für das Bestreben des Verbandes, die Affordarbeit für das Baugewerbe abzuschaffen, auszusprechen und sein Bedauern darüber auszudrücken, daß es über diese Frage im Verbands zu Differenzen mit Berufsgenossen gekommen ist, die als Gewerkskollegen und Parteigenossen seit einer Reihe von Jahren sich bewährt und große persönliche und materielle Opfer für die Arbeiterbewegung gebracht haben.

Wenn das Schiedsgericht, trotz seiner vorkühnend geschilderten Stellung zur Frage der Affordarbeit, dazu gekommen ist, einstimmig die zweite Frage zu verneinen, so geschah dies ausschließlich von dem Gesichtspunkte aus, daß nach seiner Achtung ein Beweis dafür erbracht ist, daß die aus dem Verbands ausgeschlossenen sich bei ihrem Verhalten irgendwie durch ehrlose Methode haben leiten lassen.

Daß die Affordarbeit an sich, so sehr vom Standpunkte der Bewertung der Arbeitskraft auch gegen sie anzukämpfen ist, einen Mittel nicht mit sich bringt,

bedarf nicht erst des Beweises. Ist es doch notorisch, daß in ganzen und großen Berufen das System der Affordarbeit vorherrscht, in vielen anderen Berufen aber wenigstens sehr stark verbreitet ist.

Letzteres trifft besonders auch für das Baugewerbe in Hamburg zu, wo bis vor wenigen Jahren der Afford die fast allgemein angewendete Arbeitsmethode war.

Die Angeeschuldigten haben bei dieser Arbeitsmethode seit Jahren ihr Auskommen gesucht und, recht und schlecht auch gefunden. Sie sind überzeugt, daß das, was sie seit Jahren im Grunde mit ihren Kollegen und gewerkschaftlichen und politischen Kampfgenossen gemeinsam gelebt haben, nun unmöglich mit einem Schläge eine ehrlose Handlung geworden sein könne.

Diese Auffassung kann man bedauern, aber sie als den Ausschluß ehrloser Gefinnung zu betrachten, das hat das Schiedsgericht einstimmig abgelehnt.

Es ist von den Angeeschuldigten zugegeben, daß die Einzelnen von ihnen auf Bauten weiter gearbeitet haben, obwohl über diese Bauten vom Verbands die Sperre verhängt worden war.

Aus den Verhandlungen aber hat sich klar ergeben, daß in all den in Frage kommenden Fällen es sich um Bauten gehandelt hat, wo der Verband die Sperren verhängte, weil dort entweder in Afford gearbeitet wurde oder weil Mitglieder der „Freien Vereinigung“ auf diesen Bauten beschäftigt worden sind.

Daß Affordmurer an einer Arbeitsstätte weiter gearbeitet haben, über welche der Verband wegen Differenzen aus dem Arbeitsverhältnis, sei es wegen Lohn, Arbeitszeit oder inhumaner Behandlung der Arbeiter, die Sperre verhängt hat, ist weder erwiesen, noch während der Verhandlungen behauptet worden. Es muß als festgestellt erachtet werden, daß sich die Angeeschuldigten strikte in dem Sinne verhalten haben, wie es in den Protokollauszügen vom 30. Oktober 1900 und 14. Mai 1901 ausgedrückt ist.

In der Differenz über die Beurteilung der Affordarbeit liegt der Grund für den ganzen Streitfall. Konnte das Schiedsgericht in der abweichenden Auffassung der Angeeschuldigten keine ausschließliche, ehrlose Handlung erblicken, so kann die Nichtberücksichtigung des Sperreverbots — soweit dies nur erlassen war, um die Affordarbeit unmöglich zu machen oder die Affordarbeiter außer Brot zu bringen — als eine solche Handlung ebenfalls nicht betrachtet werden.

Die Angeeschuldigten, von ihrem Standpunkte aus, befanden sich gewissermaßen im Stande der Nothwehr, wenn sie die Sperregebote ignorierten.

Die dritte Frage, die das Schiedsgericht zu beantworten hatte, lautet:

„Haben einzelne Maurer Zimmererarbeit auf gesperrten Bauten verrichtet?“

Beschluß des Schiedsgerichtes:

Einstimmig: Ja!

Es ist aus den Verhandlungen klar ersichtlich, daß auf einem Bau die Affordmurer Zimmererarbeiten verrichteten, soweit diese notwendig waren, um die Maurerarbeiten fortsetzen zu können.

In dem bezeichneten Falle haben die beschäftigten Zimmerer mit den Verbandsmaurern gemeinsame Sache gemacht und die Arbeitsstätte verlassen, weil sie mit den dort beschäftigten Affordmurer nicht gemeinsam weiter arbeiten wollten. Das Schiedsgericht ist in seiner Mehrheit der Ansicht, daß auch hier die Affordmurer in eine Zwangslage veretzt waren, die bei Beurteilung des Falles zu ihren Gunsten spricht.

Die vierte Frage lautete dahin:

„Ist in der „Freien Vereinigung der Affordarbeiter“ ein Beschluß gefaßt worden, dahin gehend: sich den Unternehmern in allen Fällen zur Verfügung zu stellen?“

Beschluß des Schiedsgerichtes:

Einstimmig: Nein!

Die in der vorstehenden Frage aufgestellte Behauptung stützt sich ausschließlich auf Angaben von Berichten in bürgerlichen Blättern über angebliche Vorgänge in Versammlungen der Affordmaurer. Das Schiedsgericht war einstimmig der Ansicht, daß solchen Quellen in Arbeiterangelegenheiten mit großer Vorsicht zu begegnen sei.

Von den Vertretern der Affordmaurer wurde zugegeben, daß sie nicht in der Lage seien, jedes Wort eines beliebigen aufgeregten Redners in ihren Versammlungen zu vertreten; sie bestritten aber auf das Entschiedenste, daß in ihrem Verein jemals Beschlüsse gefaßt worden seien, wie sie in der Frage angebeutet werden. Was sie in Wirklichkeit beschlossen haben, sei in dem Protokollauszug vom 14. Mai 1901 klar und deutlich ausgesprochen. Da auch von den Verbandsvertretern irgend ein anderer Beweis als die Berichte bürgerlicher Blätter nicht angeboten wurde, so beschloß das Schiedsgericht über diese Frage wie angegeben.

Damit waren alle dem Schiedsgericht vorliegenden Einzelfragen beantwortet und wurde nun einstimmig folgender Beschluß gefaßt:

„Das am 15. Juli 1901 in dem Konferenzsaale des „Echo“ tagende, vom Parteivorstand berufene und aus neun Parteigenossen bestehende Schiedsgericht hat nach eingehender Prüfung aller in Betracht kommenden Thatbestände den Antrag der vier Parteivereine von Hamburg und Wandsbøl auf Ausschluß sämtlicher vom Zentralverband der Maurer als Streibredner bezeichneten Personen aus der Partei“ einstimmig abgelehnt.“

Das Schiedsgericht.
(Folgen die Namen.)

Appell an die Kontrollkommission.

Nach Bekanntwerden des Schiedspruchs wurden in einer am 6. August abgehaltenen gemeinschaftlichen Sitzung der drei Hamburger sozialdemokratischen Vereine folgende Beschlüsse gefaßt:

„Die Versammlung der Mitglieder der drei sozialdemokratischen Vereine Hamburgs erhebt gegen den Entscheid des Schiedsgerichts, bezüglich Ausschluß von Streibrednern aus der sozialdemokratischen Partei, entschiedenen Einspruch. Nachdem von dem Schiedsgericht selbst festgestellt worden ist, daß Diejenigen, deren Ausschluß beantragt war, Streibbruch begangen haben, hätte der Ausschluß vollzogen werden müssen.“

Die Versammlung beauftragt das heutige Bureau, bei den weiteren Instanzen der Partei, den Kontrolleuren und dem Parteitag, zu beantragen, daß diese einen Entscheid im Sinne der Antragsteller fällen.

Des Ferneren erklärt die Versammlung, daß sie die Begründung, welche das Schiedsgericht seinem Entscheid gegeben hat, unter keinen Umständen als richtig anerkennen kann. Diese Begründung widerspricht den Grundätzen, welche bisher in der deutschen und speziell in der Hamburger Arbeiterbewegung Geltung hatten. Ein Begriff wie „Streibbruch in einer Hofslage, durch den der Streibredner weder an Ansehen bei den Arbeitern, noch das Recht verliert, fernem in den Organisationen anzugehören, die den Klassenkampf führen“, war bei dem Kampfe mit dem Unternehmertum stehenden Arbeitern bisher unbekannt.

Die Versammlung protestiert ganz entschieden dagegen, daß eine solche Ansicht Geltung für die sozialdemokratische Partei Deutschlands haben soll und spricht die Hoffnung aus, daß diese Ansicht unter den deutschen Arbeitern nie zur Geltung kommen wird.

H. von Elm. L. Gupperg. L. Brummer.
E. Legien. Paul Lindreit.“

„Die am 6. August in Lütge's Etablissement tagende gemeinschaftliche Mitgliederversammlung der drei sozialdemokratischen Vereine Hamburgs beschließt: „Die große Mehrheit der Mitglieder der in den sozialdemokratischen Vereinen organisierten Parteigenossen Hamburgs verteidigt entschieden die Ansicht, daß die vom Zentralverband der Maurer Deutschlands (Zweigverein Hamburg) gekennzeichneten Maurer nach dem § 2 des Organisationsstatuts „ehelos“

gehandelt und somit aus der Partei ausgeschlossen werden müssen. Da nun eine Vollstreckbarkeit des Ausschlusses vorläufig nicht möglich, sondern genau nach den im Organisationsstatut vorgeschriebenen Bestimmungen zu verfahren ist, wird der definitive Ausschluß erst nach Wochen erfolgen können. Es ist deswegen für die Partei von großem Interesse, um dem fortwährenden Streit unter den aktiv thätigen Parteigenossen vorzubeugen, daß die vom Ausschluß Betroffenen so lange ihre öffentliche Thätigkeit in der Partei aufzugeben haben, bis die Sache endgültig erledigt ist. H. Gärtmann.

Dem Antrage der drei Hamburger Parteivereine entsprechend, dem sich auch der sozialdemokratische Verein in Wandsbøl angeschlossen, hatte sich nach den Bestimmungen des § 2 III unseres Organisationsstatuts die Kontrollkommission der Partei mit der Angelegenheit zu befassen.

Dieselbe trat am 9. August in Berlin zusammen und traf folgende

Entscheidung

der Kontrollkommission in Sachen der Beschwerde der drei Hamburger sozialdemokratischen Vereine.

In Folge der von den drei Hamburger sozialdemokratischen Vereinen erhobenen Beschwerde gegen den Schiedsgerichtsentscheid in Sachen des Ausschlusses der Hamburger Affordmaurer aus der Partei traten die unterzeichneten Kontrolleure am 9. August in Berlin zur Berathung zusammen. Nach sorgfältiger Ueberprüfung des vorgelegten Materials und des Schiedspruches, sowie nach eingehender Erörterung aller der Fragen, die im Zusammenhang mit dem Thatbestand stehen, gelangten die Unterzeichneten einstimmig zur Abgabe folgender Erklärung:

Die Kontrollkommission spricht zunächst ihr lebhaftes Bedauern darüber aus, daß Parteigenossen eine ihrer Natur nach rein gewerkschaftliche Frage dadurch zur Parteisache gemacht haben, daß sie die Parteioorganisation zur Entscheidung angerufen haben. Dieses Vorgehen würde in unvermeidlicher Konsequenz dazu führen, daß tadelnswürdige, die Interessen der sozialdemokratischen Partei verletzende Handlungen seitens einzelner Gewerkschaftsmitglieder auch vor das Forum der Gewerkschaftsorganisation gezogen und eventuell auch durch Ausschluß aus der letzteren geahndet werden müßten. Es liegt auf der Hand, daß aus dem dadurch geschaffenen Zustand der politischen wie der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung die größten Schwierigkeiten und Schädigungen erwachsen würden.

Was die eingelegte Beschwerde selbst betrifft, so hat die Kontrollkommission keinerlei Gründe gefunden, welche die Aufhebung des Schiedsgerichtspruchs rechtfertigen könnten.

Das Schiedsgericht hat die erste Frage: Ist Streibbruch eine ehelose Handlung im Sinne des § 2 des Organisationsstatuts der Partei? — mit Ja beantwortet. Die Kontrollkommission hat sich einstimmig diesem Wortum angeschlossen. Daß die Organe der Partei in jedem einzelnen Falle zu prüfen und zu entscheiden haben, ob ein Verstoß gegen § 2 des Organisationsstatuts vorliegt, erachtet auch sie als selbstverständlich.

Die zweite Frage: Liegt in dem Verhalten der Affordmaurer ein Streib- oder Sperrebruch vor und haben sich die fünfzig namhaft gemachten Mitglieder der vier Parteivereine in Hamburg und Wandsbøl desselben mitschuldig gemacht? — hat das Schiedsgericht einstimmig verneint. Die Kontrollkommission konnte auch hier, nach gewissenhafter Würdigung aller ihr zur Verurteilung des Sachverhalts mitgetheilten Einzelheiten, zu keiner abweichenden Entscheidung gelangen. Die im Schiedspruch zu Punkt 2 angeführten Gründe erachtet sie für stichhaltig. Jedoch war sie einstimmig der Ansicht, daß das disziplinwidrige Verhalten der Affordmaurer gegenüber den Beschlüssen des Verbandes nicht nur auf das Tiefste zu bedauern, sondern auf das Nachdrücklichste zu verurtheilen ist.

Die in Punkt 3 des Schiedspruches festgestellte Thatsache, daß einzelne Affordmaurer Zimmerarbeit auf gesperrten Bauten verrichtet haben, verurtheilen

die Kontrolleure zwar einstimmig und mit aller Schärfe, konnten aber unter den gegebenen Umständen eine ehrlose Handlung im Sinne des § 2 des Organisationsstatuts darin nicht erblicken.

Die Entscheidung des Schiedsgerichts auf Frage 4: Ist in der Freien Vereinigung der Affordarbeiter ein Beschluß gefaßt worden, dahin gehend: sich den Unternehmern in allen Fällen zur Verfügung zu stellen? lautete: Nein. Da die Unzuverlässigkeit der aus bürgerlichen Quellen stammenden Informationen auch von den Verbandsvertretern nicht bestritten wurde, und neues Material zur Stütze der Anlage nicht beigebracht worden ist, so konnte die Kontrollkommission nicht umhin, der Entscheidung beizustimmen.

In Erwägung aller dieser Umstände beschlossen die unterzeichneten Kontrolleure einstimmig, der Beschwerde gegen den Schiedsspruch nicht stattzugeben.

Berlin, 9. August 1901.

H. Meister. Aug. Kaden. Fr. Brühne. Theodor Wegner. Clara Zellin.
Eduard David. S. Roenen. F. J. Ehrhart.

Ausschließuantrag an den Parteitag.

Von den drei Hamburger sozialdemokratischen Vereinen wurde nachstehender Antrag beim Partei-Vorstand eingereicht:

Hamburg, den 19. August 1901.

An den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Berlin.

Nachdem die Kontrolleure der Partei die Beschwerde gegen den Spruch des Schiedsgerichts in Sachen der Affordmaurer, Hamburg und Wandsbef, zurückgewiesen haben, ist das Bureau der gemeinschaftlichen Mitgliederversammlung, auf Grund der bei den Akten befindlichen Resolution, verpflichtet, den Spruch des Parteitages herbeizuführen.

Es wird daher bei dem Parteitage in Lübeck hierdurch beantragt:

Der Parteitag wolle die, etwa 50, mit Namen näher bezeichneten Mitglieder der Partei, auf Grund der beim Partei-Vorstande befindlichen Akten, ausschließen aus der Partei.

Im Auftrage:

G. Blume,

Vorsitzender der gemeinschaftlichen Versammlung
der drei Sozialdemokratischen Vereine Hamburgs.

Zur Begründung der Beschwerde in Sachen der Hamburger Affordmaurer-Angelegenheit erhält das Wort der Referent

Bömelburg: Die Angelegenheit hat in der Presse und in Versammlungen recht viel Staub aufgewirbelt. So weiß ich der ganzen Diskussion folgen konnte, habe ich gesehen, daß in der Sache selbst eine ungemein große Unklarheit herrscht. Ich werde mich bemühen, diese Unklarheit zu lichten. Zunächst aber einige Vorbemerkungen. Die Kontrolleure haben sich besonders in ihrem Bericht darüber beschwert, daß man ihnen Vorwürfe der schwersten Art gemacht und daß man bei der Diskussion der Frage einen Ton angeschlagen habe, der verlegen mußte. Die Erregung war aber auch ziemlich groß und hat zu heftigen Auseinandersetzungen geführt, bei denen manches scharfe Wort gefallen ist, das bei ruhiger Ueberlegung besser bei Seite geblieben wäre. Diese Seite in der Diskussion kommt aber um so weniger in Betracht, als die Redner in diesen Versammlungen nicht Akademiker sondern Arbeiter waren. Wenn Akademiker trotz ihres feineren Schlichs und ihrer höheren Bildung über die Stränge schlagen, dann mag man es auch dem Arbeiter nicht so verübeln. (Zustimmung.) Ich habe oft gehört, daß man von der Hamburger Angelegenheit als von einer Angelegenheit des Maurerverbandes gesprochen hat. Das ist vollständig unrichtig. Es

handelt sich nicht um eine Angelegenheit der Maurer, sondern der Hamburger Parteigenossen, welche die vorliegenden Revisions-Anträge gestellt haben. Es ist weiter von verschiedenen Seiten behauptet worden, mit dieser Angelegenheit suche eine Clique einen Keil in die Arbeiterbewegung zu treiben.

In einem Artikel des „Vorwärts“ vom Genossen Auer in Nr. 215 heißt es:

„Über tonisch wird es in weiten Parteikreisen empfunden, daß dieselben Leute, die im angeblichen Interesse der Neutralität sich fortgesetzt über Bevormundung der Gewerkschaften aus den Reihen der Partei beschwerten, jetzt einen rein gewerkschaftlichen Vorgang vor das Forum der Partei gerren und ein Urtheil derselben provozieren.“

Und in Nr. 209 des „Vorwärts“ schreibt Auer:

„Das letzte Wort hat jetzt der Parteitag, und ich bin nicht im leisesten Zweifel darüber, daß dort den im Trüben fischenden Herrn, denen der Affordmaurer-Fall als willkommene Gelegenheit erscheint, ihre Batterien zu demaskieren, ihr Treiben recht gründlich verleidet werden wird.“

Und in einem Bericht des „Volkswille“ in Hannover über eine Rede Meister's heißt es im Sperrdruck:

„Das Ganze sei nichts als ein künstlich konstruierter Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaft. Es gäbe Elemente, die auf eine solche Gelegenheit längst gewartet hätten.“

Aus den Aeußerungen in der Presse kann man schließen, daß wir es hier einzig und allein mit einer Sache zu thun haben, die vielleicht von Legien oder Elm provoziert worden ist. Auch die Zusammenstellung des Aktenmaterials, das gedruckt vorliegt, stützt auf solche Schlüsse. Man bringt Prekzstimmungen, aber nicht etwa alle, sondern nur den Artikel im Korrespondenzblatt und Theile des Artikels von Elm in den „Sozialistischen Monatsheften“. Ich stelle dem Gegner über fest, daß es sich hier nicht um die Sache einzelner Personen handelt. Ferner hat man gesagt, es wäre besser gewesen, die Hamburger hätten die Angelegenheit unter sich ausgemacht, nun, mir und allen Hamburgern wäre nichts lieber, als wenn das möglich gewesen wäre. (Sehr richtig!) Wir haben uns sonst nie in schweren gewerkschaftlichen Kämpfen an die Gesamtpartei gewandt, sondern die unlauteren Elemente sofort selbst ausgeschlossen. Noch nach dem Hafnarbeiter-Streit haben wir sofort erklärt, der Streikbruch sei eine ehrlose Handlung und die Ehrlösen nicht unter uns geduldet. Wer aber hat uns denn gerade zuerst darauf aufmerksam gemacht, daß das jetzt nicht mehr so ginge? Das war Mollenbuhr. Gleich in der ersten Versammlung hat er auf das veränderte Organisationsstatut uns hingewiesen und gesagt: So geht das nicht wie früher; Ihr könnt nicht ohne Weiteres ausschließen. Auch der Partei-Vorstand und die Kontrolleure sind der Meinung, daß alle Auschließungsfragen aus sozialdemokratischen Vereinen durch Schiedsgericht erleidigt werden müssen.

Wir haben die Sache gewiß nicht provoziert, um Kadau zu machen. Ich protestire dabei dagegen, daß in den „Aktenstücken über den Schiedsspruch“, dem amtlichen Material über den Fall, Dokumente veröffentlicht worden sind, deren Wichtigkeit von keiner Seite garantiert werden kann. Ich meine den Brief des Genossen Schnad, des Vorsitzenden der Hamburger Zimmererorganisation, der dem Partei-Vorstand von dritter Stelle zur Verfügung gestellt worden ist. Ich wäre übrigens dankbar, wenn Auer nachher diese dritte Stelle nennen wollte. Es wäre mir lieb, zu wissen, an wen man solche Briefe schreibt, ohne daß die Mitglieder des Vorstandes der Zimmererorganisation davon Kenntniz erhalten. In den „Aktenstücken“ sind auch zwei Flugblätter veröffentlicht worden, sicherlich in der bestimmten Tendenz, zu zeigen, mit welchen Mitteln in Hamburg gearbeitet worden ist. In Hamburg hat man mit verstellten Worten angedeutet, die Maurer-arbeitsleute, von denen das eine Flugblatt ausgeht, seien zu dumm, so etwas

zu machen, es müßten andere Leute dahinterstehen. Nun ich erkläre, Niemand von uns hat, so viel ich weiß, von der Ansicht, das Flugblatt zu veröffentlichen, Kenntnis gehabt. Gätten mich meine Kollegen gefragt, ich hätte entschieden abgerathen. In den Versammlungen ist oft behauptet worden, wir wenden uns gegen die Affordarbeit im Allgemeinen. Das ist nicht der Fall. Nicht der Ausschluß von Affordarbeitern, sondern von Streibrechern wird beantragt. Die Affordarbeit kommt nur soweit in Betracht, als der Streitfall in ihr seinen Ursprung hat. Kein Gewerbe eignet sich für die Affordarbeit so wenig wie das Baugewerbe, denn da ist die Affordarbeit Kolonnenarbeit, bei der jedes Solidariätsgesühl in die Brüche gehen muß. Bei Affordarbeit im Baugewerbe ist eine Organisation fast unmöglich. Es liegt auch im öffentlichen Interesse, daß im Baugewerbe keine Affordarbeit herrscht. In Hamburg war in den 90er Jahren die Affordarbeit viel vorherrschend. Die verhältnismäßig hohen Preise in Verbindung mit großer Arbeitsleistung, brachten den Maurern guten Verdienst. 1890 waren es dann die Unternehmer, die in Afford nicht mehr zahlen wollten. Es kam die Cholera, 15 000 Wohnungen standen leer, die Arbeitslosigkeit unter den Maurern war fürchterlich, und nun kamen die Unternehmer und verlangten das höchste Maß von Leistungsfähigkeit, das früher in Afford zu erzielen war. Die Organisation ging in die Brüche, es waren 1895 soviel Hunderte organisiert als im Jahre 1889 Tausende organisiert gewesen waren. Da haben die Schwindelmeister den Afford wieder eingeführt. 1897 stimmten bei einer Enquete von 1935 bezugten Personen 1525 gleich 79 Proz. für Aufhebung der Affordarbeit und nur 129 gleich 6 Proz. für ihre Beibehaltung, der Rest enthielt sich der Abstimmung. Wir hätten die Abschaffung der Affordarbeit schon damals 1897 durchgesetzt, wenn unsere Organisation nicht so schwach gewesen wäre. 1900 kamen wir dann zu der Vereinbarung mit den Unternehmern. Wird ein Tarif zwischen zwei Organisationen verabredet, so ist es immer nothwendig, dieselbe Verpflichtung auch bezüglich der außerhalb stehenden Unternehmer auszusprechen. So wird es immer gehandhabt und es kann sich Niemand von den bestelligten Affordmaurern darauf berufen, daß sie das nicht gewußt hätten; sie sind in den Versammlungen anwesend gewesen und haben mitgestimmt. Nun stellte es sich heraus, daß eine Anzahl von Maurern in Afford arbeiteten. Wir stellten sie zur Rede; zunächst leugneten sie es; erst als der Unternehmer sie um die Affordüberschüsse betriegen wollte und sie vor das Gewerbegericht gingen, mußten sie es zugeben. Nun erfolgte auch der Organisationsbruch unter Verletzung des demokratischen Prinzips, auf dem die Arbeiterbewegung beruht. Es begann eine Jagd nach Affordarbeit. Wir hatten laut Vereinbarung die Verpflichtung, sie an der Affordarbeit zu hindern. Was sollen wir thun? Sie vom Bau zu prügeln, ist nicht gestattet; da mußten wir die Arbeitsplätze sperren. Hier liegt nun der Schwerpunkt in dem ganzen Schiedsspruch: In dem Moment, in dem wir die Sperre über die Bauten verhängten, lag ein Streik vor. Das Schiedsgericht verneint das. Darum allein dreht es sich, alles Andere ist Nebensache. Ich habe es in meiner gewerkschaftlichen Praxis nicht anders lernen gelernt, als daß, wenn die Sperre verhängt wurde, dann die, die sich ihr nicht fügten, als Streibreicher bezeichnet wurden. Noch vorgestern hat ein Unternehmer in einem ähnlichen Falle nachgeben müssen, wo es sich um Nichtorganisirte handelte. Aber hier erklärten die Leute: Die Arbeit einzustellen, fällt uns nicht ein. Ich frage die Kontrollenre und auch die Schiedsrichter, ob nach der gewerkschaftlichen Praxis die Leute, die trotz der Sperre bei der Arbeit bleiben, nicht Streibbruch verübt haben. Aber weiter! Es heißt in dem Schiedsspruch: „Daß Affordarbeiter an einer Arbeitsstätte weitergearbeitet haben, über welche der Verband wegen Differenzen aus dem Arbeitsverhältnis, sei es wegen Lohn, Arbeitszeit oder inhumaner Behandlung der Arbeiter, die Sperre verhängt hat, ist weder erwiesen, noch während der Verhandlungen behauptet worden.“ Auch die Affordarbeiter

sagen, wenn wegen schlechter Behandlung oder schlechter Arbeitsbedingungen die Arbeit niedergelegt wird, so nehmen wir sie nicht auf. Nun gehört die Frage der Abschaffung der Affordarbeit aber zu den Hauptforderungen der Maurer, und diese Forderung wird durch das Urtheil des Schiedsgerichts einfach fortgiert. Niemand hat das Recht, die Forderung der Abschaffung der Affordarbeit von unserem Programm zu streichen. Ich will den Schiedsrichtern keinen Vorwurf machen, sie haben nicht gemerkt, daß sie durch ihr Urtheil eine Korrektur an dem vornahmen, was wir uns als erstrebenswerth zur Aufgabe gemacht haben.

Ein weiterer Einwand, auf den ich in Versammlungen gestoßen bin, ist der, daß Streibbruch nicht in Frage kommen kann, da es sich gerichtet um einen Kampf zwischen Arbeitern und Unternehmern handelt. Dieser Einwand ist durchaus hinfällig. Solange mir nicht der Beweis gebracht wird, daß der Maurerverband nicht berechtigt war, die Sperre zu verhängen, und solange mir nicht bewiesen wird, daß die Forderung der Abschaffung der Affordarbeit unberechtigt ist, solange kann ich nicht zugeben, daß kein Streibbruch vorliegt. Streibbruch aber hat das Schiedsgericht selbst als ekrofe Handlung bezeichnet und deshalb müßte, da auch in diesem Falle Streibbruch vorliegt, der Ausschluß erfolgen.

Die Leute haben sich über das Urtheil des Schiedsgerichts wer weiß wie sehr geärgert, aber wer sind diese Leute? Zu ihrer Charakteristik verweise ich zunächst auf den Fall Dahl. Durch die Hände der Schiedsrichter ist doch das Erkenntniß des Hamburger Gewerbegerichts gegangen, wonach Dahl seinen Arbeitern die Summe von 474,96 M. schuldig geblieben ist. Die Vertreter der Affordmaurer sagen in ihrer Rechtfertigungsschrift, es handle sich hier nicht um zurückgehaltene Lohn, sondern um einen Affordüberschuß, und sie sagen: „Die Sperre über den Bau von Dahl wurde erst verhängt, nachdem wir die Arbeit aufgenommen hatten.“ Das zeigt, wie groß die Wahrheitsliebe dieser Leute ist. Dahl hat zu einer Zeit, wo die Affordarbeit noch nicht ausgeschlossen war, Bauten im Afford ausführen lassen, er konnte den Maurern den Lohn nicht zahlen und zu holen war bei ihm nichts. Rach längerer Zeit übernahm er wieder einen Bau und da wurde die Sperre über ihn verhängt. Er wandte sich an den Vorstand der Organisation mit der Bitte, vorläufig die Sperre aufzuheben und versprach, sobald der Bau richtfertig sei und er Geld erhalten würde, den rückständigen Lohn zu zahlen. Darauf gingen unsere Leute ein, und als nur die Zeit da war, und unser Vorsitzender ihn an sein Versprechen erinnerte, was that Dahl da? Er nimmt eine Kolonne Affordmaurer an und entläßt die anderen. Erst beschwindelt er die Arbeiter um ihren Lohn, und dann hält er nicht mal sein Versprechen. Das hat unser Bevollmächtigter den Leuten auf dem Bau vorgestellt, aber die Affordmaurer haben einfach die Arbeit aufgenommen und durchgeföhrt und sich noch in der schmählichsten Weise gegen die Organisation ausgelassen. Am demselben Abend konnte die Annonce für das „Echo“ nicht mehr aufgegeben werden; daher kommt es, daß die Sperre erst am 19. ausgeprochen wurde. Die Leute haben thatsächlich auf einem Bau gearbeitet, der gesperrt war, weil der Unternehmer den Arbeitern den Lohn schuldig geblieben ist.

Auf den Fall Baumgarten scheint Auer besonders großes Gewicht gelegt zu haben. Wie war dieser Fall? Die Sperre wurde allerdings verhängt bevor die Affordarbeiter da waren, aber man muß die gewerkschaftliche Taktik kennen, die darauf hinausläuft, daß man die Sperre dann verhängt, wenn es den Unternehmer am meisten schmerzt. So war es auch hier. Bezeichnend war es, daß die Leute sich nicht scheuten, in diesem Falle sogar die Zimmerarbeiten auszuführen. Als ich den Schiedsspruch las, sagte ich mir, so etwas ist ja unmöglich. Die Angeklagten sollen sich gewissenhaft in der Nothwehr befunden haben, als sie die Sperre ignorirten. Nun das muß ich

sagen: Hätten die Schiedsrichter so viel schwere wirtschaftliche Kämpfe kennen gelernt, wie ich in den letzten Jahren, hätten sie kennen gelernt, wie schwer es ist, gegen das Unternehmertum anzukämpfen, so wären diese Worte nicht gebraucht. (Sehr richtig!) Die Affordarbeiter hätten jederzeit zur Organisation zurückkehren können, die Sache wäre erledigt und irgendwelche Unannehmlichkeiten wären ihnen nicht bereitet.

Es heißt weiter in dem Schiedspruch: „Die Angeklagten haben bei dieser Arbeitsmethode seit Jahren ihr Auskommen gesucht und recht und schlecht auch gefunden. Sie sind überzeugt, daß das, was sie seit Jahren im Grunde mit ihren Kollegen und gewerkschaftlichen und politischen Kampfgenossen gemeinsam gelebt haben, nun unmöglich mit einem Schläge eine ehrlose Handlung geworden sein könne.“ Ich mache darauf aufmerksam, daß die Affordarbeit in Hamburg fast 10 Jahre nicht möglich war, die Leute mußten ganz genau, daß sie Unrecht handelten. Ich habe wirklich geglaubt, sie würden sich ihres parteigenösslichen Gewissens erinnern und von ihrem Thun ablassen. Aber das ist ihnen nicht eingefallen. Das Schiedsgericht hat ihr Verhalten aufs Schärfste verurteilt, ist aber leider nicht zu dem Schluß gekommen, daß sie ehrlos gehandelt haben. Haben Sie gehört, daß auch nur ein Einziger von ihnen von seinem Thun abgelassen hat? Ist ihnen garnicht eingefallen! Und auch nachdem die Kontrolleure ihr Verhalten doppelt scharf verurteilt haben, sind sie bei ihrem Treiben geblieben und in ihrer Rechtfertigungsschrift sprechen sie es ja auch ganz klar aus, daß sie nicht die Absicht haben, in der Folgezeit davon abzulassen. Mit solchen Leuten hat man es zu thun.

Das Schwerkste, was ich Ihnen vorwerfe, ist der Organisationsbruch. Sie haben dadurch den Mitten des Unternehmertums gefährdet. Wenn ich mit das Alles vergegenwärtige, so sage ich mir, sie haben nicht bloß ehrlos gehandelt, nein, ich kann mir überhaupt keinen Menschen denken, der so schlecht ist, wie diese Personen. Wenn ihre Handlungen nicht ehrlos sind, so giebt es überhaupt nichts Ehrloses. (Sehr richtig!) Die Leute sind Streikbrecher. Dabei bleibe ich, so lange mir nicht der Gegenbeweis geliefert ist. Aber selbst, wenn sie das Obium des Streikbruchs nicht auf sich geladen hätten, so müßten wir ihnen doch zeigen, wo der Zimmermann das Loch gelassen hat und ihnen sagen: Ihr habt in der Arbeiterbewegung nichts mehr zu suchen! Ich bitte Sie, den Schiedspruch anzuhören! Ich bin am allerwenigsten geneigt, den Schiedsrichtern oder den Kontrolleuren auch nur den geringsten Vorwurf zu machen, aber wenn wir uns einmal darüber einig sind, daß Personen eine ehrlose Handlung begangen haben, so müssen wir auch die Konsequenzen ziehen. Lassen Sie sich nicht von der Rücksicht auf Personen leiten, sondern kommen Sie zu dem Schluß, zu dem Sie kommen müssen, wenn Sie die ganzen Verhältnisse richtig übersehen! Die Leute haben ehrlos gehandelt, und deshalb muß der Schiedspruch aufgehoben werden. Uns Hamburgern ist es am liebsten, wenn Sie sie uns überweisen, wir werden sofort mit ihnen fertig werden. (Veihafter Weisfall. Handeklatschen.)

Stinger: Hier ist bereit, ein Korreferat zu halten. Ich denke, wir nehmen das dankbar an, auch wenn dadurch unsere heutige Sitzung etwas länger dauert.

Küer: Es ist meines Körperlichen Befindens halbe ich die Uebernahme des Korreferats doch für eine Ehrenpflicht gegen den Meisten und gegen die Parteigenossen. Nachdem ich Bismarck gehört habe, bin ich noch mehr als vorher davon überzeugt, daß, wenn nicht unbedenkliche Dritte sich dazwischen geschoben hätten, die Partei und die Maurer sich wie bisher, so auch bei dieser Gelegenheit ganz gut vertragen hätten und daß die Differenzen überhaupt nicht entstanden wären. Aber die Ausführungen Bismarck's können doch auch nur mit dem höchsten Adenken Salz als richtig anerkannt werden. Hier habe ich einen Brief, der die Ueberschrift trägt: „Centralverband der Maurer

Deutschlands und der verwandten Berufe. Zahlstelle Hamburg“, datirt vom 9. Februar 1901. und mit der Unterschrift Ihres Kollegen Rober. Er lautet:

„Werther Genosse! Im Auftrage einer am 31. Januar d. J. abgehaltenen Mitgliederversammlung habe ich den Vorständen der drei Hamburger Wahlkreise folgenden Antrag zu unterbreiten: Die Mitgliederversammlung des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands, Zahlstelle Hamburg, ersucht die Vorstände der drei Hamburger Wahlkreise, auf die Tagesordnung der nächsten kombinierten Mitgliederversammlung zu setzen: Ausschluß aller derjenigen Maurer aus den sozialdemokratischen Vereinen der drei Hamburger Wahlkreise, welche an einer von dem Central-Verbande Deutschlands, Zahlstelle Hamburg, gesperrten Arbeitsstelle gearbeitet haben, sowie auch derjenigen, welche sich in dem Verein „Freie Vereinigung der Maurer Hamburgs“ vereinigt haben zu dem ausgesprochenen Zweck, als Streikbrecher zu arbeiten“.

Es ist ja ganz nebenächlich, wer das Karnidel ist, das angefangen hat, aber es geht hieraus doch ganz klar hervor, daß entgegen der Behauptung Bismarck's, die Sache sei von den Maurern garnicht angeregt worden, sie in der offiziellsten Form von jener Seite an die Partei-Organisation herangebracht ist.

Von unendlicher Wichtigkeit aber für den Fall Baumgarten ist der Brief von dem Vorsitzenden der Hamburger Zimmerer-Organisation E. Schnad. Derselbe lautet:

Hamburg, d. 8. 9. 01.

„Am 4. Mai d. J. fand eine gemeinschaftliche Sitzung der Zahlstellen-Vorstände der Maurer und Zimmerer statt. In dieser Sitzung wurde u. A. von dem Maurer Hüttmann an uns Zimmerer die Frage gerichtet: „Wie stellen sich die Zimmerer, wenn an einem Bau Verbandsmurer und Affordmurer zusammen arbeiten und die Verbandsmurer das Verlangen an den Arbeitgeber stellen, die Affordmurer zu entlassen?“

Als Beispiel führte Hüttmann an, daß er auf einem Bau arbeite (bei Baumgarten), wo ca. 85 Verbandsmurer und ca. 12 Affordmurer beschäftigt seien. Die Verhältnisse an dem Bau lägen nun so, daß nach seiner Meinung dort ein Schlag gegen die Mitglieder der „Freien Vereinigung“ ausgeführt werden könne. Von Seiten des Vorstandes der Zimmerer wurde hierauf erklärt, daß seine Stellung von den jeweiligen Verhältnissen abhängen würde. Am 11. Mai Abends wurde ich nach der Lessinghalle gerufen. Anwesend waren hier Hartwig und Rober vom Vorstand der Maurer, ich als Mitglied des Vorstandes der Zimmerer und ferner Hüttmann, sowie unser Bauleitender vom Baumgarten'schen Bau.

Hier wurde von Hüttmann nun mitgeteilt, daß er im Laufe der Woche in Erfahrung gebracht, daß einige an dem Bau beschäftigte Mitglieder der „Freien Vereinigung“ an Baumgarten herangetreten seien und an diesen die Anfrage gerichtet haben, ob sie nicht Afford erhalten könnten? Dieses sollte zwar von Baumgarten abgelehnt sein, aber die Gefahr sei vorhanden, wenn der Bau mauerefertig sei, daß dann die Verbandsmurer entlassen und die Zugarbeiten in Afford vergeben würden.

Er hätte in der Frühstücksstunde dieses zur Sprache gebracht und wäre die Fragestellung an Baumgarten von den Affordmuren zugegeben und in herausfordernder Weise dazu bemerkt worden: wer, wenn sie Afford erhalten würden, an dem Bau nicht arbeiten wolle, möge ja aufhören. (Vergleiche hierzu Seite 5 des im „Verlage von E. Henje in Hamburg“ über die ganze Frage erschienenen Berichtes der Kommission des Hamburger Gewerkschafts-Partells). Der dort abgebrachte Schlusssatz: „wenn der Verband es nicht erlaubt, können sie u. i. w.“ ist mir ganz was Neues.

Am Abend des 13. Mai fanden dann Zusammenkünfte der an dem Bau beschäftigten Maurer mit Rober und der dabeist beschäftigten Zimmerer mit ihrem Vorstände, und zwar zunächst für die Berufe getrennt, statt. Hier machte nun die Verwaltung der Zimmerer ihre Berufsgenossen darauf aufmerksam, daß

weder Afford noch sonstige Differenzen am Bau vorhanden seien, ein rechtlicher Grund zur Bauherrn überhaupt nicht vorhanden sei; man solle sich das Vorgehen sorgfältig überlegen; es könnte eine Niederlage dabel herauskommen.

Unsere Berufsgenossen standen jedoch auf dem Standpunkt, mit den Affordmaurern an einem Bau nicht zusammenzuarbeiten zu wollen und eine Niederlage sei bei gemeinschaftlichem Eintreten ausgeschlossen.

Weil nun die Verhältnisse an dem Bau diesbezüglich günstig lagen, außerdem aber auch wir gewillt waren, die Maurer in ihrem Kampfe gegen die Affordmaurer zu unterstützen, willigten wir ein und sollte ein Vermittlungsversuch mit Baumgarten vorausgehen. Dieser Vermittlungsversuch wurde jedoch von den Verbandsmaurern abgelehnt und hinzugefügt, wenn die Zimmerer nicht mitmachen wollten, würden die Maurer allein vorgehen.

Am 14. Mai Morgens nahmen nur die Verbandsmaurer die Arbeit nicht wieder auf. Baumgarten, der sofort geleistet wurde, lehnte jede Verhandlung mit Kober ab und gingen so mit hin die Verbandsmaurer vom Bau. Um 9 Uhr legten auch die Zimmerer die Arbeit nieder. Auf Verabredung mit dem Zimmermeister fand Abends 7 Uhr eine Unterhandlung zwischen dem Zimmermeister, Baumgarten (Maurermeister) und dem Untergemeinlichen statt.

Auf Vermittlungsvorschläge ließ sich Baumgarten wenig oder garnicht ein und zwar aus dem Grunde, weil er erklärte, daß er seit Bestehen seines Geschäftes Afford noch nicht gegeben habe und nunmehr, nachdem er Mitglied der Zunftung, sei es ihm garnicht in den Sinn gekommen, Afford zu geben. Wenn er dieses Ansinnen nicht gleich energisch zurückgewiesen habe, so liege der Grund darin, daß er die theilweisen guten Kräfte der Affordmaurer nicht habe missen lassen; er hätte über beregte Angelegenheit gewiß mit sich reden lassen; jedoch hätte dieses vor der Arbeitsniederlegung gesehen müssen.

Damit war nun die Arbeitseinstellung perfekt. Da von den Zimmerern schon ein Theil der Arbeiten bis aufs Hinlegen angefertigt war, haben dann im Laufe der Tage die an dem Bau beschäftigten Maurer mit dem Zimmerpolter, der die Arbeit nicht eingestellt hatte, die angefertigten Zimmerarbeiten hingelegt.

Von Seiten des Vorstandes der Zimmerer wurde, weil Gründe dafür nicht vorhanden waren, auch keine Sperre über die Arbeiten verhängt.

Ob der Unternehmer Baumgarten später dadurch, daß Verbandsmaurer nicht bei ihm arbeiten wollten oder durften, er also nur Affordmaurer beschäftigte, Afford gegeben hat, ist mir nicht bekannt. Nach dem oben erwähnten Bericht des Gewerkschaftsartikels gewinnt es den Anschein.

Mit Gruß

E. Strauß

Frucht-Allee 20/19 III.*

Man hat es immer als vernichtend für den Schiedspruch hervorgehoben, daß die Affordmaurer sogar Zimmererarbeit hergestellt haben, das sei ehelos. Güttnann hat ja im Schiedsgericht schon zugegeben: wir hatten den Verdacht, daß die Arbeiter auf dem Bau Baumgarten, 14 Mann — Affordarbeiter, die aber wohlverstanden nicht im Afford, sondern mit den 85 Verbandsmaurern im Tageslohn arbeiteten —, wenn der Bau mauertfertig ist, dann die Pugarbeiten in Afford ausführen würden, und um ihnen das Präventive zu spielen, habe er sich mit seinen Kollegen und dem Leiter der Verbandsstelle in Verbindung gesetzt und gesagt: halt einmal, die wollen wir hinausgrauen! Sie haben ihre Organisationsinteressen, die wirklichen oder vermeintlichen, gewahrt. Das ist ihr Recht; für uns kommt es aber nur darauf an, ob die Handlung Deter, die wir ausschließen wollen, ehelos war. Nach Meinung Güttnann's war die Gelegenheit günstig, einen Schlag gegen die Mitglieder der Vereinigung zu führen. Er hatte in Erfahrung gebracht, daß einige dieser Leute an Baumgarten heranzutreten und ihn gefragt hätten, ob er nicht in Afford arbeiten lassen wolle. Dieser habe

es zwar abgelehnt, aber die Gefahr sei vorhanden gewesen, daß, wenn der Bau mauertfertig sei, die Verbandsmaurer entlassen und die Pugarbeiten in Afford angefertigt werden würden. Es fanden Versprechungen der Maurer und Zimmerer getrennt statt. Die Leitung der Zimmerer machte darauf aufmerksam, daß weder Affordarbeit noch sonstige Differenzen auf dem Bau vorhanden (Hört! hört!), ein richtiger Grund zur Bauherrn überhaupt nicht vorhanden sei; man solle sich das Vorgehen sorgfältig überlegen, es könnte eine Niederlage die Folge sein. Welt aber die Verhältnisse günstig lägen, seien sie gewillt, die Maurer eventuell in ihrem Kampfe gegen die Affordarbeit zu unterstützen. Von den Zimmerern wurde ein Vermittlungsvorschlag angebracht, der aber von der Leitung der Verbandsmaurer abgelehnt wurde (Hört! hört!); diese erklärte, wenn die Zimmerer nicht mitmachen würden, so würden sie allein vorgehen. Dann haben die Maurer die Arbeit niedergelegt. Und nun das Entscheidende: Von Seiten des Vorstandes der Zimmerer wurde, weil Gründe dafür nicht vorlagen, auch keine Sperre über den Bau bei Baumgarten verhängt. (Hört! hört!)

So also lag die Sache: es war ein taktischer Zug der Maurer, dessen Berechtigung oder Unberechtigung mich nichts angeht. Wir werden und müssen uns Hüten, in die gewerkschaftlichen Kämpfe, in die Handhabung der Angelegenheiten der einzelnen gewerkschaftlichen Organisationen uns hineinzuweisen. Wenn aber diese Organisationen umgekehrt zu uns kommen und sagen: wir haben die und die bei uns ausgeschlossen, und zwar wegen ehroloser Handlungen und Ihr habt ohne Prüfung die Betreffenden aus der Partei hinauszuerwerfen — das können, das dürfen wir nicht. Wenn wir auf diese schiefe Ebene Hünen folgen würden, Parteigenossen, die Sie den Gewerkschaften angehören und unter schwierigen Verhältnissen sie zu leiten haben, Sie würden in ganz kurzer Zeit diese Stellungnahme zu bedauern haben. Wenn irgend ein Fall zusetzt, wie richtig die Anschauungen der Schiedsrichter gewesen sind, so ist es gerade dieser Fall Baumgarten. Wir können nicht einseitig, wie Bömelburg dies verlangt, den Standpunkt der Verbandsmaurer in Betracht ziehen, wir haben zu untersuchen, ob eine ehrolose Handlung vorliegt. In Wirklichkeit steht nur fest, daß Güttnann und seine Freunde die Vermuthung hatten, die Maurer könnten später in Afford arbeiten, und daß er auf Grund dieser Vermuthung sagte, Schmeißen wir sie vorher schon hinaus, ehe sie ihre Absicht ausführen können. Fest steht weiter, daß die Zimmerer bestimmt wurden, auch mitzugehen und daß dann die Affordmaurer die paar Balken unter Leitung des Polters gelegt haben, um weiter arbeiten zu können. Die Zimmererleitung erklärt ausdrücklich, von Seiten der Zimmerer ist überhaupt keine Sperre verhängt. Sie müßten der Partei eine Aufgabe zu, die sie nicht erfüllen kann.

Und nun zum Schiedspruch selbst. Bömelburg behauptet, die Absicht des Urtheils des Hamburger Gewerbegerichts in Sachen des Baues von Daßl habe unter den Schiedsrichtern zirkulirt; möglich, daß das Erkenntniß zirkulirte, aber ich konstatiere, das ganze Material, das den Schiedsrichtern von Haus aus vorgelegt wurde, ist der im Schiedspruch abgedruckte Brief, vom 18. Juni. Nur mehrer Zulklaßte ist es zu verdanken, daß wir überhaupt erfahren haben, wen wir denn überhaupt ausschließen sollten. Ich mußte erst an Stubbe nach Hamburg schreiben, um das Objekt für den Ausschluß zu ermitteln. Da erhielt ich von Stubbe ein gedrucktes Verzeichniß von 109 Maurern; die sollten ausgeschlossen werden, die andern werden dann folgen; kein Wort davon, ob sie Parteigenossen, ob sie als solche organisiert sind. Ich frage an; da schrieb mir Stubbe: das wird schwer halten, festzustellen (Heisterfeld), aber wir werden den Versuch machen! Da stellte sich denn heraus, daß die Mehrheit, 88, überhaupt gar keine organisierten Parteigenossen waren. Ohne mich wäre die Sache ausgegangen wie das Hornberger Schießen.

Allgemein interessant ist aber der Fall Dahl. In dem Verzeichniß der 108 sind alle Bauten mit Namen genannt, aber der Dahl'sche Bau finden Sie in dem ganzen Schriftstück nicht mit einem Worte erwähnt. (Hört! hört!)

Was ist das für eine Art und Weise, Anträge vorzubereiten, bei denen es sich um den Ausschluß von 50 Genossen handelt, von denen viele bereits unter dem Sozialistengesetz treu ihre Pflicht erfüllt haben? Gätte ich nicht Ordnung in diese Sache gebracht, so hätten wir 108 Personen ausgeschlossen, von denen die größere Hälfte garnicht der Parteiorganisation angehörte, darunter aber nicht einen einzigen von dem Bau Dahl, wo angeblich die ärgsten VerstöÙe vorgekommen sein sollen. Wäre ich Maurer und Verbandsgenosse, so würde ich Bömelburg Recht geben, ich würde aber noch hinzufügen: Das ist Sache der Maurer, nicht aber der Partei. Die Verhandlungen des Schiedsgerichts sind ruhig, objektiv und ohne Leidenschaft geführt worden. Ich verlange nicht, daß Sie mit dem Schiedspruch einverstanden sind, aber das müssen Sie Alle zugeben, daß ein Urtheil garnicht sachlicher und objektiver in der Form sein kann. Und was ist trotzdem Alles gegen den Schiedspruch geltend gemacht worden? Wir haben gewiß nicht gelaugt, ein Wunderwerk zu verrichten. Regien meinte am Sonntag: Ach Gott, die Geschichte kennen wir, Auer hat den Schiedspruch einfach geschrieben und die Anderen unterschrieben. Gewiß, geschrieben habe ich ihn, einer mußte ihn doch schreiben, aber glauben Sie doch nicht, daß die anderen Schiedsrichter einfache Nullen sind. Es wurde auch, ich glaube es geschah dies von der Genossin Steinbach, die Ansicht ausgesprochen: Auer hat die Schiedsrichter hypnotisirt! Ich bedauere nur, daß Regien so vorständig war, sich nicht unter die Hypnose von Auer zu begeben. Sie sind doch sonst ein so selbstständiger Mann, das Prototyp eines unabhängigen Genossen, sowohl gegenüber dem Terrorismus des Partei-Vorstandes als gegenüber Schmeicheleien! Hier war mal Gelegenheit, Auge in Auge Ihre Anschauungen zu verteidigen, hier konnten Sie einmal dem Genossen Auer, diesem bösen Geist der Gewerkschaften, gegenüber so recht zeigen, was Sie können. Wie war denn die Sache? Unter den 8 Delegierten, die von den Hamburger Genossen und den Affordmairern gewählt sind, war auch nicht ein einziger, der mir nicht schon beim Zusammentritt des Schiedsgerichts sagte: Ja, ausschließen können wir sie nicht! Ich sagte: Wie kommt denn das, wo sind denn die Genossen, die für den Antrag auf Ausschluß eintreten? Und da wurde mir erwidert, diese Genossen haben es alle abgelehnt, ins Schiedsgericht zu gehen. (Hört! hört!) Im zweiten Wahlkreise hat zunächst Regien mit Rücksicht auf den Termin, an dem das Schiedsgericht stattfinden sollte, mit Dank abgelehnt. Er hatte angeblich keine Zeit. Dann wurde v. Elm vorgeschlagen, er schloß sich der Ablehnung an. Man ging weiter und sagte sich: Wenn v. Elm nicht kann, dann kann die Frau Steinbach! (Große Heiterkeit!) Man bot ihr an, einzutreten, sie lehnte ebenfalls ab, und so hat man gemacht auf der ganzen Linie. Alle, von denen bekannt war, daß sie für den Ausschluß waren, haben abgelehnt unter der Motivierung, daß ihnen der Termin nicht pakte. Es wurde gesagt, Auer habe mit der von Parvus ja bestrittenen, hier und da aber anerkannten Schlaueit (Heiterkeit) einen Termin ausgewählt, an dem v. Elm und Regien verhindert waren. Wir in Berlin sollen also genau gewußt haben, daß die genannten Genossen an dem Tage nicht in Hamburg sind. Diese Unterstellung ist doch so eigenartig, Gedankenleser bin ich doch nicht, aber es ist auch nicht wahr, daß ich den Termin so festgesetzt habe, daß er nicht mehr zu ändern war; eine solche Diktatur übe ich nicht aus. Wenn ich auch nicht schlau bin, so dünn, so etwas zu machen, bin ich denn doch nicht. Ich habe hier den Brief vor mir, den ich geschrieben habe. Darin heißt es: „Ich schlage Ihnen vor, das Schiedsgericht auf einen Tag vom 14. Juli ab, also morgen über acht Tage, einzuberufen. (Hört! hört!) Es bleiben auch dann noch volle acht Tage Zeit, um die nothwendigen Vorarbeiten zu treffen. Als Lokal schlage ich Euch das

Konferenzzimmer auf der Redaktion des „Echo“ vor, als geeigneten Tag für die Verhandlungen bringe ich Montag, den 15. Juli, in Vorschlag. Beginn 10 1/2 Uhr Mittags. Den Affordmairern sind die gleichen Vorschläge von mir gemacht. Stillschweigend verständigt Ihr Euch. Besonders wäre dies angebracht, wenn Ihr über Ort, Zeit usw. andre Vorschläge zu machen habt.“ (Hört, hört!) Das mein Brief. Und was sagen nun meine Gegner? Ich hätte den Termin diktirt! Frau Steinbach namentlich unterstellt mir, ich hätte mit besonderem Raffinement wieder einen Tag gewählt, an dem die Genossen v. Elm und Regien nicht kommen konnten. Der Fall selbst ist in dem Schiedsgericht völlig aufgeklärt, die Sache ist in aller Form erledigt, dies auch in dem veröffentlichten Protokoll dargelegt und trotzdem kommt Frau Steinbach und rebet wieder von dem bösen Streich des „Oberchiedsrichters“ Auer. Deshalb werden wir Beide uns nicht zanten, Sie dürfen von mir erzählen, was Sie wollen, Frau Steinbach, nur, bitte, loben Sie mich nicht. (Große Heiterkeit.)

In dem von der Kommission des Hamburger Gewerkschaftskartells herausgegebenen Aktensind heißt es: „Im ersten und dritten Wahlkreise ernannten die Vorstände zwei der Schiedsrichter unter der etwas eigenthümlichen Begründung: der unparteiische, vom Partei-Vorstande bestellte Richter J. Auer habe ihnen das Datum diktirt, an dem das Schiedsgericht zusammentreten müßte.“ (Hui!) Dieser eine Vorgang zeigt, daß da im Hintergrunde Elemente gewirkt haben, denen es nicht darauf ankommt, Frieden zu stiften, sondern denen dieser Vorgang wieder einmal eine sehr willkommene Gelegenheit war, ihre Gegenpäplichkeit zu uns zu dokumentiren und außerdem im Trüben zu fischen. (Sehr wahr!) Aber die Fische geben nicht an die Angel. Bleiben Sie ganz ruhig, ich bin zwar krank, aber soviel Kraft habe ich noch immer, Ihre Treibereien aufzudecken. (Weiß! Frau Steinbach ruft: Ach, Sie wissen ja nicht, was Sie thun!)

Daß der Schiedspruch objektiv ist, habe ich schon betont. Ich weiß ja, Manche, die in den Versammlungen am kräftigsten dagegen gesprochen haben, haben ihn überhaupt nicht gelesen. Denn auch bei uns urtheilen eben leider Manche am sichersten, wenn sie von einer Sache möglichst wenig unterrichtet sind. Aber an Sie, die Sie die höheren Richter sind, die Sie auch über mich zu urtheilen haben, an Sie richte ich jetzt ausdrücklich das Ersuchen: Lesen Sie den Schiedspruch! Ob Sie ihn billigen, ist Sache für sich, aber daß er ein Aktensind ist, das sich bestrebt, objektiv und sachlich den Thatbestand wiederzugeben, darüber kann nicht der leiseste Zweifel sein. Und, Bömelburg, Hand auf Herz! Ist nicht der Schiedspruch vollinhaltlich sachlich, daselbe was auch Sie uns hier gesagt haben? Ich appellire zum Beweise dafür an diejenigen, die den Schiedspruch gelesen haben, wie darin über die Affordarbeit geurtheilt ist. Für uns aber handelt es sich nicht um die Schädlichkeit der Affordarbeit, sondern darum, ob Handlungen vorliegen, auf die der § 2 unseres Organisationsstatuts Anwendung finden muß. Sind Handlungen vorgekommen, die als erlos zu betrachten sind? Erst wenn das erwiesen ist, können wir verurtheilen. Wir haben die Handlungsweise der Affordmaurer aufs Tiefste bedauert und das auch im Schiedsgericht ausgesprochen. Ich habe den Schiedspruch geschrieben und halte ihn aufrecht. Was denken Sie denn von mir? Ich bin ein Parteigenosse wie Sie Alle, ich habe in allen Zeiten treu zur Partei gehalten, die Partei ist ein Stück von mir und ich ein Stück von ihr, ich habe darin gelebt und werde darin sterben. Glauben Sie, daß es mir gleichgültig sein kann, ob an einem Ort wie Hamburg ein so tiefgreifender Streit ist oder nicht? Glauben Sie etwa, daß ich dazu beiträgen würde, die Differenzen, die Sie ja nach und nach in Ihren Gewerben überwunden haben, die Sonderbündel usw., zu fördern? Nein, ich weiß ja, viele behaupten das, sie irren sich aber. Ich kann vor mir sagen, was Ihnen Maria Sturmer von sich sagte: Ich bin besser als der Auf, den ich bei Ihnen habe. Nein, der schlechte Kerl bin ich nicht! Wäre ich wirklich das, was

gewisse leitende Kreise, nicht unter den Mauern, aber sonst in der Gewerkschaftsbewegung glauben, seien Sie versichert, es hätte mir nicht an Gelegenheit gefehlt, mich Ihnen recht unangenehm zu machen. Aber ich bin es nicht! Alles, was in dieser Beziehung gesagt wird, ist Märchen, wird aber leider vielfach geglaubt. Es trifft zu, was der Dichter sagt: „Am Urtheil der Landesleute ändert nichts der Zahn der Zeit, da hilft kein Zaudern und kein Sträuben. Du mußt der kleine Töffel bleiben“. Und das bin ich nun mal, ich bin der schwarze Mann, der Alles aufbieten soll, um die Gewerkschaften nicht hoch kommen zu lassen. Ich habe meine Rede auf dem Parteitage 1898 nochmals nachgelesen. Was steht darin? Auch nicht ein Wort gegen die Gewerkschaftsbewegung! Mit Legien habe ich mich auseinandergesetzt. Es mag sein, daß ich im persönlichen Urtheil zu weit gegangen bin, aber daß sich ein sachlicher Widerspruch, ein feindseliges Urtheil gegen die Gewerkschaften darin findet, — ich zahle Jedem, der das nachweisen kann — na — viel habe ich nicht, ich bin ein armer Kerl — eine anständige Fesche! (Süßmilch's Heiterkeit.) Mit keiner Silbe habe ich im Schiedsgericht die Streitfrage über die Neutralität der Gewerkschaften gestreift. Mit voller Absicht habe ich diese Objektivität gewährt, weil ich es für meine Pflicht hielt, Alles zu thun, um den Streit zu befeitigen, um unter Wahrung des Rechts, wozu wir berufen waren, beiden Theilen die Möglichkeit zu geben, sich wieder zu verständigen. Nicht verheken, verhöjnen wollten wir. Das schwebte uns vor. Und verhindern wollten wir vor Allen, daß sich eine neue Schutztruppe für das Paulöpenthum aus den Affordmannern bildet. Und dafür diese Behandlung in den Besprechungen und einem Theil der Gewerkschaftspressen.

Die einzige strittige Frage unter den Schiedsrichtern war die Beurtheilung des Falles Baumgarten, die Ausführung von Zimmerarbeiten durch Affordmänner. Und da ist es sehr interessant zu erfahren, welche Seite vorschlug, hier vielleicht ein Exempel zu statuiren. Es war ein von Seiten der Affordmänner gestellter Schiedsrichter, der da meinte: Es raft der See, er will sein Opfer haben. Schmeißen wir eins hinein, vielleicht zieht der Waikisch nachher bestriedigt ab. (Heiterkeit.) In den Sonntagsgesprächen über die Tagesordnung ist angeführt worden, daß das Schiedsgericht keine Gründe angeführt hätte und — ein gewisser Widerspruch — seine Gründe taugten nichts. Ob die Gründe etwas taugen, das zu beurtheilen ist Sache des persönlichen Urtheils. Die Gründe mögen Ihnen nicht gefallen, aber seit wann, Genosse Legien, ist es denn eine Parteieinrichtung, daß wir, sobald in einer Gewerkschaft Zahl entsteht, von Partei wegen die Befehle der Gewerkschaftsbewegung zu erfüllen haben! (Sehr richtig!) Das ist der erste Fall, der mir vorgekommen. Der Fall ist neu, aber die Grundsätze, daß wir solche Versuche abwehren müssen, sind alt. (Sehr gut!) Und die Manier! Die Herren kommandiren und wir gehorchen! Wenn Sie uns die Entscheidung überlassen, weshalb dann Ihre Erregung über unsere Entscheidung? Sollten wir einfach sagen: Zu Befehl? (Lebhafte Zustimmung.)

So stehen die Dinge. Wenn es aber dahin kommen sollte, dann bräunte die Partei überhaupt nicht mehr zu existiren, dann machte die Gewerkschaft Alles. Wir können davon nicht abgehen, daß wir darüber entscheiden, wer zu uns gehören soll. Grund hin, Grund her, die ganze Richtung gefällt Ihnen nicht, die wir repräsentiren. (Lebhafte Zustimmung.) Wir sind Ihnen gegenüber immer so vorsichtig wie nur möglich gewesen. Wir schonten Sie, auch wenn wir anderer Meinung waren. Sie können keinen Fall anführen, wo wir die Generalkommission zur Intervention aufgefordert hätten. Wir haben uns jeder Zeit solcher Maßnahmen enthalten. In Ruhe und Frieden wollten wir mit Ihnen leben, nicht weil wir in Sie verliebt sind (Heiterkeit), sondern weil es im Interesse der gesammten Arbeiterbewegung liegt, daß wir nicht in Konflikt mit einander kommen.

Aber sofort, als wir uns durch den Schiedspruch in Widerspruch zu Ihren Wünschen setzten, gingen die persönlichen Angriffe gefährlichen Charakters los. Daß man mich als den Oberchiedsrichter bezeichnete, na, das ist nicht schlimm, auch nicht, daß es gleich im Anfang hieß: der in Gewerkschaftskreisen genügend bekannte Auer. Frau Steinbach, die ein besonderes Faible für mich hat (Heiterkeit), hat herausgekiert, daß ich die Schiedsrichter hypnotisirt hätte. (Heiterkeit.) Sehen Sie sich doch einmal die Exemplare der Schiedsrichter an. Da ist der Genosse Hoffmann, von Geburt Schuster (Heiterkeit), nachher Seemann, ein vierströtiges Ungeheuer. (Große Heiterkeit.) Frau Steinbach überhäuft die Kraft meiner Hypnose. Ich kann nur bedauern, daß sie dem Schiedsgericht nicht angehört hat. Sehen Sie, Frau Steinbach, auf Sie würde ich den Versuch der Hypnose gemacht haben. (Süßmilch's Heiterkeit.) Bei Ihrem hochentwickelten, unerschütterlichen Gerechtigkeitsempfinden hätte ich darauf gerechnet, daß Sie als Schiedsrichterin dem Schiedspruch dann zugestimmt hätten.

Wie weit aber ist man sonst mit den Angriffen gegangen. Ein Gewerkschaftsorgan hat geschrieben, über den Schiedspruch brauche man sich nicht zu wundern; seien die Schiedsrichter doch Leute, die nichts von der Gewerkschaftsbewegung verständen, Lagerhalter, Gastwirthe, Bureauvorsteher. Das Schärfermacherorgan, die „Post“, hätte höchstens noch hinzugefügt: Cigarrenhändler. (Bewegung.) Ist das die Art, wie wir unter einander verkehren sollten! Auch die Akademiker sind hineingezogen worden. Na, die Mittelieder der Kontrollkommission, der alte Wegner, Raden, Meister sind wirklich nicht Akademiker. (Heiterkeit.) Oder sollte der kleine David die übrigen Aht eingefangen haben. Ja, es ist wirklich manchmal abgeschmackt, wie Sie kämpfen! Es giebt noch weitere markante Stellen in den Gewerkschaftsblättern, so die Aeußerungen des Neutralisten Hus im Organ der Vergarbeiter. Da wird behauptet, das Schiedsgericht habe eine gemeingefährliche Streikbrecherkolonne in seinen Schutz genommen, die Gewerkschaftsbewegung werde zu der Rolle des Achenbrödel's verurtheilt. Solchen Aeußerungen gegenüber muß man wirklich fragen: Geschieht das noch um der Sache willen oder geschieht es wegen anderer Zwecke. Ich kann die Empfindung nicht los werden, daß dieser Verdacht gerechtfertigt ist. (Bewegung.) Wenn die Genossen, die so polemischen, glauben, daß in der Parteileitung so viel Antimosikalität und Widerwillen gegen die Gewerkschaftsbewegung besteht, dann wäre es längst ihre verdamnte Pflicht und Schuldigkeit gewesen, einzugreifen und nach dem Rechte zu sehen (v. Elm: Das thun wir jetzt!) O, Herr v. Elm! da will ich Sie an einen andern Fall erinnern. In einem Artikel des „Korrespondenzblattes“ über die Sache wird in ganz bössartiger Weise auch der Leipziger Fall mit den Buchbrüdern hineingezogen. Dieser Fall ist wirklich nicht von der Parteileitung eingerührt worden. Uns war er unangenehm genug. Dieser Leipziger Fall hat wochenlang die Fraktion beschäftigt. In einer Anzahl von Fraktionsitzungen haben wir darüber verhandelt. Unsere Fraktionsgenossen sind aufrührerisch geworden gegen Bebel, Pfannkuch, Singer und mich. Schließlich ist ein Antrag sogar in der Fraktion angenommen worden, der uns einen bestimmten Termin stellte. (Meister bestätigt es.) Es hieß: Wenn Ihr die Sache nicht bis da und dahin zur Euleidigung bringt, dann gehen wir an die Oeffentlichkeit. Wir wurden in der Fraktion direkt bezichtigt, wir hätten nicht den Muth, gegen den Buchbrüder-Verband vorzugehen, wir wahrten das Verbandsinteresse mehr als das Parteiinteresse. (Meister: Stimmt!) Wir haben die Sache hingezogen und hingezogen, solange als es nur ging. Immer und immer wieder haben wir Verhandlungen mit dem Verband der Buchbrüder geführt. Auch die Verbandsleitung hat nach meiner Empfindung Alles gethan, um einen verständigen Ausgleich herbeizuführen. Aber der Schwierigkeiten konnten sie und konnten wir nicht Herr werden. Es waren Gegensätze in

Leipzig, die nicht zu überwinden waren. Weil nicht alle Verbandsbuchbinder wieder an die alten Stellen kommen konnten, sollten keine sie wiederhaben. So wurde der Bruch unerbittlich trotz aller Bemühungen.

Wenn je ein Fall es gebot, daß ein so prononcierter Vertreter der Gewerkschaften wie Elm in der Fraktion erschien, dann hier. Ich konstatiere, daß Elm allen unsern Verhandlungen fern gelieben ist. (Bewegung.) Elm mußte davon unterrichtet sein. Durch viele Wochen haben sich die Verhandlungen hingezogen. Zweimal in einer Woche sind wir öfter zusammengekommen. Elm aber, der Mitglied der Fraktion ist, hat sich bei uns nicht sehen lassen! (Hört! Hört!) Wie nichts mehr zu retten war, da hat dann Elm einen Artikel in den „Socialistischen Monatsheften“ geschrieben und hat uns gründlich heruntergemacht. Alle Vorwürfe des interessanten Reizhauer (sehr gut!) hat er sich zu eigen gemacht und seine höhere Einsicht produziert. Ist das die richtige Art, die Gegenseite auszugleichen!

Wenn man immer wieder solche Dinge sieht, dann muß Veracht in einem aufsteigen. Elm ist es gewesen, der in den Hamburger Versammlungen den Antrag gestellt hat, die Angelegenheit hierher zu bringen. Ich bin vom Vorstande nicht autorisiert, aber meine Meinung ist, daß wir in unendliche Schwierigkeiten kommen, wenn wir den Vokalvereinigen nicht das Recht des Mitgliedsauschlusses lassen. Dieser Ausschluß bedingt nicht eo ipso den Ausschluß aus der Partei. Wenn man aus der Partei ausschließen will, dann braucht man ein Schiedsgericht. Wir haben ja jetzt schon Genossen, die ihre Beiträge direkt an den Vorstand einbringen. In Hamburg hat man sich darüber gekräftigt und ich gebe zu, daß die Frage stützig ist. In Hamburg sind bei dieser Gelegenheit die interessanteren Organisationen in den Versammlungen zahlreich erschienen. Es ist so weit gekommen, daß unser Vorkämpfer in seiner Heimathstadt überhaupt nicht mehr reden konnte, daß er niedergeschrien wurde. (Hört! hört!) Elm ist es eben durch seine begeisterte Beredsamkeit gelungen, die Massen so aufzuregen. Als Molkenbühr sich privatim darüber beschwerte und meinte, so schlamm brauche er es doch nicht zu machen, da sagte Frau Steinbach: Das ist eben die Bruderliebe, die aus v. Elm spricht. (Frau Steinbach: Das ging doch nicht gegen Molkenbühr.) Ja, Genossin Steinbach, das macht wieder Ihrem Herzen alle Ehre, ich wundere mich nur, daß die Bruderliebe v. Elm's sich nicht auf uns alle erstreckt. Aber diejenigen, die immer in Versammlungen sind, einfach niederzuschreiben, und diejenigen, die sich sehr selten sehen lassen, auf den Schild zu heben, für diese Art Bruderliebe habe ich kein rechtes Verständnis.

Die Sache ging weiter. Die Siebentzige scheint mir erreicht zu sein in der von Genossen Elm eingebrachten Resolution des Hamburger Gewerkschaftsartikels vom 13. August, die da lautet:

„Die am 13. August tagende Delegierten-Versammlung des Hamburger Gewerkschaftsartikels spricht ihr tiefstes Bedauern aus über die gleichfalls „einstimmige“ Bestätigung des „einstimmig“ gefassten Schiedspruch in Sachen der Hamburger Affordmaurer durch die Kontrolleure der sozialdemokratischen Partei. Diese beiden Urtheilsprüche beweisen ein unfähig geringes Maß von Verständnis für die Bedeutung des organisierten Klassenkampfes. Sollte dieser unglückliche gemeinschaftliche „Schiedspruch“ auch von dem in Lübeck demnächst tagenden Parteitag der sozialdemokratischen Partei zum dritten Mal bestätigt werden, so würde das nichts Geringeres andeuten, als die Sanktionierung des schamlosesten Streits- und Organisationsbruchs in Permanenz durch eine Partei, deren Aufgabe es nach ihrem Programm sein soll, den Kampf der Arbeiterklasse gegen Ausbeutung und Knechtschaft in jeder Form zu einem bewußten und einheitlichen zu machen. Die von den besten Organisationen nach schwersten Kämpfen errungene Position, welche ihr Fundament in periodisch zu erneuernden tariflichen Vereinbarungen

der Arbeiter mit dem Anternehmerthum finden, gehen den größten Gefahren entgegen, viel größeren, als sie ein Zuchthausgesetz hätte bringen können, wenn ihr bei diesen Ihr organisierten Kämpfer Disziplinosigkeit und Organisationsbruch nicht mehr als ehrlose Handlungen gebrandmarkt werden sollten, und hält es das Hamburger Gewerkschaftsartikels deshalb für seine Pflicht, die organisierten Arbeiter Deutschlands auf die eminente Gefahr aufmerksam zu machen und sie aufzufordern, zur Vermeidung derselben alles zu thun, was in ihren Kräften steht.“

So hat v. Elm über unsre Thätigkeit resolviren lassen. Und hier, wo wir Auge in Auge gegenüberstehen, wo wir verlangen, daß unsere Ankläger auch ihren Mann stellen, was beantragt man da? „Der Parteitag erklärt, daß er die Begründung des Schiedspruchs in der Hamburger Angelegenheit als richtig nicht anerkennt.“ In Hamburg, Sanktionierung des schamlosesten Streits- und Organisationsbruchs in Permanenz“ und hier eine Handlung, die nicht ganz richtig ist! Ein besonderes Zeichen von Tapferkeit kann ich darin nicht erblicken. (Sehr richtig!) Ich zittere auch vor der Schlacht, Ich gehe nicht gern in den Kampf, aber wenn ich im Gefecht bin, dann sehe ich nur mehr meinem Gegner in die Augen. Sie machen es umgekehrt, Sie parken mit einer Front, die zum Parkiren sonst nicht dient. (Große Heiterkeit.) Ich glaube es Bömelburg, daß er und seine Freunde aus der Leitung des Maurerverbandes mit den Anrufen für die Wahl der Delegierten in den drei Hamburger Wahlkreisen nichts zu thun hat. Sie sind viel zu alte und erfahrenen Kämpfer, als daß sie sich zu solchen Streichen hergeben. Aber es giebt Freunde, von denen man sagen muß: Gott bewahre mich vor ihnen. Bömelburg und Staniung haben ja gesehen, was für schlechte Erfahrungen sie mit ihren Freunden in Ostpreußen gemacht haben, Ich glaube es Staniung, so unerfahren ist er nicht, daß er zu Schwarz gesagt hat: Geh nach Ostpreußen und verschaffe mir ein Mandat, Diäten brauche ich nicht. Schwarz ist noch zu jung, dem müßt Ihr nicht wieder hinausgehen, der hat die Sache viel zu dumm anr gesungen. (Große Heiterkeit.) Nein!, solche Dummheiten machen Sie nicht. Mit demselben Rechte können Sie nach meiner Ueberzeugung auch die Anrufe zu den Hamburger Delegiertenwahlen ableugnen, aber charakteristisch sind sie doch. Charakteristisch ist es auch, daß gesagt wird, wir werden noch dahin kommen, bei den nächsten Reichstagswahlen Kandidaten aus dem Baugewerbe aufzustellen. Bewiß! Das Streben, auch Genossen aus dem Baugewerbe als Vertreter der Partei in den Reichstag zu schicken, findet meine volle Unterstützung, aber wogegen wir uns wenden, das ist die Taktik, die mehr und mehr in den Vordergrund tritt, die Auswahl der Vertreter nicht mehr vorzunehmen auf Grund nach ihrer Stellung zu unserem Programm, sondern nach dem Gesichtspunkt, ob der Betreffende Maurer, Schüller oder bergleichen ist. Hat doch schon bei einer Nachwahl ein großes Gewerkschaftsorgan es offen ausgesprochen, nicht weil der Kandidat Sozialdemokrat, sondern weil er Bergarbeiter ist, unterstützten wir ihn.

Es ist eigenartig, daß man in gewissen Kreisen dazu übergeht, Dinge, die die Partei angehen, in Gewerkschaftsartikeln oder auf Gewerkschaftskongressen zu erörtern und so eine Nebenorganisation, eine Seitenorganisation oder viellecht noch eine höhere Instanz der Organisation zu schaffen.

Der Partei-Vorstand hat die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, heute schon Alles zu thun, Bestrebungen nicht aufkommen zu lassen, die darauf hinauslaufen, eine Partei zu bilden von Elm bis zum Pfarrer Krumm. (Bewegung, dann stürmischer Beifall und Gändeklaffen. Wedel ruft: Bis zu Verleisch!) Ich sage nicht, daß das Ihr Zweck ist, Herr v. Elm, aber es sind andre Leute da, die das wollen, und ob Sie nicht durch Ihre Art und Weise einen Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaft hervorzurufen, unbedenkt

dieses Streben unterstützen, das möchte ich Ihrer Erwägung und Prüfung anheimgeben!

Noch eine charakteristische Thatsache. Im „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“ wurde gesagt, jetzt sei der Moment, loszuschlagen gegen den Terrorismus, den die Partei gegen die Gewerkschaften ausübt. Wenn die Partei jetzt nicht den Auer herunterfährt und den Schiedspruch desavouirt und die Gewerkschaften zu ihrem Recht kommen läßt, so sei der Zeitpunkt gekommen, wo die Entscheidung fallen müsse. Jetzt seien die Maurer gegen die Partei, mit den Maurern werde man siegen, wie von Schweizer mit den Maurern Anfangs der siebziger Jahre in Berlin gegen die Fortschrittler Platz gefaßt habe.

Und noch ein anderes Beispiel: Bernstein hatte sich auch in die Sache gemischt und wie das so seine Art ist, wollte er nach keiner Seite hin verlegen; er hat in seinem Artikel einerseits und andererseits gesagt (Heiterkeit); er meinte, der Schiedspruch sei nicht ganz richtig, aber er müßte doch zugeben, daß er noch Lage unserer Partei-Gesetze nicht anders ausfallen konnte. Er hat auch Vorschläge gemacht, die so unpraktisch sind, wie manches andere von ihm. (Heiterkeit.) Das griff die Raumannsche „Hilfe“ auf. Sie schrieb: „Auf was will sich denn Bernstein in seinen Bestrebungen stützen, wenn er auch die Gewerkschaften nicht mehr auf seiner Seite hat.“ Da sehen Sie die Absichten unserer Gegner. Wir müssen vorsichtig sein. Diese Warnung richtet sich nicht an die Maurer, sondern an eine ganz andere Seite. Wir können nicht den Zustand einreihen lassen, daß die Gewerkschaften bloß zu beschlen und wir bloß zu gehorchen haben.

Können denn die Gewerkschaften Gegenseitigkeit üben? Nein! Ich wünsche, daß möglichst viele Arbeiter in die Gewerkschaften gehen; daß da verschiedene politische Ansichten herrschen, das können wir nicht verhindern. Was aber würden Sie sagen, wenn etwa bei den nächsten Wahlen der nationalsozialistische Gewerkschaftler Tischendorf gegen einen Sozialdemokraten kandidirte und wir deshalb seinen Ausschluß aus der Gewerkschaft verlangten? Eine solche Forderung würde zu den ungeheuerlichsten Konsequenzen führen. Die Gewerkschaften können einfach nicht Gegenseitigkeit üben, selbst wenn sie es wollten.

Man hat gesagt, nicht die Affordarbeit, sondern der Disziplinbruch solle bestraft werden. Ja, das ist doch nur ein Taschenspielerkunststück. Woher kommt denn der Disziplinbruch, woher der angebliche Streikbruch, den ich als solchen nicht anerkenne? Doch nur aus dem Streik über die Affordarbeit. Gewußt, darin stimme ich mit den Maurern überein, daß der Beschluß der Organisation zu befolgen ist. Aber was die Maurer mit ihren Leuten anfangen wollen, das geht uns nichts an. Ich habe nichts dagegen, wenn Sie aus dem Verband ausschließen, nur dürfen Sie ihnen dann nicht Organisationsbruch vorwerfen, wenn sie sich eine eigene Organisation schaffen. Die Leute sind aus der Organisation hinausgeworfen, aber haben sie damit auch das Recht verloren, das ihnen gesetzlich zusteht, sich eine neue Organisation zu gründen? Es ist sehr bedauerlich, daß sie einen neuen Verein gegründet haben, aber Sie haben sie doch dazu gezwungen. Bömelburg sagt, es liegt Streikbruch vor; aber er hat nicht nachgewiesen, daß die Affordmänner irgendwo die Arbeit aufgenommen haben, wo eine andere Differenz als die über die Affordarbeit vorhanden war; er konnte nichts anderes anführen, als auch bei dem Schiedsgericht unterbreitete Thatsachen. Für uns ist die That der Affordmänner keine ehrlöse Handlung, die den Ausschluß aus der Partei bedingt. Dazu können wir uns nicht hergeben, daß wir den Leuten die Vermögens des Vereinsrechtes verbieten. Sie haben es ja fertig gebracht, auf Grund Ihrer Mehrheit und Ihrer Macht ihnen das Presserecht illusorisch zu machen, es werden keine Chancen von den Affordmännern im Hamburger Partei-Organ aufgenommen,

es kommen keine Versammlungsberichte hinein, es wird von ihnen überhaupt nicht Notiz genommen. In mich als Firmenträger von Auer u. Co. in Hamburg kam eine Beschwerde von einem Affordmänner mit der Bitte um Abhilfe. Es sei eine Ungerechtigkeits, hieß es dort, ihnen das „Echo“ zu verschließen, während die Poststelle es benutze, um sie anzugreifen. Die Preschkommission hat das Eruchen der Affordmänner abgelehnt, „da sie sich nicht auf den Standpunkt stellen könne, daß zeitlichen Minoritäten irgend einer Gewerkschaft das Recht der Organisation zuzugestehen sei.“ (Hört! hört!) Die Frage der Afford- oder Lohnarbeit war für die Preschkommission nicht entscheidend. Es hatte eine Sitzung der Preschkommission stattgefunden wegen einer Beschwerde der Verbandsmänner, weil das „Echo“ eine Todesanzeige der Affordmänner gebracht hatte (hört! hört!); die Preschkommission beschloß, daß das Verbot sich nur auf solche Anzeigen beziehe, die einer agitatorischen Zweck haben. Also eine Todesanzeige selbst hat unter den Verbandsmännern in Hamburg eine derartige Aufregung hervorgerufen, daß sie sich mit einer Beschwerde an die Preschkommission wandten!

Wir können das nicht ändern; aber ich meine, auch dieser Vorgang beweist, daß wir alles vermeiden müssen, was dazu führen könnte, die Differenzen noch zu verschärfen.

Nun aber, wir werden als der Störenfried angefaßt; und was thun Sie? Es ist hier konstatiert, daß Sie die Pressefreiheit in dem Organ, das diese Maurer selbst haben mit schaffen helfen, die es unterstützen, einfach in einer Weise, wie sie in keinem Bourgeoisstaat heute mehr möglich ist, kaum mehr in Rußland, die Möglichkeit einer freien Meinungsäußerung einfach unterbinden. Sie haben die Macht dazu. Auf dem Gebiete des Vereinsrechts freilich reicht Ihre Macht nicht so weit, hier können Sie gegen die Leute nicht einschreiten, dafür erklären Sie aber die Bildung einer neuen Organisation für disziplinlos, für einen Organisationsbruch, für eine ehrlöse Handlung und verlangen, daß die Partei sie ausschließt! Derartige Dinge muß man doch auch wissen, um zu begreifen, wie ich zu meiner Stellungnahme gekommen bin.

Dann wird den Affordmännern in dem Artikel der Vorwurf gemacht, daß sie in dem großen Kampf zwischen Unternehmer und Arbeiter den kämpfenden Kollegen in den Rücken gefallen und Partei ergriffen haben für die Unternehmer, deren Schutztruppe sie seien. Auch das ist nicht richtig. Der Kampf wird geführt zwischen Arbeitern und Arbeitern, zwischen Verbandsgenossen und organisierten Genossen in einer freien Vereinigung; und wenn überhaupt von einer Beilegung der Unternehmern gesprochen werden kann, nun, dann hat die Innung mit den Verbandsmännern ein Abkommen gegen die Affordarbeit getroffen; auch dieser Vorwurf deckt sich also nicht mit den Thatsachen. Also ich kann nicht zugeben, daß ein Streikbruch in dem Sinne vorliegt, wie auch ich ihn eventuell als ehrlös betrachte.

Wohin das führen würde, wenn wir die Bahn beschreiten wollten, auf die Sie uns drängen wollen, das zeigt doch der Schiedspruch in Ottenfen. Ist es nicht gerade ungeheuerlich, daß da der Genosse Winkelmann einstimmig aus der Partei herausgeschmissen wird, und dieselben Leute haben nachher, als sie ruhiger, objektiver mit Gerich die Sache unterjuchten, ebenso einstimmig den Ausschluß wieder zurückgenommen! (Hört! hört!) Denn es stellte sich heraus, daß der Mann zu derselben Zeit, wo er die ehrlöse Handlung begangen haben sollte, krank zu Bett gelegen hatte. Sie sehen, die Leidenschaft ist ein schlechter Berather.

Ich komme zum Schluß. Ich hätte noch Manches mitzutheilen und anzuführen; aber ich habe Ihre Zeit lange genug in Anspruch genommen und ich habe ja auch noch ein Schlusswort.

Parteilgenossen, ich erkläre bei meiner Ehre und bei meiner Parteigehörig-

keit, daß ich nach bestem Wissen und Gewissen, ich nehme das für alle übrigen Schiedsrichter mit in Anspruch, den Schiedspruch so gefällt habe, wie er ist, und mich auch, nachdem ich heute Bömelburg gehört habe, bei meinen Schieds- spruch stehen bleibe. Sie können nur beweisen, daß Differenzen unter den Mannern bestehen, die wir alle miteinander bedauern. Aber solange Sie den Nachweis einer ehrlösen Handlung nicht beizubringen vermögen, theils und berichte ich Ihre Wünsche, aber folgen kann ich Ihnen nicht. (Stürmischer Beifall.)

Singer: Es liegen eine Reihe von Meldungen zu persönlichen Bemerkungen vor. Ich werde nur persönliche Bemerkungen in Bezug auf das Schlusswort des Korreferenten zulassen und jede sachliche Bemerkung unweigerlich zurückweisen.

Legien: Von den vielen Behauptungen Auer's mir gegenüber, die nicht auf Wahrheit beruhen, halte ich es für notwendig, eine heute noch zu widerlegen. Auer erklärte, ich hätte Gelegenheit gehabt, in dem Schiedsgericht ihm Auge in Auge gegenüberzutreten zu können, ich hätte aber den besseren Theil der Kapferkeit gewählt und die Annahme eines Mandats für das Schiedsgericht abgelehnt. Wenn Auer eine solche Behauptung aufstellt, so hätte er sich erst informieren müssen, aus welchen Gründen ich das Mandat ablehnte. Ich war von der Generalkommission in die Generalversammlung der Formstecher in Simbel delegirt worden, und zwar erklärte die Generalkommission es für notwendig, daß gerade ich hinging. Uns ist weder in der Versammlung noch in dem Vorstand des zweiten Wahlkreises der Brief, den Auer vorgelesen hat, vorgelegt worden. Hätte uns unser Wahlvereins-Vorsitzender gesagt, der Termin vom 15. Juli müsse nicht absolut festgehalten werden, Auer habe freigestellt, einem anderen zu bestimmen, dann wäre ich im Schiedsgericht gewesen. Sie sehen, daß ich einen zwingenden Grund für die Ablehnung hatte. Auf derselben Basis stehen die anderen Behauptungen Auer's. Ich kann ihm erklären, daß ich mich nie gefürchtet habe, ihm Aug in Aug entgegenzutreten und mich auch nie fürchten werde, dies zu thun. Ich bin überzeugt, daß diese für die Partei und die gesammte Arbeiterbewegung zu wollen, und in dieser Ueberzeugung fürchte ich mich nie, Auer oder einem anderen Genossen entgegenzutreten.

v. Elm: Ich bin leider nicht in der glücklichen Lage, mich nur gegen eine einzige unwahre Behauptung Auer's wenden zu müssen. Erstens polemisiert Auer gegen mich immer, als ob ich Mitglied der Generalkommission sei, der ich seit 5 Jahren schon nicht mehr angehöre. Weiter hat Auer von unerhörten Angriffen meinerseits gegen die Partei in Angelegenheit der Buchdrucker gesprochen. In meinem ersten Artikel habe ich den darauf bezüglichen Beschluß der Fraktion vertheidigt, von Angriffen gegen die Partei steht darin auch nicht ein einziges Wort. In meinem letzten Artikel „Durch Währung zur Klärung“ befindet sich über die Buchdrucker nur ein Satz, der lautet: „Ein anderer Fall, der eventuell noch für das gesammte Partei- und gewerkschaftliche Leben unheilvoll werden kann, — ähnlich der schon fassam besprochenen, zum Schaden der gesammten Arbeiterbewegung noch schwebenden Leipziger Buchdrucker-Affaire . . .“ Wo steckt in diesem einzigen Satz ein Angriff auf die Partei? Mit derartigen Mitteln operirt man, um mich als großen Sünder erscheinen zu lassen!

In den Fraktionsstungen soll ich nicht anwesend gewesen, wo die Buchdruckerangelegenheit behandelt wurde. Als Bogentz und Pinkau damals von Leipzig nach dem Reichstag kamen, wurde die Sache in der Fraktion nicht behandelt. Eine besondere Einladung zu einer anderen Fraktionsstung, in welcher die Sache verhandelt werden sollte, habe ich nicht erhalten. Ich kann doch nicht dafür, daß ich nicht ständig in Berlin sein kann. Ich bin ein viel-

beschäftigter Mann, Sie dürfen mir doch nicht unterstellen, daß ich absichtlich ferngeblieben bin und hinterher suche, die Partei anzugreifen. Das ist einfach unerhört.

Dann die Wahl zum Schiedsgericht. Anfangs dachte ich, Auer sagt das in gutem Glauben, aber nachher hat es auf mich den Eindruck gemacht, als wenn dieses nicht der Fall sei. Ich habe in der Versammlung gefragt: Ist es unabänderlich, daß die Verhandlung am 15. Juli stattfinden soll? Da sagte der Vorsitzende Blume: Jawohl! Da sagte ich: Dann bedauere ich ablehnen zu müssen, denn ich hatte einen gerichtlichen Termin für die Genossenschaft, von der ich einzig und allein mein Einkommen beziehe, wahrzunehmen, wo es sich um eine große Summe Geldes handelte, die der Genossenschaft eventuell verloren gehen konnte. (In großer Erregung.) Mir einen Vorwurf daraus zu machen, das alles sei böse Absicht — ich habe keinen Ausbruch dafür, daß man eine derartige unerhörte Anschuldigung erhebt! Auer hat davon geredet, daß wir es nicht wagten, dem Gegner ins Auge zu sehen; wir hätten in Hamburg einen ganz anderen Standpunkt als jetzt in der Resolution Legien eingenommen. Wir hätten nichts anderes gemacht, als die Streikbrecher aus unserer örtlichen Organisation hinausgeworfen; erst als Massenbuhr der betreffenden Versammlung lang und breit auseinandergelegt hat, daß das formell nicht angehe, haben wir beim Partei-Vorstand die Bildung eines Schiedsgerichts beantragt.

Singer: Sie können doch nicht in einer persönlichen Bemerkung den Standpunkt der Hamburger Genossen vertheidigen. Ich bitte dringend, sich darauf zu beschränken, was Auer in Bezug auf Ihre Person gesagt hat, und das andere der späteren Diskussion vorzubehalten.

v. Elm: Wie soll das in zehn Minuten möglich sein? Parteigenossen, wenn Sie in der Weise verfahren, wie es der Vorsitzende will, dann begehen Sie eine Ungerechtigkeit. (Zurufe: Sie werden ja Redezeit haben!)

Singer: Der Genosse v. Elm hat keinen Kavalä, vorauszusetzen, daß der Parteitag ihn in seiner Redefreiheit irgendwie beschränken wird. Ja, Parteigenossen, ich bin in einer sehr unangenehmen Lage, den Genossen sagen zu müssen, daß sie nicht weiter reden sollen. Ich habe an dieser Stelle die Pflicht, den Parteitag in seiner Gesamtheit zu vertreten und seine Arbeiten zu fördern. Wenn dem entgegen gehandelt wird, dann ist es meine verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, Sie darauf aufmerksam zu machen.

Frau Steinbach: Sie können nicht glauben, welch eine Genugthuung mir worden ist, von der Sie natürlich keine Ahnung haben können. (Gelächter.) Das Gewieher ist eigentlich Ihrer gar nicht würdig. (Große Unruhe.)

Singer: Ich muß die Genossin Steinbach dringend auffordern, Ausdrücke, wie sie eben gebraucht hat, zu unterlassen. (Lebhafter Beifall.)

Frau Steinbach: Parteigenossen! Wenn Genosse Paepow im Schiedsgericht darauf verzichtet hat, aus der Art der Zusammensetzung des Schiedsgerichts — (Zurufe: Ist das persönlich?) — o bitte sehr, es kommt schon! — Wenn er darauf verzichtet hat, daraus eine Ablehnung des Schiedsgerichts herzuleiten —

Singer: Sie können im Rahmen einer persönlichen Bemerkung nicht den Genossen Paepow vertreten. (Geisterzeit.)

Frau Steinbach: Auer hat mir den Vorwurf gemacht, daß ich mich im zweiten Wahlkreis in Hamburg nicht hätte ins Schiedsgericht wählen lassen, aus Furcht, von Auer hypnotisirt zu werden. Zunächst befindet sich Auer im Irrthum, ich bin nicht Mitglied des zweiten Wahlkreises. Dort hat man die Wahl vorgenommen, im ersten und dritten Wahlkreise hat man wegen angeleglich zu kurzer Zeit die Mitglieder des Schiedsgerichts ernannt. Ich frage Auer, ob er seine Behauptung noch aufrecht erhält, daß es in meinem Willen

gelegen habe, ob ich im Schiedsgericht vertreten war. Wäre Regien, v. Elm oder ich ins Schiedsgericht gewählt worden, dann wäre Auer das Material in einer Weise beigebracht worden, daß seine Hypnose auf uns keine Wirkung gehabt hätte. (Große Heiterkeit.)

Stubbe: Auer hat ausgeführt, daß es längerer Zeit bedurft hätte, von mir das Material zu erhalten. Das ist nicht der Fall. Am 18. Juni fand die gemeinschaftliche Mitgliederversammlung statt, in der der Antrag auf Ausschluß der betreffenden Genossen gestellt wurde. Am 22. Juni habe ich den Parteivorstand von dem Beschluß in Kenntnis gesetzt; ich hätte noch einige Tage gewartet, wenn nicht unsere gesammte Presse von dem Hamburger Beschluß schon Notiz genommen hätte. Ich legte die Liste, die uns von den Maurern angeben war, bei; es war darin uns nicht mitgeteilt, wer Mitglied eines sozialdemokratischen Wahlvereins war, es fehlten die Adressen. Auer hat aber gleich am 23. geschrieben, er müßte wissen, wer Mitglied ist; am 24. konnte ich es ihm bereits von 39 Personen von 3. Wahlkreise mitteilen, am 1. Juli auch bezüglich der übrigen. Es ist also nicht an dem, daß das Schiedsgericht deswegen nicht zu Stande kommen konnte.

Singer: Es ist folgende Erklärung eingegangen:

„Nachdem Genosse Auer in seinem Korreferat Material bekannt gegeben, daß uns bisher unbekannt war, ziehen wir unsere Unterschrift unter dem Antrag 113 hiermit zurück.“

Düwell, Scheidemann, Bühler, Alb. Rudolph, May.“

Singer: Ein Telegramm aus dem zweiten Dresdener Landtagswahlkreis meldet jedoch, daß in der dritten Wählerklasse von unserer Partei 119, vom Ordnungsbrei 12 Wahlmänner gewählt sind. (Beifall.)

Singer: Das Lokalkomitee bittet uns, der Dampferfahrt wegen die morgige Sitzung schon um 12 Uhr zu schließen. Da wir heute weit über die übliche Zeit gearbeitet haben, können wir dieser Bitte wohl nachkommen. Ich schlage aber dafür vor, die Sitzung morgen schon um 8 $\frac{1}{2}$ Uhr zu beginnen. (Zustimmung.) Ich benutze den Anlaß, die Mitglieder des Parteitags darauf hinzuweisen, daß noch eine Reihe wichtiger Punkte auf unserer Tagesordnung stehen, und daß zu dem gegenwärtigen Verhandlungsgegenstand vorläufig vierzig Redner sich gemeldet haben. (Heiterkeit.) Ich glaube, wir werden dem Wintker Thielens dankbar sein können, daß er die Dauer der Retourbillets auf 45 Tage verlängert hat, denn dann werden wir mit den Parteitagsverhandlungen wohl fertig sein. (Heiterkeit.)

Schluß der Sitzung 9 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Vierter Verhandlungstag.

Donnerstag, den 26. September. — Vormittags-Sitzung.

8 $\frac{1}{2}$ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Der zweite Wahlkreis Chemnitz telegraphiert: Sämtliche Wahlmänner dritter Klasse gewählt. Sozialisten $\frac{1}{6}$, Gegner $\frac{1}{6}$ Stimmen. Niemand. (Beifall.) — Sozialdemokratische Grühe sendet Arbeiterschaft Deitsch. Bestern vollständig gesetzt. Doehler. (Beifall.)

Die Diskussion über den **Hamburger Schiedsspruch** wird fortgesetzt. Zur Debatte stehen die Anträge 27, 28, 29, 83 bis 89, 99, 102, 112, 113 und 114.

Singer: Ich werde zunächst die Anträge, die eine zu dem Schiedsspruch gegensätzliche Auffassung bekunden, begründen lassen, die Anträge 113, 85 und 114 und dann die Diskussion eröffnen.

Das Wort zu einer Erklärung nimmt

Auer: Ich möchte, um etwas dazu beizutragen, in Nebensachen die Diskussion möglichst einzuschränken, folgende Erklärung abgeben:

„Ich habe gestern auf Grund der mir gewordenen Information unter den Personen, welche den Eintritt in das Schiedsgericht abgelehnt haben, auch Frau Steinhach genannt. Diese Information ist mir von Moltenbuhr geworden, wie ich hier mitzuteilen von ihm selbst ermächtigt bin. Er hat mir gestern nach der Diskussion sofort erklärt, daß er irrig berichtet war. Ich erkläre deshalb, daß meine Ausführungen in Bezug auf den Eintritt in das Schiedsgericht, soweit sie Frau Steinbach betreffen, irrig sind. Zweitens habe ich aus den Ausführungen Stubbe's entnommen, daß er meine Angaben in Bezug auf die Schwierigkeiten der Beschaffung des Materials auf sich bezogen hat, als wenn ihn die Schuld trafe. Ich erkläre demgegenüber, daß es gerade Stubbe gewesen ist, durch dessen thatkräftige Vermittelung und ungemein rasche und eifrige Tätigkeit ich überhaupt erst in den Stand gesetzt wurde, das, was ich zu unserer Information für notwendig hielt, zu erhalten. Bömelburg fragte mich gestern, von wem mir der Brief des Zimmerers Schnad übergeben ist. Ich antwortete auch heute nicht, weil der Betreffende anwesend ist, auf der Rednerliste steht und selbst die gewünschten Angaben machen wird.“

Den Antrag 113 begründet

Regien: Es wird fortgesetzt versucht, die Sache als eine Angelegenheit der Maurer hinzustellen, es wird ferner versucht, es so darzustellen, als seien die Maurer wegen ihres Arbeitens in Afford oder wegen ihrer Zugehörigkeit zur Freien Vereinigung ausgeschlossen, und drittens hat Auer gestern die Angelegenheit als Folge einer Heße einzelner Personen bezeichnet. Wäre dies letztere wahr, Genosse Auer, dann hätten auch unsere Gegner recht, wenn sie sagen, daß die ganze sozialdemokratische Bewegung nur die Folge der Heße einiger bezahlter Agitatoren ist. (Sehr richtig!) Aber es ist nicht die Heße einzelner Personen, die zu diesem durchaus traurigen Ergebnis geführt hat, es ist ja auch undenkbar, daß zwei oder drei Personen eine solche Bewegung hervorrufen können. Ich möchte also Auer sehr bitten, sich zu überlegen, ob er seine gestern mit so großem Wohlgefallen hier vorgetragenen Behauptungen aufrecht erhalten oder wiederholen will. Es handelt sich zunächst nicht um eine Maurerangelegenheit. Dem Brief Rober's, auf den sich Auer beruft, und dem Beschluß der Verwaltungsstelle der Maurer in Hamburg sind lange Verhandlungen vorausgegangen, nicht in der Gewerkschaft, sondern in der Partei. (Sehr richtig!) Ich habe als Vorstandsmitglied des Wahlvereins für Hamburg II an allen Sitzungen Teil genommen, in denen die Maurer-Angelegenheit auf der Tagesordnung stand. Im November vorigen Jahres wurde aus dem 84. Bezirk beim Vorstand ein Antrag eingebracht auf Ausschluß eines Affordmaurers, eines Streifbrechers. Ähnliche Anträge lagen den Vorständen der Wahlvereine Hamburg I und III vor; deshalb wurde im Dezember eine gemeinsame Sitzung aller Vorstände einberufen; an den Brief Rober's und an den Beschluß der Verwaltungsstelle der Maurer Hamburgs war damals noch garnicht zu denken. Zu dieser Sitzung waren eingeladen die Vertreter der Verbandsmaurer und der Affordmaurer. Die Vorstandsmitglieder der Freien Vereinigung waren zu der Sitzung erschienen. Wir haben uns stundenlang mit ihnen auseinandergesetzt und gesagt: Die Frage der Affordarbeit scheidet für uns als Parteiorganisation aus, für uns ist einzig die Frage maßgebend, ob Streifbruch vorliegt. Ich besonders war es, der die Affordmaurer dringend bat: „Leute, überlegt Euch, was Ihr mit dieser Handlungsweise thut; wir stehen seit 1890 in Hamburg einem organisierten Unternehmertum gegenüber, das nur auf den Augenblick wartet, wo eine Sprennung unserer Einheit in der Arbeiterbewegung eintritt, um dann seinen Angriff zu beginnen. Ueberlegt es Euch, Leute, es handelt sich nicht um die Affordarbeit, nicht um den

Verband der Maurer allein, sondern um die Einheit der Hamburger Arbeiterbewegung. Wollt Ihr es mit Eurem Gewissen vereinbaren, den Streit in unsere Bewegung hineinzutragen?"

Sie sehen also, die Angelegenheit hat sich völlig im Rahmen der Parteiorganisation abgespielt. Aus der Partei kamen die Anträge, in der Partei wurde darüber verhandelt. Seit 1897 werden bei uns Streikbrecher aus der Partei ausgeschlossen. Wir sagten den Antragstellern, gebt uns die, die den Streikbruch verübt haben, auf! Sie gaben uns Namen an, aber wir schritten noch nicht zum Ausschluss. Wieder trat einer von denen, von denen hier behauptet wird, daß sie eine Hecke inszeniert haben, an die Affordmurer heran und bat sie dringend, von ihrem Thun abzulassen. Es wurde noch nicht der Ausschlussantrag gestellt, sondern nur die Resolution Wömelburg angenommen, die eine Verwarnung an die Affordmurer enthielt. Die Sache ist nicht von der Gewerkschaft in die Partei getragen, sondern in der Partei entstanden und es kann auch nicht anders sein. Halten Sie es für zugänglich, daß jemand, der in der Gewerkschaft als ehrlos bezeichnet ist, zusammensitzt in der politischen Bewegung mit Dem, der ihn als ehrlos bezeichnet hat? Glauben Sie, daß die Neutralität der Gewerkschaften so weit geht? Man kann sich doch nicht halbiren. Es ist absolut unmöglich, daß diese Leute gemeinsam bei den internsten Aktionen mit einander arbeiten in einer Partei, die auf dem Boden des Klassenkampfes steht, in einer Partei, deren Grundlage die Solidarität ist. Ganz logisch und folgerichtig mußte also aus der Partei selbst, nicht von den Gewerkschaften, der Antrag auf Ausschluss gestellt werden. Es handelt sich nicht darum, daß die Partei den Mittel der Gewerkschaften machen und nolens volens deren Beschlüsse ausführen soll. Nein, in der Partei selbst sind alle diese Differenzen entstanden.

Die zweite Frage ist: Steht es der Partei zu, über die Frage der Affordarbeit zu urtheilen? Meiner Meinung nach nicht. Ueber die Frage der Affordarbeit sind die Ansichten so getrennt, daß es geradezu ein Unglück für die Partei wäre, wollte sie nach dieser Richtung hin Beschlüsse fassen. Gewiß, der Brüsseler Kongreß hat die Affordarbeit verurtheilt, aber ich würde es für einen Schaden für die Partei halten, wenn sie sich mit der Frage der Affordarbeit eingehend beschäftigen wollte. Aber so liegt auch die Frage in Hamburg nicht; nicht die Frage der Affordarbeit hat die Differenzen hervorgerufen, sondern das Arbeiten auf gesperrten Bauteilen. Das zunächst einmal, um Ihnen klar zu machen, daß die Voraussetzungen, auf Grund deren Auer zu der Warnung an Sie gekommen ist, sich ja nicht auf diesen Weg einzulassen, ebenso falsch sind, wie die übrigen, auf denen seine Darstellung beruht.

Nun ein paar Worte zur Begründung des Antrages 113. Die Nichtanerkennung der Beschlüsse des Schiedsgerichts wird nicht darin verlangt. Aber die Begründung des Schiedsgerichts kann und darf von der Partei nicht anerkannt werden. Heberlegen Sie es sich doppelt und dreifach, ob Sie diese Begründung anerkennen wollen. Geben Sie Ihre Zustimmung dazu, dann giebt es keinen Streikbruch mehr, der als ehrlos betrachtet werden muß.

Auer hat viel Gewicht auf den Fall Baumgarten gelegt. Wir sind nun in der glücklichen Lage, einen sehr unverfänglichen Zeugen für die Richtigkeit der von uns aufgestellten Behauptung nennen zu können. Das sind die Affordmurer selbst. In der von ihnen herausgegebenen Broschüre heißt es: „Bei dem Unternehmer Baumgarten hatten die Zimmerer mit Verbandsmaurern zusammen die Arbeit eingestellt, weil die dort arbeitenden Mitglieder der „Freien Vereinigung“ den Arbeitgeber um Afford beim Fußen gefragt hatten.“

Die Affordmurer bestätigen also, was wir gesagt haben. Und da will man behaupten, daß die Affordmurer bei Baumgarten willkürlich aus der Arbeit gedrängt worden seien.

(Stunde des Vorsitzenden: Die Redezeit ist abgelaufen.)

Legien: Vielleicht fragen Sie die Versammlung, ob ich weiter reden soll.

Singer: Wir wollen uns verständigen. Ich kann es jedem Redner nachfühlen, daß er gern Alles sagen möchte, was er auf dem Herzen hat, und daß es ihn schmerzt, durch die beschränkte Redezeit daran gehindert zu werden. Andererseits steht es fest, daß es doch auch eine Zumuthung an den Parteitag ist, zu Gunsten Einzelnr Ausnahmen zu machen. Will der Parteitag es darauf ankommen lassen, seine Tagesordnung nicht zu erledigen, gut, ich habe nichts dagegen. Beschließen Sie ja: Vorläufig aber halte ich mich an Ihre ersten Beschlüsse für gebunden. Wollen wir doch nicht dadurch, daß wir Ausnahmen zulassen, eine Aristokratie von Rednern großziehen. (Weisfall.) Aber ich will den Parteitag befragen.

Legien: Nein, ich bin mit Ihnen einverstanden. — Zum Schluß deshalb nur noch ein Wort an Auer. Ein Drittel seiner Rede war persönlich gegen mich gerichtet. Ich komme voraussichtlich nicht mehr zum Wort und kann ihm auch nicht mit einer Silbe erwidern — auch dann nicht, wenn er im Schlußwort die persönlichen Angriffe fortsetzt, was er gestern in Aussicht stellte. Ich kann dem Schlußwort nicht bewohnen, da ich mich morgen gegen eine Anklage vor dem Landgericht in Hamburg zu verteidigen habe. Ich gestatte Ihnen, Auer, über meine Person zu sagen was Sie wollen, ich gestatte Ihnen, dies auch in meiner Abwesenheit zu thun. Aber ich sage das Eine: Diese Art persönlicher Polemik, wie sie von Ihnen beliebt wird, wird der Arbeiterbewegung nicht dienlich sein. (Bravo!)

Den Antrag 85 begründet

Fran Steinbach: Ich bin in der angenehmen Lage, Sie mit Ausführungen in Bezug auf meine Person nicht mehr belästigen zu müssen. Ich wiederhole aber, daß die Verlegung des Schiedsgerichts auf einen anderen Tag möglich gewesen wäre; Stubbe hatte den Brief Auer's rechtzeitig erhalten; bei den Hamburger Vorständen ruht also die Schuld — ob bei Stubbe allein oder den Anderen mit, kann ich nicht untersuchen —, daß wir in das Schiedsgericht nicht hineingekommen sind. Wenn ich gestern in der großen Erregung über die Abstimmung, in die Sie bei einer Frage, die für die Arbeiterbewegung von solch einschneidender Bedeutung ist, die Mächten eines Auer versetzt hatten, von Geliebter gesprochen habe, so werden wenigstens Die, die nicht gelacht haben, es mir nachfühlen können. Es entspricht der Würde des Parteitages nicht, bei einer solchen Angelegenheit in ungeheurer Heiterkeit zu verfallen.

Die Affordmurer haben den vereinbarten Tarif gebrochen, sie haben fogar die Meister dazu zu verleiten gesucht, die Abmachungen mit der zulethenden Zentralorganisation zu brechen. Streikbruch ist ehrlos, raus müssen sie!

Ein einzelner Streikbruch ist eine vorübergehende Erscheinung; nicht so leicht werden Sie mit dem Organisationsbruch fertig. Ich glaube, Jeder, der sich im Dienst der Arbeiterfrage bemüht hat, eine Organisation in die Höhe zu bringen, sie so stark zu machen, daß sie es fertig bringt, die auf Eigennuß, auf selbststüchtiger Raffgier beruhende Affordarbeit zu beseitigen, verdient unsere sorgsamste Unterstützung, aber ganz entschieden sollte die Arbeiterpartei nicht mithelfen, eine solche Organisation in Gefahr zu bringen. Die Gefahr beruht in der demagogischen Hecke gegen den Verband. Man braucht ja nur das Material des Herrn Sah — Affordmurer, wie er sich stolz nennt — gelesen zu haben, um einzusehen, daß die Kerle aus der Arbeiterpartei heraus müssen. Gegen die Macht der Unternehmer brauchen wir eine gleich starke, eine stärkere Macht der Arbeiterorganisation, aber nicht — verzeihen Sie den nicht ganz sühnetischen Ausdruck — Raströpfel-Organisationen. Mit Organisationen, die 30 Pfennig Weekly monatlich erheben, kann man keine wirtschaftlichen Kämpfe führen. Stetz erklären da die Affordmurer: „Nicht 30, sondern 50 Pfennige nehmen wir jetzt; außerdem finden freiwillige Sammlungen statt!“ Partei-

genossen, wir haben glücklich Weise mit der Periode abgeschlossen, in der ein Reichstagsabgeordneter auf einem Gewerkschaftstongreß den Auspruch thun konnte: „Wir müssen mit der unverfälschten Tendenz der hohen Beiträge brechen, wir müssen das Kassengepäck abschneiden.“ Wir sind jetzt glücklicher Weise so weit, daß wir uns das Kassengepäck ganz ruhig gefallen lassen; je schwerer es ist, desto besser für die Organisation! Aber die Affordmurer möchten das Kassengepäck beseitigen und uns wieder auf den Mügelbeutel antreiben. Es heißt da in ihrer Erklärung weiter — ich bitte auf das Demagogische zu achten:

„Meiner Ansicht nach wird durch das fortwährende Steigern der Beiträge für die Gewerkschaften die Partei finanziell zurückgestellt. Hier in Hamburg ist es bis vor ca. fünf Jahren so usus gewesen: einen Zahltag wird für die Partei, den folgenden für die Gewerkschaft gesammelt. So wurde es auch während des Ausnahmezustandes gehandhabt; jetzt sind die Sammlungen auf den Baustellen für die Partei vollständig fortgefallen, es existirt dort nur die Gewerkschaft. Die Maurerorganisation hatte es im Jahre 1898 sogar durch Versammlungsbeschluss so weit gebracht, daß überhaupt garnicht für die Partei gesammelt werden durfte, — achten Sie, bitte, darauf, Parteigenossen! — diese sollte von der Gewerkschaft nach Guldünken ihr Theil ab haben. Einer solchen Bau-Ordnung stimmen die Maurer Hamburg's zu, aber warum? Dieser Antrag kam vom Vorstand der Maurer.“

Nun muß man aber wissen, daß Maurer keine Philanthropen, sondern arme Arbeiter sind und daß die Frauen in ihrem Unverstand es lieber sehen, wenn ihre Männer keine Beiträge zahlen. Jetzt kommen die Affordmurer und sagen, der Verband erhebe die Beiträge nur deshalb, damit er bezahlte Beamte unterhalten kann! Beim Bau Dahl hat man gesagt: wenn Euer Verband es nicht erlaubt in Afford zu arbeiten, dann kommt in die „Freie Vereinigung“, dann dürft Ihr weiter arbeiten und braucht nur 50 Pfennig pro Monat zu zahlen. Gibt es eine gemeinere Uetreibung von Mitgliedern? Und diese Gesellschaft wollen Sie schützen, die in einer solchen Weise Stellung nimmt gegen die Arbeiterorganisation? Wir zahlen Beiträge für die im wirtschaftlichen Kampf stehende gewerkschaftliche Organisation; wir sind aber immer gewöhnt gewesen, daß auch für unsere Mutter, für die Partei, ein Scherlein und zwar ein nicht zu kleines abfällt. Nun gehen die Affordmurer mit der Lüge treiben, und scheuen sich nicht, es dem Parteitag sogar gedruckt vorzulegen, daß die Verbandsmurer nicht mehr für die Partei sammeln wollen. Wie liegt die Sache? Bis 1898 war es üblich, regelmäßige freiwillige Sammlungen auf den Bauten vorzunehmen, eine Woche für die Partei und eine Woche für den Verband. Um es aber den Drückbergern zu erschweren, sagen zu können „ich heff all geben, id gew nich noch mol“, beschloßen die Maurer, hinfort diese freiwilligen Extrasammlungen durch Karten zu quittiren und dieselben einem sogenannten Lokalfonds zuzuführen, aus dem dann sowohl die Partei, wie der Verband bedacht werden sollte. Um nun bei dem Uebergang zu dieser Sammelmethode der Partei einen eventuellen momentanen Ausfall zu ersparen, sollte derselben...

Singer erucht die Mednerin, zu schließen, da ihre Redezeit abgelaufen ist.

Frau Steinbach: Dann hoffe ich, daß Bömelburg in seinem Schlusswort die Sache noch richtig stellt. Ich hoffe, daß Sie unter Ermägung aller Umstände uns den Kampf nicht nur in Hamburg, sondern in ganz Deutschland den einheitlichen Klassenkampf der Gewerkschaften und der Partei nicht so unsagbar erschweren. Geben Sie den von den falsch unterrichteten Schiedsrichtern und Kontrolleuren gefällten Schiedspruch auf, oder nehmen Sie zum Wenigsten für den Antrag 113, dessen Unterstützung ein paar Genossen in Folge der Drahtzieherei Auer's zurückgezogen haben. Ich weiß nicht, wie diese mit ihrer salomonischen Entscheidung vor ihren Wählern bestehen werden. Ich bitte Sie, heben

Sie den Schiedspruch auf, verweisen Sie die Sache an uns nach Hamburg zurück, zum Mindesten aber heben Sie die Begründung auf. Wir werden auch in Zukunft nicht mit der Rückseite Front machen, sondern immer Auge in Auge selbst Auer gegenübersehen. (Beifall.)

Singer: Es ist ein Amendement zum Antrag 114 eingegangen (Antrag 116): Den Absatz 4 zu streichen und dafür zu setzen:

„Der Parteitag spricht die Ueberzeugung aus, daß die schiedsrichterlichen Instanzen bei ihrem Votum sich von der ehrlischen Absicht haben leiten lassen, Recht zu finden und Recht zu sprechen. Es wird rüchlichlich der Neuheit des Falles anerkannt, daß diesen Instanzen aus ihrem Votum ein Vorwurf nicht zu machen ist.“

Joh. Staniogl, K. Seifert, Wefemeier, Rich. Weher, Gradnauer, Friedrich-Darmstadt, S. F. W. Deutsch, G. Schneider, E. Threr, G. Silberfchmidt, Kurze, Ebert, W. Kockopf, J. Jacobson, G. Klingenhagen, G. Stolpe, Gerle, Garm, J. Effing, G. Thöne, Frohme, Loelge.

Singer: Entsprechend dem von Mitgliedern des Parteitages geäußerten Wunsch ist es wohl richtig, daß wir auch für den Antrag 102, der gleichfalls eine andere prinzipielle Auffassung vertritt, eine Begründung mit der 20 Minuten-Rede zulassen; es ist das der Antrag Bernsteiu. (Zustimmung.)

Den Antrag 114 begründet

Fischer-Berlin: Auf den Antrag 114, der ja eine ganze Reihe von Unterschriften gefunden hat, können sich alle Delegirten vereinigen. Er ermöglicht es namentlich den Beschwerdeführern, sich auf unseren Boden zu stellen; denn in der Sache, um die es sich für sie handelt, bekommen sie alle Aktionsfreiheit, die sie haben müssen. Diese Resolution ist eine Art Verständigung zwischen allen Dänen, denen es in dieser Frage um nichts anderes zu thun ist als um das Wohl der Partei und das Wohl der Gewerkschaften, und die es für eine der ersten Aufgaben des Parteitages bei der Verhandlung dieser Frage halten, daß über die Stellung der Partei zur Gewerkschaft, über die Einigkeit der Auffassung der Partei in politischen und gewerkschaftlichen Fragen mit der Gewerkschaft gar kein Streit mehr entbrennen kann. Wir haben bisher leider wiederholt die Wahrnehmung gemacht, daß man über Dinge gesprochen hat, über die gar keine Meinungsdivergenz bestehen kann (Sehr richtig!), über grundsätzliche Fragen der Partei und Gewerkschaft. Unsere Resolution geht von dem Gesichtspunkt aus, abermals klar zu stellen, daß bei aller Selbständigkeit der gewerkschaftlichen und der politischen Bewegung, in der Grundauffassung der Dinge, in der Frage des Zusammenarbeitens gar keine Differenz besteht.

Der Absatz 1 erklärt, daß der Parteitag als Vertreter der politischen Organisation der Arbeiterklasse mit der Vertretung der auf dem Boden des Klassenkampfes wirtschaftlich organisirten Arbeiterklasse übereinstimmt in der rückhaltlosen Verurtheilung des Streikbruchs. Es ist zwar niemals darüber in der Partei ein Streit gewesen; aber wir haben in neuerer Zeit, und zwar aus Anlaß dieses Falles, in einem ganzen Theil der gewerkschaftlichen Presse, wie allem im Zentralblatt der Generalkommission, immer wieder die Aeußerungen gelesen, als ob die Partei einen Schutzwall bilden solle für die Streikbrecher. Da steht u. A. im Zentralblatt: „Es ist noch nicht lange her, als die Hamburger Parteivereine von den gewerkschaftlich organisirten als Unterschluß für alles Mögliche betrachtet wurde, diesen Ruf, den man jetzt mit Recht auf Unterfchlupf für Streikbrecher ausdehnen darf“. Demgegenüber erklärt der Parteitag in dem ersten Satz der Resolution in Uebereinstimmung mit der von Anbeginn an betretenen Auffassung, daß er mit der Gewerkschaft übereinstimmt in der Verurtheilung des Streikbruchs.

In Punkt 2 erklären wir weiter, daß es selbstverständlich das Recht der Gewerkschaft sein muß, den Streikbruch mit aller Energie zu bekämpfen; aber

die Art und Weise, wie sie mit ihren Gewerkschaften verfahren, welche Mittel sie anwenden, das muß in erster Linie den Gewerkschaften selber überlassen bleiben. Die Thatsache selber, daß die Partei mit der Gewerkschaft darin eine Meinung ist, daß es unverträglich mit der Organisation sei, Streikbrecher zu dulden, ist so alt wie die Partei, aber nach Annahme unserer Resolution giebt es niemand mehr, der auch nur mit dem Schein der Wahrheit oder unter Annahme eines Mißverständnisses behaupten kann, daß in dieser Frage zwischen Gewerkschaft und Partei ein Gegensatz bestehe.

Die Resolution ertheilt nun in Punkt 3 — und das bitte ich namentlich die Vertreter der Gewerkschaften zu beachten — den Gewerkschaften für ihre Taktik in den wirtschaftlichen Kämpfen absolute Souveränität. Wenn jetzt solche Einzelfälle vor die Partei gebracht werden, dann muß das Schiedsgericht in jedem Fall die Einzelheit prüfen und jedesmal nachprüfen, ob der Beschluß der Gewerkschaften allen formalen Voraussetzungen entspricht. Die Partei wird damit — ganz gegen ihren Willen — gleichsam zum Gerichtshof über Streitigkeiten der Gewerkschaften gemacht und dadurch natürlich in Gegensatz zu den Gewerkschaften gebracht. Aus diesem Dilemma, das die Gewerkschaft unserer Ansicht gar nicht vertragen kann, hilft unsere Resolution heraus. Genau so wie in Parteikämpfen, können auch in gewerkschaftlichen Streitigkeiten vorzuziehen, die in der eigenen Organisation selbst sich am besten und leichtesten ausgleichen können, aber sofort wird die Frage zu einer prinzipiellen, sobald ein außerhalb der Organisation stehende Instanz die Sache in die Hand bekommt. Damit steht dann die ganze Aktionsfreiheit der Gewerkschaften in Frage. Diese Frage ist nun vollkommen gelöst im Punkt drei der Resolution, im Interesse der Gewerkschaft wie in dem der Partei. Selbstverständlich wird auch darin nur ausgesprochen, was seit Jahr und Tag Miß in der Partei ist. Die Partei hat nie beansprucht, in die Angelegenheiten der Gewerkschaften hineinzureden oder als Schiedsrichter für die Gewerkschaften sich aufzuspielen.

Nun komme ich zu dem Punkte, bei dem die Meinungen auseinandergelassen. Ueber die ersten drei Punkte sind schließlich auch die streitenden Parteien einig, auseinander gehen sie nur in dem Punkte, wo der Parteitag Stellung nehmen soll zu dem Schiedspruch. Wir erklären, daß das Schiedsgericht nach dem Wortlaut des Parteibeschlusses und dem vorgelegten Material nicht anders hat urtheilen können. Als Parteitag können wir in die Einzelheiten des vorgebrachten Materials nicht eingehen. Es ist ganz unmöglich, daß eine Körperschaft von 200 bis 300 Genossen das Beweismaterial prüft. Der Parteitag kann ein Urtheil nur fällen über die allgemeine Grenzlinie in den Beziehungen zwischen Gewerkschaft und Partei, und nur darüber, ob das Material, das im dem Schiedspruch, in der Begründung vorliegt, durch die Ausführungen hier bestätigt worden ist oder nicht. Eine Spezialuntersuchung könnte nur durch eine Kommission erfolgen und auch nur dann, wenn irgend eine Thatsache bisher vorgebracht wäre, die darlegte, daß das Schiedsgericht sich materiell oder formell geirrt hat. Das ist bisher nicht erwiesen und deshalb können wir auch den Schiedsrichtern nicht Unrecht geben. Wir können aber unter solchen Umständen auch schon deshalb den Schiedspruch nicht aufheben, weil damit alle die Behauptungen gleichsam sanktioniert würden, die in der einseitigsten, gefälligsten, unrichtigsten Weise gegen die Schiedsrichter erhoben worden sind. Nichts ist vorgebracht, was den Schiedspruch auch nur in einem Theile erschüttern könnte, und darum muß der Parteitag, um künftigen Streitigkeiten vorzubeugen, das konstatieren.

Dagegen kommen wir allen Wünschen des großen Maurerverbandes, in soweit entgegen, daß wir sagen, wir wollen Euch die Mittel und Wege angehen, wie Ihr die Hilfe der Partei in Eurem Kampf gegen disziplinbrüchige Mitglieder beanspruchen und benutzen könnt. Denn wir fühlen es mit den Ham-

burger Maurern, daß es einfach ein unerträgliches Zustand ist, wenn sie gezwungen sein sollen, mit Leuten, die in gewerkschaftlicher Beziehung gegen das erste Gesetz der Organisation gesündigt haben, mit denen sie Tag für Tag in ihrem wirtschaftlichen Kampf in Lebensgemeinschaft leben, in derselben Organisation für den gemeinsamen politischen Klassenkampf zusammenarbeiten. Ich stimme nicht mit Rollenbuhr überein, der glaubt, der Wunsch der Hamburger Affordmaurer habe nicht erfüllt werden können ohne Einsetzung eines Schiedsgerichts. Freilich, so wie die Hamburger Maurer es wollten, konnte es von den Hamburger Wahlvereinen nicht gemacht werden: denn ein Wahlverein kann nicht aus der Gesamtpartei ausgeschlossen werden. Und deshalb sagen wir in Punkt 3 unserer Resolution, daß die Partei nicht im Allgemeinen in jedem Streitfall zu den Beschlüssen der Gewerkschaften über ihre Organisation und Taktik Stellung nehmen kann. Aber das Recht der Organisation auf Selbsterhaltung, das Recht darauf, ihre Bestrebungen durchzuführen, muß den gewerkschaftlich organisierten Parteigenossen gewahrt bleiben, darüber besteht innerhalb der Partei keine Meinungsverschiedenheit. Wäre in Hamburg von vornherein nur der Ausschluß aus den Wahlvereinen beantragt worden, dann wäre die Frage anders entschieden worden. Aber dieser Antrag ist nicht gestellt worden, und so sind wir in die Schwierigkeiten hineingekommen. Unsere Aufgabe ist es nun, einen Weg zu finden, um den gewerkschaftlichen Ansprüchen zu genügen und das Parteinteresse zu wahren. Wir schlagen deshalb in der Resolution vor, es den örtlichen Partei-Organisationen zu überlassen, darüber zu entscheiden, ob sie in derartigen Streitfällen eingreifen wollen oder nicht. Dadurch haben die Hamburger Genossen die Möglichkeit, die Affordmaurer aus den Vereinen auszuschließen oder solange in ihren Mitgliedsrechten zu suspendieren, als sie in ihrem Widerstand gegen ihren Organisationsverband beharren. Damit ist dem Maurerverband gegeben, was er will. Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern, denen es um den Frieden, und nur um den Frieden zu thun ist, werden unserer Resolution zustimmen. Mit ihr können wir den Streitfall so erledigen, daß wir alle Rechte der Partei und alle Rechte der Gewerkschaften hüten. (Bravo!)

Wernstein begründet den Antrag 102. Ich muß dagegen Verwahrung einlegen, daß mein Antrag ein Einereits-Andereits-Antrag ist; er ist ganz bestimmt gefaßt, und er behält seine Berechtigung auch dann, wenn irgend einer der anderen Anträge bereits angenommen ist. Er ist vor Allem eine notwendige Ergänzung des Antrages Fischer, dem ich durchaus zustimmen kann unter der Voraussetzung, daß dann auch mein Antrag angenommen wird, der die Anerkennung des Rechts der Gewerkschaften und der Pflicht der Partei, dies Recht hochzuhalten, statuiert. Es handelt sich nicht nur um einen einzigen Fall, sondern es handelt sich auch darum, späteren ähnlichen Konflikten vorzubeugen. Auer hat gestern getarnt vor der Möglichkeit eines Bundes v. Elm-Naumann v. Berlepsch. Ich halte die Gefahr, die der Arbeiterbewegung von Naumann und von Berlepsch droht, für außerordentlich gering; aber wenn sie existierte, so könnte sie durch einen Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaften oder auch nur durch die Auffassung eines solchen Gegensatzes höchstens eine Förderung erfahren. Es handelt sich hier um ein Lebensprinzip der Gewerkschaftsbewegung, um die einheitliche Zusammenfassung aller Kräfte in einer Organisation. Ich will über die kleinen gewerkschaftlichen Organisationen durchaus nicht den Stab brechen, wir wollen sie auch nicht in die großen Organisationen mit Gewalt hineintreiben, wir wollen aber dahin wirken, daß sie hineinkommen, und ich hoffe, die Zeit wird nicht fern sein, wo die kleinen Organisationen eingesehen haben, daß es ihre Pflicht ist, in die großen Verbände einzutreten. Ich bin nicht der Meinung, daß der Schiedspruch mit Gewalt desavouiert werden soll. Wenn zwei Instanzen der Partei, die nach ihrer Zusammenfassung alle Mitglieder beanspruchen und benutzen könnt, die verschiedensten Anschauungen da zur Geltung kommen,

das gleiche Urtheil fällen, so ist es nur Aug und vernünftig, ihnen zuzustehen, daß sie nach Lage der Dinge, nach dem Wortlaut des Statuts, nicht anders handeln konnten. Das Parteistatut schreibt als Vorbedingung für den Ausschluß eine ehrlose Handlung vor, der Begriff „ehrlos“ ist dehnbar, deshalb habe ich ihn in meinem Antrag ganz fortgelassen und nur den Grundsatz der Einheitslichkeit des Kampfes aufgestellt und gesagt, wo dagegen gesündigt wird, sollen die örtlichen Organisationen berechtigt sein, wenn sie es nach Lage der Dinge für nötig halten, die Sonderbündler, solange sie Sonderbündlerei treiben, auszuschließen. Dies Prinzip können Sie anerkennen, Sie binden damit die Partei nicht und sagen andererseits den Gewerkschaften, daß die Partei die fundamentalen Grundbedingungen ihres Kampfes anerkennt und sie aufrecht zu erhalten entschlossen ist. Die Sozialdemokratie ist die Partei der Arbeiterbewegung, sie steht allen Elementen der Arbeiterbewegung mit dem Gefühl gegenüber: Was dem Kleinsten unter Euch paßt, das paßt auch uns. Und darum müssen wir vor Allem aufrecht erhalten den Grundsatz, den ich in meiner Resolution zum Ausdruck gebracht habe. Ich bitte Sie dringend, für welche Resolution Sie sich auch entscheiden, doch noch meiner Resolution zuzustimmen, die geeignet ist, die Lücke zwischen den anderen auszufüllen und jedes Mißverständnis, das über den Geist der Resolution früher entstehen könnte, aufzuklären.

Die Diskussion wird eröffnet.

v. Rosbittki-Wandsbøl: Im Auftrage sämtlicher Schiedsrichter habe ich folgende Erklärung zu verlesen:

„Die unterzeichneten Mitglieder des Schiedsgerichts in Sachen der Affordmaurer erklären hierdurch, daß sie sich bezüglich des Schiedspruches nach wie vor mit dem Genossen Auer solidarisch fühlen, wie sie ja auch ihre Entscheidung nach eigenem Gewissen und durchaus unbeflügelt gefällt haben. Hamburg, 23. September 1901. F. Wieth, Wandsbøl, L. Grünwaldt, L. Landsholt, W. Lüdt, Fr. Evers, G. Oskfeld, Paul Hoffmann und v. Rosbittki.“

Ich wundere mich, in welcher Weise man über die Schiedsrichter hergezogen ist, nicht seitens der Anwesenden, denn die sind zu schlau dazu. Wir sind nicht von Auer hypnotisiert worden, wir müssen uns gegen eine solche Auffassung verwahren. Ich habe weiter zu erklären, daß ich mit zu dem Genossen Schindler gegangen bin und ihn um Material ersucht habe; er hat mir dann den Brief geschickt, und ich habe mich für verpflichtet gehalten, ihn Auer zu überweisen. Sie sehen also, wir kämpfen mit durchaus lokalen Mitteln. Wir Schiedsrichter waren uns von vornherein klar, daß, wenn Streikbruch vorliegt, der Ausschluß ausgesprochen werden muß; ich selbst habe den Genossen Kober ersucht, uns nachzuweisen, wo ein Streikbruch begangen ist. Kaepfow meinte: es sei doch ganz selbstverständlich, daß Streikbruch vorliegt, aber eine Behauptung wird doch dadurch nicht wahr, daß man sie wiederholt. Ein Beweis dafür ist nicht erbracht, und auch Bömelburg, dessen Kampfesweise sich vor der anderen Genossen in Hamburg rühmlichst ausgezeichnet, hat gestern keinen Nachweis geführt...

Singer: Ihre Redezeit ist abgelaufen, ich bitte Sie, zum Schluß zu kommen.

v. Rosbittki: Ich bin ja noch nicht über die Einleitung hinaus. Der Weg, den die Resolution 114 anzeigt, ist nicht klar; z. B. für einen Fall, wie den von Ottenen, ist nichts damit zu machen. Wir müssen uns auf eine Resolution einigen, die volle Klarheit schafft. Darum bitte ich Sie dringend im Interesse der Sache.

Fr. Wieth-Hamburg: Ich denke, es ist selbstverständlich, daß der Parteitag beauftragt ist, in dieser Frage eine Lösung zu finden, die im allgemeinen Interesse liegt. Ich habe die Resolution 118 nicht unterzeichnet, um, wie Auer sagt, den

Mißzug anzutreten, sondern um eine Basis zu finden, auf der eine Verständigung möglich ist. Gewiß ist in Hamburg und in der Presse im Ton gesündigt worden; aber die organisierten Arbeiter können dasselbe Recht für sich in Anspruch nehmen, wie es gestern die Akademiker getan haben. Man muß den Ton mindestens entschuldigen. Soweit Unterstellungen vorgekommen sind, bedauere ich sie; ich bin überzeugt davon, daß die Mitglieder des Schiedsgerichts und die Kontrollen vom besten Willen befeelt waren. Es ist den Maurern, die Parteigenossen sind, nachzufühlen, wenn sie mit den Affordmaurern nicht in der Partei zusammenarbeiten wollen. Wir haben doch uns zu vergegenwärtigen, daß die Gewerkschaftsbewegung nicht nur den Zweck hat, für die Gegenwart uns die Eringung einer besseren Lebenshaltung zu ermöglichen, sondern wir als Sozialdemokraten erwarten von dieser Hebung der materiellen Lage der Massen eine Befähigung zum intensiveren Kampf für unsere endgiltige Befreiung. Wenn das richtig ist, so werden Sie doch zugeben müssen, daß Derjenige, der mich hindert durch sein Verhalten in der Gewerkschaftsbewegung, diese Befähigung zu erlangen, dann unmöglich mit mir innerhalb der politischen Organisation für diese endgiltige Befreiung kämpfen kann. Die entscheidende Frage ist: liegt ein Streikbruch vor oder nicht. Und da müssen wir fragen: 1. Ist der Maurerverband die offizielle Vertretung der Maurer? Die Antwort kann nur Ja sein. 2. Ist der Maurerverband berechtigt, Verträge mit den Unternehmern abzuschließen? Auch hier kann nur mit Ja geantwortet werden. 3. Enthält der zwischen dem Maurerverbande mit der Hamburger Bauhütte abgeschlossene Vertrag einen Passus, der gegen die Grundzüge der Klassenbewußten Arbeiterschaft verstößt? Hierauf lautet die Antwort: Nein. 4. Hat die Organisation der Maurer nicht mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß der Tarifvertrag gehalten wird. Das hat auch Auer mit Ja beantwortet. Wenn der Verband im Rechte ist und von seinem Rechte Gebrauch macht, und wenn dann festgestellt wird, daß die Affordmaurer gegen diese Abmachung verstoßen, dann muß man weiter schließen: Hier liegt ein Disziplinbruch vor. (Sehr richtig!) In der entscheidenden Maurerversammlung haben die Affordmaurer nicht opponiert. Als Demokraten hatten sie sich der Mehrheit zu fügen. Sie sind nicht Demokraten und auch das soziale Gefühl ist ihnen abzusprechen, da sie nur von egoistischen Gefühlen geleitet worden sind. Wir müssen deshalb unbedingt erklären: Es war berechtigt, daß der Maurerverband über jene Bauten die Sperre verhängt hat. Ist aber die Sperre zu Recht verhängt worden, dann liegt ein Sperrebruch vor und damit auch eine ehrlose Handlung. Im Parteitagsstatut wird kein Unterschied gemacht zwischen einer ehrlosen Handlung, die jemand als politischer Genosse, als Privatperson, oder als Gewerkschaftler begeht, sondern von einer ehrlosen Handlung schlechthin ist die Rede. (Die Redezeit ist abgelaufen.)

Quart-Grünfurt a. M.: Auch die nicht von Auer Angegriffenen hat es peinlich berührt, daß er in seinem Referat hervorragende Gewerkschaftsführer in dieser Weise angegriffen hat; sein Korreferat war nicht zur Einigung angethan, sondern zur Erweiterung der Kluft. (Sehr richtig!) Die feinen Unterschiede, die der Schiedspruch zwischen Ehrlosigkeit, Streikbruch u. s. w. macht, versteht die Arbeiterschaft garnicht. Diese weiß nur, daß Partei und Gewerkschaften innerlich verbunden sind durch ihre einheitliche Auffassung vom Wesen des Klassenkampfes. Tarifverträge sind eine Art Meilensteine für die Fortschritte und Erfolge des Klassenkampfes. An der Spitze des Tarifvertrages in Hamburg steht das Verbot der Akkordarbeit, und in dem Augenblick, wo die Affordmaurer dagegen handelten, begingen sie nach Ansicht der Arbeiter etwas, das das Prinzip des Klassenkampfes verletzte. (Sehr wahr!) Das ist das Entscheidende. Ich habe persönlich Erfindungen bei den Affordmaurern entgegengesetzt und gefunden, daß sie zwar sehr gute Menschen, aber schlechte Militanten

im Gewerkschaftskampf sind. Das A und O ihrer Antwort ist immer: Wir können nicht mit dem geringen Zeitlohn auskommen, wir müssen im Interesse unserer Familien in Afford arbeiten. In ihrem Statut haben sie zuerst parteipolitische und religiöse Diskussionen ausgeschlossen, dann wieder zugelassen. Sie wollten sich an die lokalorganisierten Maurer und ihre Werkner Spitze anschließen. Aber selbst diese hat sie abgewiesen, weil man keine Maurer brauchen könne, die für Affordarbeit seien. Ich meine, das gemügt zur Kennzeichnung der Leute. In formeller Hinsicht ist der ganze Streit darauf zurückzuführen, daß wir in Mainz den Zentralisationsbestrebungen des Parteivorstandes in Sachen des Ausschusses aus der Partei zu sehr nachgegeben haben. Hätten wir früher die Hamburger Vereine zuerst und allein entschieden, so hätte es keinen solchen Spektakel gegeben. Heben Sie den Schiedspruch auf und verweisen Sie die Sache an die Hamburger Wahlvereine zurück! Es handelt sich um die Hochhaltung des einheitlichen Klassenkampfprinzips für die Partei und die Gewerkschaften. (Bravo!)

Foch-Hann: Auch ich bedauere, daß das Referat von Auer sich zum großen Theil nicht mit der Sache, sondern mit Personen beschäftigt hat; ich begreife ja seine Empörung über die Verdächtigungen, die ihn getroffen, aber verkehrt ist es, so zu thun, als handele es sich um Hebereien. Das scheint ja jetzt Mode in der Partei zu werden. Aber wir verbieten uns solche Wortwüste, als seien wir die Geleithammelten und Verheßten. Wir haben auch unsere Meinung. Ich kann das Urtheil des Schiedsgerichts nicht unterschreiben, es hätte zum Ausschluß schreiben müssen, da es das Verhalten der Affordarbeiter im Interesse der Solidarität selbst tief bedauert hat. Es wird also festgestellt, daß die Affordmauer ihren Brüdern im Kampf in den Rücken gefallen sind, und das ist ein Widerspruch zu unseren Parteigrundsätzen. (Sehr wahr!) Wer das thut, versündigt sich nicht nur gegen einen gewerkschaftlichen, sondern auch gegen einen sozialdemokratischen Grundsatz, die Einheitlichkeit der Arbeiterbewegung zu fördern. Wer sich eines groben Verstoßes gegen unsere Prinzipien schuldig gemacht hat, kann aber nach unserem Organisationsstatut nicht zur Partei gehören. Die Disziplin verlangt, daß man seine persönliche Ansicht hinter der Sache zurückstellt, denn sonst untergräbt man jede gewerkschaftliche Thätigkeit. Solchen Disziplinbruch dürfen wir nicht zulassen. Auer spricht von Legien'scher Richtung, ich weiß nicht, was er damit sagen will, ich weiß ja nicht, was hinter den Koulissen spielt. Die Genossen haben die alte Taktik so lange hochgehalten, wie das alte Organisationsstatut bestand. Ich halte Auer für einen schlauen Menschen im guten Sinne des Wortes, aber warum haben Sie nicht für eine klarere Formulierung gesorgt? Selbst Wolfenbüttel, der doch nicht zu den Dummsten gehört, hat in Folge dieser unklaren Formulierung einen ganz falschen Rathschlag erteilt. Der hohe Partei-Vorstand ist der Schuldige an der unklaren Formulierung des Statuts. Und nun zum Schluß Vertuschungen wir nichts, wie es die Resolution Fischer thut, sondern heben wir das Urtheil auf und weisen die Sache an die Hamburger zurück. Nehmen Sie unsere Resolution an.

Thielhorn-Hannover: Bömelburg hat gestern den Bericht des „Volkswille“ über eine Rede Meister's erwähnt. Es war ein objektiver Bericht über eine Versammlung des Wahlvereins. Die Ansicht, daß es sich um einen künstlich konstruirten Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaft handle, hat lange unter der Oberfläche geschlummert und ist jetzt herorgetreten. Auch ich neige ihr zu, besonders nach den gestrigen Mittheilungen Auer's. Was die Sache selbst betrifft, so möchte ich die Genossen warnen, in diesem Falle das Vorliegen eines Streikbruchs mit allen Folgen anzuerkennen. Ich warne wegen der ungeheuerlichen Konsequenzen für die Partei. Die Partei hat doch nicht Nachwächterdienste für die Gewerkschaften zu leisten. Wohin sollte es führen, wenn die

Partei bestimmen wollte, wer in die Gewerkschaften gehört und wer nicht. Das würden sich die Gewerkschaften entschieden verbitten. Dabei sind in Dödingen von Fällen Streikbrecher in den Gewerkschaften gelassen worden. In Hannover ist das beim Buchdrucker- und beim Tischlerstreik vorgekommen. Die Streikbrecher sind ruhig im Verbandsgeblieben. Wollte die Partei alle Streikbrecher ausschließen, dann könnte sich das Schiedsgericht in Permanenz erklären. Die Frage war nur so zu stellen: Liegt eine ehrlose Bestimmung vor? Das ist einstimmig vom Schiedsgericht und von den Kontrolluren verneint worden. Die Affen können wir nicht im Einzelnen prüfen, da müssen wir Putzrauen zum Schiedsgericht haben. Der Parteitag kann garnicht anders, als den Schiedspruch aufrecht zu halten. Daß die Parteigenossen in den einzelnen Wahlkreisen die Sache unter sich regeln, dagegen habe ich garnichts. Ich empfehle 114 anzunehmen.

Haase-Königsberg: Ein großer Theil der Redner scheint mir übersehen zu haben, welche Funktionen der Parteitag in dieser Angelegenheit auszuüben hat. Wir sind hier als Richter berufen und dürfen nicht in die Fehler verfallen. Die wir oft mit Recht den bürgerlichen Gerichten vortorfen. Und da gilt es als unerschütterlicher Grundsatz, daß man niemals eine Strafe festsetzt, wenn nicht vorher ein Strafgesetz über die angeklagte Handlung besteht. Wir haben uns zu fragen: Ist in unserem Organisationsstatut, das unser Gesetzbuch, und in unserem Programm irgend eine strafrechtliche Norm gegeben, die es uns gestattet, die Angeklagten aus der Partei auszuschließen. Und weiter gegniet sich für Richter, absolute Ruhe zu bewahren. Es giebt keine schlechteren Berater für den Richter, als die Leidenschaftlichkeit. Hier handelt es sich nicht darum: Sie Auer! Sie Legien und v. Emil! Hier handelt es sich darum, den Angeklagten Recht zu schaffen. Es ist keine kleine Sache, die von uns verlangt wird. Wir sollen die Angeklagten enthaupen als Parteigenossen! Da gegniet sich peinlichste Gewissenhaftigkeit! In geradezu mustergerlicher Weise hat Bömelburg seine Rolle als Ankläger gespielt, eine Weise, die sich unsere Staatsanwälte zum Muster nehmen könnten. So sehr ich das anerkenne, so sehr halte ich es doch für nothwendig, den Kern seiner Anklage auf die Berechtigung zu prüfen. Und dabei können wir zu keinem anderen Resultat kommen als zu dem, daß das Schiedsgericht nicht anders hat urtheilen können, als es geurtheilt hat. Mit besonderer Gründlichkeit, Sachlichkeit und Objektivität hat das Schiedsgericht seine Aufgabe erfüllt. Natürlich wird nicht Jeder von uns jedes Wort der Begründung unterschreiben. Das hat auch Niemand verlangt. Wenn Auer den Schiedspruch jetzt kritisiren sollte, würde er auch Manches ausmerzen wollen. Besonderen Anstoß hat das Wort von der Nothwehr erregt. Es heißt aber im Spruch: Die Affordmauer befinden sich gewissermaßen in der Nothwehr. Das Schiedsgericht suchte also nach dem richtigen Wort, es fand nur ein annähernd richtiges Wort und zeigte das ausdrücklich, indem es „gewissermaßen“ hingusfügte. Wir müssen uns lediglich die Frage vorlegen: Liegt ein Streikbruch vor oder nicht? Es ist interessant, daß Quaid und Hoch nicht mehr aufrecht erhalten, daß ein Streikbruch vorliegt. Auch Bömelburg sagt: Streikbruch oder nicht; jedenfalls haben sich die Affordmauer dem demokratischen Prinzip nicht gefügt. Also nicht ein Streikbruch, sondern ein Disziplinbruch liegt vor. Wonach aber mußte das Schiedsgericht erkennen? Nach den Fragen, die ihm vorgelegt waren. Und diese Fragen waren in Uebereinstimmung mit Anklägern und Angeklagten formulirt worden. Die Ankläger sagen heute: Es liegt ein grober Disziplinbruch vor und deshalb müssen die Angeklagten aus der Partei heraus. Aber diese Frage war dem Schiedsgericht garnicht vorgelegt worden. Die Frage war ganz allgemein formulirt: Liegt ein Streikbruch vor? und bei dieser Fragestellung konnte das Schiedsgericht nur so erkennen, wie es erkannt hat.

Verschiedene Auffassungen über die Affordarbeit sind herorgetreten.

Aber die Vertretung der Ansichten über die Affordarbeit ist gerade von jenen Theoretikern mitgeschaffen worden, auf die sich die Herren aus Hamburg sonst berufen. Ich verurtheile die Affordarbeit auf das Grundsiedenste. Ich erwarte auch, daß der Parteitag die Affordarbeit verurtheilt und die Erwartung ausspricht, daß sich die Affordmurer fügen. Bismarck sagte: Ja, wenn die Angeklagten auch nicht das Bewußtsein hatten, daß sie einen Streikbruch verübten, so hatten sie doch das Bewußtsein des Unrechts. Es kann aber einer nur verurtheilt werden, wenn er das Bewußtsein der rechtswidrigen Handlungszweife in Bezug auf den Thatbestand hatte. Auer hat, glaube ich, schwer Unrecht gekhan, als er in dem Verhalten Legien's, Elm's und der Frau Steinbach lediglich eine Frontänderung sah und behauptete, sie hätten nicht mehr gewagt, Aug' im Auge zu kämpfen. Ich bin anderer Ansicht. Wir müssen ihre Resolution auffassen als Ausdruck persönlicher Gesinnung. (Sehr richtig!) Im Absatz 2 geht mir diese Resolution nicht weit genug, wenn sie nur den Ausschluß aus der örtlichen Organisation verlangt. Bricht Jemand die Kreuze — und die Kreuze ist kein leeres Waagn! — dann soll er aus der Gesamtpartei ausgeschlossen werden. Es bleibt uns nichts weiter übrig, als die Sache nochmals nach Hamburg zurückzubekommen, damit die Leute dort wegen Disziplinbruchs gefaßt werden. (Bravol)

Silberschmidt-Berlin: Die Rede Auer's hat sich zu zwei Dritteln mit Dingen beschäftigt, die mit der Sache nichts zu thun haben. Wir wollen nichts weiter, als die Arbeiterbewegung fördern, andere Motive darf man uns nicht unterschieben. Die Hamburger haben nicht den Antrag auf Ausschluß aus der Gesamtpartei, sondern auf Ausschluß aus den Wahlvereinen gestellt, und weil dem nicht Folge gegeben ist, haben wir uns heute mit der Sache zu befassen. Im Fall Baumgart ist nicht die Entlassung der Affordmurer gefordert, das ist Niemand eingefallen. Auer hat es ganz falsch dargestellt. Nicht die Affordmurer befanden sich in der Nothwehr, sie veranlaßten die Unternehmer, taktisch brüchig zu werden und verletzten so die Verhandlmurer in die Zwangslage, Verräther ihrer Organisation zu werden oder die Arbeit niederzuliegen. (Sehr richtig!) So war es im Fall Baumgart. Im Fall Dahl waren die Arbeiter um ihren Lohn gekommen. Dahl hat sein Wort, den Lohn nachträglich zu zahlen, nicht gehalten, und die Affordmurer haben durch ihr Verhalten ihre Kollegen um den verdienten Lohn bringen helfen. Wenn das keine ehrlose Handlung, wenn das keine niedrige Gesinnung ist, so weiß ich nicht, was noch als ehrlos in der Arbeiterbewegung gilt. Ich bitte Sie, die Resolution früher abzulehnen und ersuche Auer, den Ausdruck von der Wahrung des Vereinsrechts für die kleinen Abplitterungen, auch wenn sie im Bunde mit den Unternehmern stehen und gegen die großen Organisationen kämpfen, zurückzunehmen.

Müller-Hamburg: Die Behauptung von der Hypnose des Schiedsgerichts durch Auer kommt nicht von Frau Steinbach, sondern von mir; denn wenn ein Schiedsgericht sagt, wir halten die Affordmurer für Lumpen, wollen sie aber nicht noch extra als solche stempeln, wenn ein anderer Schiedsrichter, Grünwaldt, für Aufhebung des Schiedspruchs eintritt, so bekommt man eine eigenartige Auffassung von der Selbstständigkeit der Schiedsrichter. Nach der Erklärung, die Rosbiski verlesen hat, nehme ich den Ausdruck Hypnose zurück, aber ich halte das Urtheil des Schiedsgerichts nach wie vor für falsch. Leider besteht bei uns in Hamburg ein Eklagenwesen und eine persönliche Heze gegen gewisse Personen. (Auf: Namen nennen!) Hoffentlich wird dem bald ein Ende gemacht. Die Leute, die in Versammlungen gegen den Schiedspruch aufgetreten sind, haben sich von edlen Motiven leiten lassen. Friede ist erst dann möglich, wenn der Schiedspruch aufgehoben und die Sache an die Hamburger Wahlvereine zurückgewiesen ist. Genau so, wie wir Kritik an bürgerlichen Urtheilen üben, dürfen wir das auch an dem Schiedspruch gegen die Affordmurer thun. Ich habe

auch die Wahl zum Schiedsgericht abgelehnt, aber dadurch habe ich nicht das Recht vermisst, mich nachträglich gegen den Schiedspruch auszusprechen. Ich wünsche, sehr leicht Wiederherstellung des Friedens, aber die Vorbedingung dazu ist die Aufhebung des Schiedspruchs und die Verweisung der Angelegenheit an die Hamburger Parreioorganisation. Das würde ein ernstes Appell an die Affordmurer sein, ihre Verfehlung wieder gut zu machen.

v. Elm: Leider ist es mir nicht möglich, auf alle Angriffe von Auer in zehn Minuten zu antworten. Im Uebrigen mag er von mir sagen, was er will, ich stehe glücklicherweise so, daß er das Vertrauen der Arbeiter zu mir nicht im Geringsten erschüttern kann. (Sehr wahr!) Auer hat selbst gefühlt, daß seine sachlichen Gründe äußerst schwach sind, und sich deshalb auf das persönliche Gebiet begeben. Ich muß mich bei der Kürze der Zeit auf wenige sachliche Bemerkungen beschränken.

In der Resolution 114 wird gesagt, daß die Schiedsrichter nicht anders handeln konnten. Zunächst nicht nach dem Wortlaut des Organisationsstatuts. Ich mache darauf aufmerksam, daß nach dem Wortlaut des Statuts auch ausgeschlossen werden kann, wer gegen die Grundsätze des Parteiprogramms verstößt. Nun mögen Sie über den Begriff „ehrlos“ urtheilen, wie Sie wollen, aber darüber kann es garnicht zweierlei Meinung geben, daß die Affordmurer gegen den Grundsatz verstoßen haben, daß der Klassenkampf der Arbeiter ein einheitlicher sein muß; sie haben eine Sonderorganisation gebildet, um den Takt zu durchbrechen, sie sind ihren Kollegen in den Rücken gefallen, und deshalb mußten sie, selbst wenn das Schiedsgericht als Motiv dieser Handlung keine ehrlose Gesinnung annehmen wollte, doch nach dem Wortlaut des Statuts unter allen Umständen ausgeschlossen werden. Dadurch, daß man den Begriff „ehrlos“ Gesinnung in den Vordergrund gerückt hat, hat man die ganze Angelegenheit vermisst. Weiter wird in der Resolution 114 gesagt, nach dem vorliegenden Thatfachenmaterial hat das Schiedsgericht völlig korrekt gehandelt, aber die Affordmurer geben in ihrer Rechtfertigungsschrift selbst zu, daß für ihre Handlungsweise nur das Motiv des höheren Verdienstes durch die Affordarbeit maßgebend war. Andere Motive gab es für sie nicht. Nun, wenn solche Motive als maßgebend anerkannt werden sollen, so werden wir niemals dahin kommen, allgemein nützliche Maßnahmen durchführen zu können. Wir verlangen Opfer in der Arbeiterbewegung, wir müssen sie in der Gewerkschaftsbewegung genau so verlangen wie in der politischen, und wer sich aus Rücksicht auf seine Privatinteressen der Durchführung unserer Beschlüsse widersetzt, dem haben wir noch immer gesagt: Du verstößt gegen das Interesse der Gesamtheit, Du mußt Deine eigenen Interessen denen der Allgemeinheit unterordnen, sonst handelst Du ehrlos. (Beifall.)

Die Affordmurer geben aber selbst zu, daß sie geradezu organisierten Streikbruch begehen wollen. Auer meint, die Frage der Affordarbeit gehöre garnicht zu den Lohn- und Arbeitsbedingungen. Ich hätte einen solchen Ausdruck von Auer, der doch so lange in der Bewegung steht, wirklich nicht erwartet, denn es kann doch kein vernünftiger Mensch bestreiten, daß die Frage der Affordarbeit im vollsten Sinne eine Lohnfrage ist. Es ist also falsch, zu sagen, daß es sich nur um Meinungsverschiedenheiten über die Affordarbeit handelt. Der Schlussatz der Resolution 114 sagt dem Zentralverband der Maurer die Unterstützung zu. Wo hat denn die Maurerorganisation die Unterstützung der Partei erbeten? Nein, lediglich im Interesse der Partei wollen wir den Schiedspruch aufgehoben wissen, weil wir uns sagen, daß solche Leute, die das Ansehen der Arbeiterkassette diskreditieren, nicht in die Partei gehören. (Sehr wahr!) Unser Antrag auf Aufhebung des Schiedspruchs ist der Erwägung entzungen, daß man nicht der Gewerkschaftsbewegung einen Knüppel zwischen die Beine werfen darf. Auch hat in der Begründung des Schiedspruchs einen Begriff geschaffen,

ber alle bisher maßgebenden Grundsätze in der Gewerkschaftsbewegung auf den Kopf stellt, und weit dem so ist, weil Sie da Gründe hineingetragen haben, auf die sich später jeder Streikbrecher stützen kann, deshalb verlangen wir die Aufhebung des Schiedspruchs. Es ist da gesagt, eine Handlung, die man so lange geduldet hat, kann nicht mit einem Mal eine ecklose sein. Auf diesen Satz des Schiedspruchs könnte man sich in Zukunft auch dann stützen, wenn es sich um andere Tarifabmachungen z. B. um Verkürzung der Arbeitszeit handelt. Dann hat Auer den Begriff der Nothwehr hineingetragen. Nothwehr haben wir bisher als berechtigt doch nur anerkannt im Kampf der Arbeiter gegen die Arbeitgeber; aber Nothwehr im Kampf gegen die eigenen Genossen, diesen Begriff haben wir nicht gekannt. (Die Redezeit ist abgelaufen.) Ich bedauere unendlich, daß ich nicht auf Alles antworten kann; nicht in meinem Interesse, sondern im Interesse des Ansehens der Partei bedauere ich, daß man mir, nachdem ich so schwer angegriffen bin, nicht gestattet, mich zu verteidigen.

Auf Antrag von Ledebour, dem Lüth-Hamburg widerspricht, werden dem Redner weitere zehn Minuten Redezeit gewährt.

v. Elm: Es wird mir auch in zehn Minuten nicht möglich sein, daß Nöthige zu sagen. Auer hat von unberufenen Dritten gesprochen, die sich hineingemischt hätten, von Elementen, die im Trüben fischen wollen, von Spione; und hat dabei wiederholt meinen Namen genannt. Genosse Auer, wenn Sie die Entwidlung dieser Sache in Hamburg kennen, würden Sie diese Vorwürfe zurücknehmen müssen. Sie haben von meiner glänzenden Verechtfamtheit gesprochen, nun, das trifft auf mich nicht enfernt so zu, wie auf Sie. Aber wie lag die Sache? Das eine Mal in der Versammlung wurde mir durch einen Schlußantrag das Wort abgeschnitten, das zweite Mal habe ich nur einen Antrag gestellt; zur Begründung des Antrages habe ich das Wort garnicht bekommen. Ich habe also garnicht gesprochen, und da spricht Auer von meiner glänzenden Verechtfamtheit! (Hört! hört!)

Nun sagt Auer: Wir seien die Schuldigen, wir hätten den Lärm in die ganze Partei hineingebracht. Es ist schon gesagt worden: hätte man uns den Willen gelassen, dann wären die Streikbrecher in Hamburg ausgeschlossen und es hätte keinen Lärm gegeben. Nun kam Mollenbuhr und sagte, den örtlichen Organisationen ständen diese Rechte nicht zu. Es ist kein Zweifel, durch die in Mainz beschlossene Aenderung des Organisationsstatutis sind die Begriffe in dieser Beziehung verwirrt worden; unsere Absicht war es jedenfalls nicht, die Sache vor die Gesamtpartei zu bringen. Ich habe in einer Versammlung gesagt: auch wenn der Parteitag erklärt, sie sollen nicht aus der Gesamtpartei heraus, so haben wir doch das Recht, sie aus unserer örtlichen Organisation auszuschließen, und wir werden das auch thun, um Ruhe und Frieden in Hamburg zu haben. Ich weiß nicht, Genosse Auer, ob Sie jemals gestreift haben, es ist wohl schon lange her (Auer: Schon sehr lange her!), Sie werden das Gefühl der Erbitterung nicht mehr kennen, das einen ergreift, wenn man durch einen Streikbrecher herausgedrängt wird, und dieses Gefühl kennen eine ganze Reihe von Genossen hier nicht mehr, sie haben keinen Begriff mehr davon, und deshalb urtheilen sie so kühl und so heillos und so formell über die Sache. Deshalb haben wir gesagt, im Interesse der Partei ist es nothwendig, sie müssen hinaus! Im Interesse unserer Organisation ist das nothwendig. Da sollen wir mit diesen Leuten zusammenarbeiten, die Jeder als Schlosse kennt! Da kann es doch keine Ruhe, keinen Frieden, kein erzieherisches Zusammenwirken geben im Interesse der Partei. Und wenn wir dort nicht Wandel geschaffen, uns nicht auf den Standpunkt gestellt hätten, die Partei muß eingreifen, was glauben Sie wohl, was dann in Hamburg geschehen wäre, ohne unser Zutun? Eine große Anzahl von Werkschmäuern würde der Partei den Rücken gelegt haben, wenn die Polaberverwaltung nicht den Leuten gesagt hätte: thut das nicht,

die Sache ist noch nicht entschieden, die Sache kommt noch ganz anders. Denn das ist richtig, die unteren Parteigenossen denken anders über die Partei als zumeist die oberen, die halten die Partei für das Heiligste, was es giebt, und sagen deshalb, daß in der Partei Streikbrecher nicht sein können, und wenn diese geduldet werden, dann ist es selbstverständlich, daß das Ansehen der Partei geschädigt wird. (Beifall.)

Nun hat man gesagt, wir hätten dort nicht ruhig debattirt, sondern einen leidenschaftlichen Ton angeschlagen. Parteigenossen! Ich habe in Hamburg nichts Anderes gesagt, als was ich Ihnen hier gesagt habe. Wie man redet, ist natürlich Sache des Temperaments; ich kann unter Umständen sehr erregt reden; das weiß ich, das thue ich. Ich war empört über den Schiedspruch, weil dieser neue Begriffe über den Streikbruch hineingebracht, weil die alten guten Begriffe auf den Kopf gestellt wurden; und ich habe vielleicht auch Ausdrücke angewendet, die der Eine oder Andere als beleidigend aufgefaßt haben mag, das gestehe ich ohne Weiteres zu. Aber seit wann sind wir so zimperlich in der Partei? Wir haben zwei Tage lang eine bittere Debatte gehabt. Welche Beleidigungen und Grobheiten haben sich Diese nicht gegenseitig an den Kopf geworfen! Das sind gebildete Leute; ich habe nicht studirt, wir sind aus dem Arbeiterstande hervorgegangen, — soll da uns nicht gestattet werden, auch ein Mal kräftigere Töne anzuschlagen, namentlich wenn es unserer innersten Ueberzeugung entspricht? Genosse Auer, es entspricht meiner innersten Ueberzeugung, daß es bedauerlich ist, daß ein derartiger Schiedspruch gefällt ist; es entspricht meiner innersten Ueberzeugung, daß es ein geringes Verdienst für die praktische Arbeiterbewegung bekundet vor Allem, daß eine derartige Begründung gegeben werden konnte.

Ja, Genosse Auer, Sie haben gestern Ausdrücke gebraucht, die Sie heute bei ruhiger Ueberlegung wahrscheinlich schon bedauern. Sie haben mir die böse Absicht unterstellt, die Partei zu schädigen, und das ist sehr schlimm, namentlich weil ich die Ueberzeugung habe, daß Sie das wider besseres Wissen gethan haben. Genosse Auer, Sie kennen mich seit 25 Jahren von Hamburg her, wo ich als junger Mann bei den Lassalleanern, später in der vereinigten Gesamtpartei Schriftführer war; Sie sind — ich habe es Ihnen schon früher ein Mal gesagt — in Bezug auf verschiedene Fragen mein Lehmeister gewesen. Die Vorträge, die Sie in Hamburg gehalten haben gerade in gewerkschaftlichen Fragen, haben sich mir tief ins Gedächtniß eingedrückt. Ich bedauere, daß der Auer von vor 25 Jahren nicht mehr derselbe ist wie der Auer von heute; wenn Sie Ihre jetzigen Reden vergleichen mit denen, die Sie damals gehalten haben, wo Sie den Arbeitern vielleicht etwas näher standen, so werden Sie den Unterschied merken.

Sie werfen uns vor, wir hätten nicht Muth, wir seien nicht tapfer genug. Wann bin ich jemals ausgekniffen? Fragen Sie Jeden, der mich kennt, und er wird Ihnen sagen, daß ich feige noch nie gewesen bin, daß ich in Versammlungen hineingegangen bin, nicht nur, wo es sich um Meinungsaustrausch handelte, sondern wo ich ziemlich sicher war, verhaun zu werden; ein Einzelner bin ich der Masse entgegengetreten. Und, Genosse Auer, in Ihrer allernächsten Nähe sitzt ein Mann, ich meine in Berlin, in der Redaktion des „Vorwärts“, der mich ganz genau kennt, der sich meinen Schüler, meinen Freund nennt, mit dem haben Sie sicher Gelegenheit gehabt, über mich zu sprechen und ich bin überzeugt, der hat Ihnen nicht gesagt: der Elm hat die Absicht, der Partei Schwierigkeiten zu bereiten, sondern: der Elm ist ein ebenso guter Parteigenosse, wie er ein guter Gewerkschaftler ist. Von den Buchdruckern haben Sie gesprochen und auf Metzhäuser sich berufen. Was geht mich der Metzhäuser an? Soll ich das verantworten? Der Mann ist niemals mein Freund gewesen und wird es auch niemals sein. Die Art und Weise, wie Metzhäuser die Partei belämpft, ver-

kaumte ich. Er ist es eben, der bei unserer sachlichen Auseinandersetzung, bei dieser Frage, wo es sich um die Feststellung des Begriffs Streikbruch handelt, wieder Verwirrung anstiftet und Anderen Gelegenheit giebt, uns Hinzufügen als Leute, die einen künstlichen Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaften erzeugen wollen. Können Sie mir beweisen, Auer, daß ich jemals die Absicht gehabt habe, Partei und Gewerkschaften zu zersplittern? Den Beweis werden Sie mir nicht mit irgend einer Zeile erbringen können. Daß ich eine andere Auffassung über den Werth der Gewerkschaften habe wie Sie, daß ich, der ich speziell im gewerkschaftlichen Kampfe gestanden habe, der Meinung bin, daß die Partei den Gewerkschaften eine hohe Bedeutung beimessen sollte, das ist doch kein Kapitalverbrechen, damit will ich doch nicht die Partei schädigen. (Die Redezeit ist wieder abgelaufen, doch werden dem Redner auf Antrag von Riesel-Berlin VI weitere zehn Minuten gestattet.)

Auer hat es uns Hamburgern als schweres Verbrechen angerechnet, daß wir den Affordmairern nicht die Presse zur Verfügung gestellt hätten. Auer ist ja ein so glänzender Redner, er versteht es so gut, die Angelegenheit einem mundgerecht zu machen, daß es nicht möglich ist, dagegen aufzulommen; er kann nicht allein eine Kommission, nein, er kann gleich einen ganzen Parteitag hypnotisiren. (Geisterzeit.) Wie war denn die Sache? Wir hatten eine Preß-Kommissionssitzung, an der auch der Redakteur Stolten, Bömelburg, sowie Vertreter der Affordmairer Theil nahmen, und in dieser Sitzung erklärte schließlich auch Stolten, der früher anderer Meinung war, daß wir garnicht anders handeln könnten. Wir müssen die Annoncen der Affordmairer zurückweisen, wir können diesen Organisationsbrechern nicht die Arbeiterpresse zur Verfügung stellen. Ja, Genossen, Sie pläbiren für die freie Meinungsäußerung. Sie sagen, die Leute müssen das „Echo“ in Anspruch nehmen können. Aber die Redaktion des „Echo“ hat von jeher den Standpunkt eingenommen, sich nicht in die Organisationsstreitigkeiten einzumischen und sie, wenn irgend möglich, aus der Zeitung fortzulassen.

Ich halte diesen Standpunkt für richtig. Nun aber beirächtigt Auer die Organisation der Affordmairer als eine berechtigte. Ich bin der Meinung, wenn sein Ausdruck in der Buchdrucker-Angelegenheit: „Fort mit aller Sonderbündelei“ einen Sinn haben soll, dann müßte er vor Allem hier angewendet werden, wo sich eine Organisation gebildet hat, um den Streikbruch zu organisiren. Organisationen, die gebildet werden, um den eigenen Genossen in den Rücken zu fallen, kann man doch als berechtigte Arbeiterorganisationen nicht anerkennen. (Zustimmung.) Wir sind eine Partei des Kampfes und haben keine Veranlassung, den einheitlichen Kampf zu stören und den Leuten, die das wollen, unsere Blätter zur Verfügung zu stellen. Ich finde die gegenseitige Auffassung von Auer ganz besonders eigentümlich und erlaube ihm, sie zurückzunehmen. Ich erlaube ihm darum in seinem eigenen Interesse, denn wenn er derartige Grundsätze proklamirt, so könnte man sich damit auch ein Mal auf dem Gewerkschaftskongreß befassen. Das ist ein Grundsatz, den Sie nicht aufrecht erhalten können und den die Partei nicht aufrecht erhalten kann. Wir dürfen den Leuten nicht die Mittel liefern, um den Klassenkampf zu stören.

So liegen die Dinge. Wollen Sie, daß die Gewerkschaftsbewegung nicht gestört wird, so heben Sie den unglücklichen Schiedspruch auf, in welcher Form, ist mir gleich. Aber aufgehoben muß er werden, vor Allem wegen seiner Begründung. Wollen Sie noch besonders aussprechen, daß die Schiedsrichter nach bestem Wissen und Gewissen geurtheilt haben, ich habe nichts dagegen. Was Sie uns unterstellen, das haben wir den Schiedsrichtern nicht unterstellt. Wir haben wohl erklärt, daß sie dumme Kerle sind, aber nicht, daß sie Schurke sind. Ein Schurke aber wäre der, der absichtlich der Partei Schwierigkeiten zu bereiten suchte. Den Beweis haben Sie nicht erbracht, Auer, den werden Sie auch nicht

erbringen. Deshalb hoffe ich, Sie werden in Ihrem Schlußwort zurücknehmen, was Sie gesagt haben und auch der Ueberzeugung Ausdruck geben, daß diese gemeine Absicht mir noch niemals innewohnend hat. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Die Debatte wird vertagt.

Singer: Es ist ein Antrag von Käppler-Altenburg (117) entgegangen: „Der Parteitag erklärt: Der in Sachen der Hamburger Angelegenheit gefällte Schiedspruch wird aufgehoben und die Sache zur erneuten Verhandlung an die erste Instanz, die Hamburger Parteivereine, zurückverwiesen.“

Ueber diesen Antrag sowie über die Resolution 114 werden wir namentlich abstimmen, da genügend unterstützte Anträge auf namentliche Abstimmung vorliegen.

Heine erhält das Wort zu folgender Erklärung: Ich bitte mit Bezug auf den Vorfall in der gestrigen Nachmittags-Sitzung eine Mittheilung machen zu dürfen. Genosse Vollmar telegraphirt, daß die von mir geäußerte Annahme, Parvus betreffend, irrig ist und daß Vollmar gänzlich unbetheilt ist. Ich halte es für meine Pflicht, Ihnen das mitzutheilen und zugleich mein Bedauern auszusprechen, daß ich Folgerungen gegen Parvus daran geknüpft habe, die demnach underechtigt sind. Ich habe dies auch an Parvus selbst sofort geschrieben.

Ich möchte ferner erklären, daß ich bedauere, durch die Form meiner Aeußerung Anlaß zu einer Auffassung gegeben zu haben, an deren Möglichkeit ich, wie ich auf das Bestimmteste versichere, absolut nicht gedacht habe. Ich verstehe die Gefühle, mit denen die Genossen, die meine Aeußerung so verstanden haben, sie aufgefacht haben, und bitte die Genossen um Entschuldigung. (Bravo.)

Schluß 12 Uhr.

Nachmittags Dampferpartie.

Nächste Sitzung Freitag 9 Uhr.

Fünfter Verhandlungstag.

Freitag, den 27. September. — Vormittags-Sitzung.

9 $\frac{1}{2}$ Uhr. Den Vorsitz führt Singer. Er eröffnet die Sitzung mit der Mittheilung einer Reihe von Zuschriften:

Vom Generalrath der vereinigten revolutionären sozialistischen Arbeiterparteien Frankreichs ist ein Begrüßungstelegramm eingelaufen.

Die Genossen aus Stolberg-Land theilen mit, daß bei den Landtagswahlen in der dritten Abtheilung für uns 4475 Stimmen, für die Gegner 1525 Stimmen abgegeben worden sind. (Beifall.)

Aus Reuhy-L. wird telegraphisch gemeldet, daß wir bei den Landtagswahlen in 15 Wahlkreisen, in denen wir bisher drei Mandate hatten, zwei Siege errungen haben und in drei aussichtsreichen Stichwahlen stehen. (Bravo!)

Vom Genossen Morawski in Berlin ist die Mittheilung eingegangen, wonach die Ansicht Pfannkuch's, daß man sich mit dem Genossen Dylong in deutscher Sprache vollständig verständigen kann, irrtümlich sei. (Geisterzeit!)

Vom dem Genossen Dreger in Kassel ist eine Beschwerde über Nichtaufnahme einer Gewerkschaftsannonce eingelaufen. Die Beschwerde wird der Reuher-Kommission überwiesen.

Vom Genossen Parvus ist ein Telegramm eingelaufen, worin er mittheilt, daß es auf einer vollständig falschen Auffassung des Genossen David be-

ruht, wenn er gesagt hat, Parvus habe einer Gewerkschaft den Rat gegeben, ihre Gelder flüssig zu machen für die bevorstehende Revolution.

Edward Bisher erklärt im Anschluß an dieses Telegramm: Ich hatte neuerlich gehört, daß David sich bei seiner Mittheilung über Parvus auf mich berufen habe. Thatsächlich hat David meine Worte falsch aufgeführt und falsch wiedergegeben. Ich habe niemals gesagt, Parvus habe eine Gewerkschaft aufgefördert, Gelder flüssig zu halten für die nahe bevorstehende Revolution. Das hat Parvus auch nie gethan. Es handelte sich bei unserem Gespräch um einen Artikel von Parvus in der „Neuen Zeit“ aus dem Jahre 1895/96 und um das, was damals die bürgerliche Presse darüber geschrieben hatte, nämlich Parvus habe die Krankenkassen, Gewerkschaftskassen und Konsumvereinskassen als die Kriegskassen der sozialen Revolution bezeichnet und sie aufgefördert, recht viel Gelder zu sammeln, damit wir bei Ausbruch der sozialen Revolution eine Kriegskasse hätten. Das stand damals in der gesammten bürgerlichen Presse, und darüber haben wir uns unterhalten. David hat das irrtümlich aufgefaßt. Wahrscheinlich hat zu diesem Irrthum auch meine Aeußerung beigetragen, Parvus habe noch 1898 geglaubt, daß der Kladderadatsch in zwei Jahren hereinbreche.

Dr. David-Mainz: Nach dem, was ich eben gehört habe, bin ich natürlich genöthigt, meine Auffassung dementsprechend richtig zu stellen.

Singer: Es besteht der Wunsch, unsere Verhandlungen morgen Abend zu schließen. Ich behalte mir mit Rücksicht darauf vor, Ihnen im Laufe der Debatte je nach Lage der Dinge den Vorschlag auf Abhaltung einer Abend Sitzung heute zu machen.

Der Parteitag tritt nunmehr in die Tagesordnung: Fortsetzung der Debatte über die Hamburger Affordmaurer-Angelegenheit etc. Mit zur Debatte stehen die Anträge 27, 28, 29, 33 bis 39, 99, 102, 112, 113, 114, 116 und 117. Eine von D ü w e l l = Essen und eine von Frau Z i e h = Hamburg gestellte Resolution finden nicht genügende Unterstützung, kommen somit nicht zur Verhandlung.

Schrader-Dramische: Wir Alle verurtheilen das Verhalten der Hamburger Affordmaurer auf das Entschiedenste; anders liegt die Frage des Ausschlusses. Man ist mit zu viel Nervosität verfahren; es ist gewiß das gute Recht jedes Parteigenossen, das Urtheil des Schiedsgerichts zu kritisieren, auch scharf zu kritisieren, es geht aber zu weit, den Mitgliedern desselben jedes Verständnis für die gewerkschaftliche Organisation, für den proletarischen Klassenkampf abzuspochen. Wir können uns als Partei unmöglich zum Lummelplatz aller gewerkschaftlichen Differenzen hergeben. (Sehr richtig!) Auf dem letzten Gewerkschaftslongpreß konstituirte Legien, daß zwar die meisten gewerkschaftlich organisirten Arbeiter Sozialdemokraten, aber die Gewerkschaften als solche nicht sozialdemokratisch sind; daher darf man die Gewerkschaften nicht als Bannerträger der Parteibewegung hinstellen und die Partei nicht zur Vollzieherin aller gewerkschaftlichen Wünsche machen. Es wird mit solchem Nachdruck der Organisationsbruch betont; ja, wie war es denn mit dem Austritt von Metallarbeitern aus dem Metallarbeiterverband, und wie ist es mit den Buchdruckern, mit dem rheinischen Weberverband, der bei den letzten Gewerkschaftswahlen sogar mit den christlichen Gewerkschaften zusammenging gegen die vom Gewerkschaftsartikel nominirten Kandidaten. Gewiß, wir bebauern diese Vorgänge, aber sollen wir alle diese Leute aus der Partei ausschließen? Ein sagt, wie anders war der Auer von vor 25 Jahren. Wer von ihnen hat nicht in Manchem seit 25 Jahren seine Ansicht geändert, wer hält noch jeden Auspruch aufrecht, den er vor 25 Jahren gethan hat. In Auer ist wieder der Irdbayer erwacht, aber man darf ihm doch nicht das Verständnis für den proletarischen Klassenkampf absprechen; außerdem ist er doch auch sehr progogirt worden. Vor Allem lehnen

Sie die Kernsätze der Resolution 109 ab, sonst würde geradezu eine Ausschluß-epidemie erfolgen. (Zustimmung.)

Reil-Stuttgart begründet einen Schlusstrat.

Sittige-Hamburg spricht gegen den Schlus. Man hat gesagt, das in der Verhandlung vorgebrachte Material reiche nicht aus, um zur Aufhebung des Schiedsgerichts zu führen. Wir Hamburger sind der Meinung, daß jst das Material herbeibringen werden.

Das Ergebnis der Abstimmung bleibt anfangs zweifelhaft, sie wird wiederholt und ergibt den Schlus der Debatte.

Das Schluswort als Referent hat

Schmiedburg: Auer hat sich in seinem Referat mit der Sache selbst ja sehr wenig beschäftigt, in der Hauptsache die Personenfrage herangezogen; vorgestern Abend hatte es ja den Anschein, als ob es ihm gelungen sei, den Parteitag von der Materie abzulenken und sein Interesse auf die Person Legien, v. Elm und Frau Steinbach zu konzentriren. Der Eindruck seiner Rede war so faßl, daß einige Parteigenossen ihre Unterschriften von der Resolution gegen den Schiedspruch zurückzogen. Diese Parteigenossen — ich glaube, es waren Münzberger darunter — mache ich aufmerksam auf das Wort: Einem Mannes Rede ist keines Mannes Rede, man muß sie hören alle Weede — (Zuruf: Sie hatten ja schon geredet!) — nein, über die Personenfrage nicht, und die persönlichen Bemerkungen ergaben ja auch sofort, daß Auer in einer Reihe von Punkten Sie falsch berichtet hat. Grobes Geschwätz fuhr er auf mit dem Brief Kober's, ein Formfehler ist allerdings vorgekommen, aber — Legien hat das ja schon darge stellt — mit Entschiedenheit weise ich es zurück, daß wir als Organisation schon vorher den Ausschluß betrieben hätten. Dann der Brief des Genossen Schnack. Ich bedauere, daß der Debatteschluß Süttmann verhindert hat, vor Ihnen nachzuweisen, daß die Angaben Schnack's der Wahrheit nicht entsprechen. Schnack hat die Unwahrheit angegeben, und damit fallen alle Schlußfolgerungen Auer's. Die Schiedsrichter, die in Wandsebeck wohnen, hätten nicht mit Schnack allein, sondern mit dem gesammten Vorstand der Zimmererorganisation verhandeln sollen, denn Schnack hatte ein Interesse daran, die Unwahrheit zu sagen. Die Tatsachen über den Baumgarten Bau stehen fest. Als unsere Mitglieder von dem Bau Baumgarten fort waren, ist dort in Afford gearbeitet worden, und das haben die Affordmaurer, deren Ausschluß wir beantragen, selbst in ihrer sogenannten Denkschrift dem Parteitag mitgetheilt. Unser Material, das wir dem Schiedsgericht unterbreitet haben, soll zu mangelhaft gewesen sein, und Auer hat damit eine große Wirkung auf den Parteitag erzielt. Die Frage der Parteimitgliedschaft konnte zunächst unmöglich durch die Maurer, sondern nur durch die Hamburger Parteigenossen erfolgen. (Sehr richtig!) Und seit wann ist es denn üblich, daß auf Grund schriftlichen Altematerials verhandelt wird? Der Fall war dem Schiedsgericht mitgetheilt worden, und wenn die Aussagen der geladenen Personen nicht genügt, dann konnte das Schiedsgericht ja noch weitere Auskunftspersonen laden. Auf das Altematerial aber weise ich es zurück, daß das Material ungenügend gewesen sei, denn wir haben ein mündliches Verfahren. Die Stubbe'sche Angelegenheit hat dieser ja schon kargelegt.

Der S a l l D a h l ist dem Schiedsgericht mündlich vorgegetragen worden, und es ist bezeichnend, daß im Schiedspruch nichts davon mitgetheilt worden ist. Auch Haase hat es gestern verkündet, auf den Kern der Sache einzugehen; hatte der Maurerverband die Berechtigung und die Pflicht, die betreffenden Parteien zu sperren? Das kann Niemand bestreiten. Wer soll es denn sonst thun? Wieser war es Tradition in der Arbeiterbewegung, und so gesperrten Warten abzuwenden Personen als Streikbrecher zu betrachten. Und so war es hier.

Aber noch weiter: ich frage jetzt speziell den Genossen Auer: Wie hätte das Schiedsgericht entschieden, wenn es sich nicht um Affordarbeit, sondern um

Uebersteigerung der Arbeitszeit gehandelt hätte? Wie kommt das Schiedsgericht dazu, die Frage der Affordarbeit einfach aus unserem gemeinschaftlichen Programm zu streichen? Für uns handelt es sich hierbei auch um eine Frage der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Solange mir nicht der Betriebsausschuss Recht hatte, die Sperre zu verhängen, und daß das Schiedsgericht Recht hatte, diese Korrektur in unserem Programm vorzunehmen, solange behaupte ich, es liegt Streikbruch vor und uns ist Unrecht geschehen.

Nun muß ich aber auf eine Ausführung Auer's kommen, die auf das Allerhöchste zurückgewiesen werden muß, denn die Arbeiterorganisation nicht für immer auf das Neueste geschädigt werden soll. Auer kam in seinen Ausführungen zuletzt zu einer glänzenden Verteidigung des Organisationsbruchs. (Sehr wahr!) Er sagte: Gewiß, Ihr könnt sie ausschließen, aber beschwert Euch nachher nicht, wenn sie eine Sonderorganisation gründen. Nun, das Vereinsrecht wollen wir Niemandem nehmen. Die Agrarier können sich organisieren, um das Volk zu schröpfen, die Kohlenbarone können es, warum sollten sich nicht auch ausgeschlossene Streikbrecher organisieren dürfen? Aber eine andere Frage ist, ob wir solche Organisation als Organisation in unserem Sinne anerkennen. Das thun wir nicht, und ich bitte Auer dringend, im Interesse der Arbeiterbewegung sein Wort zurückzunehmen, sonst könnten sich später Gegner darauf berufen. Das Beispiel von Schrader ist auch nicht zutreffend, die Arbeiterbewegung und auch die Gewerkschaftsbewegung ist aufgebaut auf demokratischem Prinzip, haben auch kein Recht, Sperren zu verhängen. Wer sich an Beschlüsse solcher Organisationen nicht kehrt, begeht in unseren Augen keinen Organisationsbruch. Eine herabwürdige Neuherung zeigt mir aber, auf welche Unersahrenheit in Organisationsfragen man selbst bei führenden Genossen stoßen kann.

Die Auer'sche Rede macht auf mich den Eindruck, als wenn er, weil es an Gründen fehlt, die Sache auf das persönliche Gebiet bringen wollte. Ich hatte das Persönliche ganz fortgelassen; und Auer war noch vorher zu mir gekommen und hatte mir gesagt: „Nicht wahr, Bömelburg, wir machen es aber nicht so, wie es soeben in der Redebeate gewesen ist?“ Und nachher hat er es doch so gemacht. Ich weiß nicht, was Auer mit Legien, Elm und Frau Steinbach abzurechnen hat, hatte er aber dieses Bedürfnis, sich auf dem Parteitage mit der Gewerkschaftsfrage zu befassen, dann hätte er fordern müssen, daß das als gesonderter Punkt auf die Tagesordnung gestellt wird, dann hätte er seinem Herzen Luft machen können. Hier aber war das nicht am Platz und ich habe das Gefühl, daß man sich in Personenfragen von Vorurtheilen leiten läßt. Wir ist es wenigstens nicht bekannt, daß bei uns Bestrebungen vorhanden sind, wie die, die Herzhäuser leider vertritt, Bestrebungen, die schließlich ein Zusammengehen der beiden Bewegungen nicht mehr möglich machen. Webel, Wollenbuß und Andere vertreten stark den Neutralitätsstandpunkt; ich glaube, daß Diejenigen, die so sehr für Neutralität schwärmen, in den nächsten Jahren der Krise wohl eines Anderen belehrt werden. Also die Fragen lassen wir lieber heraus. Und es wäre gut, wenn wir uns daran gewöhnen, nicht aus jedem kleinen Vorkommniß eine Haupt- und Staatsaktion zu machen. (Sehr gut!) Gewerkschafts- und politische Bewegung müssen sich nothwendig ergänzen. Die eine ist ohne die andere nichts. (Behaftete Zustimmung.) Das Beste ist, wenn wir uns verständigigen. Beider ist es aber so gekommen, daß Auer ins Persönliche gegangen ist. Wenn wir ihn mit gleicher Münze hätten bezahlen wollen, so hätten wir mehrere Tage damit zubringen können. Kann man sich darüber wundern, wenn nach solchen Angriffen nun wieder die Gewerkschaftsblätter und Gewerkschaftskongresse kommen und darauf erwidern! (Sehr richtig!) Geschieht das aber, dann meint man wieder, sie wollen die Partei schädigen und untergraben. Ich kann Auer nicht verbieten, in seinem Schwurwort genau so zu oberzehen, wie im

Korreferat. Im Interesse der gesammten Arbeiterbewegung aber würde es liegen, wenn er von dieser Methode ablassen wollte! (Bravo!)

Es ist ein Amendement eingegangen, wonach der Antrag 116 (Stening und Genossen) dem Antrag 117 (Räppler und Genossen) als Absatz 1 vorangestellt werden soll.

Das Schlußwort zu seinem Korreferat erhält

Auer: Den guten Rath Bömelburg's, den persönlichen Theil auszuscheiden, werde ich befolgen; ich hatte mir das so wie so vorgenommen. Glauben Sie doch nicht, daß mir solche Auseinandersetzungen ein Vergnügen machen! Wenn ich sie trotzdem herbeigeführt habe, so, weil ich es im Interesse der Sache für nöthig hielt. Ob ich vielleicht zu scharf gewesen bin, darüber kann man verschiedener Meinung sein, aber ich hielt es für nöthig, alle die Fragen, die ich angeschnitten habe, vorzubringen, und ich hoffe, die Debatte wird sich für die Zukunft als segensreich erweisen. Die ganze Erörterung hat auf mich einen deprimirenden Eindruck gemacht, sie hat gezeigt, wie schwer es ist, sich über einmal vorhandene Vorurtheile hinwegzusetzen. Was ist denn schließlich die Quintessenz der ganzen Meinungsverschiedenheiten? Nicht über den Streikbruch, Organisationsbruch, Disziplinbruch geht der Streit; über diese Dinge sind wir Alle vollständig einig, ebenso über die Frage der Affordarbeit. Der Streit, der nach meiner Ueberzeugung nicht zu beseitigen ist, ist, ob im gegebenen Fall Streikbruch, Organisationsbruch vorliegt. Wären wir der Meinung, daß wir es in diesem Falle mit Streikbrechern zu thun haben, dann hätten wir sie ausgeschlossen. Wir sind aber zu einer entgegengesetzten Meinung gekommen. Wir haben auf Grund sorgfältiger Prüfung des Materials die Ueberzeugung gewonnen, daß bei aller Verurtheilung des Verhaltens der Affordmurer ein Streikbruch, eine ehrlöse Handlung nicht vorliegt. Ich verstehe den Standpunkt der Mauerer, aber der bleibt doch nicht das Recht, den Schiedsrichtern, die nach bestem Wissen und Gewissen entschieden haben, mit allen Mitteln der Presse und der mündlichen Agitation nicht etwa nachzuweisen, daß sie sich geirrt haben, sondern die politische und gewerkschaftliche Ehrenhaftigkeit der Betreffenden zu diskreditiren. Es war mir ungemein interessant, daß von Elm, der sich so bitter über meine persönlichen Bemerkungen beschwerte, kurzer Hand mit der ihm eigenen Monotonie erklärte, mir sei das Klassenbewußtsein abhanden gekommen. Beurtheile ich von Elm richtig, so nimmt er wohl an, ich habe nie Klassenbewußtsein gehabt, und was man nicht gehabt hat, das kann einem auch nicht abhanden kommen. Genossen, giebt es wirklich einen schwereren Vorwurf gegen einen Mann, der seit 30 Jahren in der Partei steht und stets, auch unter dem Sozialistengesetz, seine volle Pflicht und Schuldigkeit gethan hat? Einem Manne, der so lange durch das Vertrauen der Parteigenossen nach mancher Richtung in eine Stellung geschoben wurde, wo es galt, hohe Interessen wahrzunehmen, einem solchem Manne schändlicher Haß ins Gesicht zu sagen, ihm sei das Klassenbewußtsein abhanden gekommen — ja, Genossen, giebt es einen schwereren, einen verletzenderen Vorwurf, als wie ihn v. Elm erhoben hat, und das in demselben Alkemyzuge, in dem er sich darüber beschwerte, daß ich ihm persönlich nahe getreten bin? Ich will mich auf dieses Kapitel weiter nicht einlassen; ich will nicht die Rolle spielen, in der ich dem Genossen v. Elm erscheine, als der Hypnotiseur des Parteitages, ich möchte diese unerblich niedere Einschätzung des Parteitages durch Elm (Sehr richtig!) nicht unterstützen; ich meine, wenn man sich so sehr über persönliche Angriffe, über Kränkungen beschwert, dann soll man nicht in demselben Augenblick in denselben Fehler verfallen. Mag sein, daß, als das Klassenbewußtsein vertheilt worden ist, ich in die Rolle des armen Poeten gekommen bin, der zu spät kam; es kann aber auch sein, daß Genosse von Elm zweimal zugehapp't hat, so daß für mich nichts übrig blieb. (Heiterkeit.) Damit will ich diese Sache verlassen.

Wir können uns nicht verständigen. Aber die Diskussion hat doch ge-

sagt, daß, wer ruhig und nüchtern, mit Gründen der Vernunft, der höchsten, nichtarnen Ueberlegung die Sache beurtheilt, erküht hat: die Frage läßt sich nicht anders beurtheilen, bei der gegebenen Sachlage; man muß es bedauern, daß kein Mittel vorhanden ist, den Gefühlen mehr Rechnung zu tragen, aber das läßt sich nicht anders machen. Wir können hier keine Gefühlsapellit treiben. Ich gebe zu, wenn ich der schlaue Auer wäre, für den man mich hinstellen beliebt, dann hätte ich ja sagen können: Die Affordmanner sind ein paar Hundert, eine verschwindende Minorität gegen den großen Maurerverband. Ich müßte mir sagen, daß meine Person allein schon manche Gewerkschaften mit Vorurtheil erfüllt. Ich hätte mir sagen können, hier sind ein paar Hundert, warum sollst du dem großen Verband nicht dienfallsig sein: das wird dir schon nützen. Ich hätte Recht Mecht sein lassen und einstimmig können in das Geschrei von Streibruch, Organisationsbruch u. s. w. Schöne Nebensarien kann ich auch anwenden. Und ich gebe zu, es giebt Momente, wo man begeistern, anregen muß, wo die großen Worte am Platze sind. Hier aber hanbele es sich darum, Recht zu sprechen (sehr gut), nicht irgend einer populären Strömung Rechnung zu tragen (sehr gut) und mit ihr zu schwärmen. Hier müßte man den Muth der Ueberzeugung haben und dem Rechte zur Seite stehen. Ungenehm ist die Sache gewiß nicht nach alledem was vorausgegangen ist. Es ist aber eine andere Sache, eine Volksversammlung zu begeistern oder Recht zu sprechen. Die Begeisterungsräusche, die Redenschafte gehen vorüber. Wenn Jemand nach fünf Jahren den Schieds-spruch liest, er wird die dagegen erhobenen Einwürfe nicht verstehen! Ungeheuerlich ist es, uns, die wir doch ausdrücklich gesagt haben, Streibruch sei ein Grund zum Ausschluß, vorzumwerfen, wir hätten den Streibruch vertheidigt. Die ausgezeichneten Ausführungen, die Genosse Haase gestern darüber gemacht hat, sollten Sie doch beherzigen. Wir haben aufs Entschiedenste getabelt, daß die Affordmanner sich nicht gefügt haben, wir haben alle anklagenden Momente erzwogen, aber wir mußten doch auch die entschuldigenden Gründe hören, wir mußten suchen, ob ehrlose Motive vorliegen, die den Ausschluß begründeten. Haben wir uns etwa die Motive der Affordmanner zu eigen gemacht? Nein, wohl aber haben wir die milderrnden Umstände berücksichtigt und nach eingehender Untersuchung gesagt: Die Angeklagten befinden sich von ihrem Standpunkte aus — nicht von unserem Standpunkte aus — gewissermaßen in Nothwehr. Bismarck sagt: Wir machen unsere Gesetze selbst. Gewiß, Bismarck, das bestritte ich nicht. Sie sind souverän in ihrem Verband, Sie können für Ihre Mitglieder beschließen, was Sie wollen, und jeden Versuch, Ihre Aktionsfreiheit zu beengen, werde ich mich jederzeit widerlegen und, wie ich glaube, mit Erfolg. Aber etwas ganz Anderes ist es, wenn Sie verlangen, daß, weil Sie in Ihrem Verband beschließen können, was Sie wollen, wir nun das, was Sie uns präsentiren, einfach ohne jede weitere Prüfung, ohne jede Kritik zu akzeptiren haben. Das müssen wir zurückweisen. Wir haben auch die Motive, die Stellung Derer in Betracht zu ziehen, die von Ihrem Beschluß betroffen sind. Alle die Gründe, die Euch zu Eurem Beschluß geführt haben, prüfen wir nicht nach in Bezug auf Euch, sondern nur, wenn wir die Konsequenzen daraus für uns, für die Partei zu ziehen haben. Und dieses Recht der Nachprüfung, der selbständigen Beurtheilung kann sich die Partei nicht nehmen lassen. Zu welchen ungeheuren Konsequenzen würde es führen, wenn die Partei das Recht der Nachprüfung aufgeben wöktel! Die Partei ist eine selbständige Organisation. Nun sagt v. Elm, wenn eine Gewerkschaft Streibruch konstatirt hat, so hat die Partei die Konsequenz daraus zu ziehen. Es ist ja bekannt, daß ich eine allein berechtigte Organisationsform nicht anerkennen kann. Ich bin aber von jeder Zentralist gewesen, ich habe auch meiner Wochenschrift über die Ketziger Buchbruder Angelegenheit das bekannte „Dreißwändchen“ angefügt: „Fort mit aller Sonderbühnelei!“ Ich stehe nach wie vor auf dem Boden, daß die Zusammenfassung aller Angehörigen eines Be-

rufs in eine einzige Organisation das geeignetste Mittel für die Gewerkschaften zur Erreichung ihres Zweckes ist. Ich bin ein alter Zentralist, ich bin auch, um von Elm zu beruhigen, ein alter Streibruder, ich habe gestreikt zu einer Zeit, wo von Elm, der ja jünger ist als ich, noch gar nicht in der Lage war, zu streiken, weil er noch in gar keinem Arbeitsverhältnis stand. Immer und immer war ich Zentralist. Aber mit dieser Ueberzeugung sind die thatsächlichen Verhältnisse nicht aus der Welt geschafft. Uebertragen Sie das Verhältnis, wie es in Hamburg herrscht, wo der Zentralverband so allmächtig ist, daß er den Affordmännern die Presse sperrt, einmal nach Berlin. Würden Sie das versuchen, nun, das würde die Partei in Berlin sprengen. (Sehr gut.) Konzessionen in der Affordarbeit machen auch die Maurer selbst. Ihre erste Urtheilung in Berlin, die Puzer, machen Affordarbeit. Wenn der Partei-Vorstand diese thatsächlichen Verhältnisse anerkennt, will er deshalb die Sonderorganisationsformen fördern? Wenn aber in einer Organisation zwei Alexander vorhanden sind, denen ihr Königreich zu eng ist, können wir das ändern? Man sagt, der Partei-Vorstand sollte hineinfahren. Würde er das thun, so würde er eine große Unflugheit begehen. Dann wäre er längst abgesetzt, dann hätten Sie längst einen anderen Partei-Vorstand gewählt. Das wäre ja nicht das Schlimmste, aber Sie hätten eine solche Summe von Streitereien, Fäkerereien, Differenzen, daß Sie die Partei, statt sie zu fördern, auf das Allerentschiedenste schädigen würden. Mein Bestreben, auszugleichen, zu versöhnen, die Gegensätze zu überbrücken, daraus wird mir ein Hauptvorwurf in dem „Korrespondenzblatt der Generalkommission“ gemacht. Da heißt es: „in beiden Fällen zeigt sich aber dieselbe geistige Kraft — die geistige Kraft bin ich — bemüht, Gegensätze in der Arbeiterbewegung zu überbrücken.“ Man kann nicht alle Gegensätze aus der Welt schaffen. Wer sich zwischen Streitereien von zwei Inderen meigt, bekommt Prügel, das weiß ich, und diese Prügel will ich in dem anstehenden Falle gerne auf mich nehmen. Und wenn Sie mir auf meinem Grabstein, den Sie mir doch zweifellos setzen werden (Geisterzeit), einst die Inschrift — ich hätte da etwas freundlich zu sein (Geisterzeit) — schreiben werden: „Auer's Bemühen und Bestreben ist es gewesen, Gegensätze, die in der Arbeiterbewegung sich geltend machten, auszugleichen, sie zu überbrücken,“ so können Sie mit ein schöneres Denkmal meiner Thätigkeit nicht setzen. (Sehr richtig!) Ja, wer auf dem Standpunkt steht, unter allen Umständen muß man seine Meinung durchsetzen, terrorisiren und Diktatur üben, der wird anderer Meinung sein. Aber ich bin der Meinung, daß es eine der ersten Aufgaben des Partei-Vorstandes ist, eine Verständigung zu erzielen und die Gegensätze zu überbrücken. Die Lokalisierung der Gewerkschaftsbewegung in Berlin war eine Folge des Sozialistengesetzes. In demselben Berlin, das früher die Stätte der strengsten Zentralisation war, bildeten sich zu Zeit, wo Puttkamer in dem Glauben, damit dem fortschrittlichen Bürgerthum einen Streich zu spielen, die Zügel des Sozialistengesetzes wieder etwas locker ließ und dadurch überhaupt wieder die Möglichkeit einer Gewerkschaftsbewegung bot, lokale Organisationen. Und später kamen denn auch die theoretischen Begründer der Nothwendigkeit einer lokalen Form der Organisation. Ich erinnere mich noch sehr gut der Kehler'schen Thesen, daß nur die Lokalorganisation die einzig richtige sei. Ich habe mich beim Lesen damals nur gewundert, daß das in Berlin möglich war, in Berlin, wo in den 70er Jahren ein Vertreter solcher Anschauungen beim Nachhausegehen in den Kaminstein geslogen wäre. (Geisterzeit.) Die Lokalisten waren unfreutig in der großen Mehrheit, als wir, Webel, Fischer, Singer, ich, Alles stramme Zentralisten, nach Berlin zurückkamen. Was konnten wir thun. Wie vorsichtig hat Gerisch, der viel klüger ist, als Manche von Ihnen vermuthen, mit seinen Freunden es unternommen, nach und nach, Schritt für Schritt die große Metallarbeiterbewegung mit dem Gedanken des Zentralismus zu erfüllen und die Voreingenommenheit dagegen zu überwinden. Schon damals

wurden wir von Hamburg aus angegriffen, weil wir nicht ein Nachtwort sprachen, nachdem in Halle schon die Zentralisation empfohlen worden sei. Mit seinem Sinnen und Trachten war der Vorstand stets bei der Zentralisation. Aber es war ein Gebot der politischen Klugheit, langsam und vorsichtig zu sein und die Dinge werden zu lassen. Und sind sie nicht geworden? Anfang der Ober Jahre waren die Lokalfisten in der Mehrheit. Durch verständige Einwirkung, durch die Presse und durch die wirtschaftlichen Verhältnisse, die Grund- und Unterlage der Zentralisationsbestrebungen, hat der Zentralisationsgedanke auch in Berlin den Sieg davongetragen, nicht durch Brutalität und Unterdrückung, sondern durch die Idee, durch demokratische Einwirkung. Trotz dieser ganz gewaltigen Umwandlung, die doch auch Sie in Hamburg anerkennen sollten, bestehen heute noch lokale Organisationen und werden neue gegründet. Ich glaube, es giebt kaum einen Beruf, von dem sich nicht lokale Organisationen abgesplittert haben. So ist das bei den Lazaretten, bei den Metallarbeitern, bei den Maurern, ja, die Zimmerer sollen sogar, wie mir berichtet wird, in ihrer Mehrheit Lokalfisten sein. Es ist ja die Taktik der Lokalfisten, um ihr Vorgehen auch moralisch zu rechtfertigen, sich als die besten Parteigenossen hinzustellen. Bei den Buchdruckern will das einem Rexhäuser gegenüber natürlich nicht viel sagen. Aber können wir etwas dafür? Sollen wir etwa sagen: Ihr Lokalforgangenen seid keine Parteigenossen. Sollen wir, weil sie nach Ihrer Auffassung Organisationsbruch begangen haben, etwa thöricht genug sein, daraus herzuweisen, die betreffenden Personen müssen aus der Partei ausgeschlossen werden? Sollten wir das thun, ja, Parteigenossen, dann mühten wir besagen, kurzichtig sein, dann mühten wir nicht das große Ziel im Auge haben: die Zusammenfassung, die einheitliche Bewegung der gesamten Arbeiterklasse nach dem einen, großen Ziele zu! Nicht bevorzugen dürfen wir diese Sonderorganisationen, aber tolerieren müssen wir sie. Wer heute Lokalforgangener ist, kann morgen Zentralist sein. Bömelburg wird mir bekämpfen, daß unter den besten Männern in seiner Organisation gar Mancher ist, der seinen Durchgang über die Lokalforgangener genommen hat. Wenn Sie selbst in Ihrer Zentralorganisation die Schablonisierung nicht durchführen können, dann müssen Sie gleiche Freiheit auch uns in der Parteiorganisation zugestehen. Thun Sie in Ihrer Organisation, was Sie in Ihrem Interesse halten, die Partei als solche wird sich nicht hineinmischen. Im einzelnen Falle kann man ein Auge zudrücken. Dies ist der erste Fall, der zu unserer Entscheidung steht; aber wir haben nicht nur zu diesem einen Fall Stellung zu nehmen, nein, es stehen auch die Konsequenzen in Frage. Ich frage die Berliner, ob nicht auch in Berlin schon eine solche Strömung besteht; auch in Berlin war ich schon Teilnehmer einer Konferenz von Vertrauensmännern der Partei und Gewerkschaften, in der der Ausschluß der Nordmaurer erörtert wurde. Diese Strömung geht jetzt durch ganz Deutschland, sie wird Mode. Wir haben uns sehr wohl gefragt, welche Konsequenzen ein etwaiger Mißgriff nach sich ziehen würde. Heute sind es die Maurer, morgen eine andere Organisation. Wenn in der Weise verfahren werden soll, dann kommen wir, wie ganz richtig gesagt ist, zu einer Epidemie des Ausschusses aus der Partei, zu Streit, Bank und Wirrwarr, aus dem wir uns nicht mehr herausfinden. (Sehr richtig!) Hier darf nicht bloß das Gefühl, hier muß der nüchternen Verstand reden, wir müssen uns nach den Folgen fragen.

Und nun zum Schluß! Ich bin nicht der Streithahn, als der ich verschrien bin; ich stelle im Kampfe meinen Mann, aber mir ist es lieber, wenn ich in Ruhe leben kann. Ich will nicht in Ihren Augen als der Stänkerfröge dastehen, der vermöge seiner Begabung alle Anderen zu unterdrücken und zu terrorisieren strebt. Nichts liegt mir ferner.

Wir müssen zu einer Verständigung kommen. Eine allgemeine Lösung der Frage finden wir nicht, denn jeder Fall liegt anders, und zu jedem Fall

müssen wir besonders Stellung nehmen. Für den gegebenen Fall aber giebt es einen Ausweg, indem wir den lokalen Interessen Hamburg's soweit als möglich entgegenkommen und die Hamburger selbst mit der Aufgabe betrauen, Frieden und Ordnung unter sich herzustellen. Ich schlage Ihnen deshalb vor, die ersten drei Absätze der Resolution 114 anzunehmen, den vierten Absatz aber durch das vom Führer der Maurer Genossen Stanningt eingebrachte Amendement 116 zu ersetzen und dann natürlich auch den fünften Absatz der Resolution 114 anzunehmen. Wenn Sie diesem Vorschlag folgen, so ist meiner immert, festen Ueberzeugung nach Alles erreicht, was wir jetzt erreichen können. Wir lokalifiren den Streit, wir übertragen die Lösung und Weiterführung den Hamburgern und sprechen andererseits auch aus, daß nach Lage der Sache das Schiedsgericht nach seiner besten Ueberzeugung gehandelt hat und daß dasselbe kein Vorwurf trifft. Folgen Sie meinem Vorschlag und wir werden uns, wenn wir auseinandergehen, sagen können: Wir haben uns wieder mal als vernünftige Männer ausgesprochen und verständigt. (Beifall.)

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Audolph-Mürnberg: Das Wort „Eines Mannes Rede ist keines Mannes Rede“, trifft in Bezug auf die Zurückziehung meiner Unterschrift unter dem Antrag 118 nicht zu. Wir haben die Motivierung gegeben: „Nachdem Auer in seinem Korreferat Material bekannt gegeben hat, das uns bisher unbekannt war.“ Wir haben nicht nur Auer, sondern auch Bömelburg gehört.

Stüwell-Essen schließt sich dieser Erklärung an.

H. Elm: Ich habe in meiner Rede dem Genossen Auer nicht die persönliche Ehrenhaftigkeit oder das Klassenbewußtsein abgesprochen. Ich habe gesagt, es sei lange her, daß er gestreift habe, er habe nicht mehr das persönliche Gefühl der Erbitterung Deßjen, der durch einen Streikbrecher herausgedrängt werde. Das heißt doch nicht das Klassenbewußtsein, die Lauterkeit der Gesinnung absprechen, ebensowenig liegt das in dem Hinweis, daß der Auer von heute ein Anderer ist als der Auer von vor 25 Jahren. Auer fragt, ob es einen größeren Vorwurf geben könne als den, den ich ihm gemacht habe. Nun, er hat mir vorgeworfen, ich versuchte die Partei zu gesplittern; ich frage, kann es einen stärkeren Vorwurf geben? Auer hat dann behauptet, ich hätte den Satz aufgestellt, daß, wenn eine Gewerkschaft etwas beschließen hat, dann die Partei unter allen Umständen das ausführen müsse. Dafür ist er den Beweis schuldig geblieben; ich habe nur erklärt, daß von Fall zu Fall geurteilt werden müsse. Ich habe auch nicht verlangt, daß man ohne Weiteres auch von Seiten der Partei gegen jede Lokals- und Sonderorganisation vorgehen solle, sondern nur gegen solche Sonderorganisationen, welche gegründet sind, Tarife zu durchbrechen und Streikbruch zu begehen. Was Auer über Lokalforgangener gesagt hat, hätte er sich vollkommen sparen können. Durch diese unrichtigen Darstellungen hat Auer wieder den Beweis geliefert, daß er den Parteitag hypnotisieren will.

Bömelburg: Genosse Audolph war auch jetzt nicht in der Lage, den Nachweis dafür zu führen, daß Genosse Auer neues Material gebracht habe. Alles Neue bezog sich auf Punkte, die ich nicht berührt habe. Auer hat in seinem Schlußwort behauptet, daß es sich um Organisationsfragen im Allgemeinen handle und daß meinerseits verlangt worden sei, daß die betreffenden Personen wegen Verübung von Organisationsbruch ausgeschlossen werden sollten. Das habe ich nie gesagt. Von mir ist immer nur verlangt worden, sie wegen Streikbruchs auszuschließen. Was Auer über die Lage in Berlin gesagt hat, hat mit der Sache nichts zu thun. Es ist richtig, daß die Berliner Auer im Akkord arbeiten, aber in unserem Organisationsstatut steht, daß die Beschlußfassung darüber den einzelnen Lokalvereinen überlassen bleibt. Es wäre richtiger gewesen, wenn Auer das Referat gehabt hätte.

Singer: Das ist nicht mehr persönlich.

Frau Zeffin bedauert im Namen der Kontrolleure, daß sie durch den Schluß der Debatte verhindert worden sind, die Gründe zu entwickeln, die sie zu dem so heftig angegriffenen Urtheilspruch geführt haben. Wir hätten gern gesprochen, um dadurch zur Verständigung beizutragen.

Genosse Hüttmann-Hamburg III, sowie die Genossen Krierim und Raith-München geben Erklärungen zu Protokoll, daß sie durch Schluß der Debatte verhindert waren, ihren Standpunkt zu vertreten; Hüttmann bez. der im Schiedspruch, im Aktienmaterial, sowie im Briefe Schind's und in der Auer'schen Rede enthaltenen Irrthümer, Krierim und Raith bezüglich der Gründe und Stimmung der süddeutschen Genossen für Aufhebung des Schiedsgerichts. Es folgt die Abstimmung. Zunächst wird der Antrag 85, der die Aufhebung des Schiedspruchs und den Ausschluß der Affordmurer fordert, gegen wenige Stimmen abgelehnt.

Der Abstimmung über den Antrag 117, die eine namentliche ist, geht eine Eventualabstimmung über den Antrag 116 voraus, der auch als Amendement zu 117 beantragt ist. Dieses Amendement wird angenommen.

In namentlicher Abstimmung wird hierauf der so veränderte Antrag 117 mit 159 gegen 72 Stimmen abgelehnt.

Mit Ja stimmen: Amend, Bartels-Lübeck, Baerer, Beher, Bernstein, Blumstodt, Bömelburg, Braun-Königsberg, Brecur, Deder, Deutsch, Eberle, Ebert, Efftinge, v. Elm, Emmel, Fischer-Lüdenscheid, Fiedler, Frschm, Friedrich-Darmstadt, Frisch, Gemoll, Gogowski, Grimpe, Grösse, Harm, Heer, Hoch, Hüttig, Hüttmann, Jakobien, Jhrer, Jmle, Joos, Jürs, Käppler, Kateriem, Klotz, Koerjen, Krause, Krohn, Kurze, Lang, Lehmann, Meißner, Müller-Hamburg, Müller-Flensburg, Neulich, Nijch, Pistorius, Quard, Raith, Röske, Rostkopf, Rudolph, Sachje, Seifert, Silberchmidt, Schmidt-Frankfurt, Schmidt-Fürth, Schneider, Schreier, Schulz, Schwedt, Stanningt, Steinbach, Stolpe, Thöner, Toelge, Waltherr-Koburg, Windhoff und Louise Zieg.

Mit Nein stimmen: Albrecht, Antrich, Auer, Ottilie Waader, Waier, Bartels-Dortmund, Basner, Baudert, Bebel, Beder, Bedmann, Bérard, Bloß, Blumhardt, Bohn, Böhle, Brandt, Braun-Berlin, Breil, Breh, Brühne, Busold, Bühler, Büttner, Calver, David, Deinhardt, Dieg, Dimmid, Domischeit, Dörule, Drechsler, Düwelle, Eberhardt, Ehrhart, Ernst, Evers, Faber, Fanghänel, Feldmann, Fendrich, Fischer-Berlin, Fischer-Dresden, Fischer-Weimar, Förster, Friedrich-Lübeck, Frohne, Fülle, Fülls, Garz, Ged, Gerich, Gesche, Gezer, Goerle, Goldstein, Grauer, Grevesmühl, Groth, Haase, Hartmann, Haberlamp, Heine, Hengsbach, Herbit, Hildenbrand, Hinge, Hoffmann-Berlin, Hoffmann-Bielefeld, Horenburg, Huber, Hug, Jahn, Jungnickel, Kaden, Kautsch, Keller, Kentel, Keil, Kieftich, Kiesel, Klees, Klungenhagen, Koenen, König, Koh, Kogke, Kraus, Krause-Meugersdorf, Ladewig, Landgraf-Chemnitz, Landgraf-Vimbach, Lebehour, Leopoldt, Leutert, Lipinski, Lüth, Martwald, May, Meisingard, Meißner, Meising, Wegger, Wegner, Michaelis, Mollenbuhl, Muder, Müller-Großsch, Nape, Pfeiffle, Pfannkuch, Pfüller, Florin, Reikhaus, Reiwand, Reul, Niesel, Rosbigit, Scheidemann, Schlichtholz, Schmidt-Meißen, Schmidt-Rostod, Schnell, Scholz, Schrader, Schubert, Schulze, Schwarg, Seige, Sidow, Siebeneicher, Sindermann, Singer, Sommer, Staab, Stadthagen, Steinsbrügge, Stolte, Stolten, Stubbe, Stücken, Südelum, Marie Thiel, Thiele, Thielhorn, Ulrich, Unger, Weigt, Waltherr-Löblau, Wedemeyer, Weikers, Wejemeier, Winkler, Wigorowski, Wolters, Wurm, Zeißig, Klara Zeffin, Zubeil.

Der Stimme enthält sich Drb, weil er ein gebundenes Mandat habe. Es fehlen Cohn, Gradnauer, Grunwald, Löwenstein, Legien, Lugenburg, Reus und Zorn.

Legien läßt erklären, daß er eines gerichtlichen Termins wegen fehle, sonst hätte er für den Antrag gestimmt.

Der Antrag 118, der die Begründung des Schiedspruches nicht als richtig anerkennt, den Ausschluß aber nicht aus der Gesamtpartei verlangt, sondern die Sache den örtlichen Organisationen überläßt, wird abgelehnt.

Nachdem sodann der Antrag 116 noch einmal als Amendement zum Antrag 114 unter Streichung des vierten Absatzes des Antrages 114 eventuell angenommen ist, wird über den so veränderten Antrag 114 namentlich abgestimmt. Die Abstimmung ergibt die Annahme mit 230 gegen 3 Stimmen. (Beifall.)

Gegen den Antrag 114 stimmten Deder-Magdeburg, Friedrich-Darmstadt und Schmidt-Frankfurt a. M.

Abwesend sind die bei der vorigen Abstimmung als fehlend Genannten, außer Gradnauer und Grunwald.

Der Beschluß des Parteitag's lautet demnach folgendermaßen:

„Der Parteitag als Vertreter der in der Sozialdemokratie organisirten Massenbewußten deutschen Arbeiterschaft stimmt mit den auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Gewerkschaften, als den wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse, überein in der rückhaltlosen Verurteilung des Streikbruchs.“

Der Parteitag erkennt auch an, daß die Gewerkschaften im Interesse ihrer Selbsterhaltung und der Erfüllung ihrer Aufgaben den Streikbruch mit aller Energie bekämpfen und ahnden müssen, daß aber die Führung dieses Kampfes und die Wahl der Kampfmittel in erster Linie den Gewerkschaften überlassen bleiben muß.

Dagegen lehnt der Parteitag es ab, in jedem Streitfall zu den Weisungen der Gewerkschaften über ihre Organisation und Taktik Stellung zu nehmen oder von solchen Weisungen oder dem Verhalten der gewerkschaftlich organisirten Parteigenossen dazu die Zugehörigkeit zur Gesamtpartei abhängig zu machen.

Der Parteitag spricht die Ueberzeugung aus, daß die schiedsrichterlichen Instanzen bei ihrem Votum sich von der ehrliehen Absicht leiten lassen, Recht zu finden und Recht zu sprechen. Es wird rüchrichtlich der Neuheit des Falles anerkannt, daß diesen Instanzen aus ihrem Votum ein Vorwurf nicht zu machen ist.

Der Parteitag muß es den örtlichen Partei-Organisationen überlassen, zu entscheiden, mit welchen Mitteln sie den Zentralverband der Maurer in seinem Vorgehen gegen die Hamburger Affordmurer unterstützen können, und namentlich in wie weit sie ein Zusammenarbeiten mit ihnen in ihren Partei-Organisationen für möglich halten.“

Damit sind alle Anträge erledigt mit Ausnahme des Antrages 102 (Bernstein und Genossen). Die Abstimmung über diesen Antrag bleibt zweifelhaft. Die Ausschätzung ergibt keine Annahme mit 110 gegen 107 Stimmen.

Zur Verhandlung gelangt der Bericht der Reuener-Kommission betreffend den Banter Schiedspruch. Darüber berichtet

Wihle-Strahburg: Die Banter Parteiorganisation, deren Ausschluß einer Gruppe von kleinen Bauunternehmern ein Parteischiedsgericht aufgehoben hatte, hat gegen diesen Schiedspruch das Urtheil des Parteitag's angerufen. Nach eingehender Untersuchung ist die Reuener-Kommission mit 8 gegen 1 Stimme zu der Ansicht gekommen, daß der Schiedspruch völlig gerecht war. Die Ansicht, daß sozialdemokratische Unternehmer die Forderungen ihrer Arbeiter ohne Weiteres zu bewilligen haben, kann nicht maßgebend sein. Nach Lage der Sache und nach objektiver Prüfung des Sachverhalts können wir nur beantragen, das Urtheil des Schiedsgerichts zu bestätigen.

Frau Steinbach-Hamburg: Als dasjenige Mitglied der Kommission, welches mit dem Beschluß nicht völlig einverstanden ist, habe ich zu erklären, daß

ich das Verhalten der sich zu unserer Partei zählenden Unternehmergruppe ihren Arbeitern gegenüber unter keinen Umständen als gerechtfertigt anerkennen kann, wiewohl ich zugeben muß, daß das Vorgehen der Arbeiter in diesem Falle auch nach meiner Ueberzeugung faktisch nicht ganz richtig gewesen ist. Ausschneiden aber muß aus der Beurtheilung die Auffassung, als ob die Arbeiter von der Idee ausgegangen wären, daß sozialdemokratische Unternehmer unter allen Umständen ihre Forderungen bewilligen müßten. Das glaube ich im Interesse der Arbeiterbewegung, die derartigen Unsinn überhaupt nicht aufkommen lassen darf, hier betonen zu müssen.

Gemoll-Want: Der Fall liegt in Want anders als in Hamburg. Es kommen hier Arbeiter und Unternehmer in Betracht. Weisler meinte neulich, es seien keine eigentlichen Unternehmer, sondern Scharwerker und kleine Kräuter. Das stimmt nicht, es sind Unternehmer genau wie andere Unternehmer, vielleicht noch einen Deut schlechter. Das haben sie ja beim Streik bewiesen. Es ist auch nicht gesagt, die Unternehmer hätten unter allen Umständen die Forderungen der Arbeiter zu bewilligen. Wie lag denn die Sache? Die Maurer forderten in diesem Frühjahr 5 Pfg. mehr, reduzierten dann aber ihre Forderung auf 2 1/2 Pfg. Das Schiedsgericht und die Kontrollare sind von falschen Voraussetzungen ausgegangen. In Want verdienen die Maurer durchschnittlich 3 Mk. täglich. Ist das etwa zu viel? Die Unternehmer konnten die Forderung bewilligen. Es ist auch nur gesagt worden, sie können sie bewilligen, und wenn sie es nicht können, dann ist es schlecht, daß sie in der Partei sind. Zur Sache selbst —

Singer: Ich bitte zum Schluß zu kommen.

Gemoll: Ich kann das nicht. Wir wollen doch die Wanter Angelegenheit ausführlich behandeln; der Schiedspruch hat sie oberflächlich behandelt.

Singer: Sie können sich noch einmal zum Wort melden.

Gerich: Es handelt sich einzig und allein um die Frage: Ist ein sozialdemokratischer Unternehmer verpflichtet, jede Forderungen der Arbeiter zu bewilligen? Der Sachverhalt ist folgender: Die Maurer haben im Frühjahr den Antrag gestellt, den Lohn von 50 Pfg. durchschnittlich auf 55 Pfg. zu erhöhen. Ich bemerke, daß die Unternehmer sozialdemokratischer Gesinnung bis dahin durchweg 52 1/2 Pfg. bezahlt hatten, während die größeren Baugeschäfte durchschnittlich nur 50 Pfg. bezahlten. Mitte April — es wird behauptet, am 14. wurden erst die Zirkulare gedruckt, keinesfalls aber vor dem 10. — haben die Maurer zum ersten Mal ihre Forderungen den Unternehmern unterbreitet und Entscheidung bis zum 19. April verlangt. Die sozialdemokratischen Unternehmer erklärten, die gestellten Forderungen nicht bewilligen zu können, und auf dieses ablehnende Verhalten hin wurde 3 Tage nach Ausbruch des Streiks eine Liste der Unternehmer angefertigt, deren Ausschluß aus der Partei beantragt wurde.

Es ist gesagt worden, die Unternehmer seien sehr wohl in der Lage gewesen, die Forderung zu erfüllen; insbesondere wurde den sozialdemokratisch gesinnten erklärt, sie sollten damit anfangen, die Anderen würden dann schon nachfolgen. Diese erklärten aber: Darauf können wir uns nicht einlassen; wir zahlen schon die ganze Zeit 2 1/2 Pfg. mehr, ohne daß die anderen Baugeschäfte uns nachgefolgt sind. Sie haben aber durchgesetzt, daß sämtliche Baugeschäfte von Want-Wilhelmshafen und Umgegend sich durch Unterschrift verpflichteten, vom 1. Januar 1902 an 52 1/2 Pfg. mindestens zu bezahlen; dies Angebot wurde von den Maurern als eine Verhöhnung ihrer Forderungen zurückgewiesen. (Zuruf.) Gewiß, das sind Dinge, über die wir nicht urtheilen können; ich konstatiere nur Thatsachen. Die sozialdemokratischen Unternehmer glaubten, 52 1/2 + 5 Pfg. nicht bewilligen zu können. Das Schiedsgericht hat gemeint, auf diese Frage können wir uns nicht einlassen, sonst müssen wir auch von Patter wegen des Existenzminimum der Unternehmer feststellen.

Nachmittags-Sitzung.

1/2 Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Die Diskussion über den Bericht der Reuner-Kommission, den Wanter Schiedspruch betreffend, wird fortgesetzt.

Centert-Apolda: Die Kommission hat durchaus eingehend und unparteiisch entschieden. Im wirtschaftlichen Streite haben die sozialdemokratischen Unternehmer das gleiche Recht wie die Arbeiter; zu untersuchen war nur, ob sie dieses Recht illoyal ausgenutzt haben, und dafür hat sich, wenigstens aus den Akten, kein Anhalt ergeben. Das Koalitionsrecht haben sie unangetastet gelassen, sie haben darauf hingewirkt, die Anfertigung schwarzer Listen zu unterlassen, und nach Beendigung des Streiks ist bei ihnen auch keine Maßregelung erfolgt. Ich ersuche Sie, den Schiedspruch anzuerkennen.

Bömelburg: Dieser Fall zeigt so recht klar, daß der Parteitag nicht die Stelle ist, wo solche Angelegenheiten ihre Erledigung finden müssen. Dafür sind nur die Genossen am Orte selbst zuständig. Der Schiedspruch konnte garnicht anders ausfallen, wenn wir uns nicht auf den Standpunkt stellen wollen, daß der sozialdemokratische Unternehmer jede Forderung seiner Arbeiter zu erfüllen habe. Aber die sozialdemokratischen Unternehmer in Want haben durchaus nicht recht gehandelt. Als es nachher die Niederwerfung der Maurer galt, da haben sich unsere Genossen unter den Unternehmern nicht nett benommen. Sie haben italienische Streikbrecher herankolen lassen, sich vollkommen mit der Handlungsweise ihrer anderen Berufsgenossen identifiziert. Sie hätten sich passiv verhalten sollen. Wenn die Arbeiter das örtliche Entscheidungsrecht hätten, würden sie mit den sozialdemokratischen Unternehmern schon fertig werden. So aber bleibt uns nichts weiter übrig, als dem Urtheil der Reuner-Kommission zuzustimmen.

Sug-Want: Ich bedauere auch's Tiefste, daß sich der Parteitag auch in diesem Jahre wieder mit Wanter Verhältnissen beschäftigen muß. Um kein Feuer zu gießen und im Vertrauen auf die Einsicht des Parteitages, hatte ich mir vorgenommen, nur eine kurze Erklärung in der Sache abzugeben. Die Ausführungen des Genossen Gemoll zwingen mich, etwas mehr zu sagen. Es ist ein starkes Stück von ihm, zu behaupten, die beiden aufgestellten Formeln: 1. daß ein Parteigenosse als Unternehmer die Forderungen des Arbeiters unter allen Umständen zu bewilligen habe und 2. daß Unternehmer überhaupt nicht in die Partei gehören, seien nicht bestimmend gewesen für die Parteiverammlung beim Ausschluß der in Frage kommenden Parteigenossen. Ich bin in der Lage, zu beweisen, daß es doch der Fall gewesen ist. Wie Genosse Gerich bereits gesagt hat, ist 3 Tage nach Beginn des Maurerstreiks in einer Parteiverammlung eine Proskriptionsliste vorgelegt und verlangt worden, ohne Untersuchung der einzelnen Vergehen, kurzer Hand die Angeklagten aus der Partei auszuschließen. In dieser Versammlung wurden die fraglichen Formeln schon aufgestellt. Man wollte prinzipialiter entscheiden. Mit Mühe setzte ich mit einigen wenigen Parteigenossen durch, eine Kommission zur Prüfung der Anklagen einzusetzen. In dieser Kommission verlangten die Ankläger fortgesetzt, die Anklage sollte im Sinne der Formeln prinzipialiter nur entschieden werden. Keiner von den Freunden des Anklägers protestirte gegen die aufgestellten Formeln. Ich schrieb an Auer, um die Meinung des Partei-Vorstandes über diese Formeln und die Formel, daß jeder Streikbruch ohne Ausnahme eine ehrlöse Handlung sei, wogegen ich auch protestirt hatte. Auer's Antwort ergab eine völlige Uebereinstimmung mit meinen Ansichten über die Dinge. Ich las in der Kommission meinen Brief und die Antwort Auer's vor. Keiner von den Anklägern und deren Freunden protestirte dagegen, daß diese Formeln für das Votum der Kommission grundlegend sein sollten. Als ich in der Parteiverammlung Namens der Minderheit der Kommission ausführlich Bericht erstattete — was an sich

schon als ein Verbrechen angesehen wurde — haben gerade meine Ausführungen über das Recht der Unternehmer, die Parteigenossen sind, Lohnforderungen der Arbeiter zurückzuweisen, sich zu koalieren, selbst Streikbrecher zu engagieren, den allerschärfsten Widerspruch erfahren. Die Versammlung hat es abgelehnt, über jeden Einzelnen, je nach der Schwere der Anschuldigungen, zu urtheilen. Im Wunsche und Bogen wurden die Angeklagten ausgeschlossen. Selbstverständlich sind ihnen auch angebliche Thatsachen zur Last gelegt worden, die Ankläger und deren Freunde hielten es nur nicht der Mühe werth, die Behauptungen zu beweisen. Wenn irgendwo das Wort Auer's am Platze ist, daß zu oft die Dinge aus dem Gefühl heraus und nicht mit dem kühl erwägenden Verstand beurtheilt werden, so ist es hier der Fall. Ich habe mit meinem bischen Verstand versucht, meine Parteigenossen zu einem objektiven Urtheil zu bewegen, es ist mir nicht gelungen. Ja, mir ist es noch schlimmer gegangen als dem Auer. Mir hat man nicht bloß das Klassenbewußtsein und das Verständnis für gewerkschaftliche Dinge abgesprochen, sondern es wurden Stimmen laut, welche meinten, ich gehörte ob meiner Kezerei auch auf die Proskriptionsliste. Es möchte für einen schnellen Frieden bequemer sein, die Angeklagten aus der Partei zu werfen, gerecht wäre es nicht. Ich gehe lieber zu Grunde, als daß ich das Unrecht mitmache. Nehmen Sie, werthe Genossen, den Antrag der Reuener-Kommission an, dann ist wenigstens die Hälfte des in Wante begangenen Unrechtes wieder gut gemacht. Weisen Sie damit das Ansinnen zurück, die Partei solle Mittel und Gekränktheit für die Gewerkschaften sein.

Gemoll-Want: Gerisch hat selbst erklärt, daß seine Informationen von den Unternehmern stammen, meine stammen von den Arbeitern. Nach den Worten des Korredners und nach dem Urtheil des Schiedsgerichts ist es wunderbar, daß nicht die Unternehmer den Ausschluß der Arbeiter aus der Partei beantragt haben. Die Unternehmer konnten die Forderungen bewilligen, sie haben doch den Italienern, den bedürftigen Maffaronimännern, denselben Lohn gezahlt, die deutschen Maurer aber haben sie sogar aus den Arbeitsstätten vertrieben; dieselben Unternehmer, die als Genossen für den Achtundentag eintraten, haben die Italiener 14 Stunden arbeiten lassen. Sollen wir das in unzeren Reihen dulden? Dann nehmen Sie doch lieber gleich die Kühnemänner und Krupp in die Partei auf! Lehnen Sie den Schiedsbruch ab und gießen Sie nicht Wasser auf die Mühle einiger Leute, die heute schon die Partei schädigen!

Gerisch: Ich verwahre mich entschieden gegen die Insinuation, als ob ich meine Information von den Unternehmern hätte. Ich habe meine Information bekommen aus vielstündigen, sorgfältiger, gewissenhafter Verhandlung. Gemoll kann mir das Zeugniß nicht verweigern, daß Niemand den Vorfall objektiver, loyaler und gewissenhafter führen konnte als ich in dieser Verhandlung. Wie schwierig die Verhältnisse sind, sehen Sie aus den verschiedenen Darstellungen. Wir können Ihnen nur das vortragen, was wir sorgfältig ermittelt haben, und dies Resultat meiner Ermittlungen hat auch Gemoll mitunterzeichnet. Zu einer neuen Differenz hatte es geführt, daß die Arbeiter nach Beendigung des Streiks noch einen Aufmarsch erließen: Zugung ist ferngehalten! Das brauchten sich die Unternehmer ebensowenig gefallen zu lassen, wie die Arbeiter sich schwarze Listen gefallen lassen. Es wurde dieser Aufmarsch denn auch geändert und der Friede tiefer hergestellt. Ich wiederhole: die ganze Streikgeschichte dreht sich darum, sind die Unternehmer sozialdemokratischer Gesinnung verpflichtet, von vornherein Alles zu bewilligen, was die Arbeiter fordern. Stellen wir uns auf diesen Standpunkt nicht, dann haben wir nur zu untersuchen, ob von den Unternehmern illegale Mittel angewandt sind. Diese Frage ist aber vom Schiedsgericht, der Kontroll- und der Reuener-Kommission verneint worden.

Winkhoff-Düsselhoff wiederholt einen vorher abgelehnten Schlussantrag: Wir haben erst einen Gegenstand der Tagesordnung erledigt. Wohin soll das

führen, wenn das nächste Jahr statt zweier Beschwerden fünf oder zehn vorliegen sollten und wir ebenso gründlich verfahren.

Beyer-Weizig spricht gegen den Schluss. Es ist eine ganz neue Frage, die gründlich erörtert werden muß, und damit wir wissen, wie wir uns für die Zukunft verhalten sollen.

Der Schlussantrag wird angenommen.

Das Schlusswort erhält

Wöhle-Strasbourg: Ich hätte aus Wort verzichtet, aber ich bin genöthigt, eine kurze Erklärung abzugeben. Der Beschluss der Kommission, so kurz wie möglich zu berichten, scheint ein Fehler gewesen zu sein. Uns hat aber nur die eine Frage vorgelegen, ob Gründe vorhanden sind, die den Ausschluß aus der Partei auf Grund des Organisationsstatuts rechtfertigen. Diese Frage haben wir mit 8 gegen 1 Stimme verneint. Weiter hatten wir nichts zu prüfen. Namens der Reuener-Kommission stelle ich folgenden Antrag:

„In Sachen Tapfen und Genossen, Van-Wilhelmshaber Baunternehmer, lag der Kommission die Frage vor, ob der Ausschluß Tapfen und Genossen aus der Partei gerechtfertigt ist. Die Kommission kommt zu der Auffassung, daß sich ein Ausschluß aus der Partei nicht rechtfertigen läßt. Obwohl das Verhalten dieser Genossen, Unternehmer, nicht einwandfrei ist, sind aber doch die Gründe nicht hinreichend, um sie aus der Partei auszuschließen.“

In die Prüfung der Frage, inwieweit die Forderungen der Arbeiter berechtigt waren, ist die Kommission nicht eingetreten.

Festgestellt wurde, daß, nachdem die sozialdemokratischen Unternehmer die Forderung der Arbeiter ablehnten, sofort der Antrag auf Ausschluß aus der Partei von dem sozialdemokratischen Verein in Wante gestellt wurde. Die Kommission beantragt deshalb, der Parteitag wolle dem Antrag der Genossen in Wante, den Schiedsbruch aufzugeben, nicht beitreten.“

Dieser Antrag wird angenommen.

Singer: Damit ist Punkt 1 und 2 unserer Tagesordnung vollständig erledigt. (Geisterzeit.) Statt die Abendigung abzuhalten, schlage ich vor, heute bis 8 Uhr zu arbeiten.

Der Parteitag ist damit einverstanden.

Schwarz übernimmt den Vorsitz.

Zur Verhandlung kommt Punkt 3 der Tagesordnung: **Bericht über die parlamentarische Thätigkeit.**

Dazu liegen die Anträge 70 bis 82, 90, 97, 104 bis 106, 110 und 118 vor:

Siebekum beantragt, die Anträge 17 und 72 als zur Wohnungsfrage gestellt zu betrachten.

Der Parteitag beschließt demgemäß.

Den Bericht über die parlamentarische Thätigkeit erstattet

Wurm: Die Thätigkeit der Reichstagsfraktion ist im Allgemeinen von keiner Seite beanstandet worden. Erst in letzter Zeit ging ein Artikel von Parvus durch die Presse, der einen Antrag, den wir im Reichstag gestellt, aber noch nicht verhandelt haben, als unthunlich, unpraktisch und einen Rückschritt gegen früher bezeichnet, den Antrag auf Einführung eines Achtundentag es. Es ist jedoch ein Irrthum von Parvus, wenn er glaubt, daß wir diesen Antrag eingebracht haben, um den bürgerlichen Parteien goldene Brücken zu bauen, im Gegentheil, er soll und wird die Heuchel der bürgerlichen Sozialreformer entlarven. (Sehr richtig!) Zunächst: Unser Antrag verlangt nicht nur die Höchstgrenze von 10 Stunden, sondern er will diese für alle im Lehr-, Arbeits- und Dienstverhältnis, im Gewerbe-, Industrie-, Handels-